



Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Nr. 2010 / 040

Vorlage an den Landrat

Amtsbericht 2009 des Regierungsrates

26. Januar 2010

Vorlage an den Landrat

Amtsbericht 2009 des Regierungsrates

vom 26. Januar 2010

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einleitung	Seite 3
Teil 2: Finanz- und Kirchendirektion	Seite 4
Teil 3: Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	Seite 28
Teil 4: Bau- und Umweltschutzdirektion	Seite 60
Teil 5: Sicherheitsdirektion	Seite 99
Teil 6: Bildungs-, Sport- und Kulturdirektion	Seite 118
Teil 7: Landeskanzlei	Seite 138
Teil 8: Antrag	Seite 144
Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates	Seite 145
Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)	Seite 173

Teil 1 Einleitung

1.1 Auftrag

Der Regierungsrat unterbreitet dem Landrat auftragsgemäss seinen Amtsbericht für das Jahr 2009. Gemäss § 67 Absatz 1 Buchstabe a der Kantonsverfassung genehmigt der Landrat die jährlichen Amtsberichte des Regierungsrates.

1.2 Übersicht

Der Vergleich mit dem Jahresprogramm 2009 zeigt, dass nicht alle der gesetzten Ziele und Absichten umgesetzt werden konnten. Es ist aber festzustellen, dass die meisten Vorhaben programmgemäss in Angriff genommen, weitergeführt oder abgeschlossen werden konnten. Verzögerungen haben sich vor allem in der Vorbereitung verschiedener Gesetzesvorlagen ergeben. Verschiebungen oder Sistierungen von Projekten sind auch aus finanziellen Gründen (als Sparmassnahme) oder aufgrund fehlender personeller Ressourcen erfolgt.

Für die Details wird auf die folgenden direktionsweise gegliederten Rechenschaftsberichte hingewiesen. Der Amtsbericht 2009 ist wiederum federführend von der Finanz- und Kirchendirektion betreut worden, die sich bei den vier anderen Direktionen und der Landeskanzlei für die gute und speditive Zusammenarbeit bedankt.

1.3 Anhänge

Anhang 1 umfasst

- alle vom Regierungsrat im Jahr 2009 beantworteten Interpellationen sowie schriftlichen und mündlichen Anfragen,
- die vom Landrat abgeschriebenen Aufträge (Motionen und Postulate),
- die vom Regierungsrat erfüllten, vom Landrat aber noch nicht abgeschriebenen Aufträge,
- die vom Regierungsrat innert der gesetzlichen Frist noch nicht erfüllten Postulate und Motionen (Zu diesen Vorstössen unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat eine separate Vorlage) und
- die vom Landrat nach dem 1. 1. 2009 überwiesenen Postulate und nach dem 1. 1. 2008 überwiesenen Motionen.

Anhang 2 gibt einen Überblick über den Stand der Bearbeitung der kantonalen Volksinitiativen.

Teil 2 Finanz- und Kirchendirektion FKD

Amtsbericht 2009: Gesamtschau aus Sicht der Direktion

Im Zentrum stand die Erarbeitung des Budgets 2010. Dieses ist ein ausserordentliches Budget in einer ausserordentlich schwierigen Lage. Die Lage ist gekennzeichnet durch die im 4. Quartal 2008 ausgebrochene weltweite Finanzkrise und die seitherige historische Abkühlung der Weltwirtschaft. In dieser wirtschaftlich schwierigen Lage stehen die Finanz- und die Konjunkturpolitik in Opposition zueinander. Mittel- und längerfristig soll die Finanzpolitik nachhaltig gestaltet sein; Ausgaben und Einnahmen müssen sich im Gleichgewicht befinden, und der Standort muss punkto Leistungen (wie Arbeitskräfte, Infrastrukturen) und punkto Lasten (wie Steuern) wettbewerbsfähig sein. Kurz- bis mittelfristig dürfen rezessive Tendenzen jedoch nicht verstärkt werden.

Diesen finanz- und konjunkturpolitischen Spagat versuchte der Kanton Basel-Landschaft beim Budget 2010 mit Augenmass. Er schöpfte den Handlungsspielraum für Konjunktur stabilisierende Massnahmen aus; ohne ein eigentliches Konjunkturpaket unterstützen Vorhaben im Umfang von 350 Mio. Franken die Wirtschafts-entwicklung positiv (Kaufkrafterhaltung, Beschäftigung, Nachfrage). Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung die Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr um 73 Mio. Franken reduzierte - gegenüber einem durchschnittlichen Steuerertragswachstum gar um 100 Mio. Franken - konnte das Budget 2010 konform zur Defizit-bremse gestaltet werden. Der Aufwandüberschuss der Erfolgsrechnung von operativ 113.9 Mio. Franken beträgt nach der Entnahme von Eigenkapital im Umfang von 95 Mio. Franken schliesslich 18.9 Mio. Franken und damit weniger als 3 Prozent der budgetierten Erträge aus der Einkommenssteuer.

Mit Blick auf die ausserordentliche Lage ist der Aufwandüberschuss im Budget 2010 nicht dramatisch. Immerhin konnte der Kanton Basel-Landschaft in den vergangenen Jahren umsichtig Reserven aufbauen. Panikmache und übertriebener Aktionismus wären also fehl am Platz. Die Reserven sind allerdings limitiert. Es besteht Handlungsbedarf und der Regierungsrat hat deshalb mit Blick auf das Budget 2011 und die Finanzplanjahre eine Überprüfung der Aufgaben und der Ausgaben im Sinne von § 129 der Kantonsverfassung eingeleitet. Der Regierungsrat wird zudem im Rahmen des Rechnungsabschlusses 2009 prüfen, ob ein Teil der für zukünftige grosse Bauvorhaben gebildeten Vorfinanzierungen (zweckgebundenes Eigenkapital) in freies Eigenkapital umgewandelt werden soll. Eine solche Umwidmung würde dem Parlament zusammen mit der Staatsrechnung 2009 zum Beschluss unterbreitet werden.

Einführung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2 (HRM2)

Mit dem Budget 2010 wurde das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2), eine Fachempfehlung der Schweizerischen Finanzdirektorenkonferenz, im Kanton Basel-Landschaft zum ersten Mal umgesetzt. Die neue Berichterstattung und die neue Darstellung führen zu einer höheren Transparenz und sind damit nutzerfreundlicher. Mit der durchgängigen Strukturierung des Budgets auf der Basis der Profitcenter-Struktur (Dienststellen) und neuen Elementen - wie Angaben zu den Aufgaben und den Zielsetzungen, zum Stellenplan und zu den Transfers und Verpflichtungskrediten pro Dienststelle - wird die Übersichtlichkeit stark erhöht. Im Anhang zum Budget werden neu die Budgets der Fonds und Angaben zur Rechnungslegung gemacht.

Erfolgreicher Verlauf des Projektes ERP

Das neue ERP-System wurde für die Budgetierung 2010 ab April 2009 termingerecht und in der vorgesehenen Qualität eingeführt. Die restlichen Module des ERP-Systems wurden per 8. Januar 2010 ebenfalls planmässig und erfolgreich eingeführt. Der Begriff ERP (Enterprise Resource Planning) steht für gemeinsam genutzte Informatiksysteme in den Bereichen Finanzen, Personal und Logistik im Kanton. Bei der ausgewählten Standardsoftware handelt es sich um das Produkt SAP.

Neue Regelung des kantonalen Finanzausgleichs

Das neue Finanzausgleichsgesetz (FAG) und die Finanzausgleichsverordnung sind am 1. Januar 2010 in Kraft getreten. Der neue kantonale Finanzausgleich baut auf den folgenden vier Pfeilern auf: 1. Horizontaler Ausgleich unter den Gemeinden (Ressourcenausgleich), 2. Sonderlastenabgeltung durch den Kanton, 3. Zusatzbeiträge an die 36 steuerkraftschwächsten Gemeinden und 4. Einzelbeiträge.

Nr. 2.01	Programmpunkt Finanzwesen Strategische Zielsetzungen Die Finanzpolitik im weiteren Sinn steht im Dienste der Gesamtpolitik; die notwendigen Aufgaben bzw. Ausgaben sollen finanziert werden können. Die Finanzpolitik soll aber so ausgestaltet werden, dass sie das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung begünstigt und die Standortattraktivität des Kantons positiv unterstützt. Die in § 129 der Kantonsverfassung enthaltene Pflicht zur periodischen Überprüfung der Aufgaben und der Ausgaben auf ihre Notwendigkeit und Zweckmässigkeit sowie auf ihre finanzielle Tragbarkeit ist eine Daueraufgabe des Regierungsrates. Oberstes Gebot der Finanzpolitik im engeren Sinn ist die haushälterische Mittelverwendung, die effiziente und kostengünstige Einnahmenbeschaffung und die Sicherstellung des mittelfristigen Haushaltsausgleichs. Der Ressourcenverbrauch soll möglichst nachhaltig sein, so dass keine Schulden auf zukünftige Generationen abgewälzt werden, welche den Handlungsspielraum einschränken. Mit der Einführung der Defizitbremse per 1. Juli 2008 ist ein neues Instrument zur Haushaltssteuerung eingesetzt worden, welches die Zielsetzung des mittelfristig ausgeglichenen Haushalts unterstützt. Die gute Ausgangsposition des Kantons Basel-Landschaft soll auch in den kommenden Jahren erhalten bleiben, so dass der Kanton von der Rating-Agentur Standard & Poor's weiterhin mit der Bestnote AAA ausgezeichnet wird. Ein gesunder Finanzhaushalt ist Voraussetzung dafür, dass sich der Kanton auch in Zukunft im sich verschärfenden Steuerwettbewerb behaupten kann. Weiterentwicklung der Rechnungslegung auf der Basis des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells für Kantone und Gemeinden (HRM2) (Teilrevision Finanzhaushaltsgesetz) Das Rechnungslegungsmodell ist ein wichtiges Instrument für die Haushaltssteuerung und zur Verwaltungsführung. Das von der Schweizerischen Finanzdirektorenkonferenz im Januar 2008 verabschiedete Handbuch HRM2 ist Grundlage für die Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes. Die neue Rechnungslegung, die sich vermehrt an der privat-wirtschaftlichen Rechnungslegung und an den International Public Sector Standards (IPSAS) orientiert, führt zu mehr Transparenz und zu einer besseren Unterstützung der Verwaltungsführung. Mit der Einführung einer integrierten Anlagebuchhaltung, einer flächendeckenden Betriebsbuchhaltung, einer Geldflussrechnung und einem verfeinerten Kennzahlensystem werden die Führungsinstrumente weiter optimiert. Optimierung der bestehenden und Einführung neuer Führungsinstrumente Im Zuge der Einführung des neuen ERP-Systems werden die Führungs- und Controllingprozesse in den Bereichen Finanzen und Personal im Hinblick auf eine verstärkte Harmonisierung und Straffung überprüft. Die Berichterstattung an den Landrat zum Budget 2010 und zur Rechnung 2010 erfährt eine grundlegende Neugestaltung: Die Informationen werden angereichert, in kompakterer und leserfreundlicherer Form dargestellt.	↓ Amtsbericht 2009
-----------------	--	----------------------------------

Nr. 2.01.02	Einzelne Massnahme Einführung der Defizitbremse Zur Vereinheitlichung des verwaltungsinternen Planungsprozesses werden die Prozesse und die Anforderungen an Vorlagen mit finanziellen Auswirkungen in einer Verordnung geregelt.		Die Verordnung zur Defizitbremse ist in Bearbeitung und wird im Jahr 2010 in Kraft gesetzt.
Nr. 2.01.05	Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes zur Einführung der neuen Rechnungslegung gemäss HRM2 Mit einer Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes und des Dekrets zum Finanzhaushaltsgesetz wird die Rechnungslegung an die neue Fachempfehlung der Finanzdirektorenkonferenz angepasst. Die Aussagekraft von Bilanz und Erfolgsrechnung wird erhöht.		Die Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes ist mit Ausnahme der Bestimmungen, welche die Spitalbetriebe betreffen, auf den 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt worden.
Nr. 2.01.06	Einführung des Beteiligungscontrollings In einer Verordnung werden die Anforderungen an die Steuerungsinstrumente und -prozesse im Zusammenhang mit den Beteiligungen geregelt. Ein Element der Verordnung sind die Pflichten der Kantonsvertreter.		Die Verordnung über das Controlling der Beteiligungen ist auf den 1. Juli 2009 in Kraft gesetzt worden.
Nr. 2.01.08	Internes Kontrollsystem Im Zuge des ERP-Projektes wird in einer ersten Etappe das Interne Kontrollsystem verbessert. Eine Verfeinerung des Internen Kontrollsystems wird in einer zweiten Etappe ab 2010 in Angriff genommen. Risikopolitik In einem mehrstufigen Prozess wird zunächst eine systematische Situationsanalyse der Risiken auf der Grundlage vorhandener Dokumente durchgeführt. Die Risiken werden kategorisiert und mit den Führungskräften diskutiert. In der Folge werden Massnahmenpläne formuliert. In den folgenden Projektphasen (ab 2010) wird für den Regierungsrat eine Risikopolitik formuliert und ein umfassendes Risikomanagementsystem implementiert.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.1 Mio. Fr.	Die erste Etappe der Verbesserung des Internen Kontrollsystems ist am Laufen und wird im 1. Halbjahr 2010 abgeschlossen. Ziel nicht erreicht. Grund: Die personellen Ressourcen mussten für die Arbeitsgruppe Konjunkturpolitik eingesetzt werden, welche der Regierungsrat während der Finanzkrise etabliert hat.
Nr. 2.01.10	Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse Über eine Zeitperiode von 20 Jahren soll die Deckungslücke der Pensionskasse (BLPK) geschlossen werden. In erster Priorität muss die strukturelle Unterfinanzierung der Pensionskassenleistungen beseitigt werden. Gleichzeitig wird ein Primatwechsel geprüft. Bei der Schliessung der Deckungslücke soll eine gewisse Opfersymmetrie zwischen Arbeitgebenden, Arbeitnehmenden und Rentnern erzielt werden.		Der Bericht mit den Massnahmen zur Schliessung der Deckungslücke der BLPK wird im Jahr 2010 in die Vernehmlassung geschickt.

Nr. 2.01.12	Neugestaltung der Vorlage zum Budget 2010 Das Budget 2010 erfährt im Zuge der ERP-Einführung eine Neugestaltung. Ziel ist es, die Transparenz der Verwaltung zu erhöhen, die Informationen zu verwesentlichen und die Vorlage leserfreundlicher zu gestalten.		Das Budget 2010 wurde mit dem neuen ERP-System erstellt. Mit einer Neugestaltung der Landratsvorlage zum Budget wurde die Transparenz und die Leserfreundlichkeit erhöht.
Nr. 2.01.13	Projekt "Einführung ERP-System" (Finanz- und Rechnungswesen, Controlling, Lager) Das neue ERP-System wird im April 2009 für die Budgetierung 2010 eingesetzt. Die Finanz- und Controllingprozesse werden soweit wie möglich harmonisiert. Die Implementierung und die Parametrisierung des Systems erfolgt gemäss Phasenplan des Projektes.		Das neue ERP-System wurde für die Budgetierung 2010 ab April 2009 termingerecht und in der vorgesehenen Qualität eingeführt. Die restlichen Module des ERP-Systems wurden ebenfalls planmässig eingeführt.
Nr. 2.01.14	Formulierung einer Finanzstrategie Im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Rechnungslegung und der Defizitbremse werden die finanzpolitischen Zielgrössen überprüft und verfeinert. Die Ziele, die Grundsätze und die Instrumente der Finanzpolitik werden im Rahmen einer ganzheitlichen Finanzstrategie festgelegt. Diese Finanzstrategie baut auf der bisherigen Finanzpolitik auf und soll als Wegweiser für die zukünftige Finanzpolitik dienen.		Die Finanzstrategie ist in Erarbeitung und soll im Jahr 2010 durch den Regierungsrat verabschiedet werden.
Nr. 2.02	Programmpunkt Partnerschaftsverhandlungen BL / BS Strategische Zielsetzungen Die interkantonale Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft soll anhand einheitlicher Vorgaben vermehrt standardisiert werden. Die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben zu diesem Zweck eine Verhandlungsplattform etabliert und mehrere Teilprojekte gestartet.		↓Amtsbericht 2009 Ziel erreicht.
Nr. 2.02.01	Einzelne Massnahme Standardisierung / Systematisierung der interkantonalen Zusammenarbeit Die erarbeiteten Leitlinien, wie die Standards BL / BS, das Handbuch zur Zusammenlegung von Dienststellen und die Vorgaben für den Leistungseinkauf, sollen in den Verhandlungen in den Einzeldossiers angewendet werden. Als wichtiger Massstab gilt die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, wenn immer möglich für beide Partner gemeinsam.		Ziel erreicht.

Nr. 2.02.02	Verhandlungen in Einzeldossiers Im Jahr 2009 finden unter dem Dach der Partnerschaftsverhandlungen schwerpunktmässig Verhandlungen betreffend Rahmenbedingungen für die Universitäts-Neubauten und im Bereich Kultur statt.		Die Regierungen der Kantone BL und BS haben sich auf eine neue partnerschaftliche Finanzierung des Theaters Basel geeinigt. Diese gilt ab 2011 / 2012 für vier Spielzeiten. Die entsprechende LRV bereitet die BKSD vor.
Nr. 2.03	Programmpunkt Sozialwesen Strategische Zielsetzungen Das Jahr 2009 ist der Beginn der neuen Legislatur der Sozialhilfebehörden in den Gemeinden. Die Grundschulung von neuen Behördenmitgliedern und die Schulungen hinsichtlich Neuerungen im Sozialhilfewesen sowie spezifische Aus- und Fortbildungsseminare als einzelne Module bilden einen Schwerpunkt im Bereich der Sozialhilfe. Die Durchführung der Evaluation der Eingliederungsmassnahmen gemäss § 52 des Sozialhilfegesetzes bildet einen Schwerpunkt im Jahre 2009. Weitere Verfeinerungen und Prozessdefinitionen im Bereich der Interinstitutionellen Zusammenarbeit, kurz IIZ, die aus drei Arbeitsgruppen mit eigenen Zielsetzungen besteht, sind gesetzt. Die jährlich erscheinende Sozialhilfestatistik wird in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt ausgearbeitet und einem breiten Publikum zur Verfügung gestellt. Wie jedes Jahr wird diese aussagekräftige Statistik mit aktuellen Themen ergänzt werden. Im Jahre 2009 soll ein Pilotprojekt mit dem Bund gestartet werden, welches die Erhebung von Finanzdaten für die Sozialhilfestatistik prüfen soll.		Amtsbericht 2009 150 Personen haben an der Grundschulung vom Samstag, 24. Januar 2009, teilgenommen. Gross war das Interesse an den Modulen und der Veranstaltung im Asylbereich. Die vollumfängliche Evaluation wurde durchgeführt. Die LRV folgt. Die IIZ hat sich zu einem festen Bestandteil der Zusammenarbeit entwickelt. Die Statistik konnte wieder erhoben und veröffentlicht werden. Der Bund hat den Start seines Pilotprojektes auf 2010 verschoben.
Nr. 2.03.01	Einzelne Massnahme Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen Die §§ 16 und 19 des Sozialhilfegesetzes regeln die Angebote zur Förderung der beruflichen Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen bzw. die Lohnkostenbeiträge an Arbeitgebende, die leistungsreduzierte, unterstützungsberechtigte Personen anstellen. Sie gelten nur bis 2013 und sind während dieser Dauer auf ihre Wirksamkeit hin zu prüfen. § 52 des Sozialhilfegesetzes legt die Evaluation der Bestimmungen über die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen fest. Die Konsultativkommission Sozialhilfe (KKSCH) begleitet die Durchführung der Wirksamkeitsprüfung.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.08 Mio. Fr.	Eine vollumfängliche Evaluation aller seit 2002 durchgeführter Massnahmen wurde im Jahr 2009 vorgenommen. Die Auswertung ist im Gange. Ein ausführlicher Bericht folgt im Jahr 2010. Die Landratsvorlage ist für 2011 zu erwarten.

Nr. 2.03.02	Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) Die Gesamtleitung des Steuerungsausschusses liegt beim Vorsteher des KSA : - Subkommission "IIZ-klassisch" Verantwortungsbereich KSA: Durch gemeinsame Veranstaltungen aller Organisationen im Sommer 2009 und Fixierung der Prozessabläufe wird die Durchdringung weitergeführt. - Subkommission "Jugendliche Erwerbslose" Verantwortungsbereich BKSD: Die Berufswegbereitung (BWB) als Case-Management jugendlicher Erwerbslosen soll entsprechend dem Konzept umgesetzt werden. - Subkommission "MAMAC" Medizinisch-arbeitsmarktliche Assessments mit Case-Management: Verantwortungsbereich VGD: Der Prozess in Zusammenarbeit von Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung und Sozialhilfe für Personen mit komplexen Mehrfachproblematiken wird weitergeführt mit dem Ziel, die notwendigen Rechtsgrundlagen, die Finanzierung und die Informatik zu regeln und das Gesamtprojekt im Jahre 2009 abzuschliessen. Planungsstand: Planung erfolgt. Datum der Zielerreichung: - "IIZ-klassisch": 30. Juni 2009. - "Jugendliche Erwerbslose": 31. Dezember 2009. - "MAMAC": 31. Dezember 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Noch offen	Der Steuerungsausschuss trifft sich ein bis zwei Mal pro Jahr. Zu den einzelnen Projekten ist zu betonen: - Subkommission "IIZ-klassisch" Für die in den Sozialdiensten der 21 grossen Gemeinden, den 7 regionalen Arbeitsvermittlungszentren und der Invalidenversicherung Basel-Landschaft bestimmten Personen hat ein gemeinsames Seminar stattgefunden. Die Arbeitsgruppe traf sich mehrmals. - Subkommission "Junge Erwerbslose" Das Projekt BerufsWegBereitung (BWB) wurde im Sommer 2008 vom Landrat genehmigt. Seit Sommer 2009 wird das Projekt umgesetzt. Die Verantwortung liegt bei der BKSD. Die Sozialhilfebehörden sind über das Projekt informiert worden. - Subkommission "MAMAC" Das Pilotprojekt des Bundes wird bis zum Jahr 2010 weitergeführt und anschliessend evaluiert.
Nr. 2.03.03	Datenaustausch mit den externen Sozialhilfestellen der Gemeinden Das erste Projekt der Vernetzung des KSA mit den Gemeinden ist abgeschlossen. Das entsprechende Projekt im Bereich Asyl ist geplant. Planungsstand: Planung erfolgt. Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2009.		Auf die Umsetzung im Bereich Asyl wird nicht zuletzt aus Kostengründen verzichtet. Das jetzige System erfüllt die Anforderungen immer noch..

Nr. 2.03.05	Schulungen für Behördenmitglieder Die allgemeine Einführung in die Sozialhilfe für die aufgrund der Neuwahlen im Herbst 2008 neu zusammengesetzten Sozialhilfebehörden mit dem Ziel, den Mitgliedern der Sozialhilfebehörden optimales Know-how zu vermitteln, findet am 24. Januar 2009 und am 21. Februar 2009 statt. Der Tag der offenen Türe im KSA für die Sozialhilfebehörden zum gegenseitigen Kennenlernen findet am 25. April 2009 statt. Schulungsangebote zur Aus- und Fortbildung werden in Form von drei Modulen zu spezifischen Themen ausgearbeitet. Diese Angebote erfolgen zusammen mit dem Verband für Sozialhilfe Basel-Landschaft (VSO). Inhalt der Module, die aufgrund der in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen an die Bedürfnisse der Adressaten angepasst werden, sind: Subsidiaritäten, Rechtliches und Berechnungsbeispiele aus der Praxis Planungsstand: Planung erfolgt. Datum der Zielerreichung: - Allgemeine Einführung, Tag der offenen Türe: 30. April 2009. - Schulungsangebote: 30. November 2009 / 31. März 2010.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Die allgemeine Einführung in die Sozialhilfe für die aufgrund der Neuwahlen im Herbst 2008 neu zusammengesetzten Sozialhilfebehörden wurde am Samstag, 24. Januar 2009, durchgeführt. Es nahmen rund 150 Personen an der halbtägigen Veranstaltung teil. Auch der Tag der offenen Türe kann mit weit über 100 Besucherinnen und Besuchern als sehr erfolgreich gewertet werden. Die drei Module wurden im Winter 2009 / 2010 insgesamt acht Mal jeweils an Samstagen durchgeführt und gut besucht.
Nr. 2.03.06	Kantonale Sozialhilfestatistik Die Sozialhilfestatistik des Kantons Basel-Landschaft - ein gemeinsames Produkt des Kantonalen Sozialamtes und des Statistischen Amtes - erscheint einmal pro Jahr. Sämtliche der Sozialhilfestatistik zugrunde liegenden Daten werden vom Kantonalen Sozialamt in den Gemeinden erhoben (siehe dazu § 43 des Sozialhilfegesetzes). Pilotprojekt mit dem Bund: Prüfung der Erhebung von Finanzdaten für die Sozialhilfestatistik. Planungsstand: Laufende Bearbeitung der Datenbestände. Datum der Zielerreichung: - Sozialhilfestatistik: 31. August 2009. - Pilotprojekt mit dem Bund: 31. Dezember 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Die Sozialhilfestatistik 2008 wurde im Jahr 2009 wie gewohnt veröffentlicht. Das Pilotprojekt bezüglich Lieferung der Finanzdaten an den Bund wird in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt BL mit drei Gemeinden im Jahr 2010 gestartet.

Nr. 2.03.07	Handbuch Sozialhilferecht Basel-Landschaft Das Handbuch Sozialhilferecht gewährleistet eine einheitliche Anwendung des Sozialhilferechts im Kanton Basel-Landschaft und hat zu einer grossen Rechtssicherheit geführt. Auch das Kantonsgericht Basel-Landschaft berücksichtigt in seinen Entscheiden das Handbuch Sozialhilferecht. Das KSA überprüft laufend das Handbuch Sozialhilferecht und aktualisiert und ergänzt allfällige Beiträge, welche sich durch die politische Meinungsbildung (Gesetze und Verordnungen) ergeben oder einem Bedürfnis der Praxis entsprechen, in Zusammenarbeit mit der vom Regierungsrat eingesetzten Konsultativkommission Sozialhilfe (KKSH). Planungsstand: laufende Überarbeitung. Datum der Zielerreichung: 31. Dezember 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Im Jahr 2009 war keine Ergänzung des Handbuches Sozialhilferecht erforderlich. Eine Überarbeitung erfolgt per Mitte 2010 mit dem Inkrafttreten der Teilrevisionen des Sozialhilfegesetzes und der Sozialhilfeverordnung sowie der Verordnung über die Bevorschussung und das Inkasso von Unterhaltsbeiträgen.
Nr. 2.03.08	Leistungsaufträge 2010 Abschluss der internen Strukturveränderungen Koorasyl / KSA im Jahr 2009, entsprechende Anpassung der Pflichtenhefte und der Leistungsaufträge im Jahr 2010. Planungsstand: Planung erfolgt. Datum der Zielerreichung: 31. Juli 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Das Organisationshandbuch, die Pflichtenhefte ebenso wie der Leistungsauftrag wurden überarbeitet und angepasst.

Nr. 2.03.11	Rechtssicherheit Rechtsgutachten / Beratung der Gemeinden: Die rechtlichen Stellungnahmen an die Gemeinden im Bereich Sozialhilfe bei den immer komplexer werdenden Einzelfällen stellt eine Kernaufgabe der Aufsicht im Bereich der Sozialhilfe dar und trägt zur einheitlichen Anwendung des Sozialhilferechts und der Erhöhung der Rechtssicherheit entscheidend bei. Jährlich werden über 300 solcher rechtlichen Stellungnahmen erstellt. Ziel ist die Beantwortung der Anfragen innert Wochenfrist. Beschwerdewesen: Die Instruktion des Regierungsrates für Beschwerden im Bereich der Sozialhilfe ist die Kernaufgabe des Rechtsdienstes des Kantonalen Sozialamtes. Jährlich werden rund 55 Beschwerden bearbeitet. Im Internet werden zudem laufend Beispiele aus der Praxis betreffend Abhandlung von Beschwerden in anonymisierter Weise publiziert. Ziel ist die Instruktion zuhanden des Regierungsrates innert drei Monaten seit Aktenschluss. Planungsstand: Planung laufend. Datum der Zielerreichung: 31. Dezember 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Aufgrund der stetig wachsenden Komplexität der Fälle wächst auch das Bedürfnis in den Gemeinden in Bezug auf Beratungen und Rechtsgutachten. Im Jahr 2009 wurden 445 solcher Rechtsgutachten erstellt, welche die juristischen Ressourcen im KSA stark binden. Schulungen betreffend den Erlass von Verfügungen und Einspracheentscheiden haben im Winter 2009 stattgefunden. Im Jahr 2009 sind mit 62 Beschwerden etwa gleich viele wie im Vorjahr beim Regierungsrat eingereicht worden.
Nr. 2.03.12	Überwachung der bei der Sozialhilfe verbleibenden Fälle im Bereich der Pflegekinder Die Sozialhilfe bleibt trotz Entkoppelung der Jugendhilfe von der Sozialhilfe noch für einzelne Fälle von Unterbringungen von Kindern und Jugendlichen zuständig. Die anfallenden sozialhilferechtlichen Unterstützungen trägt jedoch nicht die Unterstützungswohnsitzgemeinde, sondern gemäss § 31 Absatz 3 Buchstabe a^{bis} SHG der Kanton Basel-Landschaft. Ziel ist die Sicherstellung einer gesetzeskonformen Abwicklung dieser Fälle in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und anderen Kantonen. Planungsstand: Planung laufend. Datum der Zielerreichung: 31. Dezember 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Im Jahr 2009 gab es 28 aktive Fälle.

Nr. 2.03.13	Gemeindebesuche Bei Bedarf besucht das KSA die Sozialhilfebehörden in den Gemeinden, um den Sozialhilfebehörden bei der Lösung von komplexen Sozialhilfefällen behilflich zu sein. Auf diese Weise kann beiderseitig der zeitliche administrative Aufwand zum Teil beträchtlich vermindert werden. In der Regel werden ca. zehn Gemeinden jährlich besucht mit dem Ziel, die gesetzeskonforme Anwendung des Sozialhilferechts sicherzustellen und die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden zu fördern. Planungsstand: Planung laufend. Datum der Zielerreichung: 31. Dezember 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Die bestehende Tradition wird weitergeführt und in den Gemeinden auch sehr gut aufgenommen. Im Jahr 2009 wurden 14 Gemeinden besucht.
Nr. 2.03.14	Heimaufsicht Gemäss Sozialhilfegesetz ist das KSA für die Aufsicht von drei Obdachlosenheimen (Wohngemeinschaft Bernhardsberg / Oberwil, Wohnheim für Frauen und Mütter mit Kindern in Not Amans-Madeux-Stiftung / Allschwil, Wohnheim "Die Brücke" der Heilsarmee / Liestal) zuständig. Im Jahre 2009 ist die Überprüfung und die entsprechende Bewilligungsverfügung für die Wohngemeinschaft Bernhardsberg / Oberwil fällig. Planungsstand: Planung erfolgt. Datum der Zielerreichung: 31. November 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Im Jahr 2009 wurde das Wohnheim "Die Brücke" der Heilsarmee / Liestal besucht und die entsprechende Bewilligungsverfügung erneuert.
Nr. 2.03.15	Änderung des Sozialhilfegesetzes (SHG) Vorbereitung einer Gesetzesänderung sowie der entsprechenden Landratsvorlage betreffend Lebens- und Wohngemeinschaften sowie terminologische Anpassungen an das Bundesrecht.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Die Landratsvorlage Nr. 2009 / 069 wurde am 26. November 2009 mit 80 : 0 Stimmen gutgeheissen. Die Teilrevisionen der Sozialhilfeverordnung und der Verordnung über die Bevorschussung und das Inkasso von Unterhaltsbeiträgen wurden in die Vernehmlassung bei den Gemeinden gegeben.

Nr. 2.04	Programmpunkt Asylwesen Strategische Zielsetzungen Konsolidierung der Anwendung der neuen Bundesgesetzgebung und der neuen kantonalen Asylverordnung auf Stufe der Gemeinden. Einhaltung der rechtlichen Grundlagen für die verschiedenen Kategorien gemäss § 1 kAV: a. Asylsuchende mit Ausweis N, b. vorläufig Aufgenommene mit Ausweis F, c. Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung mit Ausweis S, d. Personen mit einer rechtskräftigen Wegweisungsverfügung (Stopp) e. Personen, deren Asylverfahren mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid abgeschlossen worden ist (NEE). Zuweisung auf die Gemeinden nach § 2 kAV unter Berücksichtigung ökonomischer Grundsätze und Unterstützung der Gemeinden beim Errichten von Partnerschaften. Datum der Zielerreichung: 30. November 2009.		↓ Amtsbericht 2009 Durch die erhöhte Anzahl an Asylgesuchen stand die Unterbringung einmal mehr im Fokus der Medien und der Öffentlichkeit. Dank der Entlastungsunterkunft in Ramlingen konnten die Gemeinden beim Beschaffen der Unterbringungsplätze unterstützt werden.
Nr. 2.04.02	Einzelne Massnahme Steuerung der Finanzierung des Asylwesens Controlling in allen Bereichen der Asylfinanzierung. Insbesondere sind die Bundesvergütungen, die Vergütungen an die Gemeinden und die Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich im Hinblick auf eine Sicherstellung der Kostenneutralität bei Personen mit Ausweis N (§ 1 lit. a kAV) und Personen mit Ausweis F (§ 1 lit. b kAV) zu überprüfen. Planungsstand: Laufende Prüfung. Datum der Zielerreichung: 31. Mai 2009 / 30. November 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Die im Jahr 2008 angepasste kantonale Asylverordnung und die Anpassungen bei der Abrechnungsprozedur haben sich auch im 2009 bewährt und konnten weiter konsolidiert werden. Die Qualität der Abrechnung konnte gehalten werden. Neu wurden die Zahlungen für das 4. Quartal 2009, auch auf einen entsprechenden Hinweis der Finanzkontrolle hin, als A-Konto-Zahlungen den Gemeinden überwiesen und nicht mehr als transitorische Buchungen getätigt. Dies erhöht die Transparenz der Asylabrechnung markant.
Nr. 2.04.03	Nichteintretensentscheide (NEE) und Asylstopp Rasche Umsetzung des Ausschlusses von der Sozialhilfe gemäss Bundesgesetz. Durchsetzung der konsequenten Umsetzung der kantonalen Asylverordnung auf Gemeindeebene. Zielsetzung: Kostenminimierung innerhalb des gesetzlichen Rahmens. Planungsstand: laufend. Datum der Zielerreichung: 31. Dezember 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 2.0 Mio. Fr.	Der Bestand an Personen, welche dem Sozialhilfestopp unterliegen, ist gegenüber dem Stand am Ende des Vorjahres um gut 40 Personen auf rund 200 gestiegen. Dank der konsequenten und zeitgerechten Umsetzung der Massnahmen im Bereich der Sozialhilfe konnten die Aufwendungen für den Kanton auf tiefem Niveau stabilisiert werden.

Nr. 2.04.05	Schulungen Regelmässige Schulungen. Planungsstand: Gemäss den Anforderungen aus den Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Datum der Zielerreichung: 31. Mai 2009 / 30. November 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Im Jahr 2009 fand eine Schulung zum Thema Abrechnung und Anwendung des Handbuches Asyl statt.
Nr. 2.04.07	Vorläufige Aufgenommene Durchsetzung der Anordnung von Integrationsmassnahmen für Personen mit einer vorläufigen Aufnahme. Aufwand gemäss Budget 2009. Zielsetzung: Sensibilisierung der Gemeinden. Datum der Zielerreichung: 31. Dezember 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.9 Mio. Fr.	Die Zahl der von den Gemeinden angeordneten Integrationsmassnahmen ist im Berichtsjahr deutlich angestiegen. Die Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr rund verdoppelt.
Nr. 2.05	Programmpunkt Gemeindewesen Strategische Zielsetzungen Das kantonale Finanzausgleichsgesetz ist total zu revidieren. Das heutige System führte in den letzten Jahren zu Ungleichgewichten und ist durch ein System des Ressourcenausgleichs und des Sonderlastenausgleichs zu ersetzen.		↓Amtsbericht 2009 Am 25. Juni 2009 hat der Landrat das neue Finanzausgleichsgesetz mit Inkraftsetzung per 1. Januar 2010 verabschiedet.

Nr. 2.05.01	Einzelne Massnahme Revision des kantonalen Finanzausgleichsgesetzes Die Revision wurde als Folge der NFA notwendig. Eine dreizehnköpfige Arbeitsgruppe erarbeitet Vorschläge. Die Vorlage für die Revision des Finanzausgleichsgesetzes wird dem Landrat zur Beschlussfassung zugeleitet. Das revidierte Gesetz soll am 1. Januar 2010 in Kraft treten.	Das neue Finanzausgleichsgesetz und die Finanzausgleichsverordnung sind am 1. Januar 2010 in Kraft getreten. Der neue Finanzausgleich baut auf den folgenden vier Pfeilern auf: 1. Horizontaler Ausgleich unter den Gemeinden (Ressourcenausgleich), 2. Sonderlastenabgeltung durch den Kanton, 3. Zusatzbeiträge an die 36 steuerkraftschwächsten Gemeinden, 4. Einzelbeiträge. Mit dem neuen Finanzausgleich entfallen folgende bisherigen Zahlungsströme zwischen dem Kanton und den Gemeinden: - Beiträge der Gemeinden an den Kanton für den öffentlichen Regionalverkehr, - Beiträge der Gemeinden an den Kanton für die Jugendhilfe, - Subventionierung der Löhne der Lehrpersonen der Primarschulen und der Kindergärten durch den Kanton. Zum systemwechselbedingten Ausgleich der Kostenneutralität zwischen dem Kanton und den Gemeinden bezahlen die Gemeinden ab dem Jahr 2010 noch 32 Prozent der Kosten für die Ergänzungsleistungen anstatt 56.6 Prozent wie im bisherigen System. Der Beitrag an die Ergänzungsleistungen ist von den Gemeinden nicht mehr nach deren Steuerkraft, sondern neu nach der Einwohnerzahl zu entrichten.
-------------	--	--

Nr. 2.07	Programmpunkt Steuerwesen Strategische Zielsetzungen Die im Jahr 2008 eingeleitete Revision des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes ist abzuschliessen und die durch das eidgenössische Steuerharmonisierungsgesetz vorgegebenen Reformen auf kantonaler Ebene sind umzusetzen (Unternehmenssteuerreform, Beweisverwertungsverbot im Steuerstrafverfahren und Steueramnestie). Zudem sind die Arbeiten an der kantonalen Vermögenssteuerreform, ergänzt durch die notwendigen Anpassungen bei der Besteuerung mittlerer und oberer Einkommen, voranzutreiben, damit die entsprechende Vernehmlassungsvorlage verabschiedet werden kann. Bei der kantonalen Steuerverwaltung soll eine zentrale Verlustscheinbewirtschaftung eingeführt werden.	↓Amtsbericht 2009 Die beiden Revisionen zur Steigerung der steuerlichen Attraktivität des Baselbiets (Unternehmenssteuerreform II und Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer) wurden vom Volk mit grossem Mehr gutgeheissen. Unter Berücksichtigung der Auswirkungen der besonderen konjunkturellen Lage wurde die Verabschiedung der Vernehmlassungsvorlage zur Reform der Vermögens- und Einkommenssteuer ins erste Semester 2010 verschoben. Die Arbeiten zur Einführung einer zentralen Verlustscheinbewirtschaftung bei der kantonalen Steuerverwaltung sind weit fortgeschritten und können im ersten Semester 2010 abgeschlossen werden. Der Landrat (Vorlage Nr. 2009 / 293) und der Regierungsrat (RRB Nr. 1547) haben Ende 2009 beschlossen, dass der Bezug der Spezialsteuern (Grundstück- und Handänderungssteuern sowie Erbschafts- und Schenkungssteuern) ab 2010 statt durch die Bezirksschreibereien neu von der kantonalen Steuerverwaltung vorgenommen wird. Zudem hat der Landrat am 26. November 2009 einstimmig beschlossen, den Steuertarif bei rückläufiger Teuerung nicht anzupassen (Vorlage Nr. 2009 / 257).	
Nr. 2.07.16	Einzelne Massnahme Unternehmenssteuerreform II Verabschiedung der zweiten Unternehmenssteuerreform zwecks Umsetzung des Unternehmenssteuerreformgesetzes des Bundes. Beginn der parlamentarischen Beratung im 1. Semester 2009; Inkraftsetzung des ersten Teils per 1. Januar 2010 und des zweiten Teils per 1. Januar 2011.	Finanzielle Auswirkungen 2009: ertragswirksam frühestens ab 2010	Die Unternehmenssteuerreform II wurde vom Souverän am 27. September 2009 mit rund 76 Prozent Ja-Stimmen angenommen.
Nr. 2.07.17	Revision der Vermögens- und Einkommenssteuer Vorbereitung einer Vermögens- und Einkommenssteuerrevision unter Einbezug der kantonalen Vermögenssteuerwerte für Liegenschaften und Wertpapiere sowie unter Berücksichtigung notwendiger Anpassungen bei der Besteuerung mittlerer und hoher Einkommen. Verabschiedung einer Vernehmlassungsvorlage im 2. Semester 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2009: ertragswirksam frühestens ab 2011	Die Revision der Vermögens- und Einkommenssteuer wurde unter Berücksichtigung der konjunkturellen Entwicklung und der Auswirkungen auf den Staatshaushalt um ein Jahr verschoben. Eine Vernehmlassungsvorlage wird gemäss Punkt 2.07.17 des Jahresprogramms des Regierungsrates im ersten Semester 2010 verabschiedet werden.

Nr. 2.07.18	Revision des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes Verabschiedung der Revision der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Abschluss der parlamentarischen Beratungen im 1. Semester 2009; Inkraftsetzung durch den Regierungsrat nach Ablauf der Referendumsfrist resp. nach Annahme in einer Volksabstimmung.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Minder-einnahmen von 5 Mio. Fr. bei Inkraftsetzung Mitte 2009	Die Erbschafts- und Schenkungssteuerrevision wurde vom Souverän am 27. September 2009 mit rund 83 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Die Inkraftsetzung ist per Mitte 2010 geplant.
Nr. 2.07.20	Zentrale Verlustscheinbewirtschaftung Inkraftsetzung der gesetzlichen Grundlage für eine zentrale Verlustscheinbewirtschaftung. Beginn der Übernahme, Erfassung und Bearbeitung der Verlustscheine der kantonalen Verwaltung durch die kantonale Steuerverwaltung.	Finanzielle Auswirkungen 2009: ertragswirksam ab 2010	Die Vorlage Nr. 2009 / 197 zur Einführung der zentralen Verlustscheinbewirtschaftung wurde in der Finanzkommission im 2009 beraten. Die erste Lesung im Landrat ist am 28. Januar 2010 vorgesehen. Danach werden die Umsetzungsarbeiten abgeschlossen, so dass ab zweitem Semester 2010 mit der Übernahme von Verlustscheinen anderer Dienststellen durch die kantonale Steuerverwaltung begonnen werden kann.
Nr. 2.07.21	Beweisverwertungsverbot im Steuerstrafverfahren und Steueramnestie Verabschiedung einer Revision des Steuergesetzes betreffend zwingender Umsetzung des Beweisverwertungsverbots im Steuerstrafverfahren sowie der Nachbesteuerung in Erbfällen und der Einführung der straflosen Selbstanzeige. Abschluss der parlamentarischen Beratung im 1. Semester 2009; Inkraftsetzung durch den Regierungsrat im 1. Semester 2009 (Beweisverwertungsverbot) und per 1. Januar 2010 (Steueramnestie).	Finanzielle Auswirkungen 2009: ertragswirksam frühestens ab 2010	Die Steuergesetzesrevision zur Umsetzung des Beweisverwertungsverbots sowie zur Einführung der straflosen Selbstanzeige und der vereinfachten Nachbesteuerung in Erbfällen (Vorlage Nr. 2008 / 299) wurde am 12. März 2009 mit 4 / 5-Mehr vom Landrat beschlossen.

Nr. 2.08	Programmpunkt Statistik Strategische Zielsetzungen Der Landrat hat dem Anmelde- und Registergesetz (ARG) zugestimmt und damit grünes Licht für den Aufbau einer kantonalen Personendatenbank gegeben. Das ARG ist aus dem Projekt KANADA-Gesetz und dem Anmeldegesetz hervorgegangen. Die Einwohnerregister der Gemeinden werden im Rahmen der Vorbereitung zur eidgenössischen Volkszählung 2010 harmonisiert und die Daten über eine einheitliche Datenschnittstelle (SEDEX-Plattform) an den Kanton geliefert. Die Volkszählung 2010 wird als Registerzählung durchgeführt, damit verbunden ist ein erheblicher Datenverlust gegenüber den bisherigen Zählungen. Die vom Bund vorgesehenen Stichproben können zulasten der Kantone aufgestockt werden. Der Informationsbedarf an Erweiterungen bzw. allenfalls spezifischer kantonalen Erhebungen ist innerhalb und ausserhalb der Verwaltung abzuklären. Am 30. September 2008 findet die eidgenössische Betriebszählung 2008 statt. Sie ist ein wichtiges Standbein der Wirtschaftsstatistik. Die Resultate bis auf Gemeindeebene sollen einem breiteren Publikum in Wirtschaft und Politik für den Kanton und die Wirtschaftsregion Nordwestschweiz zur Verfügung gestellt werden. Der Landrat hat das Postulat (2007 / 205) verabschiedet, in dem die Erstellung eines Demographieberichtes befürwortet wird. Die demographischen Herausforderungen wie Alterung der Bevölkerung und Rückgang der Schülerzahlen sind aufzuzeigen.	↓ Amtsbericht 2009 Das bisherige Projekt "KANADA" läuft neu unter dem Projektnamen "arbo - Kantonales Personenregister". Der Auftrag zur technischen Umsetzung und Implementierung der kantonalen Personendatenbank wurde an die Firma Bedag Informatik AG aus Bern vergeben. Die Harmonisierung der Einwohnerregister sowie die Bereinigung der Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) in den Baselbieter Gemeinden im Hinblick auf die Volkszählung per Ende Dezember 2010 schreiten voran. Sowohl der Bund als auch der Kanton führen periodisch ein Monitoring durch. Bei den ab 2010 jährlich stattfindenden Struktur-erhebungen wird vorerst auf eine kantonale Aufstockung der Stichprobe verzichtet. Eine grundsätzlich neue Möglichkeit wird das so genannte Pooling von Ergebnissen der Struktur-erhebungen aus drei bzw. aus fünf Jahren bieten. Bei den thematischen Erhebungen wird für den im Jahr 2010 stattfindenden Mikrozensus "Verkehr und Mobilität" die kantonale Stichprobe verdoppelt. Die Ergebnisse der Betriebszählung 2008 wurden in der Reihe "Statistik Baselland" sowie auf der Webseite des Statistischen Amtes publiziert. Die verschiedenen kantonalen und Bundesprognosen, welche die Datengrundlage des Demographieberichtes bilden, werden zur Zeit analysiert. Der Bericht soll im ersten Halbjahr 2010 überwiesen werden.
-----------------	--	---

Nr. 2.08.06	Einzelne Massnahme Kantonale Namens- und Adressdatenbank (KANADA) Die Konzeption und die Entwicklung der Personendatenbank wird durch interne Stellen und externe Dienstleister umgesetzt. Die Tests über den Datentransfer von den Gemeinden zum Kanton dienen in einer ersten Phase der Vorbereitung und der Durchführung der Volkszählung 2010 durch das Statistische Amt. Das Projekt verbindet damit die vom Bund vorgeschriebene Harmonisierung der Einwohnerregister mit der Realisierung der kantonalen Personendatenbank. Weitere Dienststellen werden nach der ersten Phase an die Personendatenbank angeschlossen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 2.181 Mio. Fr.	Das bisherige Projekt "KANADA" läuft neu unter dem Projektnamen "arbo - Kantonales Personenregister". Es gründet auf dem Kantonalen Anmelde- und Registergesetz (ARG) sowie auf der Anmelde- und Registerverordnung (ARV), welche per 1. Januar 2009 in Kraft getreten sind. Der Auftrag zur technischen Umsetzung und Implementierung der kantonalen Personendatenbank wurde an die Firma Bedag Informatik AG aus Bern vergeben. Mit ihrer Software "Geres" kann sie ein System anbieten, das bereits in anderen Kantonen im Einsatz steht oder zur Zeit eingeführt wird. In einer ersten Phase werden in "Geres" die Daten aus den Einwohnerregistern übernommen und nachgeführt, so dass im Hinblick auf die Volkszählung 2010 Lieferungen ans Bundesamt für Statistik möglich sind (Statistikfunktionalität). In einer zweiten Phase werden kantonsinterne Nutzersysteme wie z.B. die Steuerverwaltung und das Grundbuch an das System angeschlossen (Verwaltungsfunktionalität).
Nr. 2.08.07	Gebäudeidentifikator (EGID) und Wohnungsidentifikator (EWID) Die Einwohnerregister in den Gemeinden werden mit dem eidgenössischen Gebäudeidentifikator (EGID) und Wohnungsidentifikator (EWID) ergänzt. Der Merkmalskatalog der Einwohnerregister ist gemäss Registerharmonisierungsgesetz des Bundes (RHG) anzupassen. Die Gemeinden werden fachlich durch den Kanton unterstützt.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Die Harmonisierung der Einwohnerregister sowie die Bereinigung der Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) in den Baselbieter Gemeinden im Hinblick auf die Volkszählung per Ende Dezember 2010 schreiten voran. An beidem arbeiten die Gemeinden zur Zeit sehr intensiv. Sowohl der Bund als auch der Kanton führen periodisch ein Monitoring durch, um den Arbeitsfortschritt festzustellen und wo nötig Massnahmen zu ergreifen.

Nr. 2.08.09	Volkszählung 2010 In der Volkszählung 2010 können nur jene Daten ausgewertet werden, die in den Registern vorhanden sind. Neu fehlen gegenüber der traditionellen Volkszählung Daten unter anderem über Erwerbstätigkeit, Pendler, Ausbildung, Stellung im Beruf und Branchenzugehörigkeit. Der Bund erhebt die fehlenden Daten mittels Stichproben von 200'000 Befragungen für die ganze Schweiz. Es ist abzuklären, ob die Datenlücken durch Aufstockung der Stichproben beseitigt werden können. Wie ist das Nutzen- und Kostenverhältnis? Bei den Wohnungsangaben fehlen unter anderem flächendeckende Angaben über Mietpreise, die stark gefragt sind. Der Informationsbedarf ist aufzuzeigen und allfällige zusätzliche Erhebungen sind vorzuschlagen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Bei den ab 2010 jährlich stattfindenden Struktur-erhebungen wird vorerst auf eine kantonale Aufstockung der Stichprobe verzichtet. Allfällige Aufstockungen sollen mit den umliegenden Nordwestschweizerischen Kantonen koordiniert werden. Eine grundsätzlich neue Möglichkeit wird das so genannte Pooling von Ergebnissen der Struktur-erhebungen aus drei bzw. aus fünf Jahren bieten. Vor der kantonalen Aufstockung der Struktur-erhebung sollen mit dem Ergebnis-Pooling erste Erfahrungen gesammelt werden. Bei den thematischen Stichprobenerhebungen wird der im Jahr 2010 stattfindende Mikrozensus "Verkehr und Mobilität" aufgestockt, d.h. der kantonale Stichproben-umfang wird verdoppelt. Die Aufstockung erfolgt unter anderem im Zusammenhang mit dem Verkehrsmodell der Agglomeration Basel. Die Stichprobenaufstockung ist somit mit den übrigen Kantonen der Agglomeration synchroni-siert. Betreffend flächendeckender Angaben über Mietpreise im Kanton wird im 2010 der Bedarf nach separater Erhebung abgeklärt.
Nr. 2.08.10	Betriebszählung 2008 Die Ergebnisse der eidgenössischen Betriebszählung 2008 werden für den Kanton und die Wirtschaftsregion Nordwestschweiz ausgewertet, analysiert und die wichtigsten Trends in der Reihe "Statistik Baselland" veröffentlicht. Umfangreiche Zeitreihen und Strukturdaten werden auf der Website www.statistik.bl.ch aufgeschaltet.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Die Betriebszählung per Ende September 2008 ergab mit gut 124'000 Beschäftigten in den Wirtschaftssektoren 2 und 3 den bisherigen Höchststand an Arbeitsplätzen im Kanton. Die Daten wurden in der Reihe "Statistik Baselland" sowie auf der Webseite des Statistischen Amtes publiziert.
Nr. 2.08.11	Erstellung eines Demographieberichtes Die demographischen Herausforderungen werden die kantonale Politik in den nächsten Jahren stark beschäftigen. Die Bewältigung der Alterung der Bevölkerung und damit die Betreuung im Alter sind zentrale Aufgaben des Kantons und der Gemeinden (unter anderem Spitäler, Alters- und Pflegeheime, Spitex). Abnehmende Schülerzahlen können sich auf den Nachwuchs in der Wirtschaft auswirken. Diese Problemfelder sind im Bericht darzustellen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Die Erstellung des Berichtes ist auf Kurs. Die verschiedenen kantonalen und Bundesprognosen, welche die Zahlengrundlagen des Berichtes bilden, werden ausgewertet und wo möglich aufeinander abgestimmt. Im Bereich Altersprognose wird in Zusammenarbeit mit der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion die konkrete Implikation der Prognose auf die Bettenplanung in den Alters- und Pflegeheimregionen des Kantons erarbeitet. Der Bericht soll im ersten Halbjahr 2010 überwiesen werden.

Nr. 2.09	Programmpunkt Personalwesen Strategische Zielsetzungen Definition konsistenter Organisationsstrukturen für den Aufbau und den Betrieb eines integrierten Personalmanagements in der kantonalen Verwaltung auf strategischer (Personalamt), operationeller (Direktionen) und administrativer (Direktionen und Personalamt) Ebene. Eine solche von der Gesamtregierung getragene Strategie ist Voraussetzung für die Implementierung von modernen Personalführungs- und -controllinginstrumenten und das durch das integrierte Enterprise Resource Planning System (ERP-Projekt) direktionsübergreifend (konzernweit) einzuführende Ressourcenmanagement (Personal als Hauptressource). Weiterführung der laufenden Umsetzungen von strategischen Personalmanagement-Projekten (Umsetzung Personalentwicklungskonzept, Aufbau Personalmarketingkonzept, Aufbau Personalcontrolling, Anpassung und Weiterentwicklung Lohnsystem) unter Berücksichtigung schon bekannter Aspekte des zukünftigen ERP-Systems.	↓ Amtsbericht 2009
-----------------	--	----------------------------------

Nr. 2.09.01	Einzelne Massnahme Projekt Einführung ERP-System (Personalwesen) Implementierung und Inbetriebnahme des ERP-Systems Personalwesen / HRM (Human Resource Management) für das integrierte Personalmanagement basierend auf den Rahmenbedingungen der Personalstrategie. Sicherstellung der Funktionen eines modernen integrierten Personalmanagements: • Personalstammdatenverwaltung / Mutationswesen • Lohnwesen • Personalmarketing • Personalgewinnung • Einstellungs- und Austrittsabwicklung • Personalentwicklung • Organisationsentwicklung • Geschützte Arbeitsplätze • Verwaltung des Honorierungssystems • Personalcontrolling. Aufbau der Daten- und Organisationsstrukturen und der Prozesse zur Implementierung und für den Betrieb des Personalmanagementsystems gemäss den strategischen Vorgaben gemäss Phasenplanung des ERP-Projektes. Implementierung und Parametrierung des Systems, Systemtests und Inbetriebnahme.		Die Massnahme ist per 8. Januar 2010 realisiert worden. Das neue SAP-basierte Personalinformationssystem (ERP HR) ist eingeführt und produktiv. Das alte System HRA ist abgelöst und nur noch als Archivdatenbestand verfügbar. Die Ablauforganisation für den Betrieb des neuen Systems im Personalamt ist installiert, ebenso der technische Betrieb (SAP CCC). Die Benutzerbetreuung ist somit gewährleistet.
Nr. 2.09.02	Honorierungssystem Anpassung des bestehenden Honorierungssystems an die neuen Anforderungen der neuen Berufsbilder. Aufbau von Standardprozessen zur Abwicklung von Arbeitsplatzbewertungen, Einreichungsüberprüfungen und periodischen Kontrollen (Zulagen, Prämien).		Für die Revision der Bildungsfunktionen wurde ein Projekt gestartet. Durch die Vereinbarung im Beschwerdefall der Pflege-mitarbeitenden Diplomniveau II wurde die Funktionskette des Pflegebereichs an die neue Ausbildungslandschaft angepasst. Der Prozess der Arbeitsplatzbewertungen und Einreichungsüberprüfungen ist standardisiert. Weiter wurde für die Bewertung von neuen Modellumschreibungen eine Verordnung für eine zu schaffende Bewertungskommission von der Regierung verabschiedet. Die Anwendung des Honorierungssystems wurde insgesamt evaluiert. Daraus wurde ein Massnahmenkatalog abgeleitet, der vom Regierungsrat verabschiedet wurde und im 2010 umgesetzt werden muss.

Nr. 2.09.03	Personalcontrolling Weiterentwicklung und mit der Einführung des ERP-Systems koordinierter Aufbau des Personalcontrollingkonzeptes (Kennzahlensystem, Datenquellenstrukturen, etc.).	Im Rahmen des Projekts ERP wurden mit dem Umsetzungskonzept Personalcontrolling die Personalcontrolling-Bedürfnisse der Direktionen und der HR-Fachbereiche für die Phase 1 evaluiert und definiert. Die Anforderungen konzentrieren sich auf führungsrelevante Standardkennzahlen bzw. zeitliche Betrachtungen einzelner HR-Elemente, welche entweder direkt im Quellsystem oder über ein Business Warehouse bezogen werden können.
Nr. 2.09.04	Personalentwicklung (PE) 1. Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes gemäss Phasenplan: • Konzeption "48 - 50+ / Diversity / Förderung von Mitarbeitenden mit Betreuungsaufgaben"; • Konzeption "Führung und weitere Laufbahnen" • Prüfung und Aufbau von E-Learning; • Kennzahlensystem und Qualitätssicherung für das Seminarprogramm sowie kantonsweite Kostenerhebung. 2. Weiterentwicklung des Berufsbildungskonzeptes der Kantonalen Verwaltung BL. 3. Entwicklungsziele 2009 (gemäss Personalentwicklungskonzept) auf Basis der Bildungsbedarfsanalyse: Führungskräfte: - Ausbau der Unternehmensführungs Kompetenzen in einem politischen Umfeld (auch im Austausch mit internen und externen Organisationen); - Prozesse kundenfreundlich und leistungsorientiert gestalten; - Kommunikationskompetenz in schwierigen Gesprächen fördern und eine konstruktive "Streitkultur" ermöglichen; - Nutzung von Kontrollsystemen und Auswertung von (strategischen) Kennzahlen. Mitarbeitende: - Aufbau einer kundenfreundlichen Kommunikation mit dem Schwerpunkt: kurz und verständlich, schwierig und dennoch freundlich; - Verbesserung der Zielplanung und -erreichung sowie der Priorisierung und Arbeitsmethodik; - Aufbau von Selbstverantwortung für eine gute Betriebskultur und für eine gute eigene Balance.	1. Die Konzeption "48+ / Diversity / Förderung von Mitarbeitenden mit Betreuungsaufgaben" und "Führung und weitere Laufbahnen" konnten bereits in folgenden Teilen erarbeitet werden: - Situationsanalyse, - Vergleich von Konzeptionen anderer Kantone und vergleichbarer Unternehmen (Benchmark), - Altersstrukturhebung und Definition notwendiger Handlungsfelder. Die weitere Erarbeitung und Verabschiedung dieser Konzeptionen ist für 2010 vorgesehen und auch im Jahresprogramm wiederholt aufgenommen. Prüfung und Aufbau von E-Learning wird im Seminarprogramm 2011 anhand von Pilotthemen getestet. Das Kennzahlensystem wurde im Rahmen von ERP erstellt. Ein Konzept zur Qualitätssicherung für das Weiterbildungsprogramm liegt vor und wird schrittweise im Rahmen der technischen Möglichkeiten 2010 eingeführt und umgesetzt. Ab 2010 werden die PE-Leistungen des Weiterbildungsprogramms nicht nur extern, sondern neu auch intern via interner Faktura verrechnet. 2. Das Berufsbildungskonzept wurde neu im Jahresprogramm 2010 aufgenommen mit dem Ziel, dass dafür Ende 2010 ein Regierungsratsbeschluss vorliegt. 3. Das Seminarprogramm 2009 enthielt entsprechende Angebote zu den Entwicklungszielen. Inwiefern entsprechende PE-Massnahmen im MAG formuliert wurden, kann aufgrund fehlender technischer Möglichkeiten noch nicht eruiert werden.

Nr. 2.09.05	Personalmarketing Weiterentwicklung eines auf den internen und externen Arbeitsmarkt ausgerichteten Personalmarketingkonzeptes: • Personalwerbung, interner und externer Arbeitsmarkt; • Initiierung Marketing-Projekte; • Prüfen eines Hochschulmarketings für den Kanton Basel-Landschaft.		Ein umfassendes Personalmarketingkonzept liegt im Entwurf vor. Es wird 2010 das interne Mitberichtsverfahren durchlaufen und anschliessend der Regierung zur Verabschiedung unterbreitet.
Nr. 2.10	Programmpunkt Informatik Strategische Zielsetzungen Das prioritäre Ziel besteht darin, mit der Einführung des integrierten ERP-Systems fortzufahren. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Erarbeitung der IT-Strategie sein.		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 2.10.01	Einzelne Massnahme Einführung ERP-System (ERP = Enterprise Resource Planning) Der Landrat hat am 21. Februar 2008 das ERP-Projekt zur Realisierung freigegeben. Der Begriff ERP steht für gemeinsam genutzte Informatiksysteme in den Bereichen Finanzen, Personal und Logistik im Kanton. Bei der ausgewählten Standardsoftware handelt es sich um das Produkt SAP und der Implementierungspartner ist die Firma NOVO Business Consultants. Nach der Initialisierungsphase werden ab Frühjahr 2008 die Soll-Prozesse und das Systemdesign bestimmt. Ab September 2008 beginnen die Realisierungsarbeiten im System. Die Budgetierung wird bereits ab Frühjahr 2009 in der neuen Lösung erfolgen. Die breite Einführung für alle Benutzenden erfolgt dann nach der Produktionsvorbereitung mit einer Datenmigration so, dass ab dem 1. Januar 2010 mit der neuen Lösung gearbeitet werden kann. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Total: Fr. 13 Mio. Budget 2008: Fr. 5.67 Mio. Budget 2009: Fr. 6.18 Mio. Budget 2010: Fr. 1.15 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 6.18 Mio. Fr.	Die Betriebsaufnahme des gesamten ERP-Systems SAP ist erfolgreich per 8. Januar 2010 erfolgt, nachdem die Budgetierung bereits im Frühjahr 2009 in Betrieb genommen wurde. Das Projekt wird innerhalb der gesetzten Termine und der vorgesehenen Kosten abgeschlossen werden.

Nr. 2.10.02	IT-Strategie Nach dem Abschluss der Analysephase der IT-Strategie im Jahr 2008 ist anschliessend die Konzeption und die Umsetzung vorgesehen. Nähere Angaben sind mit dem Abschluss der Analysephase möglich.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Noch keine Angaben möglich	Mit dem Abschluss der Analysephase der IT-Strategie BL konnten per 1. April 2009 die Strategiegrundsätze in Kraft gesetzt werden. Mit dem Projektprogramm STRATUM (steht für IT-Strategie-Umsetzung) erfolgt mit sechs Projekten die Umsetzung bis 2012. Das Gesamtbudget beträgt 2.4 Mio. Franken.
Nr. 2.11	Programmpunkt Luftverkehr (EuroAirport) Strategische Zielsetzungen Der Kanton Basel-Landschaft engagiert sich für den Erhalt des gut funktionierenden und konkurrenzfähigen Flughafens. Er soll weiterhin die Bedürfnisse des Wirtschaftsstandortes und der Bevölkerung befriedigen können sowie eine wichtige Arbeitsstätte sein. Gleichzeitig soll der Verkehr in Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern möglichst umweltverträglich abgewickelt werden und die Wohnqualität in den flughafennahen Gemeinden so wenig wie möglich beeinträchtigen.		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 2.11.05	Einzelne Massnahme Sicherheit und Umweltverträglichkeit Weiterhin besonderes Augenmerk liegt auf der korrekten Benutzung des neuen Landeverfahrens ILS 34. Die Regierung besteht auf einer strikten Einhaltung der Vereinbarungen. Im Weiteren setzt sie sich dafür ein, dass der Verkehr generell umweltverträglicher abgewickelt wird, indem neue Lenkungsmassnahmen geschaffen und bestehende verstärkt werden. Zudem engagiert sich der Regierungsrat für Betriebszeiten, die gleichwertig zu den anderen beiden Landesflughäfen sind.		Der Regierungsrat nahm befriedigt zur Kenntnis, dass die Südlandungen via ILS 33 unter den Wert von 8 Prozent gefallen sind, und dass keine Verstösse gegen die Benutzungsvereinbarung erkennbar waren. Sehr positiv ist zudem die vom Verwaltungsrat beschlossene markante Verschärfung der Gebührenanreize. Der Regierungsrat hat mit den zuständigen Behörden weitere Verbesserungsmöglichkeiten diskutiert. Der Kontakt mit den betroffenen Gemeinden ist konstruktiv weitergeführt worden.
Nr. 2.11.06	Mobilität und Wohlstand Der Flughafen soll weiterhin die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung und der Unternehmen befriedigen können. Überdies setzt sich die Regierung dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die auf dem EuroAirport tätigen Unternehmen verbessert werden.		Die Wirtschaftskrise und die generelle Baisse im Flugverkehr beeinflussten die Entwicklung des EuroAirport erheblich. So nahmen Passagier- und Frachtverkehr im vergangenen Jahr um 10 Prozent resp. 16 Prozent ab. Im Bereich Flugzeugwartung und -umbau mussten nach jahrzehntelangem Wachstum gar erstmals Arbeitskräfte entlassen werden. Anzeichen für eine Erholung sind aber deutlich erkennbar.

Nr. 2.12	Programmpunkt Gleichstellung von Frau und Mann Strategische Zielsetzungen Die Bevölkerung hat in der Abstimmung vom 1. Juni 2008 eine aktive Gleichstellungspolitik des Regierungsrates und die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann als Kompetenzzentrum deutlich bestätigt. Der Regierungsrat verfolgt die Verbesserung der gleichstellungsrelevanten Rahmenbedingungen und die Einführung eines Gleichstellungs-Controllings gemäss Regierungsprogramm schrittweise weiter. Unter anderem wird ein Förderprojekt im Bereich schulischer Bubenarbeit lanciert.		↓ Amtsbericht 2009 Im Juni 2009 konnte die Fachstelle das 20jährige Bestehen feiern mit Höhepunkten in der Alltagsarbeit und mit Blick vor allem auf junge Leute. So lancierte sie das Zusatz-angebot für Schulklassen zum Gendertag 2009 über Geschlechterrollen "Mann, ist das weiblich!" gemeinsam mit dem Kantonsmuseum und dem AVS. Und die 14. Preisvergabe des Chancengleichheitspreises galt dem Team Basel Frauen U18 und ARIP (Aktion Respekt ist Pflicht).
Nr. 2.12.01	Einzelne Massnahme "Gleichstellungs-Controlling - Starter Kit" Das direktionsübergreifende Projekt "Gleichstellungs-Controlling - Starter Kit" und der Entwurf des Konzeptes zur Gleichstellungs-Qualitätssicherung werden neu aufgenommen. Sie werden nach Möglichkeit mit dem Projekt ERP und der Weiterentwicklung des Schweizerischen Gleichstellungs-Indexes abgestimmt (vgl. auch Punkt Nr. 2.12.02 in früheren Jahresprogrammen).	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.04 Mio. Fr.	Nach Wiederaufnahme und kritischer Durchsicht wird "Starter Kit" abgeschlossen zugunsten einer Reorganisation. Ein Benchmarking-Tool des Gleichstellungs-Controllings wird in das ERP-Teilprojekt zum Personal-Controlling integriert. Die Weiterentwicklung des Gleichstellungs-Indexes auf Kantonsebene führt in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt unter anderem zur Erweiterung des "Baselbieter Zahlenfensters" im 2010.
Nr. 2.12.09	Schulungsangebote zu Basiswissen Die laufenden Bemühungen zur pilotweisen Einführung eines Gleichstellungs-Controllings werden verstärkt durch Sensibilisierungs- und Schulungsangebote zu Basiswissen in Gender- und Gleichstellungsfragen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Im Rahmen des Budgets	Etabliert worden sind die Module zu Chancengleichheit und Diversity im Rahmen der Führungsausbildung; aktualisiert wurden der Kurs zum Gleichstellungsgesetz und diverse massgeschneiderte Schulungen zum Umgang mit sexueller Belästigung von Jugendlichen (unter anderem Flyer zu persönliche Grenzen respektieren) und Kantons-mitarbeitenden (unter anderem aktualisierte Herausgabe "lustig, lästig, stopp!").
Nr. 2.12.10	Förderprojekt im Bereich der schulischen Bubenarbeit	Finanzielle Auswirkungen 2009: Im Rahmen des Budgets	Die FfG lancierte die 5teilige Veranstaltungsreihe "Männerleben heute" gemeinsam mit dem Zentrum Gender Studies und der Fachstelle in Basel. Die Themenwahl verknüpfte sie mit den Zielsetzungen der schulischen Bubenarbeit am Gendertag BL, insbesondere in den Veranstaltungen über Neue Medien und Vorbilder für Buben sowie über Schüler mit Migrationshintergrund.

Teil 3 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD)

Amtsbericht 2009: Gesamtschau aus Sicht der Direktion

Das Jahresprogramm 2009 - nennen wir es Segelschiff VGD - war reich befrachtet. Es startete mit einer bestens qualifizierten und motivierten Mannschaft und sorgsam verstauter Fracht bei schönem Segel-Wetter ins Jahr 2009. Schon bald zeigten sich Gewitterwolken in Form von weiteren Schäden als Folge von übermässigem, nassem Schnee, welcher das Amt für Wald (das Personal, welches für die Pflege der Segelmasten zuständig ist) in Atem hielt. Die Finanzkrise - der nächste Sturm - beschäftigte die für die Ökonomie zuständigen Mannschaftsteile (KIGA, Wirtschaftsdelegierter), und die "rabenschwarzen" Wolken, die bald darauf die Welt in düsteres Licht tauchten, liessen einen sehr schweren Sturm in der Form einer Pandemie (H1N1 "Schweinegrippe") erahnen, welcher die Rettungsmannschaft (Spitäler / Kantonsarzt) zu umfassenden Präventionsmassnahmen veranlasste.

Glücklicherweise können wir heute feststellen, dass dieser Sturm weit weniger schlimm war als befürchtet. Wir alle kennen das Sprichwort: "Es kommt nicht so sehr darauf an, wie der Wind weht, sondern wie man die Segel setzt". Die KVG-Revision mit der neuen Spitalfinanzierung erfordert eine genaue Wetterbeobachtung und ein rechtzeitiges Überprüfen der Segel, damit die Fahrt in den Gewässern der DRG-basierten Spitalfinanzierung für alle Baselbieter Spitäler ruhig und erfolgreich ablaufen wird. Entsprechend wurden im Berichtsjahr die notwendigen gesetzlichen Vorbereitungen getroffen, um die beiden Segel Kantonsspital Laufen und Kantonsspital Bruderholz zusammenzunähen und geeint als Kantonsspital Bruderholz / Laufen resp. Kantonsspital Laufen / Bruderholz vor den Wind setzen zu können. Das Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung erwies sich als eine Klippe, die in der Seekarte nicht eingetragen war. Es gelang der Mannschaft des Segelschiffes VGD, dieses Hindernis rechtzeitig zu erkennen und die Segel (Vorbereitung der rechtlichen Grundlagen für die Umsetzung ab Inkrafttreten am 1. Januar 2011) so in den Wind zu stellen, dass das Boot auf Kurs ist. Der Landrat wird in der ersten Jahreshälfte 2010 über die rechtlichen Anpassungen beschliessen können.

Eine kleine Schramme gilt es hingegen zu vermeiden: Aufgrund eines Kommunikationsproblems erfolgte sowohl im Budget 2009 wie auch im Budget 2010 keine Budgetierung der bundesrechtlich und damit gebundenen Ausgaben der seit dem 1. Januar 2009 neuen Familienzulagen für Nichterwerbstätige. Entsprechend wird hier in der Staatsrechnung 2009 eine Erläuterung notwendig werden und in der Nachtragskreditrunde zum Budget 2010 wird eine nachträgliche Einstellung der rund 0.5 Millionen Franken notwendig werden. Ein grosses Dankeschön gilt der Mannschaft, die, jede und jeder an ihrem resp. seinem Platz, verantwortungsbewusst, engagiert und mit Ausdauer dazu beigetragen hat, dass das Segelschiff VGD die Jahresziele erreicht hat.

Nr. 3.01	Programmpunkt Wald Strategische Zielsetzungen Die steigende Nachfrage nach Holz als Baustoff und Energieträger bleibt ein aktuelles Thema in der Tätigkeit des Forstamtes. Der Strukturwandel ist weiterhin zu beobachten und allfällige Anpassungen der Betriebsstrukturen, aber auch der Infrastruktur sind (beratend) zu unterstützen bzw. zu begleiten. Leistungsfähige und eigenwirtschaftliche Forstbetriebe erbringen auch die Leistungen im Bereich der öffentlichen Ziele (Schutzwald, Naturschutz im Wald) effizienter und günstiger. Das Verständnis der Bevölkerung für eine vermehrte Nutzung der Ressource Holz ist nach wie vor gering. Die begonnene Aufklärungsarbeit ist gemeinsam mit den Partnern der Wald- und Holzwirtschaft fortzusetzen. Insbesondere ist aufzuzeigen und zu vermitteln, dass eine intensivere Nutzung des Waldes auch den öffentlichen Zielen der Waldbewirtschaftung dient. Nachdem nun die Auswirkungen aus der NFA für den Wald bekannt und die Vereinbarungen mit dem Bund unterschrieben sind, gilt es zu prüfen, ob zukünftig auch in der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Waldeigentümern auf mittelfristige Leistungsvereinbarungen umgestellt werden kann. Vor dem Hintergrund steigender Durchschnittstemperaturen und eines sich ändernden Niederschlagsregimes sind a) die Waldschadenuntersuchungen (neu Walddauerbeobachtung) mit einem etwas veränderten Fokus auf die sensiblen Standorte weiterzuführen und b) Veränderungen in der Pflanzen- und Tierartenzusammensetzung zu beobachten. Dabei kann es im Umgang mit den so genannten Neobionten nicht darum gehen, Änderungen generell auszuschliessen, sondern Bekämpfungsmassnahmen sind auf jene Pflanzen- und Tierarten zu beschränken, die besonders aggressiv (auch für die Menschen) sind oder standortheimische Pflanzen verdrängen.	↓ Amtsbericht 2009
-----------------	---	----------------------------------

Nr. 3.01.02	Einzelne Massnahme Gefahrenkarte Nach der Genehmigung der Landratsvorlage wird die erste Etappe der Gefahrenkarte abgeschlossen und die zweite Etappe erarbeitet. Mit der Gefahrenkarte wird die Grundlage für die raumplanerischen Massnahmen zur Prävention vor Naturgefahren für Infrastrukturanlagen und in Siedlungsgebieten geschaffen. Landratsvorlage 2006 / 058 vom 21. Februar 2006 / Verpflichtungskredit LRB 2037 vom 19. Oktober 2006 Total: Fr. 4'150'000.- insgesamt, davon brutto zu Lasten Forstamt beider Basel Fr. 1'630'000.- (Konto 2225.318.91) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 80'000.- Budget 2008: Fr. 370'000.- Budget 2009: Fr. 370'000.- Erträge 2009: Fr. 150'000.- Bundesbeiträge.		Für die erste Etappe (Los 1 + 2) liegen die bereinigten Entwürfe für die Naturgefahrenkarten vor; im Los 2 waren sie bereits bei den Gemeinden im Mitwirkungsverfahren. Die Feld-Arbeiten für die zweite Etappe (Lose 3 + 4) konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Es hat sich bestätigt, dass der Aufwand für die Dokumentation der Ergebnisse und die Information der Gemeinden grösser ist als angenommen. Insgesamt ist dennoch nur mit einer leichten Verzögerung des Gesamtprojektes zu rechnen. Die Gesamtkosten werden voraussichtlich im Rahmen des Verpflichtungskredites liegen. Am 16. September 2009 erfolgte die Information der Gemeinden für die dritte Etappe (Lose 5 + 6). Der Start erfolgte programmgemäss. Rechnung 2008: Fr. 230'000 Rechnung 2009: Fr. 230'000.
Nr. 3.01.04	Waldgesundheit Weiterführung des Beobachtungsprogramms in Zusammenarbeit mit sieben weiteren Kantonen und dem Bund. Ab 2009 werden die aufgrund der Evaluation im Jahr 2007 durchgeführten organisatorischen Änderungen zum Tragen kommen und der Kanton BL wird finanziell entlastet werden. Voraussetzung ist die Zustimmung des Landrates zum Verpflichtungskredit. Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung bzw. Eindämmung der "Neophyten" im Wald. Landratsvorlage 2008 / 101 vom 22. April 2008, LRB noch ausstehend für einen Verpflichtungskredit April 2008 bis März 2013 Total Fr. 529'200.- (Konto 2225.318.93) Budget 2008 (ab April 2008): Fr. 105'000.- Budget 2009: Fr. 120'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.12 Mio. Fr.	Im Frühjahr wurde die Öffentlichkeit über die Resultate der Untersuchungsperiode 2004 - 2009 orientiert. Die Information erfolgte über eine nationale Medienkonferenz (Motto: Keine Entwarnung für den Wald), zwei Broschüren und eine neu geschaffene Internetplattform: www.waldbeobachtung.ch. Den Förstern wurde für die Vermittlung der Resultate eine Powerpoint-Präsentation zur Verfügung gestellt. Im Berichtsjahr wurde für die Bekämpfung der Neophyten (im Wald) eine Massnahmenplanung erarbeitet. Der Landrat beriet die Vorlage Nr. 2008 / 101 vom 22. April 2008 an seiner Sitzung vom 25. September 2008 (LRB Nr. 713). Er stimmte dem Verpflichtungskredit für die Fortsetzung der Walddauerbeobachtung von April 2008 bis März 2013 zu und beauftragte den Regierungsrat, eine allfällige Vorlage zur Fortsetzung der Walddauerbeobachtung über das Jahr 2013 hinaus dem Landrat inklusive aktualisiertem Evaluationsbericht vor Dezember 2012 zur Beratung zu unterbreiten. Rechnung 2008: Fr. 45'300 (Programm 2004 - 2008) Fr. 95'622 (Programm 2008 - 2013) Rechnung 2009: Fr. 122'405 (Programm 2008 - 2013).

Nr. 3.01.05	Schutzwaldbewirtschaftung Weiterführung der Arbeiten in den bestehenden Schutzwaldprojekten. Bereinigung des Schutzwaldinventars des Kantons (Vorgaben Bund) und Ausarbeitung des Schutzwaldpflegekonzepts. Wiederinstandstellungsprojekt "Röschenz - Dittingen" Landratsvorlage 2005 / 169 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005, Total Brutto Fr. 667'500.-, Anteil Kanton Fr. 307'525.- (Konto 2225.362.72) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 129'996.05 Budget 2008: Fr. 61'000.- Budget 2009: Fr. 62'000.- Bundesbeitrag: Fr. 24'800.- Wiederinstandstellungsprojekt "Laufen" Landratsvorlage 2005 / 170 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005, Total Brutto Fr. 1'006'150.-, Anteil Kanton Fr. 401'740.- (Konto 2225.362.72) Total: Anteil Kanton Fr. 709'000.- (Konto 225.372.72) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 108'637.90 Budget 2008: Fr. 79'000.- Budget 2009: Fr. 68'000.- Bundesbeitrag: Fr. 27'200.-		Die Nassschneefälle im Dezember 2008 machten die Störungsempfindlichkeit der Verkehrsachsen deutlich und zeigten den Wert und die Wichtigkeit intensiver Schutzwaldpflege auf. Sie beeinflussten das Arbeitsprogramm des Amtes für Wald und der Waldeigentümer im Berichtsjahr stark. Neben den eigentlichen Schutzwaldprojekten wurden zusätzliche Pflege- und Stabilitätseingriffe in weiteren Schutzwaldgebieten in Angriff genommen und durchgeführt (Angenstein, Lausen, Gelterkinden / Tecknau, Duggingen). Zusammen mit dem Tiefbauamt wurde ein Programm "Strassenwald" erarbeitet, das Beiträge an Wälder entlang von Strassen ermöglicht, die nicht Schutzwald im engen Sinne der Waldgesetzgebung darstellen, aber zu einer Gefährdung der Strasse führen können. Die Arbeiten in den Schutzwaldprojekten konnten programmgemäss weiter geführt werden. Rechnung 2008: Fr. 141'866 "Laufen" Fr. 99'101 "Röschenz" Fr. 42'765 Rechnung 2009: Fr. 61'240 "Laufen" Fr. 50'368 "Röschenz" Fr. 11'872.
Nr. 3.01.07	Waldwissen Etablierung des Grundangebotes an Führungen und Vorträgen in Zusammenarbeit mit den regionalen Waldbildungsorganisationen.		Im Laufe des Berichtsjahres musste zur Kenntnis genommen werden, dass die Basis der Trägerorganisationen für ein gemeinsam getragenes Waldbildungsprogramm schmal ist bzw. mit dem Wegfall des Projektes "Waldschulzimmer" dünn geworden ist. Der Verein steht vor der Auflösung. Das Amt konzentrierte sich auf das eigene Angebot (Kooperation mit Dritten). Dieses wurde rege genutzt.
Nr. 3.01.08	Nachhaltige Waldentwicklung: Waldinformationssystem Konzeption des Datenmodells und Integration in die Planungs- und Berichterstattungsinstrumente.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.05 Mio. Fr.	Der Schlussbericht über die Ist-Situation und die Möglichkeiten, die vorhandenen Datenbestände "verknüpft" zugänglich zu machen und zu nutzen, liegt vor. Im Rahmen der Vorabklärungen wurde auch ein bereits operatives System des Kantons Luzern näher geprüft.

Nr. 3.01.09	Leistungsvereinbarungen Waldeigentümer Prüfung der Möglichkeiten (Pilotrevier) produktweiser oder produktübergreifender Leistungsvereinbarungen mit den Waldeigentümern bzw. den betrieblichen Leistungserstellern.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.03 Mio. Fr.	Das Projekt musste aus Kapazitätsgründen (Amt für Wald und Abteilung Natur und Landschaft der BUD) zurückgestellt werden.
Nr.3.02	Programmpunkt Arbeit / Wirtschaft Strategische Zielsetzungen Das Jahr 2009 steht im Zeichen der konsolidierenden Weiterführung der Aufgaben im Bereich der Arbeitsbedingungen (Flankierende Massnahmen zum Freien Personenverkehr, Schwarzarbeitsbekämpfung), der Umsetzung des revidierten kantonalen Familienzulagengesetzes, welches am 1. Januar 2009 in Kraft treten soll, der vorgesehenen Revision des Ruhetagsgesetzes sowie der Umsetzung der Initiative Wasserfallen im Arbeitsgesetz, der Etablierung des neuen ALV-Systems AVAM und der geplanten baulichen Sanierung und Optimierung des KIGA-Gebäudes in Pratteln. Eine schwer abschätzbare Komponente bleibt darüber hinaus die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, auf welche deshalb eher kurzfristig reagiert werden muss.		↓Amtsbericht 2009 Das Jahr 2009 war stark geprägt von der negativen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Diese fand ihren Niederschlag vorerst in einer noch nie dagewesenen Inanspruchnahme von Kurzarbeit. Beim Höchststand im September 2009 hatten rund 200 Firmen für rund 6800 Mitarbeitende Kurzarbeit angemeldet. Glücklicherweise mussten die Anmeldungen in vielen Fällen nicht vollständig in Anspruch genommen werden. Parallel dazu stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen stetig an bis zum Jahresendstand von 5'407 Personen und einer Quote von 3.9 Prozent, was die höchsten bisher im Kanton Basel-Landschaft registrierten Werte sind. Das KIGA Baselland baute seine Kapazitäten und Dienstleistungen laufend aus und eröffnete ein zusätzliches RAV. Um der Problematik der im Sommer stark angestiegenen Zahl der jugendlichen Arbeitslosen gezielt begegnen zu können, wurde ein spezifisches Projekt mit der Einsetzung eines Koordinators Jugendarbeitslosigkeit lanciert. Im Bereich Arbeitsbedingungen bereitete die von den Sozialpartnern des Ausbaugewerbes lancierte Kautionsintensive Beschäftigung. Zudem wurde die anbegehrte Delegation der Kontrollen auf Schwarzarbeit im Baugewerbe an das Kontrollorgan der Sozialpartnerorganisationen (ZAK) auf Jahresende hin beschlossen.

Nr. 3.02.04	Einzelne Massnahme Umsetzung des revidierten Familienzulagengesetzes Die Annahme des eidgenössischen Familienzulagengesetzes in der Volksabstimmung vom 26. November 2006 hat dazu geführt, dass das neue kantonale Familienzulagengesetz vom 9. Juni 2005 und die entsprechende Verordnung angepasst und damit einer Revision unterzogen werden müssen. Die Vorlage zu dieser Revision ist derzeit in Vernehmlassung; sie soll in der zweiten Jahreshälfte 2008 vom Landrat genehmigt werden. Das revidierte Gesetz soll sodann am 1. Januar 2009 in Kraft treten und führt zu gewissen Änderungen im Vollzug. So haben unter anderem neu auch Nichterwerbstätige Anspruch auf Familienzulagen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.5 Mio. Fr. (für FZ Nichterwerbstätige)	Die Behandlung der Vorlage im Landrat konnte erst in der ersten Hälfte des Jahres 2009 erfolgen. Dem neuen Gesetz wurde am 7. Mai 2009 mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt. Es wurde von der Regierung am 19. Oktober 2009 per 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt. Die zugehörige Verordnung ist mit Beschluss vom 1. Dezember 2009 ebenfalls beschlossen und per 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt worden.
Nr. 3.02.05	KMU-Entlastungsgesetz Mit Beschluss vom 20. Juli 2007 befürwortete der Landrat eine Verlängerung der gesetzlichen Frist zur Überprüfung der KMU-Betroffenheit des bestehenden Erlassbestandes um ein Jahr bis 31. Dezember 2008. Im Rahmen einer summarischen Berichterstattung an den Landrat wird dieser Prüfungsprozess im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 2009 ergebnisorientiert reflektiert und werden daraus hervorgegangene Massnahmen aufgezeigt.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Die Überprüfung des bestehenden Erlassbestandes konnte im Verlauf des 3. Quartals 2009 abgeschlossen werden. Bei 18 Gesetzen und Verordnungen hatte das KMU-Forum Bemerkungen zum Vollzug, und bei 9 Erlassen empfahl es, diese aufzuheben. Oft stellte das KMU-Forum allerdings fest, dass Bundesrecht einer gewerbefreundlicheren kantonalen Regelung entgegen steht. Mit der Vorlage Nr. 2009 / 353 hat der Regierungsrat dem Landrat seinen Schlussbericht unterbreitet.
Nr. 3.02.06	Bestandespflege und Wirtschaftsdienstleistungen Die Kontakt- und Bestandespflege zur Baselbieter Wirtschaft ist eine der Säulen der kantonalen Wirtschafts- und Standortpolitik und wird vom Vorsteher der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion zusammen mit dem Wirtschaftsdelegierten wahrgenommen. Die Firmenbesuche sollen im Jahre 2009 gezielt verstärkt und ausgebaut werden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Die Betriebsbesuche und Unternehmensgespräche dienten der Kontaktpflege zu der Baselbieter Wirtschaft und der Reflektierung aktueller unternehmerischer und betrieblicher Herausforderungen insbesondere auch angesichts der schwierigen konjunkturpolitischen Entwicklung. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse zeigten ein hohes Mass an Zufriedenheit der Wirtschaftsbetriebe mit der Dienstleistungsqualität der öffentlichen Verwaltung und bestätigten in weiten Zügen eine insgesamt intakte Standortattraktivität des kantonalen Wirtschaftsraumes.

Nr. 3.02.07	Tourismusförderung Über eine Mandatserneuerung und eine weiterführende Mittelbereitstellung und -alimentierung für die Zeitspanne 2009 - 2012 entscheidet der Landrat in der zweiten Jahreshälfte 2008.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Noch offen	Am 15. Januar 2009 (LRB Nr. 983) hat der Landrat der Vorlage Nr. 2008 / 228 zugestimmt und das Mandat an den Verein "Baselland Tourismus" für die Zeitspanne 2009 - 2012 verlängert. Rechnung 2008: Fr. 600'000 Rechnung 2009: Fr. 600'000.
Nr. 3.02.11	Standortpromotion Ein moderner und attraktiver Lebens- und Wirtschaftsstandort muss sich aktiv, gezielt und glaubwürdig auf nationalen und internationalen Märkten positionieren. Auf der Grundlage attraktiver Rahmenbedingungen ist die Gewährleistung seiner klaren Sichtbarkeit und breiten Wahrnehmung eine existenzielle und unverzichtbare Aufgabe, um sich in einem zunehmenden Wettbewerb der Regionen als attraktiver Standort durchsetzen zu können. Die beiden Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt nehmen diese Aufgabe seit Jahren partnerschaftlich wahr und unterhalten zu diesem Zweck eine gemeinsame Standortpromotionsorganisation, die Wirtschaftsförderung beider Basel (Basel Area). Die laufende Budgetperiode endet 2009. Die Bemessung der Betriebskostenbeiträge für eine weitere mehrjährige Geschäftsperiode aus den Mitteln der kantonalen Wirtschaftsförderung ist in der zweiten Jahreshälfte 2009 zu beurteilen. Diese Ausgangslage erfordert vorgängig eine Überprüfung und allenfalls Justierung der strategischen Ausrichtung, des operativen Auftrages und der Geschäftsfelder resp. des Leistungsangebotes.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Im Rahmen des Wirtschafts-förderungsfonds	Ende August 2009 bewilligte der Regierungsrat auf Antrag der Wirtschaftsförderungskommission eine erneuernde Weiterführung der bestehenden finanziellen Unterstützung von BaselArea aus den Mitteln der kantonalen Wirtschaftsförderung mit einem jährlichen Betriebskostenbeitrag in der Höhe von 955'000 Franken für die Periode 2010 - 2013. Ihre Hauptaufgabe ist es weiterhin, den Wirtschaftsraum Nordwestschweiz im Ausland als attraktiven Standort für Firmenansiedlungen zu positionieren und zu vermarkten. Die Standortpromotion soll jedoch vom bisherigen Schwerpunkt, Unternehmen der Life Sciences (Pharma, Medizinal-technik), auf weitere Branchen ausgedehnt werden. Zuvorderst stehen ebenfalls wertschöpfungsstarke und wachstumsfähige Firmen aus den Gebieten Mikrotechnik und Mess- und Präzisionsinstrumente sowie aus der Nanotechnologie. Ab 1. Januar 2010 arbeiten BaselArea und der Kanton Jura im Bereich der ausländischen Standortpromotion enger miteinander zusammen. Diese Kooperation ist vorerst auf 4 Jahre befristet. Sie dient der Bündelung der Kräfte, eröffnet beiden Partnern neue Märkte und Wettbewerbschancen, ermöglicht letztlich auch die Konsolidierung bestehender komparativer Vorteile. Der Marktauftritt erfolgt einheitlich unter der Dachmarke BaselArea. Beide Organisationen bleiben aber vorerst organisatorisch und operativ autonom.

Nr. 3.02.12	Schlüsselbranche Life Sciences Als eigentlicher Wirtschaftsmotor spielen die Life Sciences Branche und die Messe Schweiz eine zentrale Rolle für die wachstumsorientierte Wirtschaftsentwicklung im Kanton Basel-Landschaft. Ihre Bedeutung rechtfertigt es, bei der Schaffung günstiger Voraussetzungen für die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ein spezielles Augenmerk auf diese Wirtschaftszweige zu richten. Seit 2004 haben sich im Rahmen eines regionalen Life Sciences Gipfelgespräches Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft der Region beider Basel bereits zweimal im Bad Schauenburg zu einem Gedankenaustausch zusammengefunden mit dem Ziel, sich dabei auf wesentliche Massnahmen zu einer verstärkten und koordinierten Unterstützung der regionalen Life Sciences Grundlagen und Strukturen zu verständigen. Im Herbst 2009 ist eine erneute Auflage dieses Treffens vorgesehen, das sachlich und inhaltlich gezielt vorzubereiten ist.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Die bedeutungsvolle Rolle dieser Leitbranche für eine erfolgreiche Weiterentwicklung unseres Lebens- und Wirtschaftsraumes wurde auch im vergangenen Jahr immer wieder im Rahmen weiterer Studien festgestellt und bestätigt. Dank ihrer guten Verfassung hat insbesondere die Pharmabranche mit ihrer global abgestützten Wettbewerbsfähigkeit und einer ungebrochenen Ertragsstärke wesentlich dazu beigetragen, die wirtschaftlichen Folgen des konjunkturellen Einbruches im kantonalen und regionalen Wirtschaftsraum nachweislich abzufedern. Eine hohe Standortqualität, geprägt durch bestmögliche und konkurrenzfähige Rahmenbedingungen, ist auch weiterhin unverzichtbare Voraussetzung für die Erhaltung der herausragenden Innovations- und Wertschöpfungsdynamik. Aus technischen und organisatorischen Gründen kann ein nächstes Life Sciences Gipfelgespräch erst im August 2010 stattfinden.
Nr. 3.02.13	Berufsschau 2009 Lehrstellenwesen und Lehrlingsausbildung haben einen hohen wirtschaftspolitischen Stellenwert. Im Herbst 2009 findet eine erneute Auflage der kantonalen Berufsschau statt. Diese insbesondere von Schulabgängern und ihren Eltern stark besuchte und weit über die Kantons Grenzen hinaus eine grosse Beachtung findende kantonale Berufsmesse wird seit ihren Anfängen aufgrund ihres volkswirtschaftlichen und bildungspolitischen Nutzens von der kantonalen Wirtschaftsförderung finanziell unterstützt. Im Verlauf der ersten Jahreshälfte 2009 wird die Überprüfung der Förderungswürdigkeit dieses Anlasses als Grundlage für die Beurteilung der Zweckmässigkeit eines erneuten Betriebskostenbeitrages im Rahmen der kantonalen Wirtschaftsförderung vorzunehmen sein.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Im Rahmen des Wirtschaftsförderungsfonds	40'000 Besuchende informierten sich an der 7. Berufsschau im Herbst 2009 über 190 Lehrberufe. Die Schau vermittelte im Rahmen einer zentralen Ausstellung während fünf Tagen einen praxisbezogenen Einblick in die Vielfalt und die Anforderungen der im Kanton erlernbaren Berufsausbildungen. Aufgrund der bildungspolitischen Bedeutung und zur Förderung der dualen Berufsausbildung bewilligte der Regierungsrat auf Antrag der Wirtschaftsförderungskommission eine erneute finanzielle Unterstützung der 7. Berufsschau in der Höhe von 950'000 Franken aus den Mitteln des kantonalen Wirtschaftsförderungsfonds.
Nr. 3.02.14	Revision / Ersatz des Ruhetagsgesetzes Zunehmende Schwierigkeiten in der zeitgemässen Umsetzung dieses veralteten Gesetzes haben zur Überzeugung geführt, dass dieses Gesetz revidiert werden muss. Es wird auch davon ausgegangen, dass die Motion 2008 / 037 von Landrat Paul Wenger, die dies ebenfalls verlangt, mindestens als Postulat überwiesen wird. Es ist vorgesehen, dem Landrat eine entsprechende Vorlage im Jahr 2009 unterbreiten zu können.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Die entsprechende Vorlage wurde im Entwurf erarbeitet und ging in der zweiten Jahreshälfte 2009 in die Vernehmlassung. Die Auswertung der Vernehmlassung wird im Januar 2010 abgeschlossen sein, sodass mit der Zuweisung der Vorlage an den Landrat im 1. Quartal 2010 gerechnet werden kann.

Nr. 3.02.15	Umsetzung der Initiative Wasserfallen Im Sommer 2008 wird aller Voraussicht nach die neue Bestimmung im eidgenössischen Arbeitsgesetz in Kraft treten, die es den Kantonen erlaubt, vier Sonntage pro Jahr zu bezeichnen, an denen Arbeitnehmende in Verkaufsgeschäften bewilligungsfrei beschäftigt werden dürfen. Diese neue Möglichkeit gilt es umgehend einer bedarfskonformen, praktikablen kantonalen Regelung zuzuführen, was grundsätzlich nur auf gesetzlicher Grundlage geschehen kann. Es ist vorgesehen, diese in Verbindung mit der Revision des Ruhetagsgesetzes rasch möglichst zu schaffen. Die Landratsvorlage (für 3.02.14 und 3.02.15 gemeinsam) soll 2009 erarbeitet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Mit einer Übergangsverordnung konnten bereits im Jahr 2009 wertvolle Erfahrungen für die Umsetzung der beschlossenen Arbeitsgesetzänderung im Kanton Basel-Landschaft gewonnen werden und die Verkaufsgeschäfte konnten bereits von den neuen Möglichkeiten profitieren. Wie angekündigt wurden die Regelungen zu diesem Vollzug in die obgenannte Vorlage zur Revision des Ruhetagsgesetzes integriert. Es wird entsprechend ein neues "Gesetz über die öffentlichen Ruhetage und den Sonntagsverkauf" vorgeschlagen.
Nr. 3.03	Programmpunkt Landwirtschaft Strategische Zielsetzungen Die landwirtschaftliche Ausbildung wird an das Bundesgesetz über die Berufsbildung angepasst. Die Aufgaben der Haushaltungsschule werden neu definiert. 1998 trat das Landwirtschaftsgesetz Basel-Landschaft in Kraft. Es wird geprüft, ob es sich bewährt hat. Bei Bedarf werden Änderungen vorgeschlagen.		↓Amtsbericht 2009 Der Regierungsrat hat dem Landrat die Vorlage Nr. 2009 / 158 vom 3. Juni 2009 zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes Basel-Landschaft unterbreitet.
Nr. 3.03.01	Einzelne Massnahme Landwirtschaftliche Ausbildung Die berufliche Grundausbildung für die Landwirtinnen und Landwirte wird dem neuen Berufsbildungsgesetz angepasst. 2009 wird der erste Lehrgang nach der neuen Berufsbildungsverordnung Landwirtschaft gestartet.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Im August startete erstmals eine Klasse nach den neuen Vorgaben der Berufsbildungsverordnung Landwirtschaft.
Nr. 3.03.05	Fachbereich Hauswirtschaft Die ehemalige Hauswirtschaftliche Fachschule hat sich zu einem Zentrum für Hauswirtschaft und Ernährung entwickelt. Im Zusammenhang mit der vorgesehenen Überprüfung des Landwirtschaftsgesetzes wird der Regierungsrat diese Neuausrichtung der Aufgaben dem Landrat unterbreiten.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Voraussichtliche Erhöhung der Ausgaben von 0.090 Mio. Fr.	Die Änderungen wurden im Rahmen der Änderung des Landwirtschaftsgesetzes dem Landrat unterbreitet.

Nr. 3.03.07	Förderung der regionalen Entwicklung und von regionalen Produkten Das Bundesgesetz über die Landwirtschaft sieht in Art. 93 Abs. 1 lit. c neu vor, die regionale Entwicklung und den Absatz von einheimischen und regionalen Produkten zu fördern. Der Artikel setzt "eine angemessene Leistung eines Beitrages des Kantons ..." voraus. Der Regierungsrat beabsichtigt, dem Landrat im Rahmen der Überprüfung des Landwirtschaftsgesetzes einen Vorschlag zu unterbreiten.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 2009 werden voraussichtlich noch keine Kosten anfallen	Die Änderungen wurden im Rahmen der Änderung des Landwirtschaftsgesetzes dem Landrat unterbreitet.
Nr. 3.05	Programmpunkt Geoinformation Strategische Zielsetzungen In unserer heutigen Informations- und Wissensgesellschaft hat die politische und die wirtschaftliche Bedeutung von Geodaten und Geoinformationen stark zugenommen. Sie bilden die Basis für Planungen, Massnahmen und Entscheidungen aller Art, in der Verwaltung genauso wie in der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft oder im Privatbereich. Ziel ist eine optimale Wertschöpfung aus den Geoinformationen durch Kanton, Gemeinden und Private. Umsetzung neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93) im Zeitraum von 1995 - 2015 und in drei zeitlich sich folgenden Etappen Aktuell ist die vom Landrat 2001 beschlossene zweite Etappe AV 93 2002 - 2008 (LRB 2001 / 022) am Laufen. Aufgrund einer beschlossenen GAP-Massnahme mit reduziertem jährlichem Kredit und einem verordneten Bundesmoratorium ohne Neuverpflichtungen im Jahr 2007 wird sich die Frist für die Inangriffnahme der letzten Gemeinden auf 2011 verlängern und die zweite Etappe wird erst im Jahr 2014 abgeschlossen werden. Die dritte Etappe soll 2012 starten und das Projekt bis 2017 abschliessen.		↓Amtsbericht 2009

Nr. 3.05.02	Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93) Die vorgesehene Leistungsvereinbarung 2009 zur Programmvereinbarung 2008 - 2011 setzt die Realisierung der Landratsvorlage fort. Landratsvorlage 2001 / 022, Verpflichtungskredit 2001 - 2008 (mittlerweile bis 2011), LRB 2001 / 1281 Total 13.1 Mio. Fr., Konto 2230.319.90-3 Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 7'119'772.- brutto Fr 3'774'902.- netto Budget 2008: Fr. 1'530'000.- Budget 2009: Fr. 1'387'000.- Zugehörige Ertragskonti Konto 2230.460.00-3, Budget 2008: Fr. 190'000.- Konto 2230.462.10-2, Budget 2008: Fr. 208'338.- Konto 2230.460.00-3, Budget 2009: Fr. 200'097.- Konto 2230.462.10-2, Budget 2009: Fr. 712'142.-	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.387 Mio. Fr. brutto 0.475 Mio. Fr. netto	Das vorgesehene Programm 2009 zur 2. Etappe konnte planmässig dem Bund eingereicht werden. Erwähnenswert ist die Differenz zu den nachstehenden Rechnungsbeträgen: Provisorische Rechnung 2009: 2230.318.90-3: Fr. 0.740 Mio. 2230.318.90-4: Fr. 0.412 Mio. Total somit Fr. 1.152 Mio. 2230.460.00-3: Fr. 0.065 Mio. 2230.462.10-2: Fr. 0.466 Mio. Total somit Fr. 0.531 Mio. Die aufwandseitige Differenz beruht auf den günstigeren Offerten aus der Ausschreibung / Vergabe. Die ertragsseitige Differenz resultiert aus einem geringeren Ertrag von Seiten Bund, Konto 460.00-3, durch die neue Aufteilung des Beitrages seit 2009 auf zwei Jahre. Die Unterschiede auf Seiten der Gemeinden, Konto 462.10-2, ergeben sich wegen vertraglich gewährter verlangter Zahlungsmodi (normal in jährlichen Tranchen während der Vertragsdauer) sowie wegen günstigeren Offerten.
Nr. 3.06	Programmpunkt Melioration (Bodenverbesserung) Strategische Zielsetzungen • Verbesserung der Produktionsgrundlagen in der Landwirtschaft, • Senkung der Produktionskosten, insbesondere der fixen Kosten der Landwirtschaftsbetriebe, • Förderung von Gesamtmeliorationen und gemeinschaftlichen Werken. Bei den angegebenen Massnahmen handelt es sich schwergewichtig um die Weiterführung der Arbeiten in der Felderregulierung Roggenburg (Gesamtmelioration) sowie um die Fertigstellung einzelbetrieblicher und gemeinschaftlicher Werke (Verpflichtungen).		↓Amtsbericht 2009

Nr. 3.06.01	Einzelne Massnahme Fertigstellung der bewilligten Meliorationsprojekte Konto 2240.364.00-1 Verpflichtungskredite gemäss Beschlüssen Regierungsrat: Budget 2006: Fr. 481'000.-, Rechnung Fr. 451'186.- Budget 2007: Fr. 480'000.-, Rechnung Fr. 378'032.- Budget 2008: Fr. 480'000.-, Rechnung Fr. ca. 480'000.- Budget 2009: Fr. 480'000.- zugehöriges Konto Bundesbeitrag (durchlaufender Bundesbeitrag) Konto 2240.374.00-1, Budget 2009: Fr. 360'000.- Konto 2240.470.00-1, Budget 2009: Fr. 360'000.- Landratsvorlage 2005 / 293 vom 8. November 2005, LRB 1716 vom 23. März 2006, Gesamtmelioration Blauen Beitrag Kanton in Form eines Verpflichtungskredites 2009 - 2018 Total Fr. 856'000.- netto Konto 2240.364.00-2, Budget 2009: Fr. 0.- Konto 2240.374.00-2, Budget 2009: Fr. 0.- Konto 2240.470.00-2, Budget 2009: Fr. 0.- Der Projektfortschritt ist im Jahr 2009 voraussichtlich noch nicht kostenwirksam. Landratsvorlage 2005 / 294 vom 8. November 2005, LRB 1716 vom 23. März 2006, Gesamtmelioration Brislach Beitrag Kanton in Form eines Verpflichtungskredites 2008 - 2017 Total Fr. 1'556'000.- (netto) Konto 2240.364.00-3, Budget 2008: Fr. 46'000.- Konto 2240.364.00-3, Budget 2009: Fr. 0.- Konto 2240.374.00-3, Budget 2009: Fr. 0.- Konto 2240.470.00-3, Budget 2009: Fr. 0.- Das Einzugsgebiet wurde öffentlich aufgelegt. Es resultierte eine grosse Anzahl von Einsprachen. Diese müssen zuerst entschieden und rechtskräftig sein, bevor die Abstimmung über die Durchführung der Meliorationen erfolgen kann. Der Projektfortschritt wird aus diesem Grund im Jahre 2008 und im Jahre 2009 voraussichtlich noch nicht kostenwirksam sein. Landratsvorlage 2005 / 295 vom 8. November 2005, LRB 1716 vom 23. März 2006, Gesamtmelioration Wahlen Beitrag Kanton in Form eines Verpflichtungskredites 2009 - 2021 Total Fr. 2'668'000.- (netto) Konto 2240.364.00-4, Budget 2009: Fr. 60'000.- Konto 2240.374.00-4, Budget 2009: Fr. 60'000.- Konto 2240.470.00-4, Budget 2009: Fr. 60'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Förderbeitrag von 0.48 Mio. Fr. Förderbeitrag von 0.06 Mio. Fr.	Die Felderregulierung Roggenburg steht vor dem baulichen Abschluss. Rechnung 2009: Fr. 449'200. Die Gesamtmelioration Blauen, die von der Gemeinde direkt, d.h. ohne Gründung einer Genossenschaft durchgeführt wird, wird erst 2010 kostenwirksam. Im Frühjahr 2010 führen die Grundeigentümer in Brislach die Abstimmung über die Gründung der Meliorationsgenossenschaft durch. Der Projektfortschritt wird aus diesem Grund voraus- sichtlich auch im Jahr 2010 noch nicht kostenwirksam sein. Die Grundlagenbeschaffung der Gesamtmelioration Wahlen ist abgeschlossen. 2010 folgt die Auflage des alten Bestandes und des generellen Projektes. Rechnung 2009: Fr. 172'000.
--------------------	---	---	---

Nr. 3.07	Programmpunkt Gesundheitsförderung Strategische Zielsetzungen Der Regierungsrat hat im Jahr 2006 das Rahmenkonzept "Gesundheitsförderung 2006 - 2010" beschlossen. Die entsprechende Vorlage (2006 / 092) wurde vom Landrat am 19. Oktober 2006 zur Kenntnis genommen. Im Jahr 2009 stehen die weitere Konkretisierung und die Planung von Massnahmen in den fünf Schwerpunktprogrammen im Zentrum. Diese werden nachfolgend beschrieben.	↓ Amtsbericht 2009 Im Jahr 2009 konnte die weitere Konkretisierung der Programme gemäss Rahmenkonzept vorgenommen werden. Das Programm "Gesundheit junger Menschen", die "Aktion gesundes Körpergewicht" und das Pilotprojekt "Gesund Altern" bildeten die Schwerpunkte. Aufgrund des Abbruchs der Arbeiten an der geplanten Verordnung zur Mütter-Väter-Beratung gemäss GesG § 60 erfährt das Programm "Ein gesunder Lebensanfang" eine Veränderung.	
Nr. 3.07.01	Einzelne Massnahme Gesundheitsförderung und Suchtprävention Fortführung der Leistungsvereinbarungen mit der Aids-Hilfe beider Basel und dem Verein "Frau Sucht Gesundheit (FSG)". Per Ende 2009 laufen die bestehenden Leistungsvereinbarungen mit diesen beiden Organisationen aus. Es wird per Mitte 2009 eine Landratsvorlage im Hinblick auf die Erneuerung der Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2010 - 2013 vorbereitet. Landratsvorlage 2006 / 023 vom 24. Januar 2006, LRB 1717 vom 23. März 2006, Verpflichtungskredit 2006 - 2009 Total Fr. 988'000.- (Konto 2207.365.50.100 Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 441'500.- Budget 2008: Fr. 157'000.- für AHbB, max. Fr. 70'000.- für FSG Budget 2009: Fr. 157'000.- für AHbB, max. 90'000.- für FSG	Finanzielle Auswirkungen 2009: Max. 0.247 Mio. Fr.	Am 30. Juni 2009 wurde dem Landrat eine Vorlage zur Verlängerung der Leistungsvereinbarungen für die Organisationen Aids-Hilfe beider Basel und "Frau Sucht Gesundheit (Frauenoase)" unterbreitet. Die Beratungen in der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission konnten abgeschlossen werden. Der Landrat konnte das Geschäft jedoch nicht mehr im Jahr 2009 behandeln. Es ist nun für die Landratssitzung vom 14. Januar 2010 vorgesehen. Verpflichtungskredit 2006 - 2009 in der Höhe von Fr. 988'000.- (LRV 2006 / 023) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 895'500.-
Nr. 3.07.02	Schwangerschaftsberatung Fortführung der Leistungsvereinbarung in Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung. Für die Erneuerung der Leistungsvereinbarung für die Jahre 2009 - 2012 wird dem Landrat im dritten Quartal 2008 eine Vorlage unterbreitet. Landratsvorlage 2005 / 247 vom 20. September 2005, LRB 1533 vom 14. Dezember 2005, Verpflichtungskredit 2005-2008 Total Fr. 800'000.- Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 600'000.- Budget 2008: Fr. 200'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.228 Mio. Fr.	Die Leistungen der Beratungsstellen für Schwangerschafts- und Beziehungsfragen werden gemäss Leistungsvertrag erbracht. Dem Landrat wurde mit der Vorlage Nr. 2008 / 195 vom 9. September 2008 ein Verpflichtungskredit für die Jahre 2009 bis und mit 2012 beantragt. Der Landrat genehmigte den Antrag an seiner Sitzung vom 11. Dezember 2008 (LRB 937). Verpflichtungskredit 2009 - 2012 in der Höhe von Fr. 898'000.- (LRV 2008 / 195) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 220'700.-.

Nr. 3.07.03	Gesund altern Im Rahmen dieses ursprünglich auf die Jahre 2008 - 2011 angelegten Programms soll im Kanton ein neues Verfahren für die Gesundheitsförderung der älteren Bevölkerung eingeführt werden. Untersuchungen haben gezeigt, dass ein Grossteil der zu Hause lebenden Bevölkerung über 65 Jahre in der Schweiz Defizite im Vorsorge- und Gesundheitsverhalten aufweist. Eine gezielte Strategie der Gesundheitsförderung im höheren Lebensalter könnte das Problem steigender Pflegebedürftigkeit deutlich entschärfen. Ein solches Verfahren wurde in anderen Kantonen und Gemeinden bereits eingesetzt, zum Beispiel im Kanton Solothurn unter dem Namen "Sanaprofil". Eine Evaluation des seit Mitte 2007 flächendeckend eingeführten Einsatzes von "Sanaprofil" im Kanton Solothurn steht für die weitere Planung im Kanton Baselland ab Ende 2008 zur Verfügung. Der Landrat hat am 5. Juni 2008 der Durchführung einer einjährigen Pilotphase zugestimmt. Ab Herbst 2008 wird das Projekt in zwei bis drei Gemeinden erprobt werden. Die Pilotphase wird 2009 evaluiert und im Anschluss an die Evaluation soll - basierend auf diesen Ergebnissen - ein Konzept zum weiteren Vorgehen betreffend einer möglichen flächendeckenden Einführung des Programms im ganzen Kanton Basel-Landschaft erarbeitet und dem Landrat im Herbst 2009 vorgelegt werden. Für dieses Programm ist im Jahr 2009 mit einem Finanzbedarf von 0.080 Mio. Fr. zu rechnen. Landratsvorlage 2007 / 303 vom 11. Dezember 2007 LRB 609 vom 5. Juni 2008, Verpflichtungskredit 2008 - 2009 Total Fr. 122'000.- Budget 2008: Fr. 42'000.- Budget 2009: Fr. 80'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.080 Mio. Fr.	Von Januar bis September 2009 erfolgte die Umsetzung des Pilotprojektes "Gesund altern" in den drei Pilotgemeinden Bottmingen, Gelterkinden und Reinach. Die Evaluation wurde Ende November 2009 abgeschlossen. Der Abschlussbericht mit der Schlussabrechnung wird dem Landrat im 1. Quartal 2010 zur Genehmigung beantragt. Dem Landrat wird auf Grund der Ergebnisse der Evaluation zunächst kein Konzept zur flächendeckenden Ausweitung des Programms, wie es in der Pilotphase erprobt wurde, unterbreitet. Schlussabrechnung LBR 609, Landratsvorlage 2007 / 303 Kredit inkl. Teuerung Fr. 122'000.00 Gesamtkosten Fr. 89'924.50 Minderkosten Fr. 32'075.50.
-------------	---	--	--

Nr. 3.07.04	Gesundheit junger Menschen - Überprüfung des kantonalen Angebots und der Koordinationsstrukturen im Jugendbereich Im Jahr 2009 sollen die Arbeiten an der Überprüfung der kantonalen Angebote und der Koordinationsstrukturen im Jugendbereich fortgesetzt werden. Basierend auf den Ergebnissen der Analyse der Bestandesaufnahme und der heutigen Herausforderungen für die Jugendzeit werden mögliche Massnahmen sowohl auf der inhaltlichen wie auch auf der strukturellen Ebene entwickelt und mit den relevanten Akteuren diskutiert. Ein besonderer Schwerpunkt wird auf der Überprüfung der Jugendinformation (Julex) liegen. Diese Massnahmen erfolgen im Rahmen des Leistungsauftrages der VGD und des ordentlichen Budgets (Rubrik 2207). Ferner wird eine Abgrenzung und eine Schnittstellenbearbeitung zur Jugendhilfe (BKSD) vorgenommen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.030 Mio. Fr.	Für die Bedarfsanalyse zur Überprüfung der kantonalen Angebote und Koordinationsstrukturen wurden 2009 zwei Arbeiten in Auftrag gegeben, die sich einerseits mit dem inhaltlichen und andererseits mit dem strukturellen Bedarf bzgl. Gesundheitsförderungs- und Präventionsangeboten für Jugendliche im Kanton befassen. Die entsprechenden Ergebnisse werden Anfang 2010 schriftlich vorliegen. Die Überprüfung der Jugendinformation wurde durchgeführt und ergab als Bedarf eine Ergänzung der Papierversion von "Julex" in Form einer Internetversion. Die Internetversion wird 2010 (mit einer Überarbeitung der Papierversion) erstmals vorliegen. Im Bereich "Frühintervention bei Jugendlichen" wurde im Rahmen des nationalen Projektes "Gemeindeorientierte Frühintervention" mit der Gemeinde Therwil eine Projektzusammenarbeit bis vorläufig 2010 eingegangen.
-------------	--	---	---

Nr. 3.07.05	Umsetzung Aktionsprogramm "Gesundes Körpergewicht" Die Arbeiten an dem vom Landrat am 5. Juni 2008 bewilligten Programm für die Jahre 2008 - 2010 werden fortgesetzt. Es handelt sich um die Bearbeitung folgender Teilbereiche: - Ausrichtung des Programms Tacco & Flip (Ernährung und Bewegung im Kindergarten) auf strukturelle Nachhaltigkeit und grössere Verbreitung; - Ausweitung des Programms "Schnitz und drunder" (ausgewogene Mittagsverpflegung für Kinder), Erarbeitung von entsprechenden Grundlagenmaterialien. Die Erarbeitung von Empfehlungen für die Verpflegung an Mittagstischen erfolgt in Zusammenarbeit mit der zuständigen Stelle der BKSD; - Aufbau des Programmteils "Prävention im Vorschulbereich" in Zusammenarbeit mit den Gemeinden; - Aufbau des Programmteils "Bewegungsförderung im Wohnumfeld" in Zusammenarbeit mit der BUD. Landratsvorlage 2008 / 086 vom 8. April 2008, LRB 610 vom 5. Juni 2008, Verpflichtungskredit 2008 - 2010 Total: Fr. 1'425'000.- (brutto) Beitrag der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz 2008 - 2010 Total Fr. 675'000.- Budget 2008: Rubrik 2207: Fr. 425'000.- Budget 2009: Rubrik 2207: Fr. 495'000.- Zugehöriges Ertragskonto 2207.450.00.000 Budget 2008: Fr. 225'000.- Budget 2009: Fr. 225'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Ausgaben: 0.495 Mio. Fr. Einnahmen: 0.225 Mio. Fr.	In Zusammenarbeit mit der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz wurde das über drei Jahre angelegte Programm zur Förderung des gesunden Körpergewichts bei Kindern und Jugendlichen im Kanton Basel-Landschaft weitergeführt. Die Programmelemente wurden wie geplant umgesetzt bzw. weiter entwickelt (vgl. www.agk.bl.ch): Projekt "Schnitz & drunder": Gesunde Mittagsverpflegung für Kinder am Mittagstisch, in Kinderkrippen, Schulkantinen und Tagesfamilien: Im Jahr 2009 wurden weitere Institutionen beraten und ausgezeichnet. Ausserdem konnte ein Handbuch zur Ernährung von Kindern und Jugendlichen publiziert werden. Projekt Tacco & Flip: Weitere Kindergärten und Primarschulklassen haben das zuckerfreie und gemeinsame Znüni sowie zusätzliche Bewegung in ihren Klassen eingeführt. Das Projekt beteiligte sich an verschiedenen Schulanlässen, z.B. an der Primarschule in Sissach. Programmteil "Von 0 bis 5": Die Sensibilisierung, Information und Beratung zu Ernährungs- und Bewegungsthemen für Eltern und Fachpersonen, die Kinder im Vorschulalter betreuen, konnte umgesetzt werden: Die Webseite (www.bewegter-lebensstart.ch) wurde aufgeschaltet. Mit nieder schwelligen und aufsuchenden Ansätzen im Projekt "vitalina" wurden viele Familien mit Migrationshintergrund erreicht. Im Pilotprojekt in der Gemeinde Muttens liessen sich 25 Prozent aller Familien mit drei- und vierjährigen Kindern zu Ernährungs- und Bewegungsthemen beraten. Im Teilprojekt "Kind und Raum" wurden geeignete Pilotprojekte für den Kanton BL identifiziert und vorbereitet, die 2010 umgesetzt werden. Die mit der Gesundheitsförderung Schweiz vertraglich vereinbarten Meilensteine konnten eingehalten werden. Da die Arbeiten am Programm verspätet starteten und gewisse Projekte noch mehr Zeit benötigen, wird eine Verlängerung um ein Jahr ohne Kostenfolge vorbereitet (d.h. bis Ende 2011). Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 1'425'000.- (LRV 2008 / 086) Per Ende 2009 verbraucht (provisorische Rechnung): Fr. 573'857.60.
-------------	--	--	--

Nr. 3.07.06	Erarbeitung einer Verordnung für die Mütter-Väter-Beratung in den Gemeinden Im Rahmen des Projektes "Gesundheitsförderung im Frühbereich" (1999 - 2004) wurde das Angebot der Mütter-Väter-Beratung im Kanton Basel-Landschaft analysiert. Im neuen Gesundheitsgesetz (GesG) vom 21. Februar 2008, das per 1. Januar 2009 in Kraft treten soll, heisst es im § 60 zur Regelung der Mütter- und Väterberatung: Die Mütter- und Väterberatung bietet Müttern und Vätern eine nieder schwellige Beratung zu Fragen der gesunden körperlichen, emotionalen, seelischen und geistigen Entwicklung ihres Kindes in den ersten Lebensjahren an. Die Gemeinden sorgen für die Mütter- und Väterberatung und stellen dazu qualifiziertes Personal ein. Sie können die Aufgabe an eine geeignete Institution übertragen. Weiter ist im Gesundheitsgesetz festgehalten, dass der Regierungsrat die Einzelheiten der Verordnung regelt. Die VGD erachtet das Angebot der Mütter- und Väterberatung in den Gemeinden als eine besonders wichtige Institution für Eltern mit kleinen Kindern. Sie leistet wesentliche Präventionsarbeit, indem sie möglichen Erkrankungen und Fehlentwicklungen vorbeugt und die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärkt. Da das Angebot nieder schwellig ausgestaltet ist, ist es allen Eltern gut zugänglich. Momentan ist die Situation in den Gemeinden des Kantons Basel-Landschaft noch sehr heterogen, was die Ausgestaltung des Angebots betrifft und erfordert daher die Erarbeitung von allgemein gültigen Grundlagen. Der im Jahr 2008 begonnene Prozess mit den Gemeinden, den unterschiedlichen Trägerschaften und den Fachpersonen der Mütter-Väter-Beratung, ein koordiniertes und qualitativ gutes Angebot bereitzustellen, soll auch im Jahr 2009 fortgeführt werden. Ziel ist die Erarbeitung und die Umsetzung einer regierungsrätlichen Verordnung.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Im Rahmen der Fortführung der Vorbereitung für den Prozess zur Erarbeitung einer regierungsrätlichen Verordnung zur Mütter-Väter-Beratung zeigte es sich, dass die meisten Gemeinden derzeit keinen Bedarf für eine Verordnung zur Mütter-Väter-Beratung sehen. Aus diesem Grund wurde das Vorhaben im Herbst 2009 für vorläufig zwei Jahre sistiert. Zu gegebener Zeit soll in Zusammenarbeit mit den Gemeinden die Situation erneut geprüft werden.
Nr. 3.07.07	Erneuerung Leistungsvereinbarung "Gsünder Basel" 2009 - 2012 Per Ende 2009 läuft die bestehende Leistungsvereinbarung mit dem Verein "Gsünder Basel" aus. Für die Erneuerung des Auftrages wird per Mitte 2009 eine entsprechende Landratsvorlage vorbereitet.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.075 Mio. Fr.	Am 7. Juli 2009 wurde dem Landrat eine Vorlage für die Leistungsvereinbarung mit dem Verein Gsünder Basel für die Jahre 2010 - 2013 unterbreitet (Fr. 313'220.- für vier Jahre). Aufgrund fehlender Dokumente (Leistungsvereinbarung, Evaluationskonzept) und aufgrund der ungenügend ausgearbeiteten Argumentation wies der Landrat das Geschäft am 15. Oktober 2009 an die Regierung zurück. Im 1. Quartal 2010 wird dem Landrat eine mit den gewünschten Informationen ergänzte Vorlage unterbreitet.

Nr. 3.08	Programmpunkt Gesundheitswesen Strategische Zielsetzungen Mit dem Beschluss des National- und des Ständerates vom 21. Dezember 2007 betreffend Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG), Teil Spitalfinanzierung, und mit der Ablehnung des Verfassungsartikels "für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung" im Rahmen der Volksabstimmung vom 1. Juni 2008 ist der Weg, den es bezüglich der stationären Spitalversorgung in der Schweiz zu gehen gilt, nun vorgezeichnet. Die Umsetzungsarbeiten über alle Ebenen werden ab dem Jahre 2009 intensiv laufen. Der Fokus soll aber nicht nur auf der stationären Spitalversorgung und der Präventionsarbeit (Gesundheitsförderung) liegen. Ein wichtiges Anliegen ist es, die gesellschaftliche Stellung der Generation 64+ zu stärken. Das unter dem Arbeitstitel "Projekt 64+" erarbeitete Konzept soll vertieft und umgesetzt werden, und der Bericht über die zukünftige Altersversorgung dem Landrat unterbreitet werden.	↓ Amtsbericht 2009
Nr. 3.08.02	Einzelne Massnahme Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) Im Jahr 2008 ist die Grundsteinlegung erfolgt. Meilensteine im 2009 werden die Rohbauvollendung im Frühjahr, das Aufrichte-Fest im Frühsommer und die Fertigstellung der Fassadenmontage im Spätherbst sein.	Die Bauarbeiten sind planmässig fortgeschritten.
Nr. 3.08.09	KVG-Revision Die Ausführungsverordnungen zur KVG-Revision auf Stufe Bund werden voraussichtlich am 1. Januar 2009 in Kraft gesetzt. Ebenfalls auf diesen Zeitpunkt hin ist die Inkraftsetzung der schweizweiten Interkantonalen Vereinbarung über die hoch spezialisierte Medizin vorgesehen. Gestützt auf diese Grundlagen erfolgt die Umsetzungsarbeit auf Kantonsstufe.	Die Ausführungsverordnung wurde per 1. Januar 2009 in Kraft gesetzt. Der Abschnitt 11 mit den neuen Planungskriterien auf der Basis der Leistungsorientierten Planung wird die Spitalplanung massgeblich beeinflussen und hat einen wesentlichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Spitalliste und der Leistungsaufträge.
Nr. 3.08.10	Stationäre Geriatrieversorgung für die Bevölkerung des unteren Kantonsteils Basel-Landschaft und die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt Der Landrat wurde mit Vorlage 2008 / 149 vom 3. Juni 2008 über den Stand der Überlegungen bezüglich "Gemeinsames Kompetenzzentrum für Geriatrie" orientiert.	Der Lösungsansatz, die stationäre Geriatrieversorgung am Standort Bruderholz zu realisieren, wurde weiter vertieft und mündete am 16. Dezember 2008 in der Vorlage 2008 / 348 betreffend Projektierungskredit für einen Neubau eines gemeinsamen Kompetenzzentrums für Geriatrie und Rehabilitation auf dem Areal Bruderholz. Der Landrat und der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt bewilligten je einen Verpflichtungskredit von 8.9 Mio. Franken zur Projektierung des gemeinsamen Kompetenzzentrums. Die Projektierungsarbeiten sind im Gange.

Nr. 3.08.12	Revision der gemeinsamen Spitalliste BS / BL und der Spitalliste BL Im Zusammenhang mit den Umsetzungsarbeiten der KVG-Revision (vgl. Programmpunkt 3.08.09) ist die Revision der Spitallisten in Angriff zu nehmen.		Die Arbeiten zur Erstellung der neu ausgelegten Spitalliste sind mit der Inkraftsetzung der KVG-Revision unverzüglich aufgenommen worden. Ziel ist es, die neue Spitalliste inklusive die daraus resultierenden Leistungsaufträge und -verträge bis zum Einsetzen der neuen Spitalfinanzierung am 1. Januar 2012 unter Dach und Fach zu haben.
Nr. 3.08.13	Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für medizinische Zwangsbehandlungen Medizinische Zwangsmassnahmen stellen nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts schwere Eingriffe in die Grundrechte der Betroffenen dar, weshalb sie einer gesetzlichen Grundlage bedürfen. Eine solche fehlt jedoch bisher im Kanton Basel-Landschaft. Im Rahmen der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes (Vorlage 2007 / 151) war vorgesehen, eine Regelung zu erlassen. Aus zeitlichen Gründen musste dieser Bereich jedoch aus der Vorlage ausgegliedert werden. Der Fragenkomplex ist nun wieder aufzunehmen, nochmals vertieft zu analysieren und ggf. dem Landrat zu unterbreiten. Es bestehen Überschneidungen mit der Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personen- und Kindesrecht), die derzeit von den Eidgenössischen Räten behandelt wird. Es ist vor dem Hintergrund der neuen Bundesregelung zu prüfen, welche gesetzlichen Bestimmungen auf kantonaler Ebene noch zu erlassen sind.		Unter der Federführung der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion wurde ein Entwurf für ein neues kantonales Gesetz über die Massnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit erarbeitet. Von August bis Oktober 2009 wurde die öffentliche Vernehmlassung durchgeführt. Derzeit werden die Ergebnisse ausgewertet. Der Regierungsrat wird im 1. Halbjahr 2010 über das weitere Vorgehen beschliessen. Unter der Federführung der Sicherheitsdirektion wird zudem derzeit die Umsetzung der Änderungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vorbereitet, welche voraussichtlich am 1. Januar 2013 in Kraft treten werden. Dazu werden voraussichtlich Änderungen des kantonalen Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch (EG ZGB) erforderlich sein. Nach Abschluss dieser beiden Projekte sollten ausreichende gesetzliche Grundlagen für Zwangsbehandlungen und bewegungseinschränkende Massnahmen im Kanton vorhanden sein.
Nr. 3.08.14	Alterspolitik Das unter dem Arbeitstitel "Projekt 64+" im Jahr 2008 erarbeitete Konzept soll weiterentwickelt und umgesetzt und der Bericht über die zukünftige Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft dem Landrat unterbreitet werden.		Der Bericht zur Altersversorgung wird in der ersten Jahreshälfte 2010 dem Landrat unterbreitet werden. Die Arbeiten am Projekt "64+" sind aufgenommen worden. Zurzeit werden die Konzepte im Laufental, Leimental und in der Region Allschwil / Schönenbuch bearbeitet und umgesetzt.

Nr. 3.09	Programmpunkt Kantonsspital Bruderholz (KSB) Strategische Zielsetzungen Erhaltung der betrieblichen Funktionstüchtigkeit des KSB bis zum Abschluss des Erneuerungsprojektes KSB seitens Gebäudeinfrastruktur, aber auch seitens der Infrastrukturen von Informatik, Medizinischer Diagnostik / Radiologie, Kardiologie und Notfallstation.	↓ Amtsbericht 2009
Nr. 3.09.01	Einzelne Massnahme Gebäudesanierung / Sicherheit / Teilsanierung der technischen Basisinfrastruktur Umsetzung der Teilprojekte aus dem Paket "Sicherheitsrelevante Massnahmen 2" (SM2). Evaluation, Definition und Formulierung von noch notwendigen neuen Sicherheitsmassnahmen (SM3). Landratsvorlage 2006 / 325 vom 19. Dezember 2006 betreffend Sicherheitsrelevante Massnahmen 2 (SM2) / LRB vom 14. Juni 2007 Total: Fr. 24'500'000.-. Siehe BUD, Punkt Nr. 4.04.02.	Finanzielle Auswirkungen 2009: siehe BUD
Nr. 3.09.03	Informatik / Schrittweiser Ausbau der elektronischen Patientenakte Ausbau einer umfassenden elektronischen Patientenakte (EPA) bei gleichzeitiger Integration aller davon betroffenen Informatikplattformen; Schwerpunkt 2009: Realisierung der elektronischen Pflegedokumentation zur Ablösung des KARDEX mit allen Schnittstellen (Teilprojekt Pflege). Total: Fr. 3'200'000.- (2008 - 2011) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2008: Fr. 900'000.- zu Lasten Betriebsrechnung Budget 2009: Fr. 800'000.- zu Lasten Betriebsrechnung.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.8 Mio. Fr.
		Alle Teilprojekte konnten mehrheitlich im geplanten Umfang realisiert werden. Im Zusammenhang mit der Sanierung der Aufzüge gab es - aufgrund von Unzulänglichkeiten seitens des Lieferanten - nachhaltige Verzögerungen. Dies führte zu einer Reduktion der zu investierenden Mittel. Im Weiteren wurde - aufgrund der bevorstehenden Neubauten auf dem Bruderholz - das Gesamtprojekt auf mögliche Entlastungen hin untersucht. In diesem Rahmen konnte eine erhebliche Reduktion des Gesamtprojektes realisiert werden. Die restlichen Aktivitäten des Projektes SM 2 sind geplant und terminiert, so dass ein erfolgreicher Projektabschluss per 2010 erwartet werden kann.
		Die elektronische Pflegedokumentation konnte wegen einem Gerichtsurteil auf Grund einer Einsprache nicht realisiert werden. Gleichwohl wurden diverse Arbeiten für die Realisierung der umfassenden elektronischen Patientenakte umgesetzt. So wurden ein elektronisches Auftragsmanagementsystem eingeführt, verschiedene mobile, medizinische Geräte (EKG, diverse Ultraschall- und Überwachungseinheiten) eingebunden und das elektronische Universalarchiv eingerichtet (Kosten total 235'000.-). Dazu mussten die IT-Infrastruktur (Server, Netzwerk) angepasst und erweitert werden (Kosten 200'000.-) und das WLAN erweitert werden (Kosten 120'000.-). Erste Schritte zur notwendigen Ablösung der Applikation für die elektronische ärztliche Dokumentation (Verkauf der Firma und Kündigung des Vertrages per Dezember 2010) wurden unternommen (Kosten 100'000.-).

Nr. 3.09.10	Unterhalt und Erhaltung der Gebäudeinfrastruktur Umsetzung von Projekten zum Unterhalt und zur Erhaltung der baulichen Substanz bzw. zur Anpassung zwecks Erweiterung des Dienstleistungsangebotes. Wahrnehmung der Verantwortung als Gebäudebesitzer. 2009 unter anderem auch Realisierung einer Infrastruktur für schwergewichtige Patienten (Betten, Toiletten, OP-Infrastruktur). Total: Fr. 16'300'000.- (2008 - 2011) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2008: Fr. 4'500'000.- zu Lasten Betriebsrechnung Budget 2009: Fr. 3'800'000.- zu Lasten Betriebsrechnung.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 3.8 Mio. Fr.	Im Berichtsjahr wurde die mittelfristige Strategie betreffend Unterhalt der baulichen Infrastruktur definiert und ein umfassendes Projektportfolio umgesetzt. Die Unterhaltsstrategie beinhaltet: Für das Spitalgebäude werden nur noch absolut zwingende Sanierungsprojekte realisiert. Massvolle Pinselsanierungen in den patientennahen Zonen werden nach wie vor realisiert. Das Projektportfolio konnte umfänglich umgesetzt werden. Beispielsweise: Sanierung der USV; Sanierung der öffentlichen Toiletten in den Patientenzonen; Sanierung des Rechenzentrums; Teilsanierung der Lüftungszentrale; Pinselsanierung der Treppenhäuser; Bereitstellung von Ersatzräumlichkeiten im Bereich der Anästhesie und der Hygieneberatung; Installation adäquater Einrichtungen für die Raucher; Sanierung von Böden in ausgewählten Nasszellen; Sanierung von Teilen der Räumlichkeiten der Technischen Dienste.
Nr. 3.09.11	Gesamterneuerung Kantonsspital Bruderholz (KSB) Mitwirkung bei den Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit der Gesamterneuerung des KSB bzw. dem Bau eines neuen Bettenhauses mit dem Ziel, dem Landrat im Jahr 2010 eine Baukreditvorlage einreichen zu können. 2009: Jurierung Architektenwettbewerb und Planung Detailkonzept. Landratsvorlage 2007 / 125 vom 29. Mai 2007 betreffend Kantonsspital Bruderholz: Sanierung und Erweiterung; Projektierungskredit / LRB 204 vom 15. November 2007 Total: Fr. 27'000'000.-. Siehe BUD, Punkt Nr. 4.04.02.	Finanzielle Auswirkungen 2009: siehe BUD	Auf der Basis des von der Jury im Mai 2009 gewählten Projektes "Schicht um Schicht" haben die Fachpersonen der BUD, der Architekten, der externen Begleiter sowie der Nutzer (des KSB und des Felix Platter-Spitals) das Projekt intensiv bearbeitet und im Sinne eines Vorprojektes nach SIA entsprechend detailliert und konkretisiert. Begleitet wurden die Projektarbeiten durch die entsprechend dem Projekthandbuch vorgesehenen Gremien der Planungskommission und des Steuerungsausschusses. Die Planung verläuft zielorientiert und mit einer - gemessen am Basisterminprogramm – leichten Verzögerung von 6 bis 8 Wochen.

Nr. 3.09.12	Erweiterte Grundversorgung: Interventionelle Kardiologie Im Zuge des medizinischen Fortschritts ist die Weiterentwicklung der Kardiologie im KSB bei gleichzeitigem Ausbau der Infrastruktur unabdingbar, um für das Einzugsgebiet (unteres Baselbiet) die erweiterte Grundversorgung weiterhin anbieten zu können. Geplant ist dieser Ausbauschritt im Netzwerk des Universitätsspitals Basel. Total: Fr. 2'200'000.- (2009 - 2010) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2009: Fr. 2'000'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 2.0 Mio. Fr.	Vorläufig werden an den drei Standorten Universitätsspital Basel, St. Claraspital und Kantonsspital Liestal eigene Herzkatheterlabors betrieben werden. Ein entsprechendes Angebot am Kantonsspital Bruderholz bleibt mittelfristig vorbehalten (Neubau).
Nr. 3.09.13	Beschaffung zweier multifunktionaler Röntgenanlagen Neu- und Ersatzanschaffung in Form eines so genannten SPECT-Computer-Tomographen, welcher die zwölfjährige Gamma-Kamera (nuklearmedizinische Diagnostik zum Beispiel von sich neu bildenden Tumoren) ersetzt und den sechsjährigen CT entlastet. Durch die Kombination beider Funktionen in einem Gerät ist eine viel präzisere Lokalisation möglicher Krankheitsherde in einem Bild gebenden Verfahren möglich. Ersatz der zwölfjährigen Angiographie-Anlage durch ein neues Gerät, das für Radiologen, Kardiologen, Pneumologen und Gastroenterologen zeitgemässe Diagnostik ermöglicht. Ablösung eines Gerätes, das für peinliche Störungen in der Patientenbehandlung und Ad-hoc-Verlegungen ins USB verantwortlich ist. Total: Fr. 2'250'000.- Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2009: Fr. 1'400'000.- Budget 2010: Fr. 900'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.4 Mio. Fr.	Die Inbetriebnahme des SPECT-CT erfolgte im April 2009. Die Erwartungen der Spezialisten vor allem aus Nuklearmedizin, Kardiologie und Orthopädie hinsichtlich der Möglichkeiten von präziserer Diagnostik konnten mehr als erfüllt werden. Realisierung des Ersatzes gerade beider Multifunktionsanlagen (mehr als 12jährig) samt Ausschreibung und baulichen Anpassungen binnen eines halben Jahres (RRB 1178, Vorbezug aus dem Jahr 2010). Gefässdiagnostik und -therapie, Magen-Darm-Untersuchungen sowie neuroradio- und pneumologische Untersuchungen unter sehr präziser Bildführung und für den Patienten reibungslos und vor allem sicher durchführbar.
Nr. 3.09.14	Erweiterung und Reorganisation der Notfall-Aufnahme Realisierung einer Notfall-Arztpraxis inklusive einer Fast-Track-Behandlungsmöglichkeit. Angestrebte Zusammenarbeit mit der Ärztesgesellschaft. Total: Fr. 400'000.- Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2009: Fr. 400'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.4 Mio. Fr.	Der Fast-Track auf dem Notfall konnte per 19. Oktober 2009 in Betrieb genommen werden. Der Fast-Track wird vorerst mit eigenem Personal betrieben, da die angestrebte Zusammenarbeit mit der Ärztesgesellschaft noch nicht realisiert werden konnte.

Nr. 3.10	Programmpunkt Kantonsspital Liestal (KSLi) Strategische Zielsetzungen - Sanierung und Erweiterung des Behandlungstraktes unter Berücksichtigung der künftigen Leistungsentwicklung und Behebung von Engpässen; - Erweiterung der kardiologischen Versorgung im KSLi; - Erarbeitung eines Parkplatzkonzeptes und dringende Lösung des Parkproblems am KSLi; - Einführung des leistungsbezogenen Abgeltungssystems im stationären Bereich (Swiss DRG) im Rahmen der Umsetzungsmassnahmen zur KVG-Revision (Teil Spitalfinanzierung); - Umsetzung des Kommunikations-Konzeptes auf der Basis des Vorprojektes und der Studie "Entwicklung der Telekommunikation im KSLi"; - Einführung des Prozessmanagements als Gesamtprojekt in allen Kliniken; - Sofortmassnahmen für die Behebung von räumlichen Engpässen im OP-Bereich (Provisorien).	↓ Amtsbericht 2009 Das Raumprogramm und das Betriebskonzept für eine künftige Erweiterung des Behandlungstraktes liegen vor. Die provisorische Erweiterung des Behandlungstraktes für den Ausbau der Kardiologie und die Behebung räumlicher Engpässe im OP-Bereich sind abgeschlossen. Konzeptionelle Abklärungen für eine nachhaltige Parkplatz-lösung sind im Gang. Die Vorbereitungen zur DRG-Einführung erfolgen nach Plan. Die Umsetzung des Kommunikationskonzeptes wird bis zum März 2010 abgeschlossen. Die Phase I des Projektes Prozessmanagement ist abgeschlossen.
----------	---	--

Nr. 3.10.06	Einzelne Massnahme Gesamtplanung für die Erweiterung und die Sanierung des Behandlungstraktes unter Berücksichtigung des Raumbedarfs für die Leistungsentwicklungen der nächsten 10 bis 15 Jahre mit gleichzeitiger Sanierung der Haustechnik Der erste Teil der Machbarkeitsstudie wurde in Form einer Konkretisierungsstudie Mitte November 2007 abgeschlossen. Bei der vorliegenden weitsichtigen Lösung wird das Thema nicht nur auf die Erweiterung der Notfallstation und die notwendige Sanierung der Haustechnik fokussiert, sondern berücksichtigt - in einer gesamtheitlichen Betrachtung - auch den Raumbedarf für die Leistungsentwicklungen der nächsten 10 bis 15 Jahre. Laufende und folgende Planungsschritte: - Entscheid für das weitere Vorgehen durch die VGD im Juni 2008 (Grundlage ist der erste Teil der Machbarkeitsstudie); - Erarbeitung eines neuen Funktions- und Raumprogramms für den gesamten Behandlungstrakt mit Berücksichtigung zukünftiger Leistungsentwicklungen bis Ende 2008; - Genehmigung des Funktions- und Raumprogramms durch die VGD Anfang 2009; - Weiterentwicklung und Abschluss der Machbarkeitsstudie bis Mitte 2009; - Formulierung der Bedarfs- und der Projektierungskreditvorlage an den Landrat sowie Vernehmlassung und Überweisung derselben bis Ende 2009; - Abschluss der Machbarkeitsstudie und anschliessend Landratsvorlage im 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.5 Mio. Fr.	Das Raumprogramm und das Betriebskonzept mit Berücksichtigung einer künftigen Leistungsentwicklung sind erstellt und liegen vor. Als Ergänzung wird zusätzlich im Laufe des Jahres 2010 eine volumetrische Darstellung des Raumprogramms erstellt.
-------------	--	---	--

Nr. 3.10.07	Optimierung der Betriebsabläufe in der Medizinischen Diagnostik in Verbindung mit einer Erweiterung der kardiologischen Versorgung im KSLi Im Zuge des medizinischen Fortschritts ist die Weiterentwicklung der Kardiologie im KSLi bei gleichzeitigem Ausbau der Infrastruktur unabdingbar, um für das Einzugsgebiet (oberes und mittleres Baselbiet) die erweiterte Grundversorgung weiterhin anbieten zu können. Geplant ist dieser Ausbauschritt im Netzwerk des Universitätsspitals Basel. Gleichzeitig sollen die Betriebsabläufe in der Medizinischen Diagnostik in Etappen verbessert und die bestehenden räumlichen Engpässe behoben werden. Geplante Tätigkeiten im 2009: - Umbau alter Standort CT / Ultraschall und Anpassungen in der Medizinischen Diagnostik; - Neuer Standort Augenambulatorium im "Haus Mühlematt"; - Zusätzlicher Behandlungsraum zur Behebung räumlicher Engpässe im OP Bereich am heutigen Standort Augenambulatorium.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 3.5 Mio. Fr.	Die provisorische Erweiterung des Behandlungstraktes für die Weiterentwicklung und den Ausbau der Kardiologie sowie die Behebung räumlicher Engpässe im OP-Bereich sind abgeschlossen.
Nr. 3.10.09	Erarbeitung eines Parkplatzkonzeptes und dringende Lösung des Parkproblems rund um das KSLi Im Jahr 2009 erfolgt die Umsetzung des Parkplatzkonzeptes (Bewirtschaftungskonzept) auf der Basis der aktuell vorhandenen Parkplätze. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, das Parkproblem rund um das KSLi nachhaltig einer Lösung zuzuführen. Das KSLi verfügt gegenwärtig vor dem Haupteingang über 8 und vor der Notfallstation über 32 öffentliche Parkplätze (die Einstellhalle ist mehrheitlich besetzt). Bei einem 400-Betten-Spital und jährlich über 70'000 ambulanten Behandlungen ist diese Anzahl völlig unzureichend. Durch den Bau der H2 und dem daraus folgenden Wegfall der vor kurzem erstellten ca. 100 öffentlichen Parkfelder auf dem Brodbeck-Areal wird es ohne Ersatzangebot zu unhaltbaren Zuständen kommen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Noch offen	Für die Lösung der dringlichen Parkplatzprobleme ist das KSLi nach wie vor auf diverse Provisorien angewiesen. Konzeptionelle Abklärungen für eine nachhaltige Parkplatz-lösung (Parkhaus in der Nähe des Spitals) sind im Gang.
Nr. 3.10.10	Einführung Swiss DRG im Rahmen der Umsetzungsarbeiten zur KVG-Revision (Teil Spitalfinanzierung) In den Jahren 2008 - 2011 laufen in allen Spitälern die entsprechenden Umsetzungsarbeiten.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.1 Mio. Fr.	Die Vorbereitungsmaßnahmen zur Einführung eines leistungsbezogenen Abgeltungssystems im stationären Bereich erfolgen nach Plan. Unter anderem ist die Phase I (Ist-Zustand) des Grossprojektes Prozessmanagement für alle Kliniken abgeschlossen.

Nr. 3.10.12	Umsetzung des Kommunikations-Konzeptes Aufgrund der Ergebnisse des Vorprojektes bzw. der Studie "Entwicklung der Telekommunikation im KSLi" besteht die Zielsetzung, zukünftig die Geschäftsprozesse mittels mobilen Sprach- und Datenkommunikationslösungen effizient, zeit- und ortsunabhängig unterstützen zu können. Dies erfordert als Basis die Erneuerung der bestehenden LAN-Infrastruktur und die Neuschaffung einer WLAN Funknetz-Infrastruktur im Jahr 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.6 Mio. Fr.	Die Erneuerung des bestehenden Netzwerkes (LAN-Infrastruktur) und die Installation eines Funknetzes (WLAN-Infrastruktur) werden im März 2010 abgeschlossen.
Nr. 3.10.13	Einführung des Prozessmanagements in den Kliniken Die Einführung von Swiss DRG erfordert Transparenz der betrieblichen Abläufe. Die medizinischen, pflegerischen und administrativen Prozesse müssen erfasst, mit Standards versehen und wo nötig optimiert werden. Zudem braucht es ein einheitliches Abbilden der Prozesse oder diagnosebezogener Patientenpfade. Wo notwendig, werden auch die vor- und nachgelagerten Institutionen mit einbezogen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.2 Mio. Fr.	Die Phase I (Ist-Zustand) des Projektes Prozessmanagement (PPM) ist abgeschlossen. Die wichtigen betrieblichen Abläufe aller Kliniken sind erfasst und einheitlich abgebildet. Im ersten Halbjahr 2010 sind Schnittstellenbereinigungen zwischen den Kliniken und Abteilungen vorgesehen.
Nr. 3.10.14	Behebung von räumlichen Engpässen im Operationsbereich In den letzten sechs Jahren ist die Anzahl der Operationen mit Anästhesien von ca. 7'500 auf über 10'000 angestiegen, was einer Zunahme von mehr als 35 Prozent entspricht. Mit der vorhandenen Infrastruktur kann das zu erwartende weitere Wachstum nicht mehr bewältigt werden. Als Sofortmassnahme sind im Jahr 2009 Provisorien im Bereich der Operationsabteilung des Behandlungstraktes unumgänglich (Fertigbau-OPS-Container).	Finanzielle Auswirkungen 2009: 3.9 Mio. Fr.	Im Rahmen der provisorischen Erweiterung des Behandlungstraktes (Punkt 3.10.07) konnten - im Sinne einer Sofortmassnahme - die dringendsten räumlichen Engpässe in der Operationsabteilung behoben werden.
Nr. 3.12	Programmpunkt Zentralwäscherei Liestal (ZWL) Strategische Zielsetzungen Haustechnische Sanierungen und energiesparende Verbesserungen in der ZWL.		↓Amtsbericht 2009 Die Planung für die dringendsten Sanierungen in der Haus-technik ist abgeschlossen. Die Umsetzung der ersten Sanierungsetappe erfolgt im Jahr 2010.

Nr. 3.12.02	Einzelne Massnahme Haustechnische Sanierungen mit Berücksichtigung von energiesparenden Verbesserungen Im Jahr 2007 wurde eine Zustandsbeurteilung der zum Teil noch aus den 60er Jahren stammenden Infrastruktur erstellt (Haustechnische Anlagen und Baukörper). Im vorliegenden Bericht, in Form einer Vorprojektstudie zur konzeptionellen Projektentwicklung, werden jährliche, in sich abgeschlossene Sanierungsprojekte aufgezeigt. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des Unterhaltes und wird etappenweise realisiert. Im Jahr 2009 werden nun die für die Produktion wichtigen und dringend sanierungsbedürftigen Kälteanlagen ersetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.3 Mio. Fr.	Die Planung für den Ersatz der für die Produktion dringendsten Anlagen im Bereich Kälte und Wärme ist erfolgt. Die Sanierungsarbeiten und die Ersatzinstallationen sind im Jahr 2010 vorgesehen.
Nr. 3.13	Programmpunkt Kantonsspital Laufen (KSLa) Strategische Zielsetzungen - Projektierungskredit für die baulichen Erneuerungen und Verbesserungen (Projekt OPCaT = Ablösung Operationssäle, vertikale Erschliessung "Medizin 2", Garderobe- und Technikräume, Cafeteria); - Inbetriebnahme CT; - Aufbau des Radiologiedienstes mit dem KSB; Integration ins PACS KSB; - Einführung der Bezugspflege; - Ausbau der Fronttools in der IT zu einem KIS.	↓ Amtsbericht 2009	
Nr. 3.13.01	Einzelne Massnahme Sicherstellung der Grundversorgung / Unterhalt und Erhaltung der Gebäudeinfrastruktur; Projektierungskredit OPCaT Der Westtrakt weist erheblichen Sanierungsbedarf auf; die in diesem Trakt untergebrachten Operationssäle wurden zwar immer à jour gehalten, entsprechen aber nicht mehr den heutigen Vorgaben und sollten auch aus Platzgründen abgelöst werden. Für den Gebäudeteil "Medizin 2" wird eine Vertikalerschliessung unumgänglich; es fehlen Garderobe- und Technikräume. Die Cafeteria ist zu erweitern und zu erneuern. Zusammen mit dem HBA wird eine Projektierungskreditvorlage vorbereitet und eingebracht. Aufnahme der Projektierungsarbeiten nach der Genehmigung des Projektierungskredites.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Noch nicht bezifferbar	Im Laufe des Jahres wurde das ganze Vorhaben in drei Teilgebiete aufgeteilt. Dies erfolgte insbesondere deshalb, weil für den Teil "Operationstrakt" eine Prüfung eingeleitet wurde, ob sich der Sanierungsbedarf nicht einfacher und schneller mit Spitalmodulbauten decken liesse. Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen. Die Vertikalerschliessung "Medizin 2" wird im Jahr 2010 losgelöst weiterbearbeitet. Die Erneuerung und die Erweiterung der Cafeteria kann aus baulichen Zusammenhängen erst in Angriff genommen werden, wenn die Vertikalerschliessung abgewickelt ist.

Nr.3.13.05	Vorbereitung der leistungsorientierten Finanzierung (Swiss DRG) / Einführung Swiss DRG im Rahmen der Umsetzungsarbeiten zur KVG-Revision (Teil Spitalfinanzierung) In den Jahren 2008 und 2009 laufen in allen Spitälern die entsprechenden Umsetzungsarbeiten.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Projektkosten 0.1 Mio. Fr.	Die vollständige Kostenrechnung inklusive Kostenträgerrechnung wurde im Jahr 2009 eingeführt; sie bildet eine wesentliche Voraussetzung für die Kalkulation und die Steuerung des Spitals unter DRG.
Nr. 3.13.06	Dienstleistungen Einführung der Bezugspflege Das seit 2007 laufende Pilotprojekt ist auszuwerten und auf eine integrale Einführung im KSLa auszurichten. 2009: Ausrichtung der Bezugspflege unter Anwendung der Auswertungsergebnisse auf alle Stationen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Weder Kosten noch Nutzen derzeit bezifferbar	In den Stationen Medizin 1 und Medizin 2 wurde die Bezugspflege eingeführt. In der Station Frauenheilkunde / Geburtshilfe wurde die Einführung aus internen Gründen auf das Folgejahr verschoben.
Nr. 3.13.08	Einführung der Computertomographie Nach Genehmigung durch den Landrat und nach Beschaffung einer CT-Anlage ist die CT-Diagnostik in den Spitalbetrieb einzuführen und in Richtung Radiologiedienst für Externe (niedergelassene Ärzte) auf- und auszubauen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Wird zu Mehrträgen führen, noch nicht quantifizierbar	Mit dem Globalbudget steht den Institutionen ein Viertel einer allfälligen Unterschreitung des budgetierten Staatsbeitrages zur freien Verfügung für Investitionen zu. Die Anschaffung eines CT konnte in diesem Rahmen aufgrund des Rechnungsergebnisses 2008 getätigt werden. Die CT-Anlage, ein total werksüberholtes 16-Zeilen-Gerät, konnte im Laufe des Monats Oktober 2009 in Betrieb genommen werden.
Nr. 3.13.09	Aufbau Radiologiedienst mit dem Kantonsspital Bruderholz Aufbau eines Radiologiedienstes vor Ort und im Teleradiologiedienst im Verbund KSB - KSLa.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Aufwand und Ertrag halten sich die Waage	Der Aufbau des Radiologiedienstes im Verbund mit dem Kantonsspital Bruderholz wurde eingeleitet und mit der Anstellung per Dezember eines Leitenden Arztes, der zum Teil in Laufen und zum Teil im Bruderholz tätig ist, in den Betrieb überführt.
Nr. 3.13.10	Integration ins PACS des Kantonsspitals Bruderholz Die nach der Radiologieerneuerung nun elektronisch vorliegenden Bilder werden in einer gemeinsamen Lösung in die PACS-Datenbank des KSB integriert und verwaltet.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Noch nicht quantifizierbar	Das Projekt wurde im zweiten Semester bearbeitet und die Vorbereitungen auf der Seite des KS Laufen wurden abgeschlossen. Unerwartete Verzögerungen auf der Lieferantenseite führten dazu, dass die Betriebsaufnahme erst im ersten Semester 2010 möglich sein wird.

Nr. 3.13.11	Ausbau des Fronttools in der IT zu einem KIS Das Fronttool in der IT (Leistungserfassungen aller Art, Berichtswesen, Kapazitätsplanung) ist auszuweiten und aufgrund einer Vorstudie aus dem laufenden Jahr zu einem umfassenden KIS (Klinikinformationssystem) auszubauen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Projektkosten 0.15 Mio. Fr. Nutzen noch nicht quantifizierbar	Der Ausbau des IT-Fronttools wurde nach einer festgelegten Einführungsplanung vorangetrieben. Die für das Jahr 2009 vorgesehenen Teileinführungen sind bis Ende Jahr alle erfolgt, wobei einzelne Komponenten erst im Pilotbetrieb stehen. Die Teileinführungen, die für das Jahr 2010 vorgesehen sind, werden plangemäss bearbeitet.
Nr. 3.14	Programmpunkt Kantonale Psychiatrische Dienste (KPD) Strategische Zielsetzungen In der Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft festgestellte Versorgungsmängel in den Bereichen Alterspsychiatrie und Tagesversorgung gilt es noch zu beheben. Folgende Ziele werden verfolgt: - Schaffung eines Alterspsychiatrischen Kompetenzzentrums durch die Externen Psychiatrischen Dienste (EPD) und die Kantonale Psychiatrische Klinik (KPK); - Qualitativer und quantitativer Ausbau zur Differenzierung der ambulanten und teilstationären Angebote an den EPD sowie zur Entlastung der oftmals überbelegten KPK; - Die Erfassung und die Behandlung von psychiatrischen Leiden an den Kantonsspitalern soll durch konstant präsente Teams der Externen Psychiatrischen Dienste, die in den Spitalstrukturen integriert sind, verbessert werden; - Die Schaffung von stationären Strukturen für die Hospitalisation von psychisch kranken Jugendlichen in der Adoleszenz. Die Weiterentwicklung des therapeutischen Angebots der Kantonalen Psychiatrischen Klinik (KPK) zu einer Klinik mit psychiatrisch-psychotherapeutischer Exzellenz ist eine weitere strategische Zielsetzung der Kantonalen Psychiatrischen Dienste (KPD). Ebenfalls in Angriff genommen werden müssen bauliche Massnahmen zur Sanierung der durch die ambulanten Dienste genutzten Personalwohnsiedlungen und weiterer Liegenschaften auf dem Platz Liestal.		↓ Amtsbericht 2009

Nr. 3.14.06	Einzelne Massnahme Schaffung eines Alterspsychiatrischen Kompetenzzentrums Schrittweise Umsetzung der Landratsvorlage "Alterspsychiatrisches Kompetenzzentrum" in den Externen Psychiatrischen Diensten und der Kantonalen Psychiatrischen Klinik nach Vorgabe der politischen Instanzen. Ein alterspsychiatrisches Versorgungssystem soll aus abgestuften und ineinander greifenden Bausteinen bestehen - und über eine einheitliche Adresse abrufbar sein. Die stationären Versorgungsbausteine bestehen aus den entsprechenden Fachabteilungen der Kantonalen Psychiatrischen Klinik. Die institutionellen ambulanten Versorgungsbausteine werden an den Externen Psychiatrischen Diensten ausgebaut. Beide institutionellen Leistungserbringer arbeiten eng mit den weiteren gemeindenahen Vernetzungspartnern (Hausärztinnen und Hausärzte, niedergelassene Psychiaterinnen und Psychiater sowie Psychologinnen und Psychologen, Alters- und Pflegeheime, Spitex, kommunale Sozialdienste, Pro Senectute und weiteren Einrichtungen) zusammen, welche die ergänzenden Bausteine im Versorgungsverbund darstellen. Zur Schaffung der notwendigen stationären Akut- und Rehabilitationsabteilungen sowie der ambulanten Dienstleistungen sind bauliche Massnahmen im Gebäude des ehemaligen Kantonalen Altersheims und der Externen Psychiatrischen Dienste Liestal sowie ein Neubau bei der Kantonalen Psychiatrischen Klinik notwendig. Die Massnahme ergibt sich aus der Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.7 Mio. Fr.	Ursprünglich war geplant, dem Landrat eine Vorprojektvorlage für den Betrieb und zur Schaffung der notwendigen baulichen Infrastruktur für die stationären und ambulanten Aufgaben der Alterspsychiatrie zu unterbreiten. Im Zuge der Arbeiten wurde alsdann entschieden, nebst den alterspsychiatrischen Bauprojekten alle weiteren notwendigen Bauvorhaben der Kantonalen Psychiatrischen Dienste (KPD) in einer Gesamtplanung mit der Option, die geplanten Bauprojekte in Etappen umzusetzen, zusammenzufassen und dem Landrat in einem mehr-stufigen Verfahren zu unterbreiten. Eine Vorlage für einen Projektierungskredit zur Durchführung eines zweistufigen Architekturwettbewerbs und die weitere Planung der Sanierung und Erweiterung der Gebäude der KPD am Standort Liestal (KPK, EPD, PDA, KJPD) wird dem Landrat im Jahr 2010 unterbreitet. Die Leistungen der Alters-psychiatrie wurden in konzeptioneller Hinsicht differenziert und ausgebaut.
-------------	--	--	--

Nr. 3.14.07	Sanierung und Umbau oder allenfalls Neubau der durch die ambulanten Dienste genutzten Personalwohnsiedlungen der KPD auf dem Platz Liestal Heute sind in den sanierungsbedürftigen Personalwohnsiedlungen in Liestal unter anderem der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst (KJPD) mit der Psychotherapiestation für junge Frauen mit schweren Essstörungen und der Psychiatrische Dienst für Abhängigkeitserkrankungen domiziliert, die auch in Zukunft auf entsprechende Arbeitsräumlichkeiten angewiesen sind. Sie werden künftig entweder in den sanierten Gebäuden der Personalwohnsiedlungen oder in einem Neubau untergebracht. Nach Vorliegen der entsprechenden Machbarkeitsstudien kann eine Landratsvorlage erarbeitet werden. Entgegen der ursprünglichen Absicht wird dieses Projekt dem Landrat als eigenständige Vorlage zum Entscheid vorgelegt.		Siehe Punkt 3.14.06.
Nr. 3.14.10	Qualitativer und quantitativer Ausbau der psychiatrischen Tagesversorgung Die psychiatrische Tagesversorgung soll ausgebaut werden und ihr Profil in Richtung Krisenintervention und Rehabilitation sowie in der aufsuchenden Betreuung verstärkt werden. Im unteren Kantonsteil schaffen die Externen Psychiatrischen Dienste eine zusätzliche Tagesklinik oder vergrössern ihr Angebot an einem Standort. Mit dieser Massnahme wird auch eine Entlastung der Kantonalen Psychiatrischen Klinik angestrebt. Die Massnahme ergibt sich aus der Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft, welche vom Landrat in seiner Sitzung vom 27. November 2003 mit Beschluss Nr. 247 zustimmend zur Kenntnis genommen worden ist. Die Massnahme wird mit Kosten von mehr als 0.5 Millionen Franken veranschlagt. Aus diesem Grunde wird dem Landrat, wie dies im Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission des Landrates vom 12. November 2003 zum Schlussbericht der Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept festgehalten ist, eine Vorlage unterbreitet.		Die Konzepte einer gemeindepsychiatrischen und tagesklinischen Krisenbehandlung am Standort Liestal und einer zusätzlichen Tagesklinik für das untere Baselbiet wurden erarbeitet. Die Umsetzung der Konzepte wurde aus finanziellen Gründen auf die Jahre 2011 ff verschoben.

Nr. 3.14.12	Differenzierung des Angebotes der Kantonalen Psychiatrischen Klinik Die Kantonale Psychiatrische Klinik (KPK) hat eine viel beachtete Tradition einer therapeutisch intensiven psychiatrischen Behandlung. Diese Tradition wird modern und zukunftsweisend weiterentwickelt, indem nach Störungsbildern und Schwerpunkten differenzierte therapeutische Konzepte erarbeitet und angeboten werden. Den psychotherapeutischen Angeboten wird ein besonderer Stellenwert zugemessen. Durch ein besonderes psychiatrisch-psychotherapeutisches Profil wird sich die Klinik verstärkt überregional positionieren und auszeichnen.		Seit dem 1. September 2009 wird in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik (KPK) ein Projekt mit dem Ziel durchgeführt, eine nach Angeboten und klinischen Bereichen neu differenzierte Struktur der KPK zu entwickeln und umzusetzen. Es wurden spezialisierte Abteilungen für die Behandlung von Persönlichkeitsstörungen, Depression im Alter und postakuten schizophrenen Störungen konzipiert. Ebenso wurde die Etablierung von Therapieschwerpunkten wie motivierende Kurzzeittherapie von Patient/innen mit Abhängigkeits-erkrankungen, Kurzzeittherapie der Depression, Behandlung der Depression und alterspsychiatrischen Leiden im Privatversichertenbereich sowie der Therapie schizophrener Ersterkrankter konzeptuell erarbeitet. Zusätzlich wurden abteilungsübergreifende Schwerpunktangebote für die klinischen Bereiche selbstverletzendes Verhalten, kognitives Training der Demenz, Angehörigenarbeit und transkulturelle Psychiatrie entwickelt. Ab 2010 werden die Konzepte gestaffelt implementiert.
Nr. 3.15	Programmpunkt Kantonales Laboratorium Strategische Zielsetzungen Präventiver Gesundheitsschutz und Konsumentenschutz durch einen modernen Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung.		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 3.15.04	Einzelne Massnahme Zusammenführung der Kantonalen Laboratorien der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft im "Futuro" in Liestal Die Vorbereitungsarbeiten im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen BS / BL betreffend Fusion der beiden Laboratorien werden fortgesetzt.		Die weiterführenden Abklärungen wurden vor dem Hintergrund des Umzuges des Kantonalen Laboratoriums und der damit verbundenen starken Beanspruchung des Personals verschoben.
Nr. 3.15.05	Umzug des Kantonalen Laboratoriums an den neuen Standort im "Futuro" in Liestal Der Umzug ist auf Ende 2008 / Anfang 2009 geplant.		Der Umzug ist erfolgt.

Teil 4 Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

Amtsbericht 2009: Gesamtschau aus Sicht der Direktion

Zentrales planerisches Ereignis war die Verabschiedung des Kantonalen Richtplanes durch den Landrat. Damit hat sich der Kanton eine langfristige räumliche Gesamtstrategie gegeben.

Im Jahr 2009 wurde der Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) vom Landrat beschlossen und das Beitritts-gesuch an die Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) gestellt.

Die aktuelle und künftige Werterhaltung der Kantonalen Infrastrukturanlagen ist nebst den vielen Neubauten ein Schwerpunktthema mit laufend zunehmender Bedeutung.

Zahlreiche Bauprojekte sind in Planung. Die noch ausstehende Priorisierung der Projekte im Investitionsprogramm führte zu Unsicherheiten für die Weiterbearbeitung und die Realisierung und fordert grosse Flexibilität im Ressourcenmanagement.

Der Mangel an Fachkräften (Ingenieure, Techniker, Konstrukteure) bei den beauftragten Ingenieurbüros, wie auch verwaltungsintern, wirkt sich insbesondere im Tiefbau einschränkend auf die Umsetzung des Planungs- und Realisierungsvolumens aus.

Im Hochbau konnten einige Meilensteine erreicht werden, wie etwa der Juryentscheid des Projektwettbewerbs Kantonsspital Bruderholz und Geriatriezentrum BL / BS sowie der Abschluss des Areal-Entwicklungsverfahrens FHNW mit der Definition des Standortes. Die Vorbereitungsarbeiten zur Übernahme der Sekundarschulbauten und -anlagen durch den Kanton sind so weit vorangekommen, dass der Entwurf der Landratsvorlage zur Übernahme erstellt werden konnte.

Der Bereich Umweltschutz konzentrierte sich auf die Schwerpunkte Grundwasser / Altlasten. Im Fokus stand die Altlastenbearbeitung der Deponien in Muttenz, die insbesondere betreffend Kostenteilung der erforderlichen Massnahmen zu gemeinsam getragenen Lösungen führen soll. Die sichere Lagerung von belasteten Stoffen in der Deponie Elbisgraben und damit der Schutz des Bodens vor Schadstoffen wird zu marktkonformen Preisen ermöglicht. Der wichtige Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen wird durch einen stetigen Erhalt und Ausbau der Abwasserreinigungsinfrastruktur sichergestellt. So wird eine lange Lebensdauer bei hoher Reinigungsleistung ermöglicht.

Der Bereich Energie war geprägt von der Erarbeitung der Landratsvorlage für das Förderprogramm von 50 Mio. Franken mit Schwerpunkt Gebäudesanierung. Dieses Programm wird dem regionalen Gewerbe im Bereich Bau und Energietechnik viele zusätzliche Aufträge bringen. Die Fernwärmenetze in Liestal und Muttenz sowie die Blockheizkraftwerke auf den Abwasserreinigungsanlagen leisten einen grossen Beitrag zum Schutz der Luft. Die Energieversorgung der kantonseigenen Anlagen und Gebäude wird mit stetig steigendem Anteil an erneuerbaren Energien wie Holz, Deponie- und Klärgas sichergestellt.

Nr. 4.01	Programmpunkt Tiefbau / Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr Strategische Zielsetzungen Der mit dem Bericht "Grünes Licht für den öffentlichen Verkehr" 1976 eingeleitete Ausbau der Vorortsbahnen geht in der neuen Legislaturperiode seinem Ende entgegen. Eine steigende Bedeutung erhalten die Erneuerungs- und die Erhaltungsmaßnahmen für die schienengebundenen Trassen. Mit dem Kreditbeschluss "Massnahmen Bahnübergänge" wird ein neues Kapitel zur Optimierung der bestehenden Kreuzungen Schiene / Strasse eingeläutet. Für den strassengebundenen OeV sind Massnahmen zur Verbesserung der Fahrplanstabilität anzugehen. Bei der Linie 10 steht der Ausbau der Verkehrsdrehscheibe Dornach - Arlesheim sowie die Doppelspurverlängerung bis Stollenrain und bei der Linie 11 die Erneuerung der Ortsdurchfahrt in Reinach an. In Allschwil ist das Trasse der Linie 6 verbunden mit einer moderaten Umgestaltung der Baslerstrasse vollständig zu erneuern. Rund 240 Tram- und Bahnübergänge (exkl. SBB) sollen in den kommenden Jahren nach den Grundsätzen für die Signalisation der Kreuzungen Schiene / Strasse überprüft und sofern erforderlich optimiert werden. Ziele all dieser Massnahmen sind die Verbesserung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch eine Reduktion oder eine einheitliche Signalisation der Konfliktpunkte Schiene / Strasse, ein verdichteter Fahrplan in Spitzenzeiten sowie die Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit.	↓ Amtsbericht 2009	
Nr. 4.01.02	Einzelne Massnahme BLT-Linie 11, Reinach Trasseerneuerung und Umgestaltung der Ortsdurchfahrt in Reinach. Bau 2009 - 2011. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1995 / 2481 und 2002 / 1478 Total: Fr. 39'700'000.- (Konto 2317.701.40-003, 2317.364.00-003) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 26'608'630.- Budget 2008: Fr. 2'000'000.- Budget 2009: Fr. 3'000'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 3.0 Mio. Fr.	Im Sommer 2009 erfolgte im Abschnitt Reinach Dorf die Erneuerung der Fahrleitung und der Geleise. Im März entschied der Gesamt-Regierungsrat, die Haltestelle Reinach Dorf als Zeitinsel (= wie bestehend) zu realisieren. In der Folge wurde unter der Federführung der Sicherheitsdirektion (SID) der Entwurf eines Vorprojektes zur Erneuerung der Ortsdurchfahrt unter diesen Randbedingungen in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Reinach ausgearbeitet. Zielsetzung: Bau ab 2013 ermöglichen.

Nr. 4.01.04	BLT-Linie 10, Dornach - Arlesheim Ausbau der Verkehrsdrehscheibe Dornach - Arlesheim und der Doppelspur bis Stollenrain. Bau 2008 - 2011. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 006 Total Fr.: 20'788'000.- (Konto 2317.364.00-013) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 315'194.45 Budget 2008: Fr. 3'500'000.- Budget 2009: Fr. 9'000'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 9.0 Mio. Fr.	Am 23. Oktober 2008 erfolgte der Spatenstich, womit die Bundesgelder (Infrastrukturfonds) gesichert wurden. Die Inbetriebnahme der Verkehrsdrehscheibe mit neuer Personenunterführung, neuer Tramwendeschleife und neuem Busbahnhof erfolgte am 13. Dezember 2009. Die hängigen Einsprachen beim Doppelspurausbau Stollenrain konnten soweit erledigt werden, dass der Bau ab Mai 2010 erfolgen kann.
Nr. 4.01.05	BVB-Linie 6, Allschwil Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baslerstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen (Anteil Gleistrasse). Bau ab 2009 (Kreisel Grabenring) ermöglichen. Noch kein Kredit vorhanden. (siehe auch Punkt Nr. 4.02.26).	Finanzielle Auswirkungen 2009: 2.0 Mio. Fr.	Genehmigung Kredit: LRB 1527 vom 26. November 2009: Kreditbeschluss für die Realisierung des Kreisels Grabenring (6.55 Mio. Franken) und die Projektierung der Erneuerung der Baslerstrasse inkl. Geleise der BVB-Linie 6 (1.0 Mio. Franken). Damit kann einerseits 2010 die Realisierung des Kreisels Grabenring erfolgen und andererseits die Projektierung der Erneuerung Baslerstrasse fortgesetzt werden. Zielsetzung: Bau Erneuerung Baslerstrasse ab 2013 ermöglichen.
Nr. 4.01.06	BVB-Linie 2, Binningen, Kronenplatz Gleiserneuerung, neue Wendeschleife und Umgestaltung Kronenplatz. Realisierung 2008; Abschlussarbeiten 2009. Verpflichtungskredit (siehe Punkt Nr. 4.02.22).	Finanzielle Auswirkungen 2009: siehe 4.02.22	Die Abschlussarbeiten (Belagsarbeiten) sind 2009 erfolgt (die Inbetriebnahme erfolgte bereits Ende 2008).
Nr. 4.01.08	Massnahmen Bahnübergänge Optimierungsmassnahmen nach den Grundsätzen für die Signalisation der Kreuzungen Schiene / Strasse. Realisierung ab 2008 (unter anderem Lampenberg Nord). Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 2036 Total Fr. 20'000'000.- (Konto 2317.364.00-012) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 121'047.40 Budget 2008: Fr. 2'000'000.- Budget 2009: Fr. 2'000'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 2.0 Mio. Fr.	Die Plangenehmigung für den Bahnübergang Lampenberg liegt vor; die Realisierung ist 2010 vorgesehen. Das Vorprojekt Neuhof konnte mit der Gemeinde bereinigt werden; die übrigen Bahnübergänge werden gemäss bereinigtem Programm weiterbearbeitet. Mit der Unterstützung einer Gesamtleitung erfolgt die Realisierung der Optimierungsmassnahmen bis Ende 2014.

Nr. 4.01.09	BVB-Linie 14, MuttENZ - Pratteln Erneuerung Tramgleise 2. Etappe. Planung ab 2008, Realisierung ab 2009. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 3.0 Mio. Fr.	Der genaue Zeitpunkt der Instandsetzung und deren Umfang sind (bei der BVB) in Abklärung.
Nr. 4.01.10	Standards Schieneninfrastruktur Die Standards für Schieneninfrastrukturbauten sollen sowohl für den Neubau als auch für die Substanzerhaltung überprüft werden. Ziel ist ein optimierter Mitteleinsatz für die langfristige Gewährleistung der Funktion der Schieneninfrastrukturen. Ein resultierendes Konzept betreffend Standards und Mittelbedarf für Schieneninfrastrukturbauten soll ab 2010 vorliegen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.1 Mio. Fr.	Der notwendige Mittelbedarf für die Erhaltung der Schieneninfrastrukturbauten wurde mit den Konzessionierten Transportunternehmen (KTU) erhoben; die entsprechenden Angaben sind in das Investitionsprogramm eingeflossen und werden 2010 bereinigt.
Nr. 4.01.11	Strassen gebundener öffentlicher Verkehr Prüfen und Einleiten von Massnahmen zur Verbesserung der Fahrplanstabilität.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.2 Mio. Fr.	Die Arbeitsgruppe prüfte verschiedene Massnahmen. Es liegt ein Konzept für Busspuren auf der Bruderholzstrasse vor.
Nr. 4.01.12	Waldenburgerbahn Trasseerneuerungen vorbereiten inkl. Haltestelle Altmarkt. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.3 Mio. Fr.	Die Grundlagen (unter anderem ein Betriebskonzept) liegen noch nicht definitiv vor; Vorstudien folgen ab 2010.
Nr. 4.01.13	BVB-Linie 14, Salina Raurica Verlängerung der Tramlinie 14 bis zur S-Bahn-Station Salina Raurica. Planung ab 2009 (abhängig von Landratsbeschluss). Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.5 Mio. Fr.	Der Landratsbeschluss (LRB 982 vom 15. Januar 2009) zu Salina Raurica ist erfolgt (inkl. Projektierungskredit Tram in der Höhe von 1.344 Mio. Franken); die Machbarkeitsstudie inkl. Prüfung der definitiven Lage des Trassees wurde gestartet; Abschluss 2010. Zielsetzung: Bau ab 2016 ermöglichen.

Nr. 4.02	Programmpunkt Tiefbau / Verkehr und Bau / Individualverkehr Strategische Zielsetzungen Hauptziel ist, dem Zweckartikel des kantonalen Strassengesetzes entsprechend die Betriebsbereitschaft und die Erhaltung der Kantonsstrassen sicherzustellen und ihre Funktion langfristig zu gewährleisten; der entsprechende Mittelbedarf ist hoch. Die Mittel sollen entsprechend der im Regierungsratsbeschluss 1385 (vom 5. September 2006) dargelegten dualen Erhaltungsstrategie investiert werden. Die Nationalstrassen bilden die Hauptachsen des nationalen und regionalen Verkehrsnetzes. Sie sind mit Inkrafttreten der NFA per 1. Januar 2008 vollumfänglich in der Zuständigkeit des Bundes. Der Kanton setzt sich für eine bedarfsgerechte Bewirtschaftung ein. Der Kanton Basel-Landschaft strebt, in Übereinstimmung mit dem vom Bundesrat vorgelegten Sachplan Verkehr, die Ergänzung des Nationalstrassennetzes auf der Achse H18 Basel - Delémont inkl. der erforderlichen Zubringer an und will die Planung für den Ausbau der kritischen Stellen vorantreiben. Die Realisierung des Schlüsselprojektes H2 Pratteln - Liestal wird fortgesetzt.	↓ Amtsbericht 2009	
Nr. 4.02.01	Einzelne Massnahme Optimierung der Strasseninfrastruktur Der Schwachstellenplan zeigt auf, wo für den motorisierten Individualverkehr, den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr Handlungsbedarf an der Strasseninfrastruktur zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und der Verbesserung des Verkehrsflusses besteht. Die Umsetzung der Massnahmen richtet sich nach den Prioritäten Verkehrssicherheit - Zustand Verkehrsinfrastruktur - Verkehrsfluss.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Diverse Konti Lfd. Rg. und Inv.-Rg. Rubriken 2312, 2313, 2314	Der Übersichtsplan "Schwachstellen Verkehrssicherheit" liegt vor wie auch die zugehörige Massnahmenliste; sie wird jährlich aktualisiert. Wegen Personalwechsel und dringenden Geschäften im Zusammenhang mit dem 6. Generellen Leistungsauftrag ÖV konnten noch nicht alle staugefährdeten Knoten untersucht werden. Die Fertigstellung des Schwachstellenplans "Verkehrsfluss" inkl. Massnahmenliste ist per Ende 2010 vorgesehen.
Nr. 4.02.02	Optimierung des Verkehrsflusses Der Verkehr soll möglichst sicher und flüssig abgewickelt werden. Ganz besonders gilt dies beim Eintreten eines Ereignisses. Dazu werden Verkehrsmanagementpläne erarbeitet - im Sinne von vorbehaltenen Entschlüssen -, welche die erforderlichen Massnahmen und die Zuständigkeit für die Umsetzung regeln. Zur optimierten Abwicklung des Verkehrs ist in Zusammenarbeit mit der Polizei die Opportunität und evtl. der Aufbau einer regionalen Verkehrsleitzentrale zu prüfen (vom Bund angestrebt auf 2012).	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.2 Mio. Fr.	Die Federführung für das Erstellen der Verkehrsmanagementpläne der Nationalstrassen liegt beim ASTRA; die Arbeit ist im Verzug. Die Federführung für die Verkehrsleitzentralen liegt bei der SID.

Nr. 4.02.03	A2 Sanierungstunnel Belchen Mit Inkrafttreten der NFA per 1. Januar 2008 liegt die Verantwortung für dieses Projekt integral beim Bund.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine (100% Bund)	Die Standortkantone bzw. -gemeinden sind in der Begleitkommission "Sanierungstunnel Belchen" vertreten.
Nr. 4.02.04	A2 Basel - Augst Abschluss der umfassenden Instandsetzung und Erneuerung des Abschnittes Basel - Augst unter der Verantwortung des ASTRA im Verlauf des ersten Quartals 2009 inkl. der Realisierung des Verkehrsleitsystems 2. Etappe sowie der Optimierung der Anschlüsse Pratteln und Liestal. Erarbeitung des Konzeptes 2008 / 2009 Kapazitätsoptimierung unter der Federführung des ASTRA sowie Vorbereitung der erforderlichen Projekte auf kantonaler Stufe zur Sicherstellung des Verkehrsflusses.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 3.2 Mio. Fr. (100% Bund)	Die Arbeiten wurden - unter der Verantwortung des ASTRA - abgeschlossen. Ab 2010 erfolgen Erneuerungs- und Instandsetzungsarbeiten direkt durch das ASTRA.
Nr. 4.02.06	H2 Pratteln - Liestal Ausführungsprojekt und Realisierung der H2 nach Bauprogramm. Realisierung bis 2013 (exkl. Rheinstrasse).	Finanzielle Auswirkungen 2009: 60.0 Mio. Fr. (Spezialfonds)	Die H2 Pratteln - Liestal (HPL) ist auf ihrer ganzen Länge im Bau; für alle massgebenden Bauarbeiten sind die Zuschläge rechtskräftig erfolgt. Erste Teilobjekte wie die Wölferbrücke sind fertig gestellt. Der Spatenstich zum Tunnel erfolgt im Januar 2010; die Inbetriebnahme der HPL ist Ende 2013 vorgesehen.
Nr. 4.02.07	H2 Umfahrung Liestal Instandsetzung für Erneuerung / Ausbau der Umfahrung Liestal, Kreditbeschluss Bauprojekt erwirken, Projekt zur Baureife führen und Realisierung ab 2012 ermöglichen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1217 Total: Fr. 900'000.- (Konto 2312.501.10-138) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 878'468.40 Budget 2008: Fr. 0.- Budget 2009: Fr. 1'000'000.-. Noch kein Baukredit vorhanden (Konto 2312.501.20-151).	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.0 Mio. Fr.	Das Vorprojekt wurde 2009 bereinigt und abgeschlossen. Der erforderliche Projektierungskredit zur Ausarbeitung des Bauprojektes inkl. Plangenehmigungsverfahren wurde am 26. November 2009 vom Landrat beschlossen (LRB Nr. 1526; LRV 2009 / 209). Zielsetzung: Bau ab 2015 ermöglichen.

Nr. 4.02.08	H18 Umfahrung Laufen / Zwingen und H18 Muggenbergtunnel H18 Umfahrung Laufen / Zwingen: Ausarbeiten des Generellen Projektes unter dem Aspekt, dass die H18 gemäss Sachplan Verkehr vom Bund ins Grundnetz aufgenommen werden wird. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2000 / 672 Total: Fr. 3'000'000.- (Konto 2312.501.10-013) Per Ende 2006 verbraucht: Fr. 657'481.20 Budget 2007: Fr. 300'000.- Budget 2008: Fr. 500'000.- Budget 2009: Fr. 200'000.-. H18 Muggenbergtunnel: Ausarbeiten des (mit dem ASTRA abgestimmten) Generellen Projektes unter dem Aspekt, dass die H18 gemäss Sachplan Verkehr vom Bund ins Grundnetz aufgenommen werden wird.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.4 Mio. Fr. (je 0.2 Mio. Fr.)	Das Vorprojekt H18 Umfahrung Laufen / Zwingen wurde Ende 2009 abgeschlossen und den Gemeinden zur Vernehmlassung zugestellt. Die Bereinigung erfolgt im ersten Semester 2010. Für den Knoten Angenstein und den Muggenbergtunnel wurde ein Anschlusskonzept inkl. Untersuchung verschiedener Varianten des Muggenbergtunnels und der Führung der Kantonsstrassen ausgearbeitet. Die Vernehmlassung bei den Gemeinden ist erfolgt; im 1. Semester 2010 erfolgt die Bereinigung.
Nr. 4.02.09	Südumfahrung Basel Analyse der Probleme und der Bedürfnisse als Grundlage für den Beschluss über das weitere Vorgehen. Eventuell Generelle Projekte für den Zubringer Allschwil und den Anschluss an die H18 im Raum Aesch (vorbehältlich KRIP und Volksinitiative) mit dem Ziel, dass die Südumfahrung vom Bund im Sachplan Verkehr ins Grundnetz aufgenommen wird.		Der Landrat hat mit seinem Beschluss zum Kantonalen Richtplan am 26. März 2009 entschieden, die Trasseesicherung zu streichen und den Regierungsrat beauftragt, innert 5 Jahren eine Landratsvorlage mit Lösungen zu den Verkehrsproblemen vorzulegen. Das Vorgehenskonzept zu diesem Geschäft, der Entwicklungsplanung Leimental Birseck Allschwil (ELBA) ist in Arbeit; Abschluss 2010. Der eigentliche Projektstart erfolgt 2010.
Nr. 4.02.10	Kantonale Hochleistungsstrassen, Kantonsstrassen Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und Substanzerhaltung, Nachrüsten der Anlagen (Lärm- und Grundwasserschutzbauten) sowie Umgestaltung von Knoten auf den Kantonsstrassen und bei Ortsdurchfahrten.	Finanzielle Auswirkungen 2009: KS 25 - 30 / Jahr HLS 10 im Mittel / Jahr Diverse Konti Lfd. Rg. und Inv.-Rg. Rubriken 2313 und 2314	

Nr. 4.02.11	Regionales Radroutennetz Netzausbau: Ausarbeitung ausführungsreifer Projekte und Realisierung mit Priorität Schulwegsicherung und Eliminierung gefährlicher Punkte und Strecken (Zwingen - Brislach, Radstreifen Waldenburg). Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1996 / 32 und 1998 / 74 Total: Fr. 47'722'173.- (Konto 2312.501.20-007) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 24'926'878.35 Budget 2008: Fr. 3'000'000.- Budget 2009: Fr. 2'500'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 2.5 Mio. Fr.	Diverse Projekte zur Fertigstellung des Netzes der kantonalen Radrouten sind in Arbeit. Zur Überprüfung der Schwachstellen an bestehenden Radrouten wurde eine Analyse (Verkehrssicherheit) gestartet; erste Massnahmen erfolgen 2010. Die Radroute Oberwil - Therwil konnte Ende 2009 fertig gestellt werden.
Nr. 4.02.14	H18 Anschluss Aesch / Dornach Bau- und Ausführungsprojekt für Vollanschluss Aesch. Bau ab 2010 ermöglichen. Vorprojekt für Anschluss Dornach (Federführung Kanton Solothurn) und Pfeffinger-Ring. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.4 Mio. Fr.	Der erforderliche Projektierungskredit zur Ausarbeitung des Bauprojektes inkl. Plangenehmigungsverfahren wurde am 14. Mai 2009 vom Landrat beschlossen (LRB Nr. 1180; LRV 2008 / 310). Der Start des Bauprojektes ist erfolgt; die Planaufgabe ist 2010 vorgesehen. Zielsetzung: Bau ab 2015 ermöglichen.
Nr. 4.02.15	Gelterkinden - Rickenbach, Korrektur Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung. Bau ab 2008. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 1698 Total: Fr. 2'700'000.- (Konto 2312.501.20-116) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 124'617.- Budget 2008: Fr. 2'500'000.- Budget 2009: Fr. 2'500'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 2.5 Mio. Fr.	Die Realisierung konnte abgeschlossen und der kombinierte Fuss- / Radweg am 7. September 2009 eröffnet werden.
Nr. 4.02.16	Muttenz, Sanierung / Umgestaltung Rheinfelderstrasse Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung. Bau ab 2010. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.2 Mio. Fr.	Das Bauprojekt und die Landratsvorlage liegen im Entwurf vor; wegen Budgetkürzung auf 0 Franken für 2010 (und unsicherer Zukunft) wurde das Projekt sistiert.

Nr. 4.02.18	Zwingen, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt und neue Birsbrücke Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung (Anteil Strasse). Bau ab 2009. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 302 Total Fr.:14'000'000.- (Konto 2312.501.20-149) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 172'961.50 Budget 2008: Fr. 1'500.000.- Budget 2009: Fr. 3'000'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 3.0 Mio. Fr.	2007 hat der Landrat den Kredit genehmigt. Die Plan-genehmigung ist im ersten Quartal 2009 erfolgt. Das Bauprojekt für die neue Birsbrücke liegt vor. Für 2010 sind die Ausschreibung der Planungsarbeiten für die Ortsdurch-fahrt und der Baubeginn (4.Quartal) für die neue Birs-brücke geplant.
Nr.4.02.19	Reigoldswil, Korrektion Ziefenstrasse Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung (Anteil Strasse). Bau ab 2011 ermöglichen. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.2 Mio. Fr.	Wesentliche Projektänderungen nach der Planaufgabe sowie veränderte Zahlen bzgl. Hochwasser bedingen eine komplette Überarbeitung. Die Machbarkeitsstudie liegt im Entwurf vor; 2010 wird die notwendige LRV für einen Projektierungskredit ausgearbeitet. Zielsetzung: Bau ab 2014 ermöglichen. (siehe auch Punkt 4.03.07).
Nr. 4.02.20	Langenbruck, Korrektion / Umgestaltung Hauensteinstrasse Bau- und Ausführungsprojekt, Kreditbeschluss erwirken. Realisierung ab 2011. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.1 Mio. Fr.	Der Projektstart war für den Herbst 2009 vorgesehen. Infolge Budget von 0 Franken für 2010 erfolgte kein Projektstart.
Nr. 4.02.21	Augst, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung vorbereiten. Bau ab 2011 ermöglichen. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.1 Mio. Fr.	Das Vorprojekt liegt vor; die Bereinigung insbesondere mit der Gemeinde ist noch ausstehend. Infolge Budget von 0 Franken für 2010 wurde das Projekt im Herbst 2009 sistiert; eine Wiederaufnahme ist 2010 in Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln vorge-sehen.
Nr. 4.02.22	Binningen, Kronenplatz Gleiserneuerung, neue Wendeschlaufe und Umgestaltung Kronenplatz. Realisierung 2008; Abschlussarbeiten 2009. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 159 Total: Fr. 9'100'000.- (Konto 2312.501.20-090) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 801'522.45 Budget 2008: Fr. 4'000'000.- Budget 2009: Fr. 500'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.5 Mio. Fr.	siehe Punkt 4.01.06.

Nr. 4.02.23	Lärmschutz an Kantonsstrassen Umsetzung der Massnahmen gemäss Strassensanierungsprogramm. Gebundene Ausgaben im Rahmen der Investitionsrechnung.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 3.0 Mio. Fr.	Die Projektierungs- und Realisierungsarbeiten verlaufen programmgemäss bzw. gemäss Programmvereinbarung mit dem Bund (Subventionsbeitrag ca. 25 Prozent).
Nr. 4.02.25	H18 Tunnel Eggflue 1. Gewährleistung der Tunnelsicherheit Intervention 2009 / 2010: Ausbau Energieleitungstunnel zum Fluchtweg, Fluchtwegabgänge Zentrale. Gesamtkosten 18.0 Mio. Franken, LRV 3. Quartal 2008. 2. Intervention ab 2015: Umbau Tunnellüftung, weitere Fluchtwegabgänge.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 12.0 Mio. Fr.	Die Vorlage "Erhöhung Tunnelsicherheit Eggflue" wurde vom Landrat gutgeheissen. Die Detailplanungen sind im Gange und die Arbeiten wurden mit dem Bau der Zentrale Ost und der Erweiterung der Zentrale West aufgenommen.
Nr. 4.02.26	Allschwil, Korrektion / Umgestaltung Baslerstrasse Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baslerstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen (Anteil Strasse). Bau ab 2009 ermöglichen (Kreisel Grabenring). Noch kein Kredit vorhanden. (siehe auch Punkt Nr. 4.01.05).	Finanzielle Auswirkungen 2009: 3.0 Mio. Fr.	siehe Punkt 4.01.05.
Nr. 4.02.27	Grellingen, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt Bau- und Ausführungsprojekt. Realisierung ab 2011. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2002 / 1616 Total: Fr. 150'000.- (Konto 2312.501.10-016) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 111'182.75 Budget 2008: Fr. 20'000.- Budget 2009: Fr. 0.-.		Das Vorprojekt liegt vor. Zielsetzung: Bau ab 2011 ermöglichen.
Nr. 4.02.28	Pratteln, Salina Raurica, Rheinstrasse Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung vorbereiten. Bau ab 2011 ermöglichen. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.5 Mio. Fr.	Der Landratsbeschluss (LRB 982 vom 15. Januar 2009) zu Salina Raurica ist erfolgt (inkl. Projektierungskredit Kantonsstrasse); die Vorstudien zur Verlegung der Rheinstrasse sowie zum Rückbau der bestehenden Strasse wurden gestartet mit ersten Ergebnissen 2010. Zielsetzung: Bau ab 2015 ermöglichen.
Nr. 4.02.29	Lausen, Hauptstrasse bis Altmarkt Bau- und Ausführungsprojekt, Kreditbeschluss erwirken. Realisierung ab 2010. Noch kein Kredit vorhanden.		Die Landratsvorlage ist für 2011 geplant. Die Realisierung wird ab 2012 erfolgen.

Nr. 4.02.30	Bottmingen - Oberwil, linksufrige Birsigalstrasse Bau- und Ausführungsprojekt. Realisierung ab 2010. Noch kein Kredit vorhanden.		Die Landratsvorlage ist in Arbeit; die Projektauflage erfolgt nach dem Landratsbeschluss. Zielsetzung: Bau ab 2012 ermöglichen.
Nr. 4.03	Programmpunkt Tiefbau / Verkehr und Bau / Wasserbau Strategische Zielsetzungen Planung, Realisierung und Bewirtschaftung der kantonalen Gewässer sind darauf ausgerichtet, einen möglichst ungehinderten Wasserabfluss zu gewährleisten ohne Schaden anzurichten. Die Anliegen des Ufer- und des Hochwasserschutzes werden unter massvoller Berücksichtigung ökologischer und ortsplanerischer Anliegen realisiert. Mit Revitalisierungen und Ausdolungen wird ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet. Die Massnahmen für den Hochwasserschutz, für Revitalisierungen sowie für die ökologische Aufwertung der Gewässer erfolgen gemäss Wasserbaukonzept und den darin festgelegten Prioritäten unter Berücksichtigung der Mittel und der Opportunität. Das Wasserbaukonzept wird laufend aufgrund realisierter Massnahmen sowie neuer Erkenntnisse nachgeführt (letztmals 2007). Insbesondere werden die Untersuchungen und Analysen des Hochwasserereignisses 2007 berücksichtigt. Schutzzieldefizite liegen ab Mitte 2008 vor. Das Wasserbaukonzept soll 2010 gesamthaft überarbeitet werden.		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 4.03.02	Einzelne Massnahme Passiver Hochwasserschutz Erarbeiten von Gefahrenkarten unter Federführung der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung und des Forstamtes beider Basel zusammen mit dem Amt für Raumplanung und dem Tiefbauamt. Bis 2011 sollen die Gefahrenkarten für den ganzen Kanton erstellt sein.	Finanzielle Auswirkungen 2009: In Rechnung Gebäudeversicherung und Forstamt beider Basel	Die Gefahrenkarten Los 1 und 2 liegen im Entwurf vor. Die Arbeiten an den Losen 3 und 4 der Naturgefahrenkarte (NGK-BL) laufen plangemäss. Die Ingenieurarbeiten für die letzten Etappen sind vergeben.

Nr. 4.03.03	Allschwil, Hochwasserschutz "Dorf" Weiterführung Projektierungsarbeiten und Realisierung HWRB Lützelbach ab 2009 ermöglichen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 2106 Total: Fr. 7'090'000.- (Konto 2316.701.90-015) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 5'743'421.40 Budget 2008: Fr. 500'000.- Budget 2009: Fr. 1'300'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.3 Mio. Fr.	Das Hochwasserrückhaltebecken (HWRB) "Isigs Brüggli" ist in Betrieb und der Amphibienschutz ist weitgehend abgeschlossen. Beim HWRB Lützelbach liegt die technische Deponieuntersuchung vor. Um die Baukosten zu senken, wird das Becken ausserhalb der Deponie neu geplant werden. Der Verpflichtungskredit ist abzurechnen. Für das HWRB Lützelbach ist ein separater Verpflichtungskredit zu beantragen.
Nr. 4.03.05	Gelterkinden, Hochwasserschutz Eibach Ausführungsprojekt und Realisierung ab 2012. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 1697 Total: Fr 2'950'000.- (Konto 2316.701.90-017) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 15'709.60 Budget 2008: Fr. 100'000.- Budget 2009: Fr. 1'500'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.5 Mio. Fr.	In Absprache mit der Gemeinde Gelterkinden ist die Ausführungsplanung 2009 weit fortgeschritten. Die Realisierung ist ab 2010 möglich.
Nr. 4.03.07	Reigoldswil, Hochwasserschutz Hintere Frenke Weiterführung Bau- und Ausführungsprojekt (Anteil Wasserbau). Realisierung ab 2009 ermöglichen. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.1 Mio. Fr.	Die Gemeinde hat entschieden, auf die Sanierung der alten Bogenbrücke zu verzichten. Auf die projektierte Überflutungsfläche vor der Gemeindeverwaltung kann verzichtet werden. Das gesamte Projekt wird nach der Überarbeitung der Strassenbreite, der Bushaltestellen und der Überflutungsfläche neu aufgelegt. siehe auch Punkt 4.02.19.
Nr. 4.03.08	Hochwasserschutz und Revitalisierungen der Birs und der Ergolz Diverse Projektierungs- und Bauarbeiten, unter anderem Augst Ergolz Uferrenaturierung, Füllinsdorf Ergolz Renaturierung unterhalb ARA, Känerkinden Felibächli Ausdolung, Reinach Birsrenaturierung unterhalb ARA. Schutzprojekte aufgrund des Hochwassers 2007 Planung und Realisierung von Massnahmen. Bau ab 2012.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.5 Mio. Fr.	Augst, Ergolz, Uferrenaturierung abgeschlossen. Füllinsdorf, Ergolz unterhalb ARA, in Planung. Känerkinden, Felibächli, Ausdolung, Projekt rechtsgültig. Reinach, Birs, Renaturierung unterhalb ARA ist abgeschlossen.

Nr. 4.03.09	Zwingen, Birs Hochwasserschutz und Fischgängigkeit Weiterführung Ausführungsprojekt und Realisierung ab 2009. Landratsvorlage / LRB 2006 / 302 Total: Fr. 1'600'000.- (Konto 2316.701.90-020) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2008: Fr. 700'000.- Budget 2009: Fr. 400'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.4 Mio. Fr.	2007 hat der Landrat den Kredit genehmigt. Die Plan- genehmigung ist im ersten Quartal 2009 erfolgt. Das Bauprojekt für den HWS und die Fischgängigkeit der Birs liegt vor. Die Ausführungsplanung für die Realisierung ab Anfang 2010 ist weit fortgeschritten. siehe auch Punkt 4.02.18.
Nr. 4.03.10	Reinach, Erlenbach (Dorfbach) und Leibach Hochwasserschutz und Ausdolung Weiterführung Projektierungsarbeiten und Realisierung vorbereiten. Noch kein Kredit vorhanden.		Die Projektierung ist durch die Gemeinde Reinach eingestellt worden.

Nr. 4.04	Programmpunkt Hochbau Strategische Zielsetzungen Weiterbearbeitung von zahlreichen Projekten in der Phase Planung als Vorbereitung von Projektierungs- und / oder Baukreditvorlagen. Für die zwei aktuellen Grossprojekte werden 2009 wichtige Meilensteine erreicht: Nachdem das 2008 gestartete Arealentwicklungsverfahren für das Gebiet Kriegacker (MuttENZ Nord) mit einer Testplanung wichtige Grundlagen für die Objektplanung der Fachhochschule Nordwestschweiz (Standort MuttENZ) geliefert hat, kann im Jahre 2009 eine Bedarfs- und Projektierungskreditvorlage an den Landrat erstellt werden sowie ein Architekturwettbewerb gestartet werden. Für das Kantonsspital Bruderholz soll per Ende des ersten Quartals ein Siegerprojekt aus dem zweistufigen Wettbewerbsverfahren vorliegen. Dieses wird 2009 voraussichtlich zu einem Vorprojekt weiterbearbeitet. Die Vorbereitungen zur Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton werden intensiv geführt. Im Januar 2009 wird vom Landrat der Standortentscheid erwartet. Die konkreten Übernahmeverhandlungen mit den bestätigten Standortgemeinden sind zu führen und abzuschliessen. Ebenfalls sind die Landratsvorlage für die definitive Lösung zu erstellen sowie die Budgetwerte für das erste Jahr der Übernahme (2010) zu ermitteln. Das Projekt ist verzögert, bedingt durch einen erhöhten Aufwand im politischen Prozess aller Arbeiten. Ab 1. Januar 2009 werden auch die beiden laufenden Bauprojekte am Kantonsspital Bruderholz "Sanierung und Erweiterung Kantonsspital Bruderholz" und "Kantonsspital Bruderholz, Sicherheitsrelevante Massnahmen Haustechnik, 2. Etappe" in die Zuständigkeit der VGD übergehen. Die Regierung hat im Juni 2007 die Strategie für ein Flächenmanagement verabschiedet. Die Planungsarbeiten für konkrete Massnahmen zur Optimierung des Immobilienportfolios laufen. Im Rahmen der Priorisierungen innerhalb des Investitionsprogramms werden erste Projektierungskredite notwendig. Bereitstellung räumlicher Ressourcen (Investitionsprojekte) Für die Planung der zahlreichen Projekte sind Finanzmittel sicherzustellen. Die Finanzierung der Neubauprojekte ist optimiert. Die Realisierung erfolgt gemäss Dringlichkeit. Werterhalt der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen Ein minimaler Werterhalt der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen sollte garantiert werden. Dem zusehenden Verfall der Liegenschaften muss Einhalt geboten werden.	↓ Amtsbericht 2009
-----------------	--	----------------------------------

Nr. 4.04.01	Einzelne Massnahme Flächenmanagement Die Massnahmen Optimierung Standort Liestal und Optimierung Lager werden nach Vorliegen des Landratsentscheides zum Projektierungskredit in der Phase Vorprojekt bearbeitet. 2009 wird die Massnahme Optimierung Standort Arlesheim in Angriff genommen.		
	Liestal, Neubau Verwaltungsgebäude Total: Fr. 60 Mio. (Konto 2320.503.30-286) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.80 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.03 Mio.	Mit Verzögerung wurde im Juli 2009 die strategische Planung mit einer Testplanung gestartet und im Dezember 2009 abgeschlossen. Die Empfehlungen aus der Testplanung liegen im Februar 2010 vor. Von den Planungskosten von rund 0.23 Mio. Franken wurden 0.2 Mio. Franken dem Konto 318.20.000 der Laufenden Rechnung belastet.
	Liestal, Neubau Lagergebäude Total: Fr. 30 Mio. (Konto 2320.503.30-287) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.80 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.00 Mio.	Auf dem Areal Schafir + Mugglin wurde ein Testprojekt erarbeitet. Dieses bildet die Grundlage für die Abdeckung des Bedarfs an Lagerflächen für die Sammlungen des Kantonsmuseums und die Unterbringung der Schul- und Büromaterialverwaltung. Das Testprojekt wurde dem Konto 318.20.000 in der Laufenden Rechnung belastet. Die Planungskosten im Betrag von rund 0.75 Mio. Franken wurden dem Konto 318.20.000 in der Laufenden Rechnung belastet.
Nr. 4.04.02	Landratsvorlagen / Verpflichtungskredite LRB		
	Oberwil Gymnasium, Mediothek, Umbau und Sanierung Total: Fr. 18.6 Mio., inkl. Aulaersatz RRB Nr. 0438 vom 20. März 2007 (Konto 2320.503.30-225) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 18.3 Mio., inkl. Transitorische Budget 2008: Fr. 0.3 Mio. Budget 2009: Fr. 0.10 Mio. (Garantiewerke).	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.14 Mio.	Die Garantiewerke konnten 2009 abgeschlossen werden. Die Bauabrechnung ist 2010 dem Landrat zur Genehmigung vorzulegen.
	Liestal, Staatsarchiv, Ausbau Total: Fr. 15.4 Mio. (Konto 2320.503.30-226) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 13.4 Mio., inkl. Transitorische Budget 2008: Fr. 0.3 Mio. Budget 2009: Fr. 0.1 Mio. (Garantiewerke).	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.05 Mio.	Die Garantiewerke konnten 2009 abgeschlossen werden. Die Bauabrechnung ist 2010 dem Landrat zur Genehmigung vorzulegen.

	Muttenz, Gewerbeschule Sanierung Aussenhülle Total: Fr. 3.65 Mio. (Konto 2320.503.30-234) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.09 Mio. Budget 2008: Fr. 0.1 Mio. Budget 2009: Fr. 3.45 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.75 Mio.	Die Ausführung der Gebäudehüllensanierung musste im Juli 2009 abgebrochen werden. Es hat sich in der Ausführungsvorbereitung gezeigt, dass das Risiko einer Kontaminierung der Innenräume mit Asbestfasern durch Erschütterungen im Rahmen der Bauarbeiten an der Gebäudehülle zu gross ist. Das Gebäude muss zwingend total saniert werden, was unter laufendem Betrieb nicht möglich ist. Von August bis November 2009 wurden verschiedene Szenarien für Alternativen als Übergangs- oder Definitivstandorte geprüft. Anfangs 2010 soll ein Vorentscheid gefällt und das weitere Vorgehen festgelegt werden.
	UKBB Neubau Basel (1/2 Anteil BL) / 2005 / 1393 Total: Fr. 80.85 Mio. (Konto 2320.503.30-242) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 4.18 Mio. Budget 2008: Fr. 28.0 Mio. Budget 2009: Fr. 27.65 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 33.340 Mio.	Das Projekt konnte dank optimalen Voraussetzungen in der Ausführung beschleunigt werden. Der prognostizierte Endtermin sowie die Kosten können eingehalten werden. Die Inbetriebnahme des Neubaus ist auf Ende Januar 2011 vorgesehen.
	Muttenz, Strafjustizzentrum, Projektierungsvorlage 2004 / 182 und 2005 / 1325 Total: Fr. 68.0 Mio. (Konto 2320.503.30-253) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.3 Mio. Budget 2008: Fr. 2.1 Mio. Budget 2009: Fr. 2.05 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.9 Mio.	Das Bauprojekt inkl. Kostenvoranschlag wurde vom Januar - November 2009 erarbeitet. Die Baukreditvorlage ist erarbeitet. Es ist vorgesehen, die Baukreditvorlage Ende Januar 2010 dem Regierungsrat zur Überweisung an den Landrat vorzulegen. Ebenfalls im Januar 2010 soll mit der Ausarbeitung des Baubewilligungsprojektes und der Vorbereitung der Ausschreibung gestartet werden.
	Liestal, Neubau Kantonsgerichtsgebäude, Projektierungsvorlage 2004 / 182 Total: Fr. 15.5 Mio. (Konto 2320.503.30-254) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio. Budget 2009: Fr. 0.- Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.0 Mio.	Die Projektierungsvorlage für das neue Kantonsgericht steht im Zusammenhang mit der Massnahme Optimierung Standort Liestal (Flächenmanagement). Gemäss den Resultaten zeichnet sich ab, dass das Projekt nicht separat bearbeitet wird, sondern Bestandteil von übergeordneten Strategien im Areal Kreuzboden / Gutsmatte sein könnte. Vgl. auch 2320.503.30-286.
	Augst Römerstadt Augusta Raurica AP / Steinlager / Diverses Total: Fr. 16.0 Mio. (Konto 2320.503.30-257) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio. Budget 2009: Fr. 0.5 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.07 Mio.	Die Machbarkeitsstudie wurde im Mai 2009 abgeschlossen. Mit den Vorbereitungsarbeiten für das Wettbewerbsverfahren wurde aus Priorisierungsgründen zugewartet. Die Bedarfs- und Projektierungsvorlage ist erarbeitet. Die Vorlage soll mit dem Vorliegen der Priorisierung des Investitionsprogramms 2010ff. durch den Regierungsrat weiter behandelt werden.

Münchenstein, Gymnasium Sanierung Gebäudehülle Projektierungskredit 2007 / 283 Total: Fr. 17.0 Mio. (Konto 2320.503.30-258) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.17 Mio. Budget 2008: Fr. .0.2 Mio. Budget 2009: Fr. 0.5 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.52 Mio.	Bis zum Juli 2009 wurde das Bauprojekt inkl. Kosten- voranschlag erstellt. Die Baukreditvorlage ist erstellt und wurde am 15. Dezember 2009 vom Regierungsrat an den Landrat überwiesen.
Muttenz, BZM Sanierung Haustechnik / Gebäudehülle Total: Fr. 10.0 Mio. (Konto 2320.503.30-259) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.0 Mio.	Das Projekt wurde im Zusammenhang mit Abhängigkeiten vom Projekt Polyfeld Muttenz resp. Bedarfsplanung SEK II zurückgestellt. Mit Vorliegen der mittel- und langfristigen Bedarfsplanung der BKSD für die SEK II Schulen - voraus- sichtlich im 2. Quartal 2010 - können konkrete Machbar- keitsstudien in Angriff genommen werden.
Liestal, Zeughaus Sanierung Gebäudehülle 2007 / 283 Total: Fr. 3.3 Mio. (Konto 2320.503.30-260) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.07 Mio. Budget 2008: Fr. 0.1 Mio. Budget 2009: Fr. 0.1 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.34 Mio.	Das Projekt konnte kosten-, termin- und qualitätsgerecht abgeschlossen und im Mai 2009 dem Nutzer übergeben werden. Die Bauabrechnung ist 2010 dem Landrat zur Genehmigung vorzulegen.
Liestal, Gymnasium Sanierung Gebäudehülle 2007 / 283 Total: Fr. 9.05 Mio. (Konto 2320.503.30-263) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.08 Mio. Budget 2008: Fr. 0.1 Mio. Budget 2009: Fr. 3.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 3.6 Mio.	Die Bauarbeiten wurden im Juni 2009 gestartet, die erste Etappe (Turnhalle) wurde im November 2009 abge- schlossen. Zurzeit ist die zweite Etappe (Klassentrakt) in Ausführung.
Oberwil, Gymnasium Turnhalle Sanierung Gebäudehülle 2007 / 283 Total: Fr. 1.15 Mio. (Konto 2320.503.30-264) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.01 Mio. Budget 2008: Fr. 0.8 Mio. Budget 2009: Fr. 0.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.05 Mio.	Das Projekt wurde im März 2009 kosten-, termin- und qualitätsgerecht abgeschlossen und dem Nutzer über- geben. Die Bauabrechnung ist 2010 dem Landrat zur Genehmigung vorzulegen.
Niederdorf, JuNI Total: Fr. 15.0 Mio. (Konto 2320.503.30-266) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.0 Mio.	Das Projekt wurde aufgrund der Uneinigkeit der Träger- kantone betreffend Finanzierung bis auf Weiteres sistiert.

	Liestal, Kantonsmuseum, Umbau und Sanierung Total: Fr. 6.8 Mio. (Konto 2320.503.30-271) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.18 Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio. Budget 2009: Fr. 3.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.18 Mio.	Die Bauarbeiten wurden mit drei Monaten Verzögerung im September 2009 gestartet. Durch Optimierungen im Bauablauf kann der ursprünglich geplante Fertigstellungs-termin im Dezember 2010 voraussichtlich eingehalten werden.
	Liestal, Turnhalle für Gymnasium Total: Fr. 7.7 Mio. (Konto 2320.503.30-272) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio. Budget 2009: Fr. 0.9 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.08 Mio.	Die Baukreditvorlage wurde im April 2009 an den Landrat überwiesen. Dieser hat das Geschäft im Oktober 2009 verabschiedet. Ursprünglich war vorgesehen, das Wettbewerbsverfahren im 3. Quartal 2009 zu starten. Bedingt durch Verzögerungen im politischen Entscheidungsprozess sowie einer notwendigen Bereinigung mit der Wettbewerbskommission (WEKO) betreffend der strittigen 50-Prozent-Ausschreibungsklausel kann das Wettbewerbsverfahren erst im Januar 2010 gestartet werden.
	Laufen, Gymnasium Sanierung Haustechnik / Bau Total: Fr. 5 Mio. (Konto 2320.503.30-273) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.0 Mio.	Das Projekt wurde im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der übergeordneten Nutzungsstrategie über alle Gymnasien im Kanton BL zurückgestellt. Mit RRB Nr. 1275 vom 25. August 2009 hat der Regierungsrat die "Strategische Planung im Bereich Bedürfnisformulierung Gymnasien BL" zur Kenntnis genommen, das Modellraumprogramm für Gymnasien gutgeheissen und der Prioritätensetzung zugestimmt. Im Herbst 2009 wurde eine umfassende Zustandsanalyse über das Gymnasium Laufen durchgeführt. Mit diesen Grundlagen kann nun die Projektentwicklung ab Anfang 2010 angegangen werden.
	Liestal, ZID, Notstrom / Rechenzentrum, inkl. Ersatz Kälte und USV - Erweiterung Total: Fr. 4.1 Mio. (Konto 2320.503.30-274) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.0 Mio. Fr.	Für die kritischen Komponenten des Gebäudeleitsystems konnte mit der Lieferfirma eine Verlängerung der Liefergarantie erwirkt werden. Im Jahr 2009 wurden keine Planungsleistungen erbracht. Das Projekt steht in Abhängigkeit vom neuen Rechenzentrum im Zeughaus Liestal.

	Münchenstein, Gymnasium Sanierung Innenräume / Erweiterungsbau Total: Fr. 15.0 Mio. (Konto 2320.503.30-278) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.3 Mio. Fr.	Bis im Juni 2009 wurde die Machbarkeitsstudie für den Erweiterungsbau und die Sanierung der Innenräume im Hauptgebäude vertieft. Die Bedarfs- und Projektierungskreditvorlage ist erstellt und wurde am 15. Dezember 2009 vom Regierungsrat an den Landrat überwiesen.
	Muttenz, FHNW HLS Total: Fr. 100.0 Mio. (Konto 2320.503.30-280) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.09 Mio. Fr.	Mit Abschluss der Testplanung Polyfeld Muttenz im Juni 2009 und den daraus resultierenden Empfehlungen sind Teile der Rahmenbedingungen für das Projekt Neubau FHNW gesetzt. Im Sommer 2009 wurde eine umfassende Machbarkeitsstudie am geplanten Standort des Neubaus FHNW in der Nähe des Bahnhofs Muttenz durchgeführt. Die Studie hat die Machbarkeit nachgewiesen, die Grobkosten konnten eruiert werden. Die Bedarfs- und Projektierungsvorlage ist erstellt und wurde am 15. Dezember 2009 von der Regierung an den Landrat überwiesen.
	Sissach, Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain, Sanierung Total: Fr. 1.0 Mio. (Konto 2320.503.30-281) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.1 Mio. Budget 2009: Fr. 0.5 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.0 Mio. Fr.	Im Frühling 2008 wurde ein Vorprojekt mit verschiedenen Sanierungsvarianten des Hauswirtschaftsgebäudes ausgearbeitet. Von Seite Nutzer wurden im Sommer 2008 grundsätzliche Fragen betr. Nutzung des Gebäudes aufgeworfen. Im August 2009 hat die VGD entschieden, nun doch die ursprünglich vorgesehene Nutzungslösung für die Abteilung Jagd-, Fischerei- und Veterinärwesen in der alten Hauswirtschaftsschule umzusetzen. Aufgrund der nun von der VGD vorgegebenen hohen Dringlichkeit (Bezug Ende 2009) konnte die ursprünglich geplante Gesamtsanierung (ca. 2.5 Mio. Franken, bedingt LRV) nicht angegangen werden. Es musste eine sanierungstechnisch unbefriedigende Pinselsanierung (Unterhalt, laufende Rechnung) ausgeführt werden. Die notwendige Gesamtsanierung der Hauswirtschaftsschule steht noch an und soll im Rahmen einer Gesamtbetrachtung LZE (Nutzungsstrategie und mittel- / langfristige Bedarfsplanung über das ganze LZE sowie Zustand und Sanierungsbedarf aller LZE-Liegenschaften) 2010 geklärt werden.

	Pratteln, KIGA Gebäude- / Arbeitsplatzoptimierung Total: Fr. 3.0 Mio. (Konto 2320.503.30-282) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio. Budget 2009: Fr. 1.4 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.0 Mio. Fr.	Das Projekt musste aufgrund offener Entscheide und Termine (Daten-Scanning Bund) im Zusammenhang mit der Systemumstellung von mechanischer auf elektronische Datenablage zurückgestellt werden. Es zeichnete sich auch 2009 noch keine Lösung ab. Das weitere Vorgehen ist 2010 in Absprache mit dem Nutzer zu definieren.
	Gutsbetrieb Wildenstein und Arxhof, Freilaufställe Total: Fr. 3.0 Mio. (Konto 2320.503.30-284) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio. Budget 2009: Fr. 0.8 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.15 Mio. Fr.	Bis zum Sommer 2009 wurde das Bauprojekt erarbeitet. Die Baukreditvorlage wurde dem Regierungsrat im November 2009 zur Genehmigung unterbreitet. Die Regierung hat das Projekt aus Kosten- und Priorisierungsgründen zurückgestellt. Anfang Dezember 2009 hat der Bund beschlossen, die Vorgaben betr. Freilaufställe für Bio-Betriebe zu lockern. Nun wird in Zusammenarbeit mit dem Nutzer, dem Natur- und Heimatschutz sowie der kantonalen Denkmalpflege bis im Frühling 2010 das weitere Vorgehen festgelegt.
	Liestal, Zeughaus Umnutzung / Innensanierung / RZ-Spiegel Total: Fr. 15.0 Mio. (Konto 2320.503.30-285) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.0 Mio. Fr.	Das Raumprogramm für die Nachnutzung des teilweise leeren Zeughauses ist ausgearbeitet. Im November 2009 wurde die Machbarkeitsstudie für die Umnutzung und die Gesamtanierung des Gebäudes abgeschlossen. Aus Gründen der Finanzierbarkeit hat das Hochbauamt den Auftrag erhalten, im Sinne einer Übergangslösung eine Minimalvariante auszuarbeiten. Diese Planungsarbeiten werden im 1. Quartal 2010 gestartet. Für die Nutzung Rechenzentrum wurde im Herbst 2009 eine Generalplanerausschreibung durchgeführt. Mit dem Vorprojekt wurde noch im Dezember 2009 gestartet. Das Projekt <i>Zeughaus Umnutzung</i> wird ab 2010 aus Priorisierungsgründen in die Projekte <i>Umnutzung Rechenzentrum</i> und <i>Umnutzung / Innensanierung</i> getrennt.

	Muttenz, FHNW PH / HSA inkl. Umbau HABG Total: Fr. 140.0 Mio. (Konto 2320.503.30-310) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.04 Mio. Budget 2008: Fr. 0.3 Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.25 Mio. Fr.	Mit Abschluss der Testplanung Polyfeld Muttenz im Juni 2009 und den daraus resultierenden Empfehlungen sind die Grundlagen für den Masterplan Polyfeld Muttenz definiert und somit auch Teile der Rahmenbedingungen für das Projekt Neubau FHNW gesetzt. Das HBA hat im Sommer 2009 eine umfassende Machbarkeitsstudie am geplanten Standort des Neubaus FHNW in der Nähe des Bahnhofs Muttenz durchgeführt. Die Studie hat die Machbarkeit nachgewiesen und die Grobkosten konnten eruiert werden. Die Bedarfs- und Projektierungsvorlage ist erstellt und wurde am 15. Dezember 2009 von der Regierung an den Landrat überwiesen.
	Muttenz, FHNW, Instandsetzungsarbeiten Übergangslösungen Total: Fr. 3.9 Mio. (Konto 2320.503.30-311) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.9 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.0 Mio. Fr.	Es hat sich 2009 noch kein konkreter Bedarf für Projekte Instandsetzungsarbeiten und Übergangslösungen ergeben. Betreffend Übergangslösungen FHNW laufen zurzeit Abklärungen, unter anderem auch für die Pädagogische Hochschule mit heutigem Standort in Liestal.
	Muttenz, FHNW, Landerwerb / Erwerb Miteigentum BS Total: Fr. 45.0 Mio. (Konto 2320.503.30-312) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 25.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.0 Mio. Fr.	Der neue Standort für die FHNW in Muttenz bedingt einen Landerwerb. Die für das Projekt FHNW im Finanzvermögen erworbenen Grundstücke werden mit der Baukreditvorlage ins Verwaltungsvermögen transferiert bzw. zu einem späteren Zeitpunkt aktiviert. Die Miteigentumsverhandlungen mit BS über die bestehen-den FH-Bauten sind stark verzögert, wurden aber per Ende 2009 abgeschlossen. Der entsprechende RRB wird das Amt für Liegenschaftsverkehr Anfang 2010 vorlegen können. Eine Budgetausschöpfung 2009 war aufgrund der Verzögerungen nicht möglich. Die Miteigentumsverhandlungen mit der Gemeinde Muttenz für die Sporthallen Kriegacker werden Anfang 2010 gestartet.
	Basel, Uni Neubau Schällemätteli (50% Anteil BL) Total: Fr. 118.75 Mio. (Konto 2320.503.30-410) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.25 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.65 Mio. Fr.	2009 wurde das Wettbewerbsverfahren durchgeführt. Eine zusätzliche Überarbeitung ist für das 1. Quartal 2010 geplant. Die Kosten für das Wettbewerbsverfahren fielen alle im Jahr 2009 an, was zu einem Mehraufwand gegenüber dem Budget führt.

	Basel, Uni Neubau Volta (50% Anteil BL) Total: Fr. 131.75 Mio. (Konto 2320.503.30-411) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.25 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.0 Mio. Fr.	Das Projekt ist aufgrund fehlender Grundsatzentscheide (unter anderem Standortfragen) bis auf weiteres sistiert.
	Sissach, Arealnutzung Werkhof Total: Fr. 30.0 Mio. (Konto 2320.503.30-710) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.0 Mio. Fr.	Im November 2009 wurde mit der Ausarbeitung von Lösungsstrategien mit anschliessender Machbarkeitsstudie gestartet. Ziel ist es, im 2. Quartal 2010 erste Resultate für die Umsetzung einer ersten Ausführungsmappe vorliegen zu haben.
	Globalkredit für Umsetzung Sofortmassnahmen Flächenmanagement Total: Fr. 5.0 Mio. (Konto 2320.503.30-992) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.0 Mio. Fr.	2009 wurden keine Projekte für die Umsetzung von Sofortmassnahmen im Flächenmanagement ausgeführt.
	Globalkredit für aufgelaufenen Unterhalt Bau und Haustechnik Total: Fr. 50.0 Mio. (Konto 2320.503.30-997) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2008: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.0 Mio. Fr.	2009 wurden keine Projekte im Rahmen des Globalkredits für aufgelaufenen Unterhalt Bau und Haustechnik geplant oder ausgeführt. Dem HBA war es 2009 wegen fehlender Personalressourcen nicht möglich, solche Projekte auszu- arbeiten.
Nr. 4.04 05	Werterhaltung der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen Ein minimaler Werterhalt der Liegenschaften im Verwaltungs- vermögen sollte garantiert werden. Basierend auf den mit STRATUS erhobenen Zustandsanalysen der Gebäude werden mittels Mehrjahresunterhaltsplänen die benötigten Finanzmittel nach Priorität beantragt. Unterhaltsmassnahmenpläne einführen und umsetzen bei Objekten erster Priorität.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 8.0 Mio. Fr. / Jahr	

Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt und Energie A Abfall / Ressourcenschonung / Altlasten / Umweltgefährdende Stoffe Strategische Zielsetzungen Zur Schonung wichtiger Ressourcen wie Boden, Wasser, Stoffe und Energie werden in vorbildlichen Projekten Weichen gestellt.		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 4.05.05	Einzelne Massnahme Projekte zur Ressourcenschonung Der Kanton verfügt über eine Strategie, wie die Ressourcenschonung (Schonung von Energie, Wasser, Stoffen und Abfällen und anderem) beispielsweise durch Cleaner Production besser verankert werden kann. Daraus abgeleitet ist mindestens ein Pilotprojekt realisiert. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1384/2001 Total: Fr. 500'000.- (Konto: verschiedene; hauptsächlich 318.20) Per Ende 20082008 verbraucht: Fr. 133'280.01 Budget 2009: Fr. 112'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.11 Mio. Fr.	Der Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1384 wurde 2009 abgerechnet (RRB vom 30. Juni 2009 und LRV 2009 / 194). Ressourcenschonung wird neu ein Teil der Aufgaben der neuen Fachstelle Betriebe des AUE im Vollzug der Umweltschutz- und Energiegesetzgebung bei Industrie und Gewerbe.

Nr. 4.05.06	Überwachung und Sanierung wichtiger belasteter Standorte Der Kataster der belasteten Standorte (KbS) ist erstellt und der Öffentlichkeit zugänglich. Bei Schiessanlagen ist der Schadstoffeintrag in die Umwelt gestoppt. Damit sind Bundesbeiträge an künftige Sanierungen gesichert. Für die Deponien (Feldreben, Margelacker und Rothausstrasse) im Raum Muttenz sind die entsprechenden Massnahmen eingeleitet. Für die Deponien im Raum Wanne / Löli und die belasteten Standorte in Schönenbuch sind die technischen Untersuchungen abgeschlossen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.40 Mio. Fr. für KbS 1.40 Mio. Fr. für Schiessanlagen 4.04 Mio. Fr. für Deponien Muttenz, Pratteln und Schönenbuch	Bei der Bearbeitung des Katasters der belasteten Standorte (KbS) wurden derzeit rund 1'800 potenziell belastete Standorte im Kanton BL identifiziert. Bisher sind davon rund 280 definitiv ins KbS eingetragen worden. Die Bearbeitung des Katasters wird in den kommenden Jahren eine laufende Aufgabe im AUE bleiben. Der jeweilige Stand im KbS ist auf Anfrage der Öffentlichkeit zugänglich. Bei den Schiessanlagen wurden künstliche Kugelfänge eingebaut und damit der Bundesbeitrag gesichert. Für die Deponien Feldreben, Margelacker und Rothausstrasse in Muttenz wurden an runden Tischen die Überwachungskonzepte sowie das Konzept für die Detailuntersuchung Feldreben verabschiedet. Die Konzepte liegen momentan beim Bundesamt für Umwelt (BAFU) zur Stellungnahme und Anhörung für die VASA-Abgeltung (Verordnung über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten). Für die Deponien in Pratteln ist die technische Untersuchung noch ausstehend. Es wurden jedoch die Grundlagen geschaffen, um die Grundwasserbelastung beurteilen zu können. Ebenso wurden das weitere Vorgehen und die VASA-Abgeltungsberechtigung mit dem BAFU geklärt. Im Gebiet Schönenbuch wurden aufgrund der Grundwasserüberwachung zwei neue Ablagerungsstandorte entdeckt. Die Abklärungen laufen derzeit weiter.
Nr. 4.05.07	Flächenrecycling Wird im Rahmen der Bearbeitungen von Bauprojekten und mit dem Kataster der belasteten Standorte als Arbeitsgrundlage behandelt.		Bei jedem Bauprojekt wird überprüft, ob der Standort belastet ist. Falls notwendig, werden die entsprechenden Massnahmen nach Altlastenverordnung gefordert, damit die Fläche entsprechend genutzt werden kann. Ein systematisches Flächenrecycling wird ab 2010 vom Amt für Raumplanung übernommen.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt und Energie B Grundwasser / Wasserversorgung / Wassernutzung Strategische Zielsetzungen Die Versorgung mit Trinkwasser in guter Qualität und ausreichender Menge ist sichergestellt, indem Gefahrenquellen identifiziert und weitgehend eliminiert sowie wirksame Schutzzonen planerisch gesichert sind.	↓ Amtsbericht 2009	

Nr. 4.05.11	Einzelne Massnahme Konzept "Zukunft Wasserversorgung BL" Die Strategie "Wasserversorgung BL" liegt vor und entsprechende Massnahmen sind eingeleitet. Eine allfällige Aktienkapitalerhöhung und Veränderung der Beteiligung an der Hardwasser AG des Kantons BL wird zur gegebenen Zeit geprüft.	Finanzielle Auswirkungen 2009: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert. Eine allfällige Aktienkapitalerhöhung kann derzeit noch nicht beziffert werden.	Ein Entwurf der Strategie für die Wasserversorgung im Kanton Basel-Landschaft liegt vor. Er wird jetzt im Sinne der Akzeptanz, unter Einbezug der betroffenen internen und externen Akteure, vervollständigt und bereinigt. Eine definitive Verabschiedung erfolgt voraussichtlich im 2011. Nach heutigem Wissensstand ist eine Aktienkapitalerhöhung nur dann nötig, wenn die Hardwasser das Darlehen für den Aktivkohlefilter auf dem Markt beschaffen muss. Daneben gibt es aber noch weitere Finanzierungsvarianten, bei denen eine Aktienkapitalerhöhung nicht nötig zu sein scheint. Der Entscheid über die Finanzierungsvariante steht noch aus.
Nr. 4.05.12	Überwachung der Grundwasserqualität Systematische grossräumige Überwachung der chemischen Belastung des Grundwassers unter besonderer Berücksichtigung belasteter Standorte (hot spots wie Muttener Hard, Pratteln, Schönenbuch, unteres Ergolzthal) und Durchführung der Untersuchungen im Rahmen des nationalen Netzes zur Qualitätsbeobachtung des Grundwassers NAQUA.	Finanzielle Auswirkungen 2009: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert.	In den Gebieten mit ehemaligen Deponien in Muttenez, Pratteln und Schönenbuch wurden und werden Grundwasseruntersuchungen durchgeführt. Die Daten von Muttenez wurden veröffentlicht. In Pratteln werden die Daten noch ausgewertet. Dort konnten bereits Massnahmen eingeleitet werden, wie z.B. die Ableitung des Auslaufs der ARA Ergolz 2 unterhalb des Hülftenfalls und die Verlagerung der Einleitung der Strassenabwasser-Behandlungsanlage Hauptstrasse H2 Pratteln - Liestal. In Schönenbuch wurden aufgrund der Untersuchungen zwei neue Ablagerungsstandorte identifiziert. Die Untersuchungen im Rahmen der nationalen Grundwasserbeobachtung NAQUA werden fortgeführt. Der Grundwasserkörper zwischen Aesch und Birsfelden wurde untersucht.
Nr. 4.05.13	Wirksame Grundwasserschutzzonen und -areale Die heutigen Schutzzonen werden in den für die Wasserversorgung prioritären Zonen mit modernen hydrogeologischen Methoden überprüft und entsprechend angepasst.	Finanzielle Auswirkungen 2009: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert.	Für die Wasserversorgungen von Reinach, Münchenstein, Birsfelden, Liestal (Helgenweid), Hölstein, Buus, Duggingen und Zwingen wurde die Hydrogeologie zur Neuausscheidung der Grundwasserschutzzonen abgeklärt. In den meisten Fällen zeigen sich Nutzungskonflikte, da die neuen Schutzzonen grösser sind als die alten und in Siedlungszonen hineinragen. Deshalb wird die rechtliche Festsetzung der Grundwasserschutzzonen noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt und Energie D Luftreinhaltung Strategische Zielsetzungen Schutz der Umwelt und des Menschen vor übermässiger Luftbelastung durch Sicherstellung der Einhaltung der Emissions- und Immissionsgrenzwerte und Umsetzung der Massnahmen des Luftreinhalteplans.		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 4.05.30	Einzelne Massnahme Minderung der Staubemissionen von Feststofffeuerungsanlagen Einführung einer systematischen Kontrolle der Holzfeuerungen im Kanton gemäss neuer Vorschriften der eidgenössischen Luftreinhalte-Verordnung.		Sämtliche messpflichtigen Holzfeuerungsanlagen sind bezüglich Staub und CO gemessen und der Sanierungsbedarf ist ermittelt worden. Die Sanierungsfristen nach Luftreinhalteverordnung betragen 10 bis 14 Jahre. Im Rahmen der Aktualisierung des Luftreinhalteplans 2010 wird die Notwendigkeit einer Fristverkürzung geprüft.
Nr. 4.05.31	Umsetzung der Massnahmen des Luftreinhalteplans und Begleitung von Projekten · Partikelfilter auf allen Baustellen. · Energetische Nutzung von Schlagabraum und Grünmaterial. (Federführung liegt beim LZE).		Die Partikelfilterpflicht auf Baumaschinen gemäss Luftreinhalteplan wird im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens umgesetzt. Unter der Federführung des LZE (Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain) wurde 2009 in 6 Gemeinden ein erfolgreiches Pilotprojekt betreffend energetische Nutzung von Schlagabraum und Grünmaterial durchgeführt. Es wird nun auf weitere Gemeinden ausgedehnt.
Nr. 4.05.32	Atmosphärische Gasheizungen Fortsetzung des Sanierungsprogramms für atmosphärische Gasheizungen. Optimierung der Feuerungskontrolle		Die Kontrolle der Anlagen bis Baujahr 1992 und älter ist abgeschlossen. Rund 3'700 Anlagen (85 Prozent der kontrollierten Anlagen) müssen wegen zu hohen Stickoxid-emissionen oder ungenügendem Wirkungsgrad in den nächsten 6 Jahren erneuert werden. Dadurch kann der Stickoxid-Ausstoss im Kanton BL um rund 30 Tonnen pro Jahr reduziert werden. Die anvisierte Zentralisierung der Öl- und Gasfeuerungskontrolle zur Vereinheitlichung von Gebühren, Abläufen und Liberalisierung wurde in einer Anhörung von den Gemeinden mehrheitlich abgelehnt und wird deshalb nicht weiterverfolgt. Hingegen wird die Modernisierung der kantonalen Feuerungsdatenbank begrüsst. Das Pflichtenheft für die künftige Datenbank wurde mit Vertretenden von Gemeinden und Kontrolleuren erarbeitet. Die Inbetriebnahme ist für 2010 geplant.

Nr. 4.05.33	Feinstaubproben Charakterisierung der Zusammensetzung und der Herkunft von Feinstaubproben.	Finanzielle Auswirkungen 2009 0.055 Mio. Fr.	Das interkantonale Projekt wurde planmässig weitergeführt. Resultate liegen ab 2010 vor.
Nr. 4.05.34	Controllingbericht Controlling zur Luftqualität und zur Wirkung des Massnahmenplans. Rollende Planung von Massnahmen und Analyse der volkswirtschaftlichen Auswirkungen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.04 Mio. Fr.	Im Hinblick auf die Berichterstattung 2010 zum Luftreinhalteplan sind der Handlungsbedarf betreffend Schadstoffminderung ermittelt und volkswirtschaftliche Effekte untersucht worden.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt und Energie E Sicherheit Strategische Zielsetzungen Die Errungenschaften der letzten Jahre und der hohe Sicherheitsstandard werden gehalten. Sicherheit ist als Querschnittsaufgabe in anderen Bereichen (wie zum Beispiel der Raumplanung) integriert und wird dank GIS genutzt.		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 4.05.41	Einzelne Massnahme Risiko für das Projekt Salina Raurica Das Risiko für das Projekt Salina Raurica, ausgehend von den Industriestandorten im Raum Schweizerhalle, soll anhand einer Risikoermittlung beurteilt und allfällige Massnahmen vorgeschlagen werden. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 982 Total: Fr. 100.000.- (Konto 2380.318.20-100) Rechnung 2009: Fr. 10'269.- Budget 2010: Fr. 0.-, im Rahmen der Kreditübertragungsmöglichkeiten werden Fr. 12'000.-- aus dem ordentlichen Budget 2009 ins Jahr 2010 verschoben.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.010 Mio. Fr.	Die Risikoabschätzung "Salina Raurica" wurde gestartet und die Grundlagendaten wurden zusammengestellt.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt und Energie G Energie / Klimaschutz Strategische Zielsetzungen Umsetzung der Energiestrategie mit den Zielen Energie sparen, Energieeffizienz und Anteil erneuerbarer Energie erhöhen und damit die CO ₂ -Emissionen reduzieren.		↓ Amtsbericht 2009

Nr. 4.05.61	Finanzielle Anreize und Förderung im Bereich Energie Die Förderbeiträge werden möglichst wirkungsvoll eingesetzt und einer Wirkungsanalyse unterzogen. Ein Förderprogramm für die Sanierung bestehender Bauten ist bei vorliegender Genehmigung der neuen LRV ab 01.01.2009 in der Umsetzung. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 793/2004 Total: Fr. 4'000'000.-- (Konto 2330.365.80) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 1'506'732.00 Budget 2009: Fr. 1'000'000.-- Neue Landratsvorlage / Verpflichtungskredit Total: Fr. 50'000'000.-- (Konto 2330.365.80) Vorgesehene Jahrestanchen Fr. 5'000'000.--. Im Budget 2009 noch nicht berücksichtigt.	Finanzielle Auswirkungen 2009 1.0000 Mio. Fr. 5.00 Mio. Fr. mit neuer LRV	Die finanziellen Mittel aus dem Verpflichtungskredit LRB 2004 / 793 wurden im Jahr 2009 durch eine einmalige konjunkturpolitische Sonderaktion des Bundes mit zusätzlichen Globalbeiträgen aufgestockt. Insgesamt wurden über 1'300 Fördergesuche eingereicht und im Rahmen der verfügbaren Fördermittel zugesichert. Ein Verpflichtungskredit in der Höhe von 50 Mio. Franken für ein neues finanzielles Förderprogramm mit Schwerpunkt Gebäudesanierung wurde vom Landrat im Dezember 2009 bewilligt. Dieses Programm startet per 1. Januar 2010.
Nr. 4.05.63	Finanzielle Anreize und Förderung im Bereich Energie Die Energiestrategie liegt vor. Zusätzlich zur Massnahme 4.05.61 werden weitere Massnahmen mit entsprechenden LRV umgesetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2009 0.24 Mio. Fr.	Durch die Revision der Verordnung für rationelle Energienutzung wurden die neuen Vorschriften für Neu- und Umbauten per 1. Juli 2009 gemäss Strategie in Kraft gesetzt. Vorlagen zur Nutzung von Windkraft und zur Bewilligungspraxis von Solaranlagen in Kernzonen sind derzeit in Arbeit. Ein Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Weg vom Öl" mit dem Ziel, die Verwendung erneuerbarer Energien gesetzlich zu regeln, wurde ausgearbeitet.
Nr. 4.05.64	Internationale Zusammenarbeit Finanzielle Beteiligung des Kantons und des AUE an Interreg IV. Projekte zur Umsetzung der grenzüberschreitenden Klimaschutzstrategie und im Programm der Arbeitsgruppe Umwelt der D,F,CH Oberrheinkonferenz.	Finanzielle Auswirkungen 2009 0.01 Mio. Fr.	Das Projekt "Trinationales Energie Netzwerk Metropolregion Oberrhein" ist am 1. November 2009 gestartet. Es wird durch Interreg IV A und über den Bundeskredit Neue Regionalpolitik (NRP) finanziell unterstützt. Der Kanton BL wird dieses Projekt für die nächsten drei Jahre mit total 60'000 Franken unterstützen.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt und Energie H Nachhaltige Entwicklung		↓ Amtsbericht 2009

Nr. 4.05.73	Beitritt zu Novatlantis Der Beitritt des Kantons BL zu Novatlantis 2000-Watt-Gesellschaft ist im Rahmen der Umsetzung der Energiestrategie erfolgt und erste Pilot- und Demonstrationsprojekte werden finanziell unterstützt. (LRV in Vorbereitung)	Finanzielle Auswirkungen 2009 0.31 Mio. Fr.	Die angestrebte vollumfängliche Kooperation im Projekt Novatlantis bedeutet nach Überprüfung einen sehr grossen Einsatz finanzieller und personeller Ressourcen von Seiten des Kantons Basel-Landschaft. Aus Prioritätsgründen wird deshalb für die kommenden Jahre die Kooperation, wie bisher, auf das Teilprojekt Mobilität beschränkt.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt und Energie I Umweltbeobachtung / Wirkungsorientierter Umweltschutz Strategische Zielsetzungen Die Lösung der Probleme in den Bereichen Umwelt und Energie erfolgt inhaltlich vernetzt und räumlich über Grenzen hinweg. Die Verwaltung entwickelt sich weiter bezüglich Wirkungsorientierung und Effizienz.		↓Amtsbericht 2009
Nr. 4.05.80	Ökocontrolling Realisierung des Beitrags BL zum Projekt Netzwerk Umweltbeobachtung Schweiz (NUS) von Bund und Kantonen in den Bereichen Bodenschutz und Gewässerschutz.	Finanzielle Auswirkungen 2009 0.03 Mio. Fr.	Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat das Projekt Netzwerk Umweltdaten Schweiz (NUS) in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen weiter vorangetrieben. Das AUE hat 2009 wesentliche konzeptionelle Beiträge geleistet in den beiden Umweltbereichen Boden und Oberflächengewässer. So liegt eine Nationale Bodendaten-bank (NABODAT) vor, an der sich der Kanton Basel-Landschaft anschliessen wird. Bezüglich Oberflächen-gewässer und Grundwasser wurden ebenfalls die von den Kantonen bereitzustellenden Daten definiert. Der Kanton BL ist in der Lage, diese Daten bei entsprechender Anfrage des Bundes zu liefern.
Nr. 4.05.81	Verwaltungskooperation Die Kooperation mit dem AUE BS, LHA und KL wird weiterentwickelt.	Finanzielle Auswirkungen 2009 keine	Die Kooperation mit den Verwaltungsstellen ist durch regelmässig stattfindende Sitzungen auf Geschäfts-leitungs- und Sachbearbeiterebene umgesetzt und sichergestellt.

Nr.4.05	Programmpunkt Umwelt und Energie J Nichtionisierende Strahlung Strategische Zielsetzungen Schutz der Bevölkerung vor nichtionisierender Strahlung durch flächendeckende Überwachung der Immissionen und verstärkte Kontrolle von Sendeanlagen.		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 4.05.90	Einzelne Massnahme Ausbau des Immissionskatasters Ausbau des Immissionskatasters und Validierung durch Messungen. Begleitung des NFP Qualifex.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.015 Mio. Fr.	Der Ausbau des Immissionskatasters wurde aus Kapazitätsgründen auf 2010 verschoben. Das Programm Qualifex verläuft nach Programm.
Nr. 4.05.91	Feldkontrolle von Mobilfunkstationen Verstärkte Feldkontrolle von Mobilfunkstationen sowie regelmässige Inspektionen der Betriebsparameter in den Mobilfunkzentralen.		Aus Kapazitätsgründen beschränkte sich die Feldkontrolle auf Abnahmen neuer Anlagen. Die jährlichen Inspektionen der Betriebsparameter in den Mobilfunkzentralen wurden durchgeführt. Die Ergebnisse bestätigen den gesetzeskonformen Betrieb der Mobilfunkanlagen.
Nr. 4.06	Programmpunkt Industrielle Betriebe / Abwasserreinigung / Abfallentsorgung / Energieversorgung Strategische Zielsetzungen Abwasserreinigung • Sicherstellen einer nachhaltigen, gesetzeskonformen Abwasserreinigung im Kanton Basel-Landschaft durch stetige Weiterentwicklung und Werterhalt der Infrastruktur. • Wertstoffe zurück gewinnen und im Sinne der Vorsorge gefährliche Schadstoffe (Hormone, Medikamente) vom Wasserkreislauf fernhalten durch nachhaltige Aufbereitung des Abwassers an deren Quelle und in den ARA. Abfallentsorgung • Sichere Lagerung von belasteten Abfällen im Kanton Basel-Landschaft zu marktkonformen Preisen. • Wertstoffe in den Materialkreislauf zurückführen durch nachhaltige Aufbereitung von belasteten Abfällen. Energieversorgung • Produktion von Energie (Wärme und Strom) mit hoher Verfügbarkeit aus erneuerbaren Energiequellen (Holz, Deponiegas, Klärgas).		↓ Amtsbericht 2009

Nr. 4.06.01	Einzelne Massnahme Ausbau und Erhalt ARA Birs in Birsfelden Ausbau der ARA Birs in Birsfelden und Aufhebung der ARA Birs 1 in Reinach. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308 Total : Fr. 56'950'000.- (Konto 2341.501.51.066) Per 2007 verbraucht: Fr. 43'041'223.59 Budget 2008: Fr. 1'000'000.- Budget 2009: Fr. 700'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert.	Die Realisierung erfolgt gemäss Budget- und Terminplan.
Nr. 4.06.02	Mischwasserbehandlung im Birstal und Birsigtal Bau von Mischwasserbecken zur Reduktion der Anzahl Entlastungen in die Gewässer im Fall von Regenwetter. Birsigtal Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1991 / 2717 Total: Fr. 20'300'000.- Per 2007 verbraucht: Fr. 13'236'199.44 Budget 2008: Fr. 0.- Budget 2009: Fr. 2'000'000.-. Birstal Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308 Total : Fr. 24'700'000.- (Konto 2341.501.52.118) Per 2007 verbraucht Fr. 6'190'869.54 Budget 2008: Fr. 2'500'000.- Budget 2009: Fr. 2'500'000.- Rest budgetiert bis 2011.	Finanzielle Auswirkungen 2009 in Mio. Franken in der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert .	Die Realisierung erfolgt gemäss Budget- und Terminplan.

Nr. 4.06.03	Erhalt der ARA im Frenkental und Laufental Frenkental Planungskredit bewilligt LRB 2007 / 179 Gestützt auf die Planung für die Abwasserbehandlung im Frenkental ist eine Landratsvorlage in Vorbereitung. Total ca.: Fr. 15'000'000.- Realisierung 2008 - 2013. Laufental Für ARA Liesberg Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2005 / 1324 Total: Fr. 3'600'000.- (Konto 2341.501.51.070) Per 2007 verbraucht: 2'780'414'.15 Budget 2008: Fr. 500'000.- Budget 2009: Fr. 0.-. Ergolztal Für Sanierung Biologie ARA Ergolz 2, Sanierung Ergolzbrücke und Ersatz PLS ARA Ergolz 1; Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2007 / 269 Total: Fr. 10'400'000.- Budget 2008: Fr. 3'800'000.- Budget 2009: Fr. 4'200'000.- Realisierung 2008 - 2010.	Finanzielle Auswirkungen 2009: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert.	Die Realisierung erfolgt gemäss Budget- und Terminplan.
Nr. 4.06.10	Gewinnung Neukunden, Standortvorteile zur Industrieansiedlung nutzen Gewinnung von neuen Kunden und gezielte Ansiedlungen von Industriebetrieben, die Prozesswärme benötigen, zusammen mit der Wirtschaftsförderung des Kantons, durch Nutzung des Standortvorteils der vorhandenen Hoch- und Mitteltemperaturnetze der Fernwärme. Gewinnung von neuen Fernwärmekunden Netzausbau Nord Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1994 / 1741 Total: Fr. 15'000'000.- (Konto 2344.503.30.188) Per 2007 verbraucht: Fr. 13'201'763.10 Budget 2008: Fr. 500'000.- Budget 2009: Fr. 500'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert.	Die Realisierung erfolgt gemäss Budget- und Terminplan.

Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung A Grenzüberschreitende Raumentwicklung Strategische Zielsetzungen Partnerschaftliche Gestaltung des Lebens- und des Wirtschaftsraumes der Region Basel. Zusammen sind die Infrastrukturen für die Erreichbarkeit der Trinationalen Agglomeration auszubauen und zu betreiben. Wir haben miteinander die Sorge um unsere Umwelt und unsere Landschaften zu tragen. Für diese Zukunftsaufgaben ist eine gemeinsame Organisation einzurichten. Mit der Gründung des Trinationalen Eurodistricts Basel wird in den kommenden Monaten ein wichtiger Schritt zur Entwicklung und Gestaltung der gemeinsamen Zukunft getan.		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 4.07.01	Einzelne Massnahme Entwicklung des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) Umsetzen der Schlüsselprojekte und Etablierung einer neuen Organisationsform (Eurodistrict Basel) mit neuen Inhalten und Aufgaben (Internationale Bauausstellung Basel IBA Basel).	Finanzielle Auswirkungen 2009: Anteil Regionalplanungsstelle beider Basel: 0.1 Mio. Fr.	Der Trinationale Eurodistrict hat sich in neuer geographischer Ausweitung, neuer Organisationsform und neuen Aufgaben etabliert. Der Schlussbericht zur Entwicklungsstrategie 2020 des Eurodistrict wurde erstellt. Derzeit laufen die Interreg-gestützten Projekte Mobilität und Tarifkooperation. Weitere Interreg-Projekte sind vorgesehen (Energie). Im Bereich Landschaft sind Projekte ohne Interreg-Förderung vorgesehen.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung B Kantonale Raumentwicklung und Ortsplanung Strategische Zielsetzungen Raumentwicklung Kantonale Raumentwicklung bestehend aus: Umsetzung des Richtplans, Abstimmungstätigkeiten, Planungsprojekte (Salina Raurica, Dreispitz). Ortsplanung Sicherung einer qualitativ hochwertigen baulichen Entwicklung und einer hohen Lebensqualität. Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit zwecks koordinierter Entwicklung der Ballungsräume. Diese Massnahmen dienen konkret der ortsbaulichen Qualität, der Sicherung und der Gestaltung der Freiräume, der Wohn- und der Naherholungsqualität und der Abstimmung von Siedlungsentwicklung und Verkehr.		↓ Amtsbericht 2009

Nr. 4.07.10	Einzelne Massnahme Kantonaler Richtplan (KRIP) Umsetzung des Kantonalen Richtplans.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.02 Mio. Fr.	Der Kantonale Richtplan wurde am 26. März 2009 vom Landrat erlassen. Nach Ablauf der ungenutzten Frist des fakultativen Referendums wurde der Richtplan im Juni 2009 beim Bund zur Genehmigung eingereicht.
Nr. 4.07.11	Raum- / Umweltbeobachtung Die Umweltbeobachtung beschränkt sich auf die Entwicklung der Lärmbelastung. Ergebnis der Raumbelastung sind periodisch erstellte Berichte.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.04 Mio. Fr.	Im Zuge der bundesrechtlich geforderten Raumbeobachtung wurde die Analyse "Bauen ausserhalb der Bauzone" durchgeführt und ein fortlaufendes Monitoring der Entwicklung der Fruchtfolgeflächen eingeführt. Für die sich an den Zielen des kantonalen Richtplans orientierende Indikatoren-basierte Raumbelastung wurde im Zuge eines BUD-IT Projektes eine Software-Plattform entwickelt. Mit Hilfe dieser Plattform werden ab 2011 die Analysen der Raumbelastung durchgeführt und die Ergebnisse dem Nutzer auf eine übersichtliche Art über das Internet präsentiert.
Nr. 4.07.12	Agglomerationsprogramm Umsetzung eines Agglomerationsprogramms (Abstimmung Siedlungsentwicklung und Verkehr) in Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen und ausländischen Nachbarn. Die für die Agglomeration Basel wichtigsten Verkehrsprojekte werden gemeinsam festgelegt und zur finanziellen Unterstützung in Bern eingegeben. Für die Umsetzung muss eine Trägerschaft etabliert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.03 Mio. Fr. (Anteil BL)	Auf der Basis des im Dezember 2007 eingereichten Agglomerationsprogramms Basel wurde der Prüfbericht des Bundes für die Agglomeration Basel (Stand: 30. Oktober 2009) vom Bundesamt für Raumentwicklung bzw. vom UVEK gutgeheissen. Die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel ab 2011 für das Programm Agglomerationsverkehr wurde am 11. November 2009 vom Bundesrat zur Beratung und Beschlussfassung in den eidgenössischen Räten verabschiedet. Ende 2009 ist die Begründung der Trägerschaft "Agglomerationsprogramm Basel", die vom Bund zwingend gefordert wird, aufgelegt worden. Diese basiert auf einem Vertrag der vier beteiligten Kantone (BS, BL, AG, SO) und einer bilateralen Vereinbarung zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Letztere sind als eigentliche Träger der neuen Stelle vorgesehen. Eine Unterzeichnung der Dokumente ist für Anfang 2010 vorgesehen.

Nr. 4.07.13	Salina Raurica Nach Genehmigung des Projektes 2008 wird die Projektierung der Infrastrukturmassnahmen begonnen, im Wesentlichen die Projektierung des Längi-Parks, des Rhein-Parks, der Rheinstrassenverlegung sowie des Tram-Korridors und der neuen Haltestellen. Das Gebietsmanagement und -marketing wird aufgebaut. Erste Baumassnahmen beginnen nach der Projektierungsphase. Mehrere Landratsvorlagen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.83 Mio. Fr. (nur ARP)	Die Genehmigung des Spezialrichtplans Salina Raurica und der zugehörigen Projektierungskredite erfolgte durch den Landrat am 15. Januar 2009. Erste Projekte wurden aufgelegt (Ermittlung Flächenbilanz Längi-Park, Störfallrisiko, Kantonaler Nutzungsplan Augusta Raurica) sowie die Vorarbeiten zur Projektierung der neuen Rheinstrasse und des Tram-Korridors in Angriff genommen. Die Öffentlichkeitsarbeit erhielt mit einer neuen Homepage und einer Infosäule erhöhten Stellenwert. Erste Projektentwicklungen wurden mit Grundeigentümern initiiert. Das Projekt Urban zur Verbesserung der Wohnsituation in Pratteln-Längi wurde begleitet.
Nr. 4.07.14	Vereinheitlichung von Begriffen und Messweisen Vereinheitlichung von Begriffen und Messweisen im Konkordat und Anpassung des Raumplanungs- und Baugesetzes.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Projekt sistiert	
Nr. 4.07.15	Modellvorhaben "Überkommunale Freiflächenkonzeption Birsstadt" Diese Massnahmen dienen der Koordination und der Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit. Das Modellvorhaben wird von Bund und Gemeinden unterstützt. Vorgesehen sind die Durchführung von Workshops mit den Gemeinden und raumrelevanten Akteuren, Hearings und Ergebniskonferenzen, die Information der Bevölkerung, die Organisation von öffentlichen Veranstaltungen sowie das Erstellen von Publikationen. Workshop "Strukturen für eine interkommunale Zusammenarbeit im Wirtschaftsraum Basel".	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.04 Mio. Fr.	Alle beteiligten Gemeinden haben nun einen positiven Grundsatzentscheid zur "Überkommunalen Freiflächenkonzeption Birsstadt" gefällt und unterstützen das Startprojekt "Uferweg" finanziell und personell. Ein externes Büro erstellt zur Zeit ein Detailkonzept für diesen Uferweg. Dieses soll bis im Frühling 2010 fertig gestellt sein, so dass die einzelnen Gemeinden mögliche Ausführungsprojekte in ihre (Finanz-) Planung aufnehmen können.

Nr. 4.07.16	Arealentwicklung "Polyfeld MuttENZ" Im Areal Kriegacker in MuttENZ stehen in den kommenden Jahren grosse Vorhaben und Aufgaben des Kantons an: - Ausbau der Fachhochschule Nordwestschweiz - Erneuerung / Ausbau der SEK II Schulen - Sanierung und Nachnutzung der ehemaligen Deponie Feldreben. Gemeinsam mit der Gemeinde MuttENZ wird unter dem Titel "Polyfeld MuttENZ, Wissen, Wohnen, Arbeiten, Begegnen" eine Gesamtplanung für das Quartier durchgeführt mit dem Ziel die Projekte in diesem Perimeter aufeinander abzustimmen und mit einer Gesamtplanung möglichst optimale Voraussetzungen für eine Zukunftsorientierte und Nachhaltige Entwicklung des Quartiers zu schaffen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: ARP: keine (Konto HBA)	Das 2008 gestartete Testplanungsverfahren (Projektleitung ARP) konnte Mitte 2009 abgeschlossen und den politischen Gremien und der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Es hat wichtige Grundlagen für die Objektplanung der Fachhochschule Nordwestschweiz (Standort am Bahnhof) und die weitere Entwicklung des Quartiers geliefert. Mit RRB Nr. 0896 vom 9. Juni 2009 hat der Regierungsrat die Empfehlungen des Beurteilungsgremiums zur Kenntnis genommen und die weiteren Arbeiten in Auftrag gegeben. Auf dieser Basis wird derzeit ein Masterplan als Grundlage für die weiteren Planungen erarbeitet. Der Masterplan soll bis Mitte 2010 vorliegen (siehe auch www.polyfeld.ch).
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung C Öffentlicher Verkehr Strategische Zielsetzungen Massnahmen zur Lösung der Verkehrsprobleme, bei welchen der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, sowohl der Linien im Kantonsgebiet wie auch der grenzüberschreitenden, eine wichtige Rolle spielt. Interessenwahrung im Rahmen der schweizerischen Verkehrspolitik. Erarbeitung einer umweltgerechten Lösung für den Gütertransport durch die Region.	↓ Amtsbericht 2009	
Nr. 4.07.20	Einzelne Massnahme Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Umsetzung des 5. Generellen Leistungsauftrags (GLA) und der Erarbeitung des 6. Generellen Leistungsauftrags (2010 - 2013) • Erschliessung Widen (Münchenstein). • Erschliessung Allschwil. • 1/4-Stunden-Takt auf dem Hauptnetz der Regio-S-Bahn. Die Massnahmen lassen sich derzeit noch nicht beziffern. Im 5. GLA sind für die Jahre 2008 und 2009 Kosten von insgesamt 76.2 Mio. Franken vorgesehen. Die Kosten werden sich danach voraussichtlich bei ca. 40.0 Mio. Franken stabilisieren.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 37.7 Mio. Fr.	Die Ausbauten gemäss dem 5. Generellen Leistungsauftrag (GLA) wurden abgeschlossen und der 6. GLA fristgerecht verabschiedet. Er trat mit dem Fahrplanwechsel am 13. Dezember 2009 in Kraft. Die gesteckten Ziele in Bezug auf die Verbesserung der Erschliessung in den Gebieten Arlesheim Widen und Allschwil konnten erreicht werden. Die Kosten für den Betrieb des ÖV lagen mit 34.6 Mio. Franken unter den erwarteten Werten. Dies dank günstigerer Offerten der Transportunternehmen.

Nr. 4.07.21	Ausbau der Regio-S-Bahn Fertigstellung der Massnahmen im Bereich der Infrastruktur der Haltestellen und des kombinierten Verkehrs (gemäss LRB 2005 / 1018 vom 3. Februar 2005), namentlich der Stationen Dornach - Arlesheim und Laufen. Für den vollständigen Ausbau der Station Laufen wird eine separate Landratsvorlage vorgelegt.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 4.4 Mio. Fr.	Die neue Verkehrsdrehscheibe Dornach - Arlesheim konnte mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2009 in Betrieb genommen werden. Auch die übrigen Baumassnahmen für die Regio-S-Bahn kamen plangemäss voran.
Nr. 4.07.23	Weitere Investitionshilfen für die Transportunternehmen (9. Rahmenkredit des Bundes) Investitionshilfe (Beiträge an Investitionen Dritter) an die Transportunternehmen im Rahmen von Leistungsvereinbarungen mit dem Bund. Für die einzelnen Projekte werden Landratsvorlagen betr. Verpflichtungskredite unterbreitet.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.9 Mio. Fr.	Es wurden im Rahmen der Streckenerneuerung auf der Linie 11 (siehe Punkt 4.01.02) Investitionshilfen gemäss 9. Rahmenkredit des Bundes gewährt. Darüber hinaus wurden keine weiteren Investitionshilfen beansprucht. Die eingestellten Finanzmittel mussten entsprechend nicht in Anspruch genommen werden.
Nr. 4.07.24	Öffentlichkeitsarbeit für die strategischen Verkehrsvorhaben Die Anliegen des Kantons sollen gegenüber dem Bund deutlich mehr Beachtung finden, namentlich das Projekt "Wisenberg-Tunnel".	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.05 Mio. Fr.	Mit der erwarteten Botschaft zu "Bahn 2030" wurde das Lobbying durch das damit beauftragte Komitee "Pro Wisenberg" weitergeführt. Eine entsprechende Vereinbarung wurde abgeschlossen.
Nr. 4.07.25	SBB-Juralinie Basel - Delémont Projektierung und Bau von Doppelspurinseln im Laufental vorantreiben. Diese erfolgen zeitgleich mit der Gesamtplanung für den Ausbau der Regio-S-Bahn.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.5 Mio. Fr.	Aufgrund der umfangreichen parlamentarischen Beratung in den kantonalen Parlamenten (BS und BL) konnten die Planungsarbeiten erst in der zweiten Jahreshälfte in Angriff genommen werden. Es wurden lediglich 0.05 Mio. Franken in Anspruch genommen. Die Arbeiten an den Studien und Vorprojekten sind nun angelaufen; es muss mit keinen weiteren Verzögerungen gerechnet werden.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung D Denkmalschutz Strategische Zielsetzung Fachgerechte Erhaltung und Schutz von Kulturdenkmälern und Ortsbildern und damit die qualitative Förderung des städtebaulichen Erscheinungsbildes.		↓ Amtsbericht 2009

Nr. 4.07.31	Einzelne Massnahme Unterschutzstellung von wertvollen historischen Zeugen Angemessene, fachlich einwandfreie Begleitung von Bau- und Renovationsvorhaben bei geschützten Kulturdenkmälern.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.8 Mio. Fr. Subvention / Expertisen	Umfangreichere Renovationsvorhaben (4) standen sehr vielen, kleinen Bau- und Sanierungsmassnahmen (rund 70) gegenüber, die von der Kantonalen Denkmalpflege fachlich begleitet worden sind. Die Unterschutzstellung unter anderem von Schloss Burg in Burg im Leimental ist vorbereitet.
Nr. 4.07.32	Grundlagen: Publikationsreihe "Kunstdenkmäler der Schweiz" - Fertigstellung von Band IV, Bezirk Waldenburg. - Erstellung von Band V, Bezirk Laufen. - Einreichung einer Landratsvorlage zwecks Finanzierung Band V.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.1 Mio. Fr. Personal / Sachkosten	Die Manuskripte wurden nach Zeitplan abgeliefert. Die Foto- und Plandokumentation zu den einzelnen Gemeinden ist noch ausstehend.
Nr. 4.07.33	Grundlagen: Überarbeitung von ISOS regional Sachdienliche Publikation für Gemeinden und Kanton (Kantonsaufgabe).	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.1 Mio. Fr. Sachkosten	Die Genehmigung durch den Bundesrat ist noch ausstehend. Deshalb ist auch die Publikation vorläufig sistiert.
Nr. 4.08	Programmpunkt Natur- und Landschaftsschutz Strategische Zielsetzung Erhaltung und Förderung einer intakten, vielfältigen und charakteristischen Landschaft mit ihrer spezifischen biologischen Vielfalt.		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 4.08.01	Einzelne Massnahme Erhaltung und Förderung eines nachhaltig stabilen Landschaftshaushaltes und der Biodiversität Unterschutzstellung und fachgerechter Unterhalt der national und regional bedeutsamen Naturobjekte (inkl. Umsetzung der Bundesinventare, Naturschutzdienst, Artenschutz).	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.93 Mio. Fr.	Umsetzung gemäss Programm.
Nr. 4.08.03	Fortsetzung des Programms "Ökologischer Ausgleich im Landwirtschaftsgebiet"	Finanzielle Auswirkungen 2009: 4.4 Mio. Fr.	Am 14. Mai 2009 bewilligte der Landrat den Verpflichtungskredit zur Weiterführung des Ökologischen Ausgleichs im Landwirtschaftsgebiet (Nr. 2009 / 2013). Die Umsetzung erfolgt gemäss Programm.

Nr. 4.08.04	Fortsetzung des Programms "Naturschutz im Wald"	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.9 Mio. Fr.	Am 12. März 2009 bewilligte der Landrat den Verpflichtungskredit zur Weiterführung des Projektes "Naturschutz im Wald" (Nr. 2009 / 2013). Die Umsetzung erfolgt gemäss Programm.
Nr. 4.08.05	Unterschutzstellung von Naturobjekten		Umsetzung gemäss Programm.
Nr. 4.08.06	Einführung der Qualitätssicherung Natur- und Landschaftsschutz Einführung der Qualitätssicherung Natur- und Landschaftsschutz nach den Vorgaben aus der Leistungsvereinbarung mit dem Bund.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.2 Mio. Fr.	2009 wurden die konzeptionellen Grundlagen für die "Faunistische Erfolgskontrolle Ökologischer Ausgleich" und die "Erfolgskontrolle Naturschutz im Wald" erarbeitet.
Nr. 4.08.08	Abschluss der Leistungsvereinbarung Natur und Landschaft Abschluss der Leistungsvereinbarung Natur und Landschaft mit dem Bund (Erträge) im Rahmen der NFA.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Leistungsvereinbarung unterzeichnet	Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) führte am 11. November 2009 die Stichprobenkontrolle durch. Die Umsetzung erfolgte bisher programmgemäss.
Nr. 4.08.09	Projekt "Jurapark Nordwestschweiz" Der Kanton unterstützt die Idee, für die Finanzierung sind aber keine Kredite vorgesehen.		Im Jahr 2009 wurden die notwendigen Unterlagen für ein Gesuch beim BAFU auf finanzielle Unterstützung eines regionalen Naturparks erarbeitet: Managementplan sowie die Landschaftsbewertung der Mitgliedergemeinden. Die Idee des Juraparks Baselland wurde vollständig ausgearbeitet, aber der Perimeter erfüllte nicht die Anforderungen des BAFU, daher wurde Anfang 2010 kein Gesuch eingereicht. Der Landrat entschied im Rahmen der Budgetdebatte, das Projekt zu unterstützen, vorbehaltlich der Zusage des Bundes.

Teil 5 Sicherheitsdirektion (SID)

Amtsbericht 2009: Gesamtschau aus Sicht der Direktion

Die Sicherheitsdirektion legte im Jahr 2009 Schwerpunkte auf Organisations- und Gesetzgebungsvorhaben. Eine besondere Herausforderung war und ist die Umsetzung der Schweizerischen Strafprozessordnung. In den Vorjahren sind die gesetzlichen Grundlagen erarbeitet und vom Souverän im Mai 2009 gutgeheissen worden. Nun gilt es, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, damit im Kanton Basel-Landschaft ein reibungsloser Übergang vom alten zweistufigen zum neuen einstufigen Strafverfahren per 1. Januar 2011 gewährleistet werden kann. Eine Projektorganisation unter der Leitung von Regierungsrätin Sabine Pegoraro und Kantonsgerichtspräsident Andreas Brunner ist mit den Vorbereitungen für die Einführung der neuen Staatsanwaltschaft beauftragt, die ab 2011 mit zirka 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihre Funktionen und Aufgaben gemäss der Schweizerischen Strafprozessordnung wahrnehmen wird. Der Landrat wählte im Dezember 2009 Angela Weirich zur Ersten Staatsanwältin und damit zur Chefin der neuen Staatsanwaltschaft.

Nach dem zustimmenden Entscheid des Landrates wurden die Strukturen der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung der Polizei Basel-Landschaft einer grundlegenden Optimierung unterzogen. Die Neuerungen traten am 1. Oktober 2009 in Kraft. Die ersten Erfahrungen bestätigen die Richtigkeit des gewählten Konzepts. Wie bei allen grundsätzlichen Neuorganisationen müssen noch Feinjustierungen vorgenommen werden. Ein umfassender Erfahrungsbericht wird dem Landrat im Herbst / Winter 2010 vorliegen.

Im Bereich der Gesetzgebung präsentierte sich die breit gefächerte Tätigkeitspalette der Sicherheitsdirektion mit Themen, die vom Film über das Gastgewerbe, über Familienexterne Kinderbetreuung bis zu Hooligans reichten. Zwei Gesetzesvorlagen, das Gesetz betreffend öffentliche Filmvorführung und die Abgabe von elektronischen Trägermedien und die Teilrevision des Gastgewerbegesetzes (Verstärkung des Jugendschutzes), wurden soweit wie möglich mit dem Kanton Basel-Stadt koordiniert, im Bewusstsein, dass gerade in diesen beiden Bereichen die Kantonsgrenze eine rechtliche, aber keine reale Schranke ist. Mit überdeutlichem Mehr, nämlich mit 92.71 Prozent, hiessen die Baselbieter Stimmberechtigten den Beitritt des Kantons zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen gut. Ende November 2009 konnte dem Landrat die Gesetzesvorlage zur Familienergänzenden Kinderbetreuung im Frühbereich überwiesen werden.

Im Integrationsbereich konnte eine neue Vereinbarung mit dem wichtigsten Leistungserbringer, dem Ausländerdienst, erzielt werden. Wichtig waren auch die intensivierten Kontakte zu den Gemeinden, denen der Bund wesentliche Funktionen im Integrationsbereich zuschreibt.

Die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt überprüfte die Wirksamkeit der polizeilichen Wegweisung im Jahr 2008. Es zeigte sich, dass die Hauptzielsetzungen "Gewalt stoppen - Oper schützen - Täter zur Verantwortung ziehen" mit diesem Instrument erreicht werden können.

Nr. 5.01	Programmpunkt Polizei Basel-Landschaft Strategische Zielsetzungen Das Jahr 2009 steht bei der Polizei unter dem Aspekt der Optimierung der sicherheitspolizeilichen Grundversorgung (Ressourceneinsatz, Reaktionsvermögen, Schwergewichtsbildung) und der Qualitätsüberprüfung und -verbesserung bei der gerichtspolizeilichen Tätigkeit. Mit der Umsetzung des Konzeptes "Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung" soll mit einem mobilen Element und gestützt auf eine zentrale Lageaufbereitung und Einsatzplanung auf verschiedene Lagen schneller und effektiver als bisher reagiert werden können. Im Bereich der gerichtspolizeilichen Tätigkeiten aller drei Fronthauptabteilungen (Kriminalitätsbekämpfung, Sicherheit und Ordnung, Verkehrssicherheit) werden einheitliche Standards definiert und ein eigentliches Qualitätsmanagement eingeführt.	↓Amtsbericht 2009 Die Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung bildete im Berichtsjahr das Schwerpunktthema. Die Optimierungen konnten wie vorgesehen per 1. Oktober 2009 umgesetzt werden. Das Gesamtkonzept der neuen Einsatzphilosophie hat sich bis heute bewährt. Sowohl für die Vorgesetzten aller Stufen als auch für die Sachbearbeitenden an der Front bedingt die Reorganisation eine grosse Umstellung, insbesondere die geänderten Schnittstellen. Feinkorrekturen und Massnahmen, die in den nächsten Monaten vorgenommen werden, sollen das optimale Zusammenspiel der Einsatzkräfte garantieren. Die gerichtspolizeilichen Schnittstellen wurden im Jahr 2009 konzeptionell bereinigt und werden nun nach einheitlichen Standards stufenweise umgesetzt.	
Nr. 5.01.10	Einzelne Massnahme Neue Organisationsform der Hauptabteilung "Sicherheit und Ordnung" Mit der zentralen Unterbringung des mobilen Einsatzelementes sowie einer zentralen Stelle für Personal-, Einsatz- und Ausbildungsplanung wird die Neuorganisation der Hauptabteilung "Sicherheit und Ordnung" nach der Genehmigung durch den Landrat umzusetzen sein. Die entsprechende Vorlage ist dem Landrat im Sommer 2008 unterbreitet worden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 2.6 Mio. Fr.	Seit dem 1. Oktober 2009 ist die neu organisierte Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung operativ tätig. Die neu geschaffene Abteilung Planung und Einsatz konnte ihre operative Tätigkeit planmässig in den neu eingerichteten Räumen am Schorenweg 10 in Arlesheim aufnehmen. Die neue Struktur hat sich grundsätzlich bewährt, Verbesserungsmöglichkeiten werden jedoch laufend erkannt und umgesetzt. Im Herbst / Winter 2010 wird der Landrat wie vorgesehen einen Erfahrungsbericht erhalten.
Nr. 5.01.18	Neues Verkehrs- und Parkierungskonzept St. Jakob Nachdem nun das Schänzli als Parkmöglichkeit für das grosse Sport- und Freizeitareal St. Jakob definitiv ausser Betracht fällt, muss das bestehende wie auch das bisher geplante Parkierungskonzept - inklusive der Frage des Einheitstarifs - neu überprüft und allenfalls angepasst werden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.1 Mio. Fr.	Eine eingehende Überprüfung des bestehenden Parkierungskonzeptes ergab, dass der motorisierte Individualverkehr im Areal St. Jakob auch unter schwierigen Bedingungen in zumindest akzeptabler Weise bewältigt werden kann. Verbesserungen wären nur mit sehr hohen Investitionen (z.B. mit einer Überdachung der H18) machbar. Im Rahmen der Vorlage an den Landrat zur Beantwortung verschiedener parlamentarischer Vorstösse wird der Regierungsrat die Ergebnisse seiner Überprüfung ausführlich darlegen, insbesondere auch zur Frage der Einführung des Einheitstarifs. Die Vorlage wird dem Landrat im 1. Quartal 2010 überwiesen werden.

Nr. 5.01.20	Neuer Datenfunk Der neue Datenfunk soll den normalen Polizeifunk entlasten. Dadurch wird es zum Beispiel einer Patrouille ermöglicht, auf die Datenbanken (zum Beispiel Fahndungsregister) des Kantons und des Bundes mobil, d.h. direkt und vor Ort, zugreifen zu können. Ein Vorprojekt soll die Bedürfnisse erfassen sowie die Machbarkeit und die Kosten eruieren. In den Jahren 2009 / 2010 soll eine entsprechende Landratsvorlage vorbereitet und das Vorhaben 2009 - 2011 realisiert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.5 Mio. Fr.	Das Vorhaben musste aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden und figuriert zurzeit nicht im Investitionsprogramm. Das Vorhaben wird je nach der Lage der Kantonsfinanzen im Jahr 2011 wieder aufgenommen.
Nr. 5.01.24	Projekt INPOS: Neue Journalisierung und Rapportierung bei der Polizei Basel-Landschaft Die heutigen Polizeisysteme zur Rapportierung und Journalisierung sind veraltet und müssen ersetzt werden. Im Kernsystem sind die dringenden Anpassungen bereits vorgenommen worden. Die Rapportierung und Journalisierung werden in einem nächsten Schritt angepasst. Dabei sind die Schnittstellen zu den Informationssystemen des Bundes zu integrieren. Bis Ende 2009 soll das Vorhaben umgesetzt und implementiert sein.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.17 Mio. Fr.	Die Pilotphase und die umfassenden Schulungen der Mitarbeitenden werden bis Ende April 2010 abgeschlossen, die neue Software wird Anfang Mai 2010 produktiv sein.
Nr. 5.01.25	Projekt Aus- / Weiterbildung sowie Personalentwicklung Nachdem die Auswirkungen der Inbetriebnahme der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch auf die korpspezifische Grundausbildung analysiert und die notwendig gewordenen korpsinternen Sofortmassnahmen umgesetzt worden sind (vgl. Jahresprogramm 2008, Punkt Nr. 5.01.02), geht es nun darum, das Konzept für die interne Aus- und Weiterbildung insgesamt zu überarbeiten. Die Optimierung beinhaltet neben methodischen Fragen auch materielle Themen wie die Polizei- und die Einsatztaktik, das Schiessen oder die Selbstverteidigung, aber auch zeitliche Aspekte wie Ausbildungsblöcke oder den Einsatz von E-Learning. Zudem soll als wichtige Neuerung die heutige Führungsausbildung im Rahmen eines Personalentwicklungskonzeptes mit einer Potenzialabklärung und -entwicklung und einer Laufbahnplanung neu gestaltet werden. Ziel ist es, dadurch geeignete Mitarbeitende frühzeitig zu erfassen und zu fördern. Bis Ende 2009 soll die Voranalyse abgeschlossen sein.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.035 Mio. Fr.	Das Projekt ist komplex und umfangreich. Deshalb hat die Polizeileitung eine Abgrenzung zum Thema "Personalentwicklung" vorgenommen. Dieser Bereich wird zu einem späteren Zeitpunkt und in einem eigenständigen Projekt aufgenommen und bearbeitet. Den neu formulierten Projektauftrag "Aus- und Weiterbildungskonzept 2010" hat die Polizeileitung im Juli 2009 genehmigt. Die Voranalyse konnte Ende November 2009 abgeschlossen werden. Bis Ende 2010 soll das Detailkonzept erstellt sein und anschliessend mit der Umsetzung begonnen werden.

Nr. 5.01.26	Qualitätsmanagement in der gerichtspolizeilichen Tätigkeit Die Qualität der gerichtspolizeilichen Tätigkeit der Polizei Basel-Landschaft und die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Untersuchungsbehörden sind verbesserungsfähig. Zusammen mit Vertreterinnen der Untersuchungsbehörden wird ein Mindeststandard definiert und mittels einzuführender Kontrollen durchgesetzt. Aufgrund dieser Kontrollen und eines standardisierten Feedbacks der Leistungsempfänger können individuelle und / oder kollektive Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen angeordnet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.03 Mio. Fr.	Das Projektteam - ihm gehören auch Mitarbeitende der Untersuchungsbehörden und der Jugendanwaltschaft an - hat eine Voranalyse vorgelegt. Diese führte zur Erkenntnis, dass eine zentrale Qualitätssicherung neben der Führungs-verantwortung der Vorgesetzten von Nöten ist. Zu den Themen "Zuständigkeiten", "Prüfumfang", "Prozess", "Organisatorische Ansiedlung" und "Controlling" werden gegenwärtig Varianten erarbeitet. Das Projekt wird im 2010 weiter geführt.
Nr. 5.02	Programmpunkt Migration / Integration Strategische Zielsetzungen Das kantonale Integrationsgesetz und die Integrationsverordnung sind am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Die Umsetzung und der Vollzug erfolgen auch 2009 in kontinuierlichen Schritten. Dabei bilden die Vernetzung und die Unterstützung der verschiedenen Massnahmen zur Integrationsförderung ein Schwergewicht. Der Information der einheimischen und ausländischen Wohnbevölkerung über Themen der Integration wird grosse Bedeutung zugemessen. Um einer koordinierten und regelmässigen Information gerecht zu werden, wird ein Informationskonzept erarbeitet. Ziel der Information ist die Förderung des respektvollen Miteinanders der ausländischen und der einheimischen Wohnbevölkerung im Kanton.		
↓Amtsbericht 2009 Die Umsetzung der Integrationsgesetzgebung erfolgte auf verschiedenen Ebenen, unter anderem über Mitfinanzierungen mittels Leistungsverträgen von 50 Integrationsförderprojekten. Diese betrafen die Themen "Sprachförderung", "Information und Kommunikation" und "Soziale Integration". Dabei wurde eng mit der zuständigen Integrationsstelle des Kantons Basel-Stadt zusammengearbeitet. Die Arbeiten für das Informationskonzept wurden eingeleitet und werden im Jahr 2010 fortgeführt. Ein weiterer Schwerpunkt wurde auf die Vernetzung mit den Baselbieter Gemeinden gelegt. Das Ausländergesetz des Bundes statuiert auch für die Gemeinden einen Integrationsauftrag. Der kantonale Integrationsbeauftragte besuchte diejenigen zehn Gemeinden, welche den höchsten Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung aufweisen. Der angeregte, positive und persönliche Austausch fand in der Regel mit dem Gemeindepräsidium sowie weiteren Vertretungen des Gemeinderates und der Gemeindeverwaltung statt. Zusammen mit den Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Solothurn und Zürich wurde das "Pilotprojekt zur Einführung von Integrationsvereinbarungen" gestartet. Eine erste Evaluation wird im Frühjahr 2010 vorliegen.			

Nr. 5.02.02	Einzelne Massnahme Schwerpunktprogramm "Sprache und Bildung 2009 - 2011" Das im Jahr 2008 zusammen mit dem Bundesamt für Migration erarbeitete Schwerpunktprogramm "Sprache und Bildung 2009 - 2011" wird in einzelnen Etappen umgesetzt. Bestehende Sprachförderprogramme werden weitergeführt. Aufgrund der 2008 erstellten Ist- und Bedarfsanalyse werden die Angebote optimiert und, wo nötig, neue Angebote realisiert. Zusammen mit der Fachstelle Erwachsenenbildung (BKSD) wird ein kantonales Sprachförderungskonzept erarbeitet.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.63 Mio. Fr. netto (nach Abzug Bundesbeitrag)	Gemeinden, Wirtschafts- und Ausländerorganisationen sowie Projektträgerschaften wurden eingeladen, im Rahmen eines Mitbeteiligungsverfahrens an der Weiterentwicklung des "Sprachförderkonzeptes Basel-Landschaft" mitzuarbeiten. Das Angebot wurde rege benutzt, die Vorschläge und Anregungen werden nun verarbeitet. Das darauf basierende Konzept wird im Frühjahr 2010 vorliegen. Der Ausländerdienst Baselland konnte im Jahr 2009 insgesamt 63 Sprachförderkurse für rund 900 Teilnehmende mit 6300 Lektionen anbieten. Zusätzlich wurden spezifische Sprachförderkurse, z.B. für Analphabeten, und weitere Integrationsfördermassnahmen, teilweise gemeinsam mit der Integration Basel, unterstützt.
Nr. 5.02.03	Informationskonzept Zusammen mit den wichtigsten Anspruchsgruppen (Gemeinden, Ausländerdienst Baselland, Kantonale Verwaltung, Ausländervereine) wird ein Informationskonzept erstellt. Dieses bezweckt unter anderem eine klare Aufgabenteilung zwischen Bund, Kanton und Gemeinden. Es zeigt auf, mit welchen Informationsgefässen das Zielpublikum erreicht werden soll.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.06 Mio. Fr.	Die systematische Erfassung der bestehenden Informationsgefässe und -mittel sowie der Absender und des Zielpublikums konnte per Ende 2009 abgeschlossen werden. Inzwischen hat das Bundesamt für Migration entschieden, die Eckwerte der Informationskonzepte zu definieren. Damit diese Vorgaben berücksichtigt werden können, wird das Informationskonzept des Kantons Basel-Landschaft erst im Jahr 2010 abgeschlossen werden können.
Nr. 5.03	Programmpunkt Jugendanwaltschaft / Jugend Strategische Zielsetzungen Die Jugendanwaltschaft arbeitet bei Jugendlichen mit Prävention und Repression und nimmt damit im Gebiet der Jugenddelinquenz Kernfunktionen wahr. 2009 wird die Umsetzung der im Jahr 2007 neu eingeführten kantonalen und eidgenössischen Rechtsgrundlagen des Jugendstrafrechts abgeschlossen sein, so dass der Fokus auf die Vorbereitung der für 2010 vorgesehenen Einführung der neuen schweizerischen Jugendstrafprozessordnung gerichtet werden kann.		↓Amtsbericht 2009 2009 konnte die Vernehmlassungsvorlage zum kantonalen Einführungsgesetz zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung ausgearbeitet werden.

Nr. 5.03.09	Einzelne Massnahme Vorbereitung der Einführung des neuen Jugendstrafprozessrechts Die Jugendanwaltschaft erarbeitet zusammen mit dem Generalsekretariat das Einführungsgesetz zur schweizerischen Jugendstrafprozessordnung.	Finanzielle Auswirkungen 2009: keine zusätzlichen	Im Berichtsjahr wurde zusammen mit dem Generalsekretariat der Gesetzesentwurf erarbeitet. Nach Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens wird die Gesetzesvorlage im 2. Quartal 2010 dem Landrat überwiesen werden.
Nr. 5.03.10	Verstärkung der Präventionstätigkeit im Bereich der Lehrerfortbildung Im Rahmen der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern werden verstärkte Anstrengungen unternommen, um den Auszubildenden sowohl das Jugendstrafrecht als auch die Chancen der Zusammenarbeit zwischen Justiz, Polizei und Schule näher zu bringen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: keine zusätzlichen	Im Jahr 2009 wurden diverse Veranstaltungen im Rahmen der Lehrerweiterbildung durchgeführt. Zurzeit wird geprüft, wie die Kooperation mit den Baselbieter Schulen verstärkt werden kann.
Nr. 5.04	Programmpunkt Staatsanwaltschaft Strategische Zielsetzungen Die Staatsanwaltschaft hat die rechtzeitige und reibungslose Umsetzung grundlegender Neuerungen im Strafverfahrensrecht auf den 1. Januar 2010 sicherzustellen. Es geht um die Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung mit der Vereinheitlichung des gesamten Verfahrensrechts und der Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells im Kanton. Grundlage dazu bildet im Kanton Basel-Landschaft das Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung.		↓Amtsbericht 2009 Die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Landschaft hiessen am 17. Mai 2009 das kantonale Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung und die Verfassungsänderung mit sehr deutlicher Mehrheit gut. Der Bundesrat beschloss in der Zwischenzeit, dass die Schweizerische Strafprozessordnung nicht wie ursprünglich vorgesehen am 1. Januar 2010, sondern voraussichtlich am 1. Januar 2011 in Kraft treten wird.
Nr. 5.04.02	Einzelne Massnahme Umsetzung der neuen Verfahrensbestimmungen gemäss Schweizerischer Strafprozessordnung Am 1. Januar 2010 tritt die Schweizerische Strafprozessordnung in Kraft und löst die kantonalen Strafprozessordnungen ab. Die neuen, gesamtschweizerisch geltenden Verfahrensbestimmungen sollen im Kanton rechtzeitig und effizient umgesetzt werden. Dazu sind umfangreiche technische und organisatorische Anpassungen, insbesondere im EDV-Bereich, notwendig. Zudem stehen interne und externe Schulungen der Mitarbeitenden gemäss Weiterbildungskonzept im Zentrum.	Finanzielle Auswirkungen 2009: noch offen	Kurz nach der Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 setzten der Regierungsrat und das Kantonsgericht eine Projektorganisation ein. Ihr Auftrag ist es, alle Massnahmen mit Bezug auf das Personal, die Räumlichkeiten, die Informatik sowie die Aus- und Weiterbildung zu treffen, damit die neue Staatsanwaltschaft ihre Aufgaben ab 1. Januar 2011 gesetzesgemäss erfüllen kann. Die Projektleitung lag bis Ende 2009 beim externen Projektleiter, dem ehemaligen Zuger Regierungsrat Hanspeter Uster. Auf Januar 2010 wurde sie der gewählten Ersten Staatsanwältin Angela Weirich übertragen. Die Projektleitung ist direkt dem Projektausschuss verantwortlich, der gemeinsam von der Sicherheitsdirektorin und dem Kantonsgerichtspräsidenten geleitet wird.

Nr. 5.04.04	Vorbereitung zur Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells Mit der neuen Schweizerischen Strafprozessordnung werden die Strafverfolgungsbehörden im Kanton Basel-Landschaft neu organisiert. Die heutigen Bezirksstatthalterämter, das Besondere Untersuchungsrichteramt und die bestehende Staatsanwaltschaft werden gemäss der Vorlage an den Landrat zur neuen Staatsanwaltschaft vereinigt. Die neue Staatsanwaltschaft wird sowohl die Untersuchungsfunktion als auch die Anklagefunktion wahrnehmen. Die Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells führt zu namhaften Veränderungen in den Organisationsstrukturen und in den Arbeitsprozessen. Auch die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der neuen Staatsanwaltschaft ist den neuen Gegebenheiten anzupassen. Mit einem Personalüberführungskonzept ist der Übergang der Mitarbeitenden der heutigen Organisationseinheiten auf die neue Staatsanwaltschaft vorzubereiten und umzusetzen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: noch offen	Das Projekt "Einführung der neuen Staatsanwaltschaft" gliedert sich in die fünf Teilprojekte "Personal", "Finanz- und Rechnungswesen", "Informatik", "Raum" und "Weiterbildung / Formularwesen". Die Vorbereitungen sind in allen Teilprojekten bis Ende 2009 soweit fortgeschritten, dass die Vorbereitungsarbeiten aus heutiger Sicht fristgerecht vollendet werden können. Die Projektleitung hat das Oberziel für die Umsetzung der neuen Staatsanwaltschaft wie folgt formuliert: "Die Mitarbeitenden wissen bis spätestens Sommer 2010, welche Aufgaben und Funktionen sie in der neuen Staatsanwaltschaft haben und wo sich ihr künftiger Arbeitsplatz befindet".
Nr. 5.05	Programmpunkt Strafvollzug / Freiheitsentzug Strategische Zielsetzungen Es stehen richtungsweisende Entscheide in diesem Bereich an: Mit dem Strafjustizzentrum MuttENZ sollen die Raumverhältnisse für die in der Strafverfolgung arbeitenden Instanzen zentralisiert und verbessert werden. Das geplante Jugendvollzugszentrum Nordwest- und Innerschweiz (JuNI) soll gute Voraussetzungen für den Vollzug der Freiheitsstrafen Jugendlicher ermöglichen. Weiter sollen auch neue Vollzugsformen angeboten werden. Gleichzeitig gilt es, die Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern zu überprüfen und allenfalls anzupassen.		↓Amtsbericht 2009 Das Projekt Strafjustizzentrum MuttENZ wurde bis hin zum Entwurf einer Erwerbs- und Baukreditvorlage intensiv weiterbearbeitet. Das geplante Jugendvollzugszentrum wird von den Konkordatspartnern der Nordwest- und Innerschweiz grundsätzlich begrüsst, allerdings bestehen noch unterschiedliche Auffassungen zur Finanzierung. Neue Modelle sollen an der Frühjahrskonferenz 2010 des Strafvollzugs-konkordates der Nordwest- und Innerschweiz vorgelegt und besprochen werden. Die Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern im Bereich "Gefängniswesen" funktioniert weiterhin gut. Eine Überprüfung der aktuellen Lage ergab keinen Handlungsbedarf. Kritisch ist die Situation zurzeit bei den Unterbringungsmöglichkeiten in geschlossenen forensischen Kliniken. In der ganzen Schweiz besteht ein deutlicher Nachfrageüberhang.

Nr. 5.05.01	Einzelne Massnahme Strafjustizzentrum MuttENZ Die Arbeiten an diesem Projekt gehen zügig voran. Zur Zeit (August 2008) wird das Vorprojekt weiter bearbeitet und optimiert sowie die Kostengenaugigkeit erhöht. Eine Vorlage für einen Zusatzkredit "Projektierung" ist dem Parlament zugeleitet worden. Wenn dieses der Vorlage zustimmt, kann das Bauprojekt ab Ende 2008 gestartet werden. Im Frühjahr 2009 wird die Landratsvorlage zum Baukredit ausgearbeitet. Das Projekt hat für die Sicherheitsdirektion und die Gerichte eine hohe Bedeutung. Damit sollen die Raumverhältnisse verschiedener Behörden (Staatsanwaltschaft, Statthalterämter, Besonderes Untersuchungsrichteramt) verbessert werden, wodurch auch die Zusammenarbeit an Effizienz gewinnen wird. Das neue Untersuchungsgefängnis löst die Gefängnisse Arlesheim und Laufen ab und wird die heutigen Mängel (fehlende Infrastruktur, ungenügende Räume und Zellengrössen) beheben. Die Unterbringung mit dem Gericht im gleichen Haus löst viele der heutigen Probleme im Zusammenhang mit dem Transport und der Sicherheit der Gefangenen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: bei der BUD budgetiert; Landratsvorlage	Der Entwurf für eine Erwerbs- und Baukreditvorlage "Neubau Strafjustizzentrum MuttENZ" wurde erarbeitet. Der Regierungsrat wird im 1. Quartal 2010 über das weitere Vorgehen entscheiden.
Nr. 5.05.02	Jugendvollzugszentrum Nordwest- und Innerschweiz (JuNI) Das Projekt für ein Jugendvollzugszentrum Nordwest- und Innerschweiz tritt im nächsten Jahr in eine entscheidende Phase: Nachdem im Jahr 2008 eine detaillierte Machbarkeitsstudie und ein Rechtsgutachten zur Trägerschaft des JuNI erstellt worden sind, soll im Jahr 2009 der Wettbewerb für das Projekt durchgeführt werden. Anschliessend wird das Vorprojekt ausgearbeitet. Dieses bildet die Grundlage für das im Jahr 2010 vorgesehene Bauprojekt. Geplant ist, dass das JuNI auf dem Areal des Massnahmenzentrums für junge Erwachsene auf dem Arxhof, Niederdorf, gebaut wird. Es soll 16 - 18 Plätze umfassen, welche dem Vollzug von Einschliessungsstrafen bis zu vier Jahren dienen, die gegenüber Jugendlichen verhängt wurden. Voraussetzung für die Realisierung des JuNI ist, dass sich die Kantone des Strafvollzugskonkordates der Nordwest- und der Innerschweiz an diesem Projekt beteiligen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: keine zusätzlichen bei der SID; Bauvorlage wird bei der BUD budgetiert; Landratsvorlage	Die Mitglieder des Strafvollzugskonkordates der Nordwest- und Innerschweiz haben sich an ihren beiden Konferenzen im Frühling und Herbst 2009 eingehend mit dem Thema befasst. Dabei wurde der Bedarf für eine solche Institution nochmals bestätigt. Allerdings konnte in der Frage der Finanzierung noch keine Einigung erzielt werden. Zurzeit konzipiert eine Arbeitsgruppe des Konkordates neue Finanzierungsmodelle und wird diese dem Konkordat in seiner Frühjahrskonferenz 2010 vorlegen.

Nr. 5.05.03	Täter-Opfer-Ausgleich Die nun verabschiedete Fassung der Schweizerischen Strafprozessordnung sieht keinen Täter-Opfer-Ausgleich mehr vor. Deshalb kann das im Jahresprogramm 2008 vorgesehene Projekt nicht weiter verfolgt werden. Bei Antragsdelikten besteht aber die Möglichkeit eines Vergleichsverfahrens. In Hinblick auf das Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung per 1. Januar 2010 wird geprüft, ob Vergleichsverfahren durch die Staatsanwaltschaft selbst erfolgen oder sie entsprechende Fachleute oder -stellen damit beauftragen kann.	Finanzielle Auswirkungen 2009: noch nicht bezifferbar, aber gering; allenfalls operativer Start erst ab 2010	Die Abklärungen durch Fachleute haben ergeben, dass die Staatsanwaltschaft gemäss der Schweizerischen Strafprozessordnung bei Antragsdelikten Vergleichsverfahren durchführen bzw. Fachleute damit beauftragen kann.
Nr. 5.05.05	Weiterentwicklung des Electronic Monitoring (EM) Der Vollzug von Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr und bei längeren Freiheitsstrafen als letzte Vollzugsstufe vor der bedingten Entlassung mittels EM ist erfolgreich. Die aktuelle, letzte Phase des Modellversuchs läuft Ende 2009 ab. Der Regierungsrat wird sich beim Bund dafür einsetzen, dass das EM danach definitiv und nahtlos weiter angewendet werden kann. Auch die Anwendung im Jugendbereich hat sich bewährt und wird weitergeführt. Darüber hinaus soll geprüft werden, in welchen anderen Bereichen dieses Instrument bessere Integration und / oder Sicherheit leisten kann, wie zum Beispiel als Ersatzmassnahme zu Untersuchungshaft, als zusätzliche Sicherung bei Hafturlaub oder im Zusammenhang mit Opferschutz.	Finanzielle Auswirkungen 2009: keine zusätzlichen	Der Bundesrat hat die Weiterentwicklung von EM vorläufig bis 2015 verlängert. Eine definitive Verankerung von EM im Strafgesetzbuch (StGB) ist allerdings noch nicht erfolgt. Diese soll aber im Rahmen der nächsten Revision des StGB realisiert werden. Zum Thema "EM und Opferschutz" wurden im vergangenen Jahr neue technische Instrumente entwickelt. Eine Arbeitsgruppe klärt zurzeit ab, in welchen Fallkonstellationen diese neuen technischen Möglichkeiten angewendet werden können.
Nr. 5.05.06	Regionale Zusammenarbeit im Gefängniswesen und im Straf- und Massnahmenvollzug Die regionale Zusammenarbeit hat sich in den Bereichen Untersuchungshaft für Jugendliche, Ausschaffungshaft oder Universitäre psychiatrische Kliniken und Kurzstrafen bewährt. Es werden deshalb weitere Möglichkeiten der regionalen Zusammenarbeit im Bereich Gefängnisse geprüft, zum Beispiel, ob über die bestehende Zusammenarbeit hinaus noch weitere Kooperationsmöglichkeiten bei den verschiedenen Haftarten (zum Beispiel Frauen, generell Untersuchungshaft) möglich sind.	Finanzielle Auswirkungen 2009: keine zusätzlichen	Die Abklärungen haben ergeben, dass die Möglichkeiten zur regionalen Zusammenarbeit zurzeit in allen Bereichen optimal genutzt werden. Sollte sich ein Bedarf für eine sektoriell verstärkte Kooperation ergeben, werden auch in Zukunft sinnvolle Zusammenarbeitsformen angestrebt.

Nr. 5.05.07	Verbesserung des sozialen Empfangsraums nach Entlassung aus der Massnahme Das soziale Umfeld spielt für die jungen Männer nach ihrer Entlassung aus dem Massnahmenzentrum Arxhof eine wesentliche Rolle. Ein breites und unterstützendes System vermindert die Wahrscheinlichkeit, in das alte kriminelle Milieu zurückzukehren oder sich sozial zu isolieren. Um die Rückfallgefahr zu vermindern, sollen die konstruktiven Beziehungen aus der Vergangenheit mit einem neuen Projekt reaktiviert und das soziale Netz des Entlassenen gestärkt werden. In der Halbzeit der Massnahme wird mit Hilfe des Bewohners und seiner Familienangehörigen nach Menschen gesucht, die im Laufe des Lebens des Bewohners eine gute Beziehung mit ihm hatten und ihn in irgendeiner Weise unterstützt haben. Diese werden motiviert, die Beziehung mit dem Bewohner wieder aufzunehmen und eine Aufgabe in seinem Unterstützungsnetz zu übernehmen. Die gefundenen Personen werden in einer "Familygroup-Konferenz" versammelt und die verschiedenen Rollen und Aufgaben werden verteilt. Die Mitglieder dieses Netzes werden - speziell nach Austritt des Bewohners - professionell begleitet. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet und ausgewertet.	Finanzielle Auswirkungen 2009: noch offen	Das Konzept zum Bau eines sozialen Netzes der aus dem Massnahmenzentrum Arxhof entlassenen jungen Männer wurde erstellt und aufgrund intensiver Diskussionen weiter entwickelt. Es wird heute bereits umgesetzt und soll 2010 aufgrund der gemachten Erfahrungen verfeinert werden. Die Idee der Familygroup-Conference wurde verworfen, weil sie nicht der Lebenssituation der Bewohner entspricht. Um die sozialen Kontakte der Bewohner nach der Entlassung aus dem Massnahmenvollzug zu verstärken, werden die Schwerpunkte auf die Freizeitgestaltung gelegt. Die Wirksamkeit dieses Weges wird überprüft und die Erfahrungen werden ausgewertet.
Nr. 5.05.08	Weitere besondere Vollzugsformen Die gemeinnützige Arbeit wurde 2007 mit dem revidierten Strafrecht als eigenständige Vollzugsform eingeführt und hat sich bewährt. Bei der gemeinnützigen Arbeit sollen neben den bisherigen Einzelarbeitsplätzen auch Gruppeneinsätze organisiert werden. Generell soll das Angebot quantitativ und auch qualitativ - es sind wesentlich längere Einsätze als bisher möglich - erweitert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: noch offen, jedoch geringe Kosten	Der Trend zu längeren Einsätzen hat sich bestätigt. Dennoch, und dank guter Betreuung der Betroffenen, waren weiterhin kaum je Abbrüche zu verzeichnen. Die Verurteilten konnten ohne längere Wartefristen in den normalen Einsatzstellen platziert werden.

Nr. 5.05.09	Risikoeinschätzungen von Personen in Untersuchungshaft oder im Vollzug Verschiedene Kantone führen systematische Risikoeinschätzungen von verhafteten Personen durch. Damit verbunden sind entsprechende Therapie- oder Lernprogramme. Die Sicherheitsdirektion will hier im nächsten Jahr einen Schwerpunkt setzen. Sie wird zusammen mit der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion und den Gerichten prüfen, welche Massnahmen - bessere Koordination der bestehenden Möglichkeiten und Einführung neuer Instrumente - im Kanton angewendet werden können. Durch die Verfeinerung und die Ausdehnung der Risikoeinschätzungen soll die Sicherheit der Bevölkerung zusätzlich verbessert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: noch offen, jedoch geringe Kosten	Es werden zurzeit die Projekte aus anderen Kantonen (ZH, BS, VD) auf ihre Übertragbarkeit auf den Kanton BL über-prüft. In Anbetracht der Komplexität der Materie ist eine vertiefte Abklärung mit Fachstellen auch ausserhalb des Kantons erforderlich. Dieses Thema bildet bei der Sicherheitsdirektion auch im Jahr 2010 einen thematischen Schwerpunkt.
Nr. 5.06	Programmpunkt Bevölkerungs- und Zivilschutz Strategische Zielsetzungen Die Hochwasserkatastrophe, die im August 2007 vor allem das Laufental, aber auch das Leimental und Gemeinden im Oberbaselbiet heimgesucht hat, hat erneut die Verletzlichkeit von Mensch und Umwelt gezeigt. Risiken, wie sie aus Wetterlagen resultieren, können nicht verhindert, aber vermindert werden. Deshalb sollen es Messresultate, Lageberichte, Informationen aus der Gefahrenkarte und Einsatzpläne künftig erlauben, in derartigen Situationen verbindlichere Abschätzungen bezüglich einer Hochwasser- und Überschwemmungsgefahr vorzunehmen. Im Weiteren soll geprüft werden, ob die Alarmierungs- und Einsatzzentralen der Blaulichtorganisationen im Kanton Basel-Landschaft zusammengeführt werden sollen.		↓Amtsbericht 2009 Das komplexe und umfassende Projekt zur rechtzeitigen Warnung und Alarmierung vor Naturgefahren ist in Arbeit. Die Prüfung einer Einsatzleitzentrale für alle Blaulichtorganisationen ist weit fortgeschritten. Das Geschäft soll dem Regierungsrat im 1. Semester 2010 zum Entscheid über das weitere Vorgehen unterbreitet werden.
Nr. 5.06.03	Einzelne Massnahme Einsatzpläne für die Erdbebenvorsorge Parallel zu den Erdbebenvorsorgemassnahmen in den Bereichen Bodenverhalten und Bauingenieurwesen sollen bis Ende 2011 interdisziplinäre Einsatzkonzepte zur Bewältigung von Erdbeben erstellt werden. In die Einsatzplanung einbezogen werden die Führungsstäbe, die Polizei, die Feuerwehr, das Gesundheitswesen, der Zivilschutz sowie Leistungserbringer aus den Bereichen Infrastruktur, Ver- und Entsorgung. Die Arbeiten für die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Finanzierungszusicherungen werden 2009 abgeschlossen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.02 Mio. Fr.	Die Bewältigung der Grippe H1N1 beanspruchte im zweiten Semester 2009 erhebliche Personalressourcen, welche für die Arbeiten zur Aufbau- und Ablauforganisation für die Erdbebenvorsorge und für die Finanzierungszusicherungen fehlten. Diese Arbeiten werden nun im 1. Semester 2010 erfolgen.

Nr. 5.06.06	Vorwarnsystem Basierend auf den Erkenntnissen aus dem Hochwasser und den Überschwemmungen im Sommer 2007 sollen Machbarkeit und Wirksamkeit eines Vorwarnsystems für die kritischsten Fliessgewässer im Kanton geprüft werden. Ein Netz von Messstellen und Beobachtungsposten entlang der Fliessgewässer und ihrer Einzugsgebiete soll wichtige Daten für die künftigen Entscheide liefern. Auch soll der regionale Informationsaustausch definiert werden. Das Projekt wird auch andere Naturgefahren einbeziehen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.05 Mio. Fr.	Die Prüfung der technischen und organisatorischen Machbarkeit eines Vorwarnsystems erfolgte als Pilotprojekt für die Birs. Die Systemkosten wurden berechnet, aber auf Grund der Prioritätensetzung nicht ins Budget 2010 aufgenommen. Die Planungsarbeiten für die organisatorischen Massnahmen wurden - im Verbund mit den Gemeinden und den Nachbarkantonen entlang der Birs - weiter geführt. Die Planung und Realisierung von Vorwarnsystemen entlang weiterer kritischer Fliessgewässer wird nach Abschluss des Pilotprojektes Birs vorgenommen.
Nr. 5.06.07	Gemeinsame Einsatzzentrale für die Ereignisdienste, Unterstützungs- und Führungsorganisationen Im Juni 2007 hat der Regierungsrat eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe beauftragt, bis Ende 2008 ein Konzept mit Varianten über die Zusammenarbeit der Ereignisdienste (gemeinsame Einsatzzentrale) zu unterbreiten. Für das Jahr 2009 wird der Entwurf für eine entsprechende Landratsvorlage ausgearbeitet.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.02 Mio. Fr.	Die Bewältigung der Grippe H1N1 beanspruchte im zweiten Semester 2009 erhebliche Personalressourcen, wodurch sich die Erstellung des Konzeptes etwas verzögerte. Die Arbeiten für die Landratsvorlage können im 1. Semester 2010 abgeschlossen werden.
Nr. 5.06.08	Zivilschutz und Führungsstäbe Die Übergangsfrist für die Umsetzung des neuen Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetzes und seiner Verordnung ist abgelaufen. Es soll nun analysiert werden, ob in der Praxis Schwachstellen in den Bereichen Grundlagen, Organisation, Ausrüstung und Ausbildung zu Tage getreten sind und ob die bestehenden Rechtsgrundlagen im Kanton anzupassen sind.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.01 Mio. Fr.	Auf der Basis von Analysen aus Einsätzen und Übungen konnten Schwachstellen und Verbesserungsmöglichkeiten evaluiert werden. Im Weiteren wurden alle Gemeinden und Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes eingeladen, bis März 2010 ihren erkannten Revisionsbedarf anzumelden.

Nr. 5.08	Programmpunkt Motorfahrzeugkontrolle (MFK) Strategische Zielsetzungen Die MFK will noch stärker als bisher die Kundschaft ins Zentrum ihrer Tätigkeit setzen. Weitere Verbesserungen in der Dienstleistungsqualität sollen deshalb verwirklicht werden.		↓Amtsbericht 2009 Die Bedienungs- und Wartezeiten an den MFK-Schaltern haben sich im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr durchschnittlich um eine Minute verkürzt, dies obwohl die Kundenkontakte im gleichen Zeitraum von 112'124 auf 117'408 zugenommen haben. Die Zunahme der Telefonanrufe hat teilweise zu Engpässen bei der Beantwortung der Kundenanliegen geführt. Im 2010 sollen die Einführung der neuen Telefonzentrale, eine neue Telefonorganisation und die Einführung der Internetplattform für die Disposition (Disponierung bzw. Verschiebung der Termine für die Fahrzeugvorführung in der MFP in Münchenstein durch die Kundschaft selbst) eine weitere spürbare Steigerung bei der Kundenzufriedenheit bewirken.
Nr. 5.08.03	Einzelne Massnahme Strassenverkehrsamt In praktisch allen Schweizer Kantonen werden die Dienstleistungen der MFK - insbesondere die Ausstellung von Führer- und Fahrzeugausweisen sowie der Bezug der Kontrollschilder - und der Motorfahrzeug-Prüfstation (MFP) durch dieselbe Institution, nämlich das Strassenverkehrsamt, erbracht. Bis Ende 2008 soll eine Vorstudie vorliegen, die mögliche Varianten für die Verwirklichung eines solchen Modells aufzeigt. Die Ergebnisse dieser Studie werden die Grundlage für den Entscheid über das weitere Vorgehen bilden. Eine Detailstudie ist für 2009 vorgesehen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.08 Mio. Fr.	Das Ergebnis der Studie zeigt die Notwendigkeit einer engeren Kooperation zwischen den Motorfahrzeugkontrollen Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie der Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel (MFP) in Münchenstein auf. Zurzeit evaluiert die Betriebskommission der MFP verschiedene Kooperationsvarianten. Das Projekt eines gemeinsamen Strassenverkehrsamtes steht nicht mehr im Vordergrund.
Nr. 5.09	Programmpunkt Rechtssetzung Strategische Zielsetzungen Das Projekt Effilex - Überprüfung und Aktualisierung der Rechtserlasse im Bereich der Sicherheitsdirektion - wird in der Sicherheitsdirektion als Dauerauftrag fortgeführt. Im nächsten Jahr wird im Sinne eines Schwerpunktes das Verwaltungsorganisationsgesetz nach den Kriterien von Effilex analysiert.		↓Amtsbericht 2009 Im Rahmen von Effilex wurden das Verwaltungsorganisationsgesetz, das Polizeigesetz und die Taxiverordnung einer Überprüfung unterzogen.

Nr. 5.09.18	Einzelne Massnahme Teilrevision des Verwaltungsorganisationsgesetzes (VwOG) (Vernehmlassungsvorlage) Das Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (Verwaltungsorganisationsgesetz) ist seit 1. Januar 1984 in Kraft. Bedingt durch seither stattgefundene Entwicklungen ist das Gesetz inhaltlich und terminologisch zum Teil überholt. Mittels einer Auslegeordnung soll der Anpassungsbedarf ermittelt und anschliessend eine Vernehmlassungsvorlage erstellt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: keine zusätzlichen	Nach der Auswertung des Mitberichtsverfahrens zu einer Analyse der Sicherheitsdirektion kam der Regierungsrat zum Schluss, dass zurzeit inhaltlich kein Handlungsbedarf für eine Teilrevision des VwOG besteht.
Nr. 5.09.19	Evaluation des Polizeigesetzes Das Polizeigesetz besteht seit etwas mehr als zehn Jahren. Das polizeiliche Umfeld hat sich in den vergangenen Jahren verändert und es stellt sich die Frage, ob die polizeigesetzlichen Bestimmungen im Einklang mit dem heutigen polizeilichen Sicherheitsauftrag stehen. Abzuklären ist auch, ob die gesetzlichen Bestimmungen über die Aufgabenverteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden sinnvollerweise neuen Gegebenheiten anzupassen sind.	Finanzielle Auswirkungen 2009: keine zusätzlichen	Im Rahmen einer Umfrage wurden die revisionsbedürftigen Punkte des Polizeigesetzes erfasst. Sie sollen im Verlauf des Jahres 2010 im Detail abgeklärt und gegebenenfalls neu geregelt werden. Besondere Aufmerksamkeit erhalten die gesetzlichen Bestimmungen über die Aufgabenverteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden im Polizeibereich. Ende Mai 2009 führten der Verband der Basellandschaftlichen Gemeinden und die Sicherheitsdirektion gemeinsam eine Tagung zu diesem Thema durch. Es zeigte sich, dass Handlungsbedarf besteht, weil in verschiedenen Punkten Unklarheiten und Überschneidungen vorhanden sind. In der Folge wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit Fachleuten aus den Gemeinden und aus dem Kanton eingesetzt. Sie hat den Auftrag, bis Mitte 2010 eine vertiefte Abklärung der geltenden Bestimmungen vorzunehmen und - soweit nötig - Vorschläge für gesetzliche Neuregelungen auszuarbeiten. Die polizeilichen Aufgaben der Gemeinden sind heute primär im Gemeindegesetz enthalten, jene des Kantons im Polizeigesetz.
Nr. 5.09.20	Einführungsgesetz zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (Landratsvorlage) Im Rahmen der Vereinheitlichung des Strafprozessrechts hat der Bund neben der schweizerischen Strafprozessordnung auch die Schweizerische Jugendstrafprozessordnung erlassen. Diese tritt zusammen mit der Strafprozessordnung am 1. Januar 2010 in Kraft. Bis zu diesem Zeitpunkt muss das kantonale Einführungsgesetz, welches zusammen mit dem Bundesrecht in Kraft tritt, vorliegen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: keine zusätzlichen	vgl. Punkt 5.03.09. Im Berichtsjahr wurden zusammen mit dem Generalsekretariat der Gesetzesentwurf erarbeitet sowie das Mitberichtsverfahren durchgeführt. Zurzeit ist das Vernehmlassungsverfahren im Gang.

Nr. 5.09.21	Revision der Taxiverordnung, Taxigesetz (Vernehmlassungsvorlage) Die landrätliche Verordnung über den Betrieb von Taxis stammt aus dem Jahr 1969 und ist in vielen Punkten revisionsbedürftig. Zahlreiche Bestimmungen des "Taxirechts" müssen auf der Stufe des Gesetzes geregelt werden, weshalb ein kantonales Taxigesetz auszuarbeiten ist. Dieses muss das geänderte rechtliche Umfeld, namentlich das Bundesgesetz über den Binnenmarkt, aufnehmen und inhaltlich berücksichtigen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: keine zusätzlichen	Der Entwurf zu einem Taxigesetz wurde erstellt. Ab Februar 2010 wird voraussichtlich das Vernehmlassungsverfahren durchgeführt.
Nr. 5.09.22	Anpassung der kantonalen Rechtsgrundlagen zur Opferhilfe Die Anpassungen der kantonalen Rechtsgrundlagen sind notwendig, weil die revidierte Opferhilfegesetzgebung des Bundes am 1. Januar 2009 in Kraft treten wird. Die hauptsächlichen Anpassungen sind in der kantonalen Verordnung zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten sowie im Vertrag der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die gemeinsamen Opferberatungsstellen beider Basel vorzunehmen. Im gleichen Zug kann der im Vertrag festgehaltene Aufgabenkatalog der Opferhilfekommission bereinigt werden. Dies dient der Klärung der Arbeitsteilung von Kommission und Kantonen und erfolgt in Übereinstimmung mit der bisherigen Praxis und in Absprache mit der Trägerschaft der Opferberatungsstellen beider Basel.	Finanzielle Auswirkungen 2009: noch offen	Der Regierungsrat hat bereits im November 2008 die erforderlichen Änderungen beschlossen.
Nr. 5.10	Programmpunkt Weitere Projekte und Dienstleistungen C Häusliche Gewalt / Opferhilfe / Kinderschutz		↓ Amtsbericht 2009

Nr. 5.10.24	Einzelne Massnahme Leitfaden zum Vorgehen bei Fällen von Menschenhandel, Umsetzung des Leitfadens Die Umsetzung von Massnahmen im Bereich Menschenhandel wird in verschiedenen internationalen Übereinkommen gefordert. Der Bund hat einen Leitfaden erarbeitet, der diese Zusammenarbeit innerhalb der Kantone beschreibt und sie aufgefordert, ihre Strukturen und Abläufe zu überprüfen. Der Regierungsrat hat 2007 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die einen Leitfaden für ein standardisiertes Vorgehen bei Fällen von Menschenhandel erarbeitet. Dabei werden Schnittstellen geklärt und Vorgehensweisen entwickelt. Der Leitfaden wird auch Empfehlungen zum Vollzug enthalten. Die Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen wird schwerpunktmässig 2009 erfolgen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: noch offen	Der Regierungsrat erklärte den als Kooperationsvereinbarung angelegten Leitfaden Ende 2009 für verbindlich. Die eingesetzte Arbeitsgruppe wurde mit dem Vollzug der vorgeschlagenen Massnahmen (unter anderem Schulung und Vernetzung der involvierten Stellen, jährliche Evaluation der Vereinbarung) beauftragt. Gleichzeitig wurde die Leistungsvereinbarung mit der Fachstelle für Frauenhandel FIZ Makasi für die Jahre 2010 - 2011 genehmigt. Die Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen wird schwerpunktmässig 2010 erfolgen.
Nr. 5.10.25	Pilotprojekt Cochemer Modell Eheliche Trennungs- und Scheidungskonflikte sind gesellschaftliche Realität. Das belastet vor allem auch die betroffenen Kinder. Je intensiver und je länger solche - oft konfliktbeladenen - Situationen dauern, desto grösser sind die negativen und langfristigen Folgen für die Kinder. Das so genannte Cochemer Modell richtet sich am Kindeswohl aus und will mit raschen Terminen und dem Zusammenwirken aller am Trennungs- und Scheidungsverfahren beteiligten Personen und Instanzen die Bedürfnisse der Kinder möglichst gut erfassen. Im Sinne eines Pilotprojektes soll das Cochemer Modell auch im Kanton Basel-Landschaft angewendet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: noch offen	Das so genannte Cochemer Modell hat zum Ziel, mittels Mediation eine rasche Regelung der Konfliktpunkte aller am Trennungs- und Scheidungsverfahren beteiligten Personen und Instanzen zu bewirken. Das entsprechende Pilotprojekt hat sich mittlerweile wegen der neuen Bundeszivilprozessordnung als rechtlich undurchführbar erwiesen. Zudem bestehen Zweifel, dass mit diesem Modell die Bedürfnisse der Kinder möglichst gut erfasst werden können. Die Fachstelle für Kindes- und Jugendschutz wird im Jahr 2010 in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Familienfragen bestehende Unterstützungsangebote und involvierte Institutionen an einen Tisch einladen, um allfällige Lücken zu orten und Lösungen zu entwickeln.
Nr. 5.10.26	Mehr Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen zur Internet- und Handykriminalität Die Elterninformationsveranstaltungen zur Internet- und Handykriminalität im Rahmen der kantonalen Kampagne "Stark durch Erziehung" werden Ende 2008 abgeschlossen. Die Nachfrage nach Informationen und Weiterbildungen zu dieser Thematik ist gross. Um die Eltern nachhaltig unterstützen zu können, werden auch 2009 Weiterbildungen angeboten.	Finanzielle Auswirkungen 2009: keine zusätzlichen	Im Jahr 2009 fanden in neun Gemeinden Elterninformationsveranstaltungen statt. Mit den Vorträgen der Fachstelle für Kindes- und Jugendschutz zu den neuen Medien konnten rund 900 Eltern erreicht werden.

Nr. 5.10.29 neu	Evaluation der polizeilichen Wegweisung bei häuslicher Gewalt	Finanzielle Auswirkungen 2009: keine	Die Interventionsstelle überprüfte die Wirksamkeit der polizeilichen Wegweisung bei häuslicher Gewalt. Diese ist seit dem 1. Juli 2006 im kantonalen Recht verankert. Untersucht wurden die insgesamt 115 Wegweisungsfälle im Jahr 2008. Die Hauptzielsetzungen "Gewalt stoppen - Opfer schützen - Täter zur Verantwortung ziehen" wurde erreicht. Den Mitarbeitenden der Polizei Basel-Landschaft und des Unterstützungsnetzes wird ein gutes Vorgehen attestiert. Es zeigte sich klar, dass die flankierenden Massnahmen (proaktive Kontaktaufnahme mit Opfern und Tätern) sinnvoll und prinzipiell gut installiert sind. Optimierungsmöglichkeiten bestehen bei den weggewiesenen Personen, die vermehrt zur Gewaltberatung und zu Lernprogrammen motiviert, allenfalls auch verpflichtet werden sollen. Zudem sollen von häuslicher Gewalt aktiv oder passiv mitbetroffene Kinder vermehrt ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden. In mehr als der Hälfte aller Fälle sind Zeugen und / oder Opfer Kinder.
Nr. 5.10	Programmpunkt Weitere Projekte und Dienstleistungen E Bezirksschreibereien		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 5.10.41	Einzelne Massnahme Veranlagung und Inkasso Spezialsteuern Im Bereich der Spezialsteuern (Handänderungs-, Grundstückgewinn-, Erbschafts- und Schenkungssteuern) bestehen geteilte Verantwortungen der Steuerverwaltung und der Bezirksschreibereien. Die Bezirksschreibereien sind für die Veranlagungsgrundlagen im Bereich der Handänderungs-, Grundstückgewinn- und Erbschaftssteuern, aber auch für den Bezug aller Spezialsteuern zuständig. Die Steuerverwaltung besorgt die Veranlagung und die Eröffnung der Steuerrechnung. Die damit verbundenen Schnittstellenproblematiken bergen ein Potenzial für Fehler. Eine Arbeitsgruppe aus den Bezirksschreibereien und der Steuerverwaltung soll die notwendigen Optimierungen evaluieren, allenfalls erforderliche Struktur- und Organisationsänderungen vorschlagen und allenfalls notwendige Gesetzesänderungen vorbereiten.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.025 Mio. Fr.	Die Massnahme wurde per 1. Januar 2010 zu einem wesentlichen Teil umgesetzt. Der Bezug der Spezialsteuern wird seit diesem Datum durch die Steuerverwaltung (Abteilung Bezug) und nicht mehr durch die Bezirksschreibereien erledigt. Die wesentliche Schnittstellenproblematik konnte dadurch bereinigt werden. Die weiteren Massnahmen dieser Neuregelung der Veranlagung der Spezialsteuern ist in Bearbeitung und wird voraussichtlich per 1. Januar 2011 umgesetzt werden können.

Nr. 5.10	Programmpunkt Weitere Projekte und Dienstleistungen G Diverses		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 5.10.61	Einzelne Massnahme Biometrischer Pass Der biometrische Pass wird voraussichtlich anfangs 2010 eingeführt. Von diesem Zeitpunkt an werden Pässe mit elektronisch gespeicherten Daten (Fingerabdrücke, Gesichtsvermessung u.a.m.) versehen. Dies bringt gänzlich neue Abläufe - insbesondere zwischen Kanton und Gemeinden - aber auch zusätzliche technische Vorkehren wie Erfassungsgeräte mit sich. Im Jahr 2009 müssen die erforderlichen organisatorischen, baulichen und personellen Massnahmen getroffen werden. Die finanziellen Auswirkungen 2009 sind zur Zeit noch nicht bezifferbar, der Mehraufwand wird jedoch durch Gebühren gedeckt sein.	Finanzielle Auswirkungen 2009: noch offen, Kosten werden jedoch durch Gebühren gedeckt	Die notwendigen Vorkehrungen (neue Räumlichkeiten für die biometrische Datenerfassung, Ausbildung, Anstellungen) sind eingeleitet worden und können fristgerecht abgeschlossen werden, so dass ab März 2010 ein reibungsloser Start des biometrischen Passes im Kanton Basel-Landschaft gewährleistet ist.
Nr. 5.10.63	Neues Erwachsenenschutzrecht Der Bund sieht mit einer Revision des ZGB eine tiefgreifende Änderung des Vormundschaftsrechts (neu: Erwachsenenschutzrecht) vor. Diese soll 2012 / 2013 in Kraft treten. Das bedingt strukturelle und organisatorische Änderungen in den Kantonen. Die notwendigen Massnahmen zur Umsetzung sollen von einer Arbeitsgruppe mit Vertretungen aus der kantonalen Verwaltung, den Gemeinden und den Gerichten vorbereitet werden. Dazu gehören auch die Anpassungen des kantonalen Rechts.	Finanzielle Auswirkungen 2009: noch offen	Die Arbeitsgruppe hat in bisher 19 Sitzungen die Grundlagen für die Umsetzung des Erwachsenenschutzrechts im Kanton Basel-Landschaft vorbereitet. Per Ende Berichtsjahr wurden die Alternativen "Kantonale Trägerschaft" oder "Kommunale Trägerschaft" erarbeitet. Der Bericht über die Alternativen mit den Gesetzesentwürfen wird voraussichtlich am Ende des ersten Semesters 2010 vorliegen. Gestützt auf diese Grundlagen wird der Regierungsrat über das weitere Vorgehen entscheiden können.
Nr. 5.11	Programmpunkt Familienfragen Strategische Zielsetzungen Die Fachstelle für Familienfragen will einen wesentlichen Beitrag für bessere Betreuungsstrukturen von nicht schulpflichtigen Kindern leisten.		↓ Amtsbericht 2009 Die Verbesserung der Betreuungsstrukturen im Frühbereich wird insbesondere dann erreicht, wenn das Gesetz zur Familienergänzenden Kinderbetreuung im Frühbereich (Programmpunkt 5.11.06) umgesetzt werden kann. Die Vorbereitung der Landratsvorlage bildete einen Schwerpunkt in den Tätigkeiten der Fachstelle für Familienfragen.

Nr. 5.11.03	Einzelne Massnahme Familienbericht Die Arbeiten am Familienbericht werden fortgesetzt mit dem Ziel, diesen bis spätestens Ende 2009 abzuschliessen. Der Familienbericht wird die Situation der Familien im Kanton Basel-Landschaft darstellen und Empfehlungen für Verbesserungen und Weiterentwicklungen enthalten.	Finanzielle Auswirkungen 2009: keine zusätzlichen	Aus dem Einladungsverfahren ging die Offerte der Firma Prognos als bestes Angebot für die Ausarbeitung des Familienberichtes hervor. Der Bericht wird für das dritte Quartal 2010 erwartet. Die Erstellung des Familienberichtes erfolgt unter der Federführung der Fachstelle für Familienfragen.
Nr. 5.11.05	KiTa-Plätze für nicht schulpflichtige Kinder Der Kanton als Arbeitgeber hat alles Interesse daran, dass Frauen, aber auch Männer, mit kleinen Kindern ihren Arbeitsplatz nicht wegen fehlender Betreuung ihrer Kinder aufgeben müssen. Deshalb sollen Entscheidungsgrundlagen geschaffen werden, damit Mitarbeitende des Kantons ihre kleinen Kinder in einer Kindertagesstätte KiTa gut versorgt wissen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: noch offen	Die Fachstelle für Familienfragen hat Abklärungen zu möglichen Betreuungsorten für Kinder von Kantonsangestellten durchgeführt und das Personalamt (Finanz- und Kirchendirektion) über die Ergebnisse informiert. Die FKD hat im Jahr 2005 das Geschäft "Kinderbetreuung beim Kanton" aufgrund des Postulates von Esther Maag Nr. 2000 / 246 zugewiesen erhalten. Auch das Postulat Nr. 2002 / 127 "Kostengünstige Kinderbetreuungsplätze" wurde an die FKD überwiesen. Aus diesem Grund haben die SID und die FKD vereinbart, dass die FKD die Federführung für dieses Projekt weiterhin wahrnimmt. Die Abklärungen der Fachstelle für Familienfragen und des Personalamtes haben ergeben, dass ein dezentrales Angebot von Betreuungsplätzen zur Verfügung stehen muss, um die Bedürfnisse der Mitarbeitenden des Kantons abzudecken. Ein umfassendes Konzept des Personalamtes "Familienergänzende Kinderbetreuung für Mitarbeitende des Kantons" liegt vor. Dieses soll in den nächsten Jahren umgesetzt werden, wobei der Realisierungszeitpunkt wesentlich auch von den finanziellen Möglichkeiten des Kantons abhängt.
Nr. 5.11.06	Familienergänzende Betreuung (FEB) für den Vorschulbereich Der Regierungsrat hat beschlossen, das neue FEB-Gesetz auf den Früh- und Vorschulbereich zu fokussieren. Für den Schulbereich wird das Bildungsgesetz die Familienergänzende Kinderbetreuung regeln. Die Federführung für die Ausarbeitung des FEB-Gesetzes liegt bei der Sicherheitsdirektion, welcher die Fachstelle für Familienfragen zugeordnet ist. Zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfs wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in der neben anderen auch die Gemeinden vertreten sind.	Finanzielle Auswirkungen 2009: noch offen	Am 3. November 2009 überwies der Regierungsrat dem Landrat die Landratsvorlage Nr. 2009 / 313 betreffend Gesetz über die Familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich. Zur Zeit berät die Justiz- und Sicherheitskommission diese Vorlage.

Teil 6 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Amtsbericht 2009: Gesamtschau aus Sicht der Direktion

Bildung

"Bildungsraum Nordwestschweiz" - Im Interesse der guten Schule Baselland

Die dreiteilige Vorlage zu den Beitritten zu den Konkordaten Sonderpädagogik und HarmoS sowie zur Schaffung des Bildungsraums Nordwestschweiz ist im Dezember 2009 vom Regierungsrat beschlossen, dem Landrat übergeben und gemeinsam mit dem baselstädtischen Bildungsdepartement der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Auf der Basis des durchgeführten Vernehmlassungsverfahrens musste insbesondere auf die Einführung der Basisstufe verzichtet werden. Anstelle eines Staatsvertrages verpflichten sich die vier Kantone in einer Regierungsvereinbarung zur möglichst engen Koordination und Abstimmung bildungspolitischer Vorhaben.

Nachdem mit dem Bildungsbericht Basel-Landschaft 2007 eine solide Standortbestimmung vorgenommen werden konnte, wird bis zum Vollzug des gesamtschweizerischen Berichtswesens im Sinne einer Übergangslösung der nächste kantonale Bildungsbericht als Zwischenbericht konzipiert und 2011 dem Landrat zugeleitet.

Kultur

Eine Inkraftsetzung des Kulturgesetzes als bedeutungsvollstem Kultur-Projekt des Berichtsjahres ist am Umstand gescheitert, dass der Landrat auf Antrag seiner vorbereitenden Kommission den regierungsrätlichen Entwurf zur Neubearbeitung zurückgewiesen hat. Diese erfolgt im Laufe des Jahres 2010.

Sport

Die konzeptgemässen Aktivitäten "Bewegung und Sport" sind im Umsetzungsstadium angelangt und die Massnahmen werden kontinuierlich und konsequent entlang der definierten Hauptgewichte vollzogen.

Nr. 6.01	Programmpunkt Bildungswesen allgemein		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 6.01.04	Einzelne Massnahme Gesamtsprachenkonzept Der Landrat hat am 18. Januar 2007 den Regierungsrat beauftragt, das Gesamtsprachenkonzept der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) mit Französisch ab 3. Klasse der Primarschule und mit Englisch ab 5. Klasse der Primarschule umzusetzen und eine entsprechende Vorlage vorzubereiten. Das Projekt "Passepartout" der sechs Kantone an der Sprachgrenze mit Französisch als erster Fremdsprache wird die Vorgaben und die Instrumente für die Umsetzung ausgearbeitet haben, so dass deren Adaption für den Kanton Basel-Landschaft geklärt und die kantonale Projektierung für die Umsetzung des Sprachenkonzepts an der Primar- und Sekundarschule an die Hand genommen werden kann. Entscheide werden im Hinblick auf eine koordinierte Umsetzung mit dem Deutschschweizer Lehrplan und dem HarmoS-Konkordat vorbereitet. Landratsvorlage. Budget 2009: Fr. 220'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.22 Mio. Fr.	Nach Abschluss der Vernehmlassung hat der Bildungsrat am 2. September 2009 die für die Einführung des Gesamtsprachenkonzeptes erforderliche Änderung der Stundentafel beschlossen. Die Einführung erfolgt, vorbehaltlich der Kreditgenehmigung des Landrates, aufsteigend mit den 3. Klassen der Primarschule. Am 3. November 2009 hat der Regierungsrat die Landratsvorlage gut geheissen (Nr. 2009 / 312), allerdings mit einer Kürzung und Verschiebung im Vergleich zur ursprünglichen Vernehmlassungsvorlage.
Nr. 6.01.12	Familienergänzende Kinderbetreuung (FEB) / Tagesstrukturen Der Kanton regelt die Angebote der Familienergänzenden Kinderbetreuung für den Frühbereich und für den Schulbereich. Im Schulbereich sollen gemeinsam mit den Gemeinden und den Schulen auf den Schulbetrieb und die effektive Nachfrage abgestimmte Tagesstrukturen entwickelt werden. Dabei werden die Harmonisierungsbestrebungen im Rahmen des "Bildungsraumes Nordwestschweiz" berücksichtigt. Der Vollzug der Regelungen der Familienergänzenden Kinderbetreuung wird auf Seite des Kantons von der BKSD übernommen. Die zuständige kantonale Stelle plant die Umsetzung und unterstützt die Gemeinden und die Schulen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: gemäss Landratsvorlage zu FEB: 3.6 Mio. Fr. für Familien-ergänzende Kinderbetreuung plus 0.31 Mio. Fr. Mehrkosten Personalaufwand Verwaltung	Mit Beschluss vom 3. November 2009 hat der Regierungsrat die beiden Gesetzesvorlagen zur Familienergänzenden Kinderbetreuung an den Landrat weiter geleitet. Die FEB-Gesetzgebung ist aufgeteilt in ein Gesetz für den Frühbereich (LRV Nr. 2009 / 313) und eine Änderung des Bildungsgesetzes über Familienergänzende Kinderbetreuung im Schulbereich (LRV Nr. 2009 / 314). Die Beratungen und Beschlussfassungen sind für 2010 vorgesehen.

Nr. 6.01.13	Schaffung des "Bildungsraums Nordwestschweiz", Beitritte zum Konkordat "Obligatorische Schule (HarmoS)" und zum Konkordat "Sonderpädagogik" Ende 2008 / Anfang 2009 wird eine Vernehmlassung über eine Vorlage an den Landrat zum Beitritt zu den drei Vereinbarungen einschliesslich der dafür erforderlichen Gesetzesanpassungen durchgeführt. Materiell wird die Vorlage voraussichtlich Vorschläge zu folgenden Bereichen enthalten: Die Primarschule soll von 5 auf 6 Jahre verlängert und mit dem zwei Jahre dauernden Kindergarten zur acht Jahre dauernden Primarstufe gemäss Vorgabe des HarmoS-Konkordates verbunden werden. Der Kindergarten wird obligatorisch, das Stichdatum wird drei Monate vorverlegt. Die Gesetzesvorlage schafft die Voraussetzung für die Verbindung des Kindergartens mit den ersten beiden Jahren der Primarschule zur Basisstufe. Die Sekundarschule soll auf drei Jahre verkürzt werden. Neu soll das Gymnasium vier Jahre dauern. Die Etappierung und die Umsetzung dieser Neuerungen werden mit Übergangsbestimmungen zu regeln sein. Sollen die Schulen vermehrt integrativ ausgestaltet werden, so müssen die Angebote und die Steuerungs- und die Finanzierungsinstrumente entsprechend angepasst werden. Als Entscheidungsgrundlage werden nun vorgängig entsprechende Konzepte entwickelt und Vorbereitungen für die Umsetzung getroffen. (vgl. auch Punkte Nr. 6.01.14 und 6.02.12 in früheren Jahresprogrammen).	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.82 Mio. Fr.	Die Vorlage ist nach Abschluss der Vernehmlassung vom Regierungsrat am 1. Dezember 2009 gutgeheissen und dem Landrat zur Beschlussfassung zugeleitet worden. Im Unterschied zur Vernehmlassungsvorlage wird auf einen Antrag zur Einführung der Basisstufe verzichtet.
Nr. 6.02	Programmpunkt Volksschule, Kindergarten, Primarschule, Sekundarstufe I	↓ Amtsbericht 2009	
Nr. 6.02.11	Einzelne Massnahme Festlegung der Sekundarschulstandorte und Übernahme der Sekundarschulanlagen durch den Kanton Die Landratsvorlage wird nach Abschluss der Vernehmlassung Ende 2008 vorliegen, so dass der Landrat ab Januar 2009 die definitiven Standorte festlegen kann. Gestützt auf diesen Entscheid und die unter der Federführung der BUD erarbeiteten Grundlagen wird dem Landrat eine Vorlage zur Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton ab 2010 unterbreitet.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Laufende Rechnung	Die Vorlage betreffend Grundsatzbeschlüsse zur Festlegung der Sekundarschulkreise und Sekundarschulstandorte (Nr. 2009 / 181) wurde dem Landrat zur Beschlussfassung zugeleitet. Die Vorlage zur Übernahme der Sekundarschulanlagen durch den Kanton (Federführung Bau- und Umweltschutzdirektion) steht vor der Fertigstellung.

Nr. 6.02.12	HarmoS / Schweizerische Bildungsstandards Das Projekt HarmoS unter der Federführung der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) definiert in den Bildungsbereichen Unterrichtssprache, Mathematik, Naturwissenschaften und Fremdsprachen Lernziele am Ende des 2., 6. und 9. Schuljahres. Das Vorhaben soll die inhaltliche Schulkoordination voranbringen und zur Qualitätsentwicklung der Volksschule beitragen. 2009 wird die EDK die Standards in die politische Vernehmlassung geben.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.02 Mio. Fr.	Die Konsultation bzw. Vernehmlassung wurde auf 2010 verschoben.
Nr. 6.02.13	Deutschschweizer Lehrplan für die obligatorische Schule Die Deutschschweizer Kantone sind übereingekommen, in Abstimmung mit den HarmoS-Bildungsstandards einen deutsch-schweizerischen Lehrplan für die Volksschule zu entwickeln. 2009 sollen die Rahmenbedingungen des Lehrplans geklärt sein, danach werden die Ziele und die Inhalte nach Bildungsbereichen erarbeitet. Der Deutschschweizer Lehrplan soll ab Schuljahr 2012 / 2013 an den Schulen eingeführt werden können. Die zuständigen kantonalen Behörden entscheiden je einzeln über die Inkraftsetzung des Lehrplans. Der Lehrplan ist ein wichtiges Element für die kantonale Umsetzung des HarmoS-Konkordates.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.04 Mio. Fr.	Die Grundlagen für die Lehrplanarbeiten wurden abgeschlossen. Die Auftragserteilung für den Deutschschweizer Lehrplan 21 soll an der Plenarversammlung der Deutsch-schweizer EDK im Frühling 2010 erfolgen. Der Zeitplan sieht vor, dass der Lehrplan 21 Ende Januar 2013 den Kantonen zur Vernehmlassung vorgelegt und im Frühling 2014 zur Verfügung stehen wird. Aufgrund einer Budget-kürzung des Landrates wird der Kanton Basel-Landschaft die Beteiligung im Jahr 2010 aussetzen müssen.
Nr. 6.02.14	Schuleingangsstufe / Basisstufe Gemäss Vorentscheid der vier Regierungsräte wird im "Bildungsraum Nordwestschweiz" die Planung für die Basisstufe so vorangetrieben, dass die Folgen der praktischen Umsetzung für die einzelnen Gemeinden ersichtlich sind und der Landrat die Entscheidungsgrundlagen besitzt.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.03 Mio. Fr.	Die Planungsarbeiten für die Entscheidungsgrundlagen konnten abgeschlossen werden. Vorerst verzichtet indes der Regierungsrat aufgrund einer vierkantonalen Standortbestimmung im Bildungsraum Nordwestschweiz (AG, BL, BS, SO) auf den Antrag zur Einführung. Die Erprobungen in der deutschsprachigen Schweiz, an welchen der Kanton Basel-Landschaft beteiligt ist, werden zum Abschluss gebracht. Im Herbst 2010 wird der detaillierte Schlussbericht vorliegen.

Nr. 6.02.21	"TimeOut" - Betreuungs- und Beschäftigungsangebot Jugendliche mit disziplinarischen Problemen können bis zu acht Wochen von der Schule ausgeschlossen werden. Sie sollen mit einem Betreuungs- und Beschäftigungsprogramm die Möglichkeit erhalten, ihre Schul- und Lernsituation zu reflektieren. Sie werden betreut, begleitet und in einem geeigneten Betrieb zur unentgeltlichen Arbeit verpflichtet. Ziel ist die Reintegration in die Schule. Für die Umsetzung des Landratsbeschlusses 2007/154 vom 10. Januar 2008 wurde das Amt für Volksschulen mandatiert.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.45 Mio. Fr.	Ein TimeOut wird dann verordnet, wenn die schulinternen Massnahmen (gemäss § 52 und § 53 der Verordnung für die Sekundarschule) ausgeschöpft sind und kein anderes Mittel mehr zur Verfügung steht, das Aussicht auf Erfolg haben könnte. TimeOut wird dann als die letzte Möglichkeit für den Schüler oder die Schülerin angesehen, zurück in den geregelten Schulalltag zu finden. Ein verordnetes TimeOut für einen Schüler oder eine Schülerin steht immer am Ende eines langwierigen und intensiven Prozesses, dem verschiedene schulspezifische und deeskalierende Massnahmen vorausgegangen sind. Zielpublikum sind die Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule. Die Änderung der VO KG / PS wurde noch nicht verabschiedet. Im Schuljahr 2008 / 2009 besuchten 49 Jugendliche das TimeOut, seit Beginn des Schuljahres 2009 / 2010 werden bis Ende 2009 20 Jugendliche das TimeOut besucht haben. Die grosse Mehrheit von ihnen hält sich an die Regeln des TimeOut und kann wieder in die Schulen integriert werden. Über die Nachhaltigkeit der Massnahme kann erst am Ende des Schuljahres 2009 / 2010 eine Aussage gemacht werden.
Nr. 6.02.27	Schuladministrationslösung (SAL) Die BKSD plant die Einführung einer Schuladministrationslösung (SAL). Bereits im Rahmen des Projektes ERP (LRV 2007 / 302) hat die BKSD den Bedarf nach einer einheitlichen Schulverwaltungslösung, möglichst über alle Schulstufen, angemeldet. Eine moderne Schulverwaltungslösung ist nicht nur erforderlich für eine effiziente Administration der Schulen, sondern auch Voraussetzung für die Bereitstellung von verlässlichen Planungs- und Führungsinformationen. Daher ist das Vorhaben Schuladministrationslösung (SAL) für die BKSD von zentraler Bedeutung. Das Projekt läuft koordiniert mit dem Projekt ERP und basiert auf einer breit abgestützten Projektorganisation. Im Laufe des Jahres 2008 wird die Projektphase "Voranalyse SAL" abgeschlossen. Im Jahr 2009 sollen die nächsten Projektphasen angegangen werden. Mit einer Einführung kann frühestens ab dem Jahr 2011 gerechnet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.15 Mio. Fr.	Der Landrat hat am 12. März 2009 die Vorlage "Vorhaben Schuladministrationslösung SAL, Verpflichtungskredit für die Projekte "SAL Grobkonzept" und "SAL Evaluation"" beschlossen (LRV Nr. 2008 / 328). Von April bis Dezember 2009 wurde mit einer breit abgestützten Projektorganisation ein Grobkonzept erarbeitet, welches bis März 2010 fertig gestellt wird.

Nr. 6.04	Programmpunkt Sonderschulung Strategische Zielsetzungen Der Kanton stellt gemäss den Beschlüssen zur NFA das gemeinsame Sonderschulkonzept für die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt fertig und plant die gesetzgeberische und die organisatorische Umsetzung für die Periode nach der Übergangszeit (mindestens bis Ende 2010). Wichtige Prinzipien sind dabei die Eingliederung der Sonderschulung in die Strukturen der Volksschule und die Verstärkung der integrativen Formen der Sonderschulung. Die Entwicklung wird abgestimmt auf die interkantonalen Vereinbarungen (HarmoS, Vereinbarung Sonderpädagogik, Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE) auf nationaler Ebene und auf den "Bildungsraum Nordwestschweiz".		Amtsbericht 2009 Der Anteil integrativer Sonderschulung hat im Berichtsjahr zahlenmässig weiter zugenommen. Erste Schritte zur notwendigen strukturellen Anpassung und Koordination mit der Neuausrichtung und Strukturierung der Speziellen Förderung sind gestützt auf die bestehende Gesetzgebung und den Entwurf des Konzeptes Sonderpädagogik Basel-Landschaft / Basel-Stadt eingeleitet worden.
Nr. 6.04.01	Einzelne Massnahme Sonderschulkonzept Der Entwurf des Sonderschulkonzeptes wird fertig gestellt und von den Regierungen Basel-Landschaft und Basel-Stadt beschlossen. Die Umsetzungsplanung liegt vor (Beschluss Ende 2009 / Anfang 2010).	Finanzielle Auswirkungen 2009: Honorare Dritter: 0.03 Mio. Fr.	Das Sonderschulkonzept beider Basel wurde nach der Auswertung eines breit angelegten Konsultationsverfahrens Ende 2009 fertig gestellt und soll Anfang 2010 von den beiden Regierungen genehmigt werden. Damit erfüllen die Kantone den Auftrag der Bundesverfassung und können ab 1. Januar 2011 die bisherigen IV-Regelungen mit eigenständigem kantonalem Recht ablösen.
Nr. 6.04.04	Überprüfung der Fahrtkosten in der Sonderschulung Mit der NFA-Umsetzung ist der Kanton seit dem 1. Januar 2008 neu für die Finanzierung der Schulwegfahrten in der Sonderschulung zuständig geworden. Dafür werden jährlich 4.5 - 5 Millionen Franken aufgewendet. Mit einer Studie soll die Organisation der Fahrten von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung überprüft werden mit dem Ziel, die Selbständigkeit und die Integration zu verbessern sowie die Zurücklegung des Schulweges zu optimieren.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Honorare Dritter: 0.05 Mio. Fr.	Die Studie ist abgeschlossen worden. Sie kommt zum Schluss, dass die Kommunikation unter den Beteiligten verbessert werden muss. Insbesondere sollen die Erziehungsberechtigten stärker in die Verantwortung eingebunden werden. Zudem soll geprüft werden, ob als Grundregel eine selbständige Teilwegbewältigung der Schülerinnen und Schüler, z.B. zu einer Sammelhaltestelle, eingeführt werden soll. In Abklärung ist ein Pilotprojekt für eine Schulbuslinie mit Sammelhaltestellen. Erste Massnahmen sind für das Schuljahr 2010 / 2011 geplant.
Nr. 6.05	Programmpunkt Jugendhilfe Strategische Zielsetzungen Der Kanton entwickelt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den beteiligten privaten Organisationen ein kantonales Leitbild Kinder- und Jugendhilfe. In einem ersten Schritt werden die Grundlagen erarbeitet und der Auftrag geklärt.		↓ Amtsbericht 2009

Nr. 6.05.03	Einzelne Massnahme Leitbild Kinder- und Jugendhilfe Die Vorstudie mit - Themen und Schwerpunkten eines kantonalen Leitbildes "Kinder- und Jugendhilfe", - Vorschlägen zur Verbesserung der Zuständigkeiten in der Kinder- und Jugendhilfe innerhalb der kantonalen Verwaltung und - Zusammenarbeitsformen in der Kinder- und Jugendhilfe zwischen Kanton und Gemeinden unter Einbezug privater Anbieter wird vorgelegt. Der Auftrag für den nächsten Schritt, die Erarbeitung des Leitbildes mit Umsetzungsplanung, wird erteilt.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.05 Mio. Fr.	Die Projektgruppe hat eine erste Diskussionsgrundlage einem breiten Kreis von Anspruchsgruppen vorgelegt. Das Dokument enthält eine Darstellung und Einordnung des heutigen Angebotes und Empfehlungen für eine Optimierung der Angebote und der Koordination. In der 1. Hälfte 2010 wird dem Regierungsrat ein Bericht mit Vorschlägen zum weiteren Vorgehen unterbreitet.
Nr. 6.06	Programmpunkt Behindertenhilfe Strategische Zielsetzungen Der Kanton hat die umfassende Verantwortung für die Wohnheime, Tagesstätten und Werkstätten der Behindertenhilfe nach dem Rückzug der IV gemäss Beschlüssen zur NFA übernommen. Das Konzept "Behindertenhilfe", das gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt erarbeitet wird, wird fertig gestellt, die notwendigen Instrumente werden entwickelt und eine Umsetzungsplanung wird erstellt.		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 6.06.02	Einzelne Massnahme Konzept Behindertenhilfe Das gemeinsame Konzept Behindertenhilfe BL / BS wird fertig gestellt und dem Bundesrat zur Genehmigung unterbreitet. Die Instrumente für die Umstellung auf das System des individuellen Bedarfs in der Behindertenhilfe werden in Zusammenarbeit mit Fachpersonen und Fachhochschulen oder der Universität entwickelt. Dazu werden von beiden Kantonen Expertenaufträge vergeben.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.09 Mio. Fr.	Die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben am 1. Dezember 2009 das Konzept der Behindertenhilfe beschlossen und dem Bundesrat zur Genehmigung eingereicht. Mit der Genehmigung wird im Laufe des Jahres 2010 gerechnet. Parallel dazu laufen die Umsetzungsvorbereitungen, die wie die Konzepterarbeitung gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt getätigt werden. Die Ausschreibung für die Entwicklung eines Instrumentes zur individuellen Bedarfserhebung ist erfolgt. Der Entwicklungsarbeit hat sich neben den beiden Basel auch der Kanton Bern angeschlossen. Berichte zu Schnittstellen (z.B. berufliche Integration) und zur neuen Pflegefinanzierung sind erarbeitet worden. Das Konzept und weitere Informationen sind auf der Internetseite www.nfa-bs-bl.ch abrufbar.

Nr. 6.06.09	Gesetzliche Grundlage und Standards für die Anordnung bewegungseinschränkender Massnahmen Die Überprüfung verschiedener Massnahmen in Einrichtungen der Jugend- und Behindertenhilfe hat gezeigt, dass der Umgang mit bewegungseinschränkenden Massnahmen keine genügende gesetzliche Grundlage hat. Zusammen mit anderen beteiligten Verwaltungsstellen soll die Schaffung gesetzlicher Grundlagen geprüft werden. Gleichzeitig sollen als Sofortmassnahme gemeinsam mit Fachverbänden Standards erarbeitet werden, die vom Kanton zum Beispiel in die Leistungsvereinbarungen mit den Einrichtungen integriert werden können. Die Ergebnisse werden in den Einrichtungen sowohl der Jugend- als auch der Behindertenhilfe umgesetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Ende 2008 haben die eidgenössischen Räte die Änderung des ZGB zum Erwachsenenschutzrecht beschlossen. Das Inkrafttreten ist frühestens auf den 1. Januar 2013 vorgesehen. Der Entwurf eines kantonalen Gesetzes ist im Herbst 2009 in die Vernehmlassung gegeben worden. Die Vernehmlassungsauswertung hat ergeben, dass eine gesetzliche Regelung erwünscht ist, dass aber umstritten ist, ob es sich lohnt, vor Inkrafttreten des geänderten ZGB ein kantonales Gesetz zu beschliessen. Der Regierungsrat entscheidet Anfang 2010, ob dem Landrat eine Vorlage unterbreitet wird. Die im ZGB beschlossenen Kriterien und Abläufe sollen unabhängig davon im Kanton als Standards mit den Institutionen vereinbart und angewendet werden.
Nr. 6.09	Programmpunkt Berufsbildung / Berufsberatung / Berufsfachschulen Strategische Zielsetzungen Es ist das Ziel, einerseits möglichst allen Jugendlichen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II zu ermöglichen und andererseits in der Berufsbildung attraktive Ausbildungen mit vielfältigen Weiterentwicklungsmöglichkeiten anzubieten. Wichtiges Ziel ist es, dass alle Jugendlichen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II machen können. Im Weiteren müssen Anstrengungen gemacht werden und schwerpunktmässig entsprechende Aktionen geplant werden, damit sich leistungsbereite Jugendliche für eine Ausbildung im Rahmen der Berufsbildung entscheiden. In den nächsten drei Jahren müssen - aufgrund des neuen Berufsbildungsgesetzes - alle Ausbildungsreglemente (neu: Bildungsverordnungen) aller Berufe überarbeitet werden. Die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt. Bei der Umsetzung müssen die betroffenen Lehrbetriebe sauber informiert und begleitet werden, damit die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe nicht sinkt. Der Berufseinstieg nach einer Ausbildung, Neuorientierung oder Nachholbildung sowie die berufliche Weiterentwicklung und die Weiterbildung sind Themen, die in der Laufbahnberatung Erwachsener in zunehmendem Masse behandelt werden.	↓ Amtsbericht 2009	

Nr. 6.09.05	Einzelne Massnahme Stärkung der dualen Berufslehren (Umsetzung des neuen eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes) Die Umsetzung der neuen Bildungsverordnungen erfolgt in enger Zusammenarbeit mit Verbänden, den Berufsfachschulen und dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung. Bei der Umsetzung ist einerseits darauf zu achten, dass auch weniger anspruchsvolle Ausbildungen angeboten werden (Attestausbildungen) und andererseits sollen schulisch starke und leistungsfähige Jugendliche attraktive Ausbildungen im Rahmen einer Berufslehre absolvieren können.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Von 2005 - 2009 wurden neue Bildungsverordnungen und Bildungspläne in 65 Berufen mit Schulungsorten in den Kantonen BS und / oder BL eingeführt. Die Einführung der neuen Verordnungen erfolgte bikantonal in enger Zusammenarbeit mit den Verbänden und den Berufsfachschulen. In diesen 65 Berufen mussten neue Lehrpläne für den schulischen Teil und Kurspläne für die überbetrieblichen Kurse erarbeitet werden. Zudem wurden alle Lehrbetriebe über die entsprechenden Neuerungen informiert bzw. dort wo notwendig auch gezielt eingeführt. Bis 2013 sind gesamtschweizerisch noch ungefähr 100 Reformen anstehend. Bikantonal gilt es noch etwa 30 neue Bildungsverordnungen und Bildungspläne zu implementieren. Insgesamt ist der Baselbieter Lehrstellenmarkt stabil. Einzig bei den Attestausbildungen ist das Bild durchzogen: Zwar ist es gelungen, zusätzliche Attestlehrstellen zu schaffen, insbesondere auch in der öffentlichen Verwaltung (Kanton und Gemeinden), doch ging das Angebot an Atteststellen insgesamt leicht zurück; speziell ausgeprägt war der Rückgang im Detailhandel.
Nr. 6.09.07	Berufswegbereitung (BWB) / Case Management Pro Jahrgang fallen gemäss einer Untersuchung rund 100 Jugendliche aus dem Bildungssystem. Diese Jugendlichen absolvieren keine Ausbildung auf der Sekundarstufe II und sind von Arbeitslosigkeit bedroht. Solche Jugendlichen sollen früh erfasst, begleitet und zu einem Abschluss auf der Sekundarstufe II geführt und gecoacht werden. Gemeinsam mit dem Amt für Volksschulen (AVS), dem Sozialamt und dem KIGA ist ein Konzept erarbeitet worden. Landratsvorlage. Budget 2008: Fr. 465'000.- Budget 2009: Fr. 1'130'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.13 Mio. Fr.	Die Einführung der BerufsWegBereitung (BWB) verläuft planmässig: An den Sekundar- und Berufsfachschulen sind die BWB-Fachpersonen eingesetzt. Die ersten Fallbegleitungen haben stattgefunden (zum Teil auch schulstufenübergreifend) und der erste "Scout" (50-Prozent-Anstellung beim AfBB) hat die Arbeit aufgenommen. Er sucht jene Jugendlichen auf, die nach einem Ausbildungsabbruch keine Anschlusslösung haben. Die Besetzung der zweiten "Scout"-Stelle - ebenfalls 50 Prozent - wurde aus Spargründen auf Frühjahr 2010 verschoben.

Nr. 6.09.08	Nachholbildung / Validation Das neue Berufsbildungsgesetz ermöglicht einerseits, das eidgenössische Fähigkeitszeugnis nach einer gewissen Anzahl Jahren in der Praxis nachzuholen (Nachholbildung) und andererseits können informell erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten bei der Prüfung angerechnet werden. Diese Möglichkeit ergibt neue Ausbildungswege und eine höhere Flexibilität beim Erreichen eines Lehrabschlusses. Es wird angestrebt, im Rahmen des "Bildungsraumes Nordwestschweiz" gemeinsam mit den anderen Kantonen entsprechende Instrumente zu entwickeln.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.01 Mio. Fr.	Das Ziel des Projektes "Validierung plus" ist die Implementierung eines Eingangsportals gemäss Berufsbildungsgesetz, das Erwachsene berät, wie sie auf dem für sie sinnvollsten und rationellsten Weg zu einem Berufsabschluss kommen. Aktuell (Ende 2009) befinden sich 358 Personen mit Wohnsitz im Kanton Basel-Landschaft im Prozess (Nachholen des Lehrabschlusses nach Art. 31 und 32 Berufsbildungsverordnung BBV), dies insbesondere in den Bereichen Gesundheit, KV und Logistik. Die Zusammenarbeit unter den vier Nordwestschweizer Kantonen ermöglicht die Nutzung von Know-how und Synergien beim Aufbau dieser Eingangsportale. Die konzeptionellen Grundlagen für den Start im April 2010 sind erarbeitet.
Nr. 6.10	Programmpunkt Tertiäre Bildung (Fachhochschule, Universität) Strategische Zielsetzungen Der Kanton Basel-Landschaft verfolgt die Vision eines Hochschulraums Nordwestschweiz. Damit soll die Wissensbildung besser vernetzt werden und die Innovationskette durch eine enge Kooperation zwischen der Universität Basel, der Fachhochschule Nordwestschweiz und den Forschungsinstituten der Region gestärkt werden. Die Schwerpunktbildung in den Life Sciences soll den Know-how-Transfer zu den hier ansässigen Firmen unterstützen, neue Firmen anziehen und damit den Wirtschaftsstandort stärken.	↓ Amtsbericht 2009	
Nr. 6.10.04	Einzelne Massnahme Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) Die im vierkantonalen Leistungsauftrag 2009 - 2011 formulierten Leistungsziele und Entwicklungsschwerpunkte sollen umgesetzt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.55 Mio. Fr.	Zur Umsetzung der Leistungsziele 2009 wird dem Landrat in einer separaten Vorlage nach Abschluss der Jahresrechnung berichtet. Die FHNW und die Trägerkantone haben die Überführung der Mitarbeitenden in eine neue Vorsorgelösung per 2011 vorbereitet.

Nr. 6.10.05	Universität Basel Die im bikantonalen Leistungsauftrag 2007 - 2009 formulierten Ziele und Entwicklungsschwerpunkte sollen umgesetzt werden. Der neue Leistungsauftrag 2010 - 2013 wird vorbereitet. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Total: Fr. 393.7 Mio. (Konto 2539.361.30) Budget 2007: Fr. 127.5 Mio. Budget 2008: Fr. 131.6 Mio. Budget 2009: Fr. 134.6 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 3 Mio. Fr.	Über die Umsetzung der Ziele und der Entwicklungsschwerpunkte 2007 / 2008 wurde dem Landrat mit der Vorlage Nr. 2009 / 143 vom 27. Juni 2009 berichtet. Der neue Leistungsauftrag und der Globalbeitrag 2010 - 2013 wurden vom Landrat auf der Basis der Vorlage Nr. 2009 / 122 am 24. September 2009 bewilligt.
Nr. 6.10.07	FHNW: Planung Neubau für Fachbereiche Pädagogik, Soziale Arbeit und Life Sciences in Muttenz Projekt der BUD (vgl. Punkt Nr. 4.04.02).		Der Regierungsrat hat die entsprechende Bedarfs- und Projektierungsvorlage am 15. Dezember 2009 an den Landrat überwiesen (Vorlage Nr. 2009 / 384).
Nr. 6.10.15	Forschungszentrum für Polytronics (CSEM) In Muttenz wird ein Forschungszentrum für Polytronics aufgebaut. Dem Landrat wird ein entsprechender Verpflichtungskredit beantragt (Landratsvorlage folgt). Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Total: Fr. 13 Mio. Budget 2008: Fr. 3 + 1 Mio. Budget 2009: Fr. 3 Mio. Budget 2010: Fr. 3 Mio. Budget 2011: Fr. 3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 3 Mio. Fr.	Der Landrat hat die Vorlage Nr. 2008 / 350 vom 16. Dezember 2008 am 23. April 2009 beraten und einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 15 Mio. Franken, verteilt auf fünf Jahre, bewilligt. Für die Zeichnung von Aktienkapital hat der Landrat zusätzlich 1 Mio. Franken bewilligt mit der Auflage, dass der Kanton BL einen Sitz im Verwaltungsrat der CSEM erhält und das zusätzliche Aktienkapital prioritär am Standort Muttenz eingesetzt wird. Zur Vorbereitung der Inbetriebnahme des CSEM Muttenz wurden eine Leistungsvereinbarung und eine Aktionärs-bindungsvereinbarung ausgearbeitet sowie verschiedene Standortoptionen geprüft.
Nr. 6.10.17	Universität: Planung Neubauten für die Life Sciences (Standorte Basel Schällemätteli und Basel-Volta) Dem Landrat werden entsprechende Verpflichtungskredite (Projektierungskredite) beantragt (Landratsvorlagen folgen). Projekt der BUD (vgl. Punkt Nr. 4.04.02).		Der Landrat hat auf der Basis der Vorlage Nr. 2008 / 267 am 11. Juni 2009 einen Projektierungskredit für einen Neubau für die Life Sciences der Universität Basel an der Spitalstrasse 41 in Basel bewilligt (partnerschaftliches Geschäft BL / BS). Ein Architekturwettbewerb ist durchgeführt worden.

Nr. 6.11	Programmpunkt Quartäre Bildung/ Erwachsenenbildung Strategische Zielsetzungen Die Konsolidierung des quartären Bereichs wird durch die Umsetzung konkreter Massnahmen des Konzeptes "Weiterbildung Baselland" gefördert. Mittels Kampagnen und Anlässen wird die Bevölkerung zu gesellschaftsrelevanten Themen informiert. Zur Unterstützung, Begleitung und Umsetzungssteuerung bildungspolitischer Entscheide, wie zum Beispiel HarmoS, "Bildungsraum Nordwestschweiz", Frühfremdsprachen, konzipiert, koordiniert und bietet die Fachstelle Weiterbildungsangebote für die Lehrpersonen des Kantons Basel-Landschaft an. Die Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung soll sich zu einer systematisch gesteuerten und geplanten Weiterbildung entwickeln.	↓ Amtsbericht 2009
-----------------	---	----------------------------------

Teil Kultur

Nr. 6.12	Programmpunkt Römerstadt Augusta Raurica (RAR)	↓Amtsbericht 2009
Nr. 6.12.02	Einzelne Massnahme Kantonaler Nutzungsplan Nach der Verabschiedung von Salina Raurica durch dem Landrat kann der Kantonale Nutzungsplan Augusta Raurica (Auftrag RRB Nr. 912 vom 31. Mai 2005) zusammen mit dem Amt für Raumplanung und der Gemeinde Augst vorangetrieben werden. Er stellt die notwendige Grundlage für die meisten baulichen und didaktischen Pendenzen in Augusta Raurica dar. Die Zustimmung durch den Landrat vorausgesetzt werden im Winter 2008 / 2009 die Sicherungsmassnahmen an der Tempelstützmauer Schönbühl sowie die Erweiterung der Ausgrabung "Aurora" - Obermühle parallel durchgeführt. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Total: Fr. xxx (Konto xxx) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2008: Fr. 0.- Budget 2009: Fr. 30'000.-.	Mit dem LRB "Unesco-Weltkulturerbe" erhielt die BKSD den Auftrag, vor dem Kantonalen Nutzungsplan Augusta Raurica ein Entwicklungskonzept (= Masterplan) für Augusta Raurica zu erarbeiten. Damit verschiebt sich das Programm: Koordinierte Bearbeitung beider Dossiers, wegen inhaltlichen Abhängigkeiten zuerst Fertigstellung des Entwicklungskonzeptes bis 31. Dezember 2010 (Auftrag Landrat), anschliessend Fertigstellung des Nutzungsplanes (ARP). Die Erweiterung / Ausweitung der Grabung Aurora / Obermühle von 2007 / 2008 erübrigt sich dank Umdisponierungen der Überbauungspläne der Gemeinde Augst.
Nr. 6.12.08	Erweiterung Funddepots / Auflösung Einmietungen Beseitigung der unbefriedigenden Arbeitsplatzverhältnisse und des Raumnotstandes für die archäologischen Kulturgüter gemäss GPK-Bericht vom 9. Mai 2001. Projekt der BUD (vgl. Punkt Nr. 4.04.02).	Bis Ende 2009 war die Landratsvorlage Planungskredit für das Sammlungszentrum Augusta Raurica inkl. Machbarkeitsstudie durch das HBA und die RAR fertig gestellt. Die Verabschiedung der Vorlage durch den Regierungsrat zuhanden des Landrates ist offen.

Nr. 6.12.13	Sicherungsmassnahmen an der Tempelstützmauer Schönbühl Die zehn Meter hohe römische Stützmauer am Fuss des Tempelhügels Schönbühl wurde letztmals 1938 restauriert. Sie ist instabil geworden; Steine und grössere Mauerpartien drohen herunterzufallen. Am Mauerfuss zirkulieren Zehntausende von Besucherinnen und Besuchern, darunter viele Schulklassen. Umsetzung der Landratsvorlage "Massnahmenpaket Tempelstützmauer Schönbühl in Augusta Raurica (Augst)" mit Sammelverpflichtungskredit für Stützmauer-Sanierung, Neupräsentation des römischen Wasserleitungs-Ausschnittes und Sanierung der didaktischen Römischen Brotbackstube. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Total: Fr. 846'000.- (Konto 2573.314.80) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2008: Fr. 0.- Budget 2009: Fr. 846'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.85 Mio. Fr.	Die Sicherungsmassnahmen an der Tempelstützmauer Schönbühl wurden 2009 zu ca. 70 Prozent realisiert; der Rest und die Neueinrichtung der Römischen Brotbackstube erfolgen 2010. Die Verzögerung musste mit Rücksicht auf die Winterwitterung in Kauf genommen werden, weil der Kalk-Restaurierungsmörtel mindestens zwei Monate ohne Frost abbinden muss und daher nicht bis an die Schwelle zum Winter gemauert werden darf.
Nr. 6.13	Programmpunkt Archäologie / Kantonsmuseum Strategische Zielsetzungen Die Sanierung der kantonseigenen Ruine Homburg und zeitgemässe Erhaltung und Erschliessung des kantonalen kulturellen Erbes durch infrastrukturelle Anpassung des Sollstellenplans.	↓ Amtsbericht 2009	
Nr. 6.13.04	Einzelne Massnahme Burgen und Ruinen Die Frage der Sanierungen und des Unterhalts der Burgen im Besitz von Gemeinden, Bürgergemeinden und Privaten dürfen nicht nur einzeln betrachtet werden, sondern müssen vom Kanton mit einem Konzept angegangen werden. Die Sanierung der kantonseigenen Ruine Homburg wurde 2008 begonnen und wird 2009 fortgesetzt. Für die Sanierung der kantonseigenen Ruine Pfeffingen folgt eine Landratsvorlage 2009. Verpflichtungskredit LRB 2007 / 189 Total: Fr. 2'870'000.- (Konto 2571.314.20.001) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2008: Fr. 1'800'000.- Budget 2009: Fr. 1'070'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 1.07 Mio. Fr.	Die Sanierung der Homburg ist weit fortgeschritten und wird 2010 budgetgerecht abgeschlossen. Die Landratsvorlage zur Sanierung der Ruine Pfeffingen ist fertig und an die Regierung weiter geleitet.

Nr. 6.13.09	Auswertungen Grabungen Die Auswertung ausgewählter Grabungen (vor allem Füllinsdorf - Altenberg, Reinach - Mausacker und Langenbruck - Dürstel) wird in Zusammenarbeit mit verschiedenen Universitäten vorangetrieben.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Im Rahmen des Budgets	Die Auswertungsarbeiten wurden im Rahmen der begrenzten zur Verfügung stehenden Mittel fortgesetzt, unter anderem mit der Vergabe einer Lizentiatsarbeit an der Uni Bern und einer Auftragsarbeit zur Archäobotanik an der Uni Basel zur Fundstelle Reinach-Mausacker.
Nr. 6.14	Programmpunkt Kantonsbibliothek Strategische Zielsetzungen Förderung der Lese- und der Medienkompetenz in verschiedenen sozialen Schichten. Die sehr einseitige Mediennutzung und der Verlust der Lesekompetenz nehmen bei Jugendlichen stark zu. Aber auch bildungsfernere, fremdsprachige oder ältere Menschen mit besonderen Bedürfnissen drohen den Kontakt zur Informationsgesellschaft zu verlieren.		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 6.14.06	Einzelne Massnahme Schulbibliothek wird Lernzentrum 2009 - 2012 Die Schulbibliotheken der Sekundarstufe I sollen mittelfristig zu zeitgemässen Lernzentren entwickelt werden. Zusammen mit dem Amt für Volksschulen, der Fachstelle Schulbibliotheken sowie der Stabsstelle Bildung soll ein Konzept für ein Lernzentrum und dessen Umsetzung im Rahmen eines Pilotprojektes vorbereitet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Laufende Rechnung	Das Lesezentrum an der Sekundarschule Waldenburgertal in Oberdorf wurde im Oktober 2009 eröffnet. Das Pilotprojekt ist für drei Jahre bewilligt. Nach der Evaluation wird über die schrittweise Einführung von Lesezentren an anderen Sekundarschulen entschieden.
Nr. 6.15	Programmpunkt Kulturförderung Strategische Zielsetzungen Zeitgenössische Kunst- und Kulturförderung / kulturelles.bl Prioritäten: 1. Abschluss resp. Planung des ordentlichen Spielbetriebs im Römischen Theater ab 2011. 2. Inkraftsetzung des Kulturgesetzes. 3. Infrastrukturelle Massnahmen für die Basisförderung im Bereich Musik.		↓ Amtsbericht 2009

Nr. 6.15.04	Einzelne Massnahme Bespielung Römisches Theater in Augusta Raurica Für den zweiten Teil der Probephase der Bespielung des Römischen Theaters 2009 / 2010 braucht es einen neuen Spielkredit aus dem ordentlichen Budget. Gleichzeitig muss die Planung für die Spielzeiten 2011 und 2012 in Angriff genommen werden. Kooperation mit der Gemeinde Augst. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Total: Fr. 1.2 Mio. (Konto 2580.318.90) Budget 2009: Fr. 0.6 Mio. Budget 2010: Fr. 0.6 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.6 Mio. Fr.	Die Bespielung des Römischen Theaters wurde gemäss Bespielungskonzept vom Frühling 2007 erfolgreich fortgesetzt. Die Probephase dauert bis Ende 2011. Programmqualität und -profil konnten dank regionalen Partnern gestärkt werden. Die Zuschauerfrequenz konnte deutlich gesteigert werden. Die Finanzierung erfolgte im Rahmen eines für 2009 definierten Kredits von insgesamt 580'000 Franken aus dem Lotteriefonds. Der ursprünglich vorgesehene Verpflichtungskredit zur regulären Bespielung aus dem ordentlichen Budget soll erst nach Abschluss der Probephase ab 2012 erfolgen.
Nr. 6.15.05	Partnerschaftsverhandlungen BS / BL Überprüfung des Kulturvertrags Abschluss der Partnerschaftsverhandlungen mit besonderer Fokussierung auf einen erhöhten Beitrag des Kantons Basel-Landschaft an das Theater Basel im Rahmen der Kulturvertragspauschale. In diesem Zusammenhang muss auch die Zweckbestimmung und die Dotierung des Kulturvertrags überprüft resp. an die neuen Entwicklungen in Basel angepasst werden (vgl. auch Punkt Nr. 6.15.03 in früheren Jahresprogrammen).	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Der Regierungsrat hat die Partnerschaftsverhandlungen mit dem Kanton BS im Bereich Kultur im Juni 2009 - auf der Basis von gemeinsam beschlossenen Eckwerten - abgeschlossen. Für die Jahre 2011 - 2015 fokussiert sich die Kooperation im Bereich Kultur auf die gemeinsame, verstärkte Subventionierung des Theaters Basel als wichtige Leitinstitution in der Region. Neu soll der Kanton BL ab 2011 eine feste Subvention ans Theater Basel ausrichten, zusätzlich zu den variablen Beiträgen aus der Kulturvertragspauschale. Die Subventionsverhandlungen mit dem Theater Basel konnten im Dezember abgeschlossen werden. Die erforderliche Landratsvorlage wurde für Januar 2010 terminiert. Die Bestimmungen des Kulturvertrags behalten ihre Gültigkeit.
Nr. 6.15.06	Kulturgesetz / Kulturbericht 2010 - 2014 Inkraftsetzung des neuen Kulturgesetzes per Mitte 2009. Im Nachgang dazu sollen die wichtigsten Prioritäten und Programme des Bereichs Kultur in einem Bericht für die Jahre 2010 - 2014 formuliert und umgesetzt werden. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB in Vorbereitung.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Das Kulturgesetz ist im Bereich Kultur das bedeutungsvollste Projekt. Die Inkraftsetzung des Kulturgesetzes kann vorerst nicht bewerkstelligt werden, nachdem der Landrat auf Antrag der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission den regierungsrätlichen Entwurf zur Neubearbeitung zurück-gewiesen hat. Er hat die Rückweisung auch mit dem Auftrag verbunden, ein Kulturleitbild zu erarbeiten und einer breiten Vernehmlassung zu unterstellen.

Nr. 6.15.07	Infrastrukturmassnahmen Es sind verschiedene Massnahmen im Unterbaselbiet zur Stärkung der Populärmusik geplant; dies nachdem sich die Erwartungen bei Rockfact in Münchenstein stark erfüllt haben.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Finanzierung Laufende Rechnung	Im Unterbaselbiet - Pratteln und Münchenstein - konnte mit projektorientierten Mitteln aus dem Lotteriefonds die Infra-struktur für die Populärmusik entscheidend gestärkt werden. Somit stehen im Z7 in Pratteln und in der Rockfact (Walzwerk Münchenstein) eine grosse Zahl an Probe- und Arbeitsräumen zur Verfügung, welche der Breiten- und Nachwuchsförderung dienlich sind. Noch offen ist das Projekt Biomill in Laufen; die Realisierung ist auf 2010 geplant.
-------------	---	--	---

Teil Sport

Nr. 6.16	Programmpunkt Sport Strategische Zielsetzungen Konzept für "Bewegung und Sport" Das Konzept definiert die Bewegungs- und die Sportpolitik im Kanton Basel-Landschaft. Das Schwergewicht der Massnahmen liegt in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Netzwerk. Bewegte Schule Mit gezielten Massnahmen soll an den Schulen der Sportunterricht durch Bewegungsförderung im Schulalltag ergänzt werden, gemäss Erklärung der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz vom 28. Oktober 2005. Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 2) Das KASAK ist ein Planungs- und ein Koordinationsinstrument der kantonalen Sportanlagenpolitik. Die Erstellung oder die Sanierung von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung kann mit Kantonsbeiträgen unterstützt werden. J+S - Kids 5 - 10 Zur Erhöhung der Bewegungsaktivität bei den Kindern in der Schule und im Verein sowie zur Steigerung der Anzahl an qualitativ hochstehenden Sport- und Bewegungsangeboten für Kinder startet der Bund das Programm J+S - Kids. Sport-Infrastruktur Im Raum Basel soll der Bedarf für einen "Campus Sport" für die Region näher geprüft werden. Dieser soll Räumlichkeiten für einen Sportstützpunkt für Leistungssportlerinnen und Leistungssportler und für Ausbildungs- und Fortbildungskurse beinhalten, aber auch Räumlichkeiten für die Verwaltung des öffentlich-rechtlichen und des privat-rechtlichen Sports.	↓ Amtsbericht 2009
-----------------	--	----------------------------------

Nr. 6.16.01	Einzelne Massnahme Konzept für "Bewegung und Sport" Das Konzept für "Bewegung und Sport" beinhaltet gezielte Massnahmen in sechs verschiedenen Bereichen, primär für bisher Bewegungsinaktive sowie diverse Aktivitäten im Schulsport und Pilotversuche von lokalen Bewegungs- und Sportnetzen. Zudem sollen die wichtigsten Erkenntnisse aus der Studie "Sport im Kanton Basel-Landschaft 2008" in die Fördermassnahmen einfließen. So sollen vermehrt Sport- und Bewegungsangebote für Migrantinnen und Migranten lanciert werden. Im Laufe des Jahres befindet der Regierungsrat über eine Fortsetzung des Konzeptes. Landratsvorlage 2005 / 020; 2005 / 020a / Verpflichtungskredit LRB Nr. 1356 vom 22. September 2005 Total: Fr. 1.12 Mio. für die Jahre 2006 - 2009 (Konto 2590.317.90) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 0.29 Mio. Budget 2008: Fr. 0.35 Mio. Budget 2009: Fr. 0.33 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.33 Mio. Fr.	Wie vorgesehen konnten diverse Projekte zur Förderung von Sport und Bewegung durchgeführt werden, alle mit dem Ziel, die Zahl der bewegungsaktiven Bevölkerung zu erhöhen. Bei einigen Projekten hat das Sportamt die Federführung, wie bei den School Dance Awards, beim "Spiel ohne Grenzen" für Primarschulklassen, bei den Baselbieter Sporttests für Schulen und Vereine oder bei der Datenbank für Sport- und Bewegungstests (www.sporttests.ch). Andere Projekte von externen Träger-schaften hat das Sportamt unterstützt und zum Teil begleitet. Beispiele: Aufbau der lokalen Bewegungs- und Sportnetze in Binningen und Liestal, "Schweiz bewegt" mit diversen Baselbieter Gemeinden. Bewegungsangebote für Migrantinnen und Migranten hat in Absprache mit dem Sportamt der Verein "Gsünder Basel - Gesundheit für die Region" durchgeführt. Der Schlussbericht zum Konzept für Bewegung und Sport wurde erarbeitet.
Nr. 6.16.02	Bewegte Schule Im Jahr 2009 liegt das Schwergewicht auf der Bewegungsförderung und Bewegungserziehung in der Schule, insbesondere auf der Sicherstellung der Qualität. Erste Massnahmen aus der EDK-Erklärung sollen vollzogen werden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Die Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) hat in Zusammenarbeit mit der Konferenz der kantonalen Sportbeauftragten (KKS) einen umfassenden Massnahmenkatalog aus der EDK-Erklärung zu Bewegungserziehung und Bewegungsförderung in der Schule erarbeitet. Da sich der Druck und die Herausgabe dieser Handreichung mit Ideen und Materialien zur Bewegungserziehung verzögert haben und auf Frühjahr 2010 verschoben worden sind, konnten die geplanten Umsetzungsmassnahmen noch nicht gestartet werden.
Nr. 6.16.03	Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 2) Das KASAK sieht Kantonsbeiträge an Sanierungen oder Neubauten von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung vor. Im Jahr 2009 befindet der Regierungsrat über eine Erarbeitung eines KASAK 3 für die Jahre 2010 - 2014. Landratsvorlage 2005 / 173; vom 14. Juni 2005 / Verpflichtungskredit LRB vom 3. November 2005 Total: Fr. 12 Mio. für die Jahre 2005 - 2009 (Konto 2590.362.10) Per Ende 2007 verbraucht: Fr. 3.49 Mio. Budget 2008: Fr. 3.2 Mio. Budget 2009: Fr. 2.4 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 2.4 Mio.Fr.	Im fünften Jahr der Umsetzung von KASAK 2 hat der Regierungsrat verschiedene Sportanlagenprojekte mit Beiträgen aus dem Verpflichtungskredit unterstützt. Wie in den Vorjahren lag das Schwergewicht bei der Erstellung von Kunstrasenspielfeldern und bei baulichen Massnahmen in Hallen- oder Freibädern. Auf der Grundlage von definierten Eckwerten wird die Landratsvorlage KASAK 3 erarbeitet. Diese wird im Laufe des Jahres 2010 vorliegen.

Nr. 6.16.08	J+S - Kids 5 - 10 Seit 1994 fördert und unterstützt der Kanton Sportaktivitäten mit Kindern über das Programm Jugendsport Baselland (JSBL). Mit dem Programm J+S - Kids 5 - 10 will der Bund die Bewegungsaktivitäten der Kinder in den Schulen und Vereinen steigern. Bis Ende 2009 sollen alle tätigen JSBL-Leiterinnen und -Leiter einen eintägigen Umschulungskurs absolvieren und so die Anerkennung als J+S - Kids-Leitende erlangen. Dies hat ein deutlich erhöhtes Kursangebot zur Folge, welches infolge Beiträgen des Bundes für den Kanton nahezu kostenneutral sein wird.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Die Einführung von J+S-Kids und die damit verbundene Umschulung von über 700 Leitenden von Jugendsport Baselland (JSBL) zu J+S-Kids-Leiterinnen und -Leitern waren für das Sportamt die zentralen Aufgaben im Basellbieter Sportjahr 2009. Diese Umschulung der Leitenden war sehr zeitintensiv und verlief reibungslos. Obwohl das Bundesprogramm J+S-Kids wie JSBL eine polysportive Grundausbildung der Kinder zum Ziel hat, sind die Rahmenbedingungen für J+S-Kids etwas anders abgesteckt worden. Die Vereine und Schulen werden in dieser Einführungsphase intensiv betreut. Die vereinsübergreifende Zusammenarbeit stellt für die Vereine eine Herausforderung dar. Erst wenige Schulen bieten J+S-Kids-Kurse an.
Nr. 6.16.09	Sportstützpunkt beider Basel: Um- und Neubauten Auf der Grundlage eines parlamentarischen Vorstosses werden Vorabklärungen für eine allfällige Projektierung eines "Campus Sport" für die Region vorgenommen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Die Option, den Sportstützpunkt ins Areal Polyfeld Muttentz zu integrieren, wird geprüft.
Nr. 6.16.10	Neubau eines kantonalen Kurs- und Sportzentrums Auf der Grundlage eines parlamentarischen Vorstosses werden Vorabklärungen für eine allfällige Projektierung eines "Campus Sport" für die Region vorgenommen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: Keine	Die Option, den Neubau eines kantonalen Kurs- und Sportzentrums ins Areal Polyfeld Muttentz zu integrieren, wird geprüft.

Teil 7 Landeskanzlei (LAKA)

Amtsbericht 2009: Gesamtschau aus Sicht der Landeskanzlei

Die Landeskanzlei hat auch im Jahr 2009 ihre zahlreichen Aufgaben im Dienste des Landrates und des Regierungsrates sowie der Öffentlichkeit wie angestrebt auf einem guten Standard erfüllen können. Das von der Landeskanzlei geführte und für eine Probephase bis 2011 verstärkte Sekretariat der Nordwestschweizer Regierungskonferenz hat sich als voll funktionsfähig erwiesen und dürfte sich für eine vertiefte grenzüberschreitende Zusammenarbeit als sehr nützlich erweisen. Die technisch und grafisch erneuerte, von der Landeskanzlei betreute Homepage des Kantons hat durchwegs positive Reaktionen ausgelöst. Intern war die Auseinandersetzung mit dem ERP-Projekt insbesondere für die unmittelbar beteiligten Mitarbeiterinnen eine grosse Herausforderung.

Nr. 7.01	Programmpunkt Parlamentsdienste Strategische Zielsetzungen Die Landeskanzlei unterstützt die Arbeit des Landrates optimal, indem sie wirkungsvolle, den Bedürfnissen des Parlamentes und seiner Organe entsprechende Dienstleistungen erbringt.		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 7.02	Programmpunkt E-Government / Publikationen Strategische Zielsetzungen Unter Electronic Government wird die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Redigieren und Verwalten durch Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien verstanden. Die Chancen und die Risiken von E-Government sollen im Kanton Basel-Landschaft weiterhin durch vertiefte Zusammenarbeit mit dem Bund und den Gemeinden sowie durch die sorgfältige Prüfung und die Realisierung von neuen Kunden orientierten Anwendungen optimiert werden.		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 7.02.01	Einzelne Massnahme Weiterführung von www.ch.ch Die Mitarbeit am zentralen Internet-Portal www.ch.ch wird weitergeführt. Die nationale Internet-Einstiegsseite www.ch.ch soll Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Behörden einen einfachen, Themen orientierten Zugriff auf das Online-Angebot der Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden verschaffen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.022 Mio. Fr. Konto 2005.318.81	Ziel erreicht, Aufgabe erfüllt.

Nr. 7.02.03	Erneuerung des Internet Auftritts von www.bl.ch Nach dem Relaunch der kantonalen Homepage im Mai 2008, der auf durchwegs positives Echo gestossen ist, werden mit der neuen technischen Umgebung möglich gewordene Applikationen geprüft. Bis anhin hat die Landeskanzlei sämtliche Beiträge auf der Homepage versorgt und verlinkt, was künftig in einem fest abgesteckten Rahmen auch anderen Stellen möglich sein wird. Allerdings sind diesbezüglich die organisatorischen Auswirkungen sorgfältig zu prüfen, weil die bisherige Praxis, für die ca. 200 Stellenprozente benötigt werden, nicht nur eine sehr kostengünstige Lösung darstellt, sondern auch die inhaltliche Qualität der Homepage besser gewährleisten kann, weil bei einer dezentralisierten Lösung dem Gesamtüberblick kaum mehr die nötige Aufmerksamkeit gewidmet würde (was andere Kantone bestätigen).		Ziel erreicht, Aufgabe erfüllt.
Nr. 7.03	Programmpunkt Archivierung Strategische Zielsetzungen Im Interesse der Rechtssicherheit, des Schutzes der Grundrechte, der rationellen Verwaltungsführung und der Forschung wollen wir die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns auch unter den neuen Anforderungen der Informationsgesellschaft sicher stellen.		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 7.03.03	Einzelne Massnahme Weiterentwicklung Archivinformationssystem StAR Neben der Implementierung des neuen Archivinformationssystems werden interaktive Internet- und Intranetzugänge aufgebaut, welche die archivischen Arbeitsabläufe unterstützen und elektronische Transaktionen zwischen dem Staatsarchiv und den Dienststellen ermöglichen. Damit ist eine wesentliche Grundlage geschaffen für die elektronische Archivierung.		Das neue Archivinformationssystem CMI StAR konnte mit einer Projektverzögerung von rund einem Jahr definitiv in Betrieb genommen werden. Es bringt im Vergleich zum Vorgängersystem DACHS grosse Fortschritte bei der Erfassung und der Verwaltung der Archivbestände. Trotz der suboptimalen Erfahrungen mit dem gewählten Produkt bei den beiden ersten Projektetappen konnte das Projekt dennoch auf dem angestrebten Niveau abgeschlossen werden. Lösungen für die dringend notwendige elektronische Unterstützung der archivischen Arbeitsabläufe sowie für interaktive Schnittstellen müssen auf andere Weise realisiert werden.

Nr. 7.03.04	Erschliessungsprojekt "Kantonale Unterlagen 1950 - 1983" Mit dem Erschliessungsprojekt "Kantonale Unterlagen 1950 - 1983" soll die letzte grössere Erschliessungslücke bei den kantonalen Archivbeständen geschlossen werden.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.060 Mio. Fr. Konto 2006.301.90	Die Erschliessungsarbeiten wurden plangemäss vorangetrieben. Bei den Erschliessungsarbeiten bewährt sich das neue Archivinformationssystem sehr. Da wegen der Sicherungsoffensive zur Zeit mehr Unterlagen abgeliefert werden als detailliert erschlossen werden können, wird der Nachholbedarf an Erschliessungsarbeiten allerdings noch einige Jahre bestehen.
Nr. 7.03.06	Sicherung aller archivwürdigen Unterlagen der Kantonsverwaltung Nach Abschluss des Archivneubaus stehen genügend Raumreserven zur Verfügung, so dass alle archivwürdigen Unterlagen des Kantons, die vor 2000 entstanden sind, übernommen werden können. Diese "Sicherungsoffensive" dauert bis 2010.		Die Sicherungsoffensive verläuft überaus erfolgreich. 2009 wurden knapp 1'000 Laufmeter Unterlagen vom Staatsarchiv übernommen. Die intensivierten Kontakte mit den Dienststellen erlauben nun auch zunehmend eine prospektiv ausgerichtete Archivierungsplanung. In Archivierungsvereinbarungen wird festgelegt, was zu welchen Zeitpunkten abgeliefert werden soll.
Nr. 7.03.07	Schaffung der Grundlagen für die elektronische Archivierung In Anlehnung an die GEVER-Strategie des Bundes sollen auch im Kanton Basel-Landschaft bis spätestens 2012 die Voraussetzungen für eine stabile elektronische Archivierung geschaffen werden. Die elektronische Archivierung wird eingebettet in die Informatikstrategie BL und das Projekt "Information Lifecycle Management (ILM)".		Eine sehr gut besuchte Veranstaltung im Herbst 2009 mit Projektverantwortlichen im Bereich Records Management zeigte Stagnation und einen grossen Handlungsbedarf auf. Das Staatsarchiv erarbeitete einen Bericht über den Stand der elektronischen Aktenführung im Kanton; dieser soll 2010 zusammen mit konkreten Handlungsvorschlägen dem Regierungsrat vorgelegt werden.
Nr. 7.04	Programmpunkt Regionale Zusammenarbeit Strategische Zielsetzungen Die regionale Zusammenarbeit gewinnt in vielen Bereichen an Bedeutung. Die Landeskanzlei vernetzt und unterstützt den Geschäftsverkehr zwischen den beteiligten politischen Behörden. Im Vordergrund stehen die Beziehungen zu Basel-Stadt, die Beziehungen zu den Mitgliedern der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und die Beziehungen zu den französischen und deutschen Gebietskörperschaften der Oberrheinischen Regierungskonferenz.		↓ Amtsbericht 2009

Nr. 7.04.03	Einzelne Massnahme Beteiligung an der Europäischen territorialen Kooperation (EtZ) Für die Förderperiode 2008 - 2013 wurde das bisherige Interreg-Programm zu einem eigenständigen Ziel innerhalb der Kohäsions- und Strukturpolitik der EU aufgewertet ("Europäische territoriale Zusammenarbeit - EtZ"). Die EtZ soll zur Erreichung der Ziele der Lissabon- und Göteborg-Strategien beitragen: Investitionen sollen auf Wissen, auf Forschungs- und Innovationskapazitäten, auf eine bessere allgemeine und berufliche Bildung sowie auf eine nachhaltige Entwicklung abzielen. Der Kanton Basel-Landschaft hat sich in Zusammenarbeit mit seinen regionalen Partnern (insbesondere Basel-Stadt, Aargau, Solothurn, Jura) seit 1991 an den Interreg-Programmen beteiligt. Es geht nun darum, den Landratsbeschluss vom 13. Dezember 2007 umzusetzen und für eine zielgerichtete Verwendung der bewilligten Finanzmittel besorgt zu sein.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.340 Mio. Fr. Konto 2005.367.00	Die vom Regierungsrat genehmigten Interreg-Projekte werden gemäss den separaten Finanzierungsvereinbarungen und im Rahmen des bewilligten Budgets unterstützt. Das Interreg-Programm läuft noch bis 2013.
Nr. 7.04.04	Beteiligung am Trinationalen Eurodistrict Basel Die Eurodistrict-Initiative wurde aufgrund von Diskussionen in der Nachbarschaftskonferenz anfangs 2005 in der Trinationalen Agglomeration Basel aufgenommen. Der Eurodistrict ist ein politischer Appell zu einer intensivierten Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Im Vordergrund steht die stärkere Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene. Nach dem zustimmenden Landratsbeschluss vom 22. Mai 2008 geht es nun darum, die angemessene Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft und vor allem seiner Gemeinden an der weiteren Entwicklung umzusetzen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.120 Mio. Fr. Konto 2005.361.30	Der Kanton Basel-Landschaft beteiligt sich im Rahmen der vom Landrat bewilligten Mittel am Trinationalen Eurodistrict Basel.
Nr. 7.04.05	Sekretariat der Nordwestschweizer Regierungskonferenz Die Regierungen der Kantone Bern, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura haben beschlossen, das Sekretariat der Nordwestschweizer Regierungskonferenz zu verstärken. Sie haben ihre finanziellen Beiträge erhöht. Die Sekretariatsaufgaben werden weiterhin von der Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft wahrgenommen. Mit verstärkten personellen Ressourcen sind die Grundsatzbeschlüsse der Plenarkonferenz vom 8. Juni 2007 und die im Betriebsreglement verankerten Ziele und Massnahmen umzusetzen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.150 Mio. Fr. Konto 2005.301.20	Das für eine Probephase bis 2011 verstärkte Sekretariat ist voll funktionsfähig und hat als Grundlage für die regelmässig stattfindenden Gespräche mit den beteiligten Kantonsregierungen eine Halbzeitbilanz erstellt.

Nr. 7.04.06	Vorbereitung 12. Dreiländer-Kongress Im Jahr 2010 findet in Basel der 12. Dreiländer-Kongress zum Thema "Bildung, Forschung und Innovation am Oberrhein" statt. Die Dreiländer-Kongresse am Oberrhein sind seit ihrer Entstehung vor 19 Jahren zu einem wichtigen Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geworden. Sie bieten die Möglichkeit, aktuelle Schwerpunktthemen unter Miteinbezug von Wissenschaft und Wirtschaft sowie weiterer Kreise vertieft zu bearbeiten. Die Ergebnisse der bisherigen Dreiländer-Kongresse haben Impulse für die staatliche regionale Kooperation geliefert. Basel-Landschaft ist ein Hauptträger des Dreiländer-Kongresses. Es geht darum, die Vorbereitungsarbeiten optimal zu unterstützen.	Finanzielle Auswirkungen 2009: 0.20 Mio. Fr. Konto 2005.361.30	Die Vorbereitungsarbeiten laufen gemäss Plan.
Nr. 7.05	Programmpunkt Volkswahlen und -abstimmungen Strategische Zielsetzungen Die Landeskanzlei nimmt eine zentrale Rolle ein bei der Vorbereitung und der Durchführung von Volkswahlen und -abstimmungen.		↓ Amtsbericht 2009
Nr. 7.05.04	Einzelne Massnahme Vorbereitung und Durchführung der Gesamterneuerungswahlen der Bezirksgerichte und der Friedensrichterinnen und -richter Die Gesamterneuerungswahlen der Bezirksgerichte und der Friedensrichterinnen und -richter für die Amtsperiode vom 1. April 2010 bis 31. März 2014 werden aufgrund der Änderung vom 23. März 2006 des Gesetzes über die politischen Rechte 2009 erstmals von der Landeskanzlei ohne die Unterstützung der Bezirksstatthalterämter vorbereitet und durchgeführt.		Die Wahlen sind ohne nennenswerte Probleme erfolgt.

Teil 8 Antrag

Der Regierungsrat ersucht den Landrat um Prüfung und Genehmigung des Amtsberichtes 2009 des Regierungsrates.

Liestal, 26. Januar 2010

Im Namen des Regierungsrates:

Der Präsident: Urs Wüthrich-Pelloli

Der Landschreiber: Walter Mundschin

Beilagen: Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

 Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)

Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

1 Anfragen aus dem Landrat

Der Regierungsrat hat 2009 die folgenden Vorstösse im Landrat mündlich oder schriftlich beantwortet.

1.1 Interpellationen

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2008/069	Interpellation von Pia Fankhauser vom 13. März 2008: Verkehrssicherheit im Kreisel für den Langsamverkehr. Schriftliche Antwort vom 29. April 2008	erledigt	12/03/2009
2008/323	Interpellation von FDP-Fraktion vom 27. November 2008: Keine restriktive Kreditvergabep Praxis für Baselbieter KMU!	beantwortet	12/03/2009
2009/057	Interpellation von Bruno Baumann vom 12. März 2009: Stellenabbau bei der Clariant	beantwortet	12/03/2009
2008/307	Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 13. November 2008: Konjunkturprogramm des Bundes. Schriftliche Antwort vom 13. Januar 2009	erledigt	12/03/2009
2009/108	Interpellation von Elisabeth Augstburger vom 23. April 2009: Mehr Platzmöglichkeiten für Asylbewerber	beantwortet	23/04/2009
2009/107	Interpellation von Daniel Münger vom 23. April 2009: Überprüfung von 500 Poststellen mit "geringer" Nachfrage	beantwortet	23/04/2009
2008/257	Interpellation von Hanspeter Ryser vom 16. Oktober 2008: Agrarfreihandelsabkommen mit der EU - Auswirkungen auf den Kanton Basel - Landschaft. Schriftliche Antwort vom 17. Februar 2009	erledigt	07/05/2009
2007/209	Interpellation von Rolf Richterich vom 6. September 2007: Hochwasserereignis August 2007: Nie wieder?! Schriftliche Antwort vom 27. Januar 2009	erledigt	07/05/2009
2008/241	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 25. September 2008: Grenzwertüberschreitung von Chemikalien im Trinkwasser (Teil 2). Schriftliche Antwort vom 16. Dezember 2008	erledigt	07/05/2009
2008/160	Interpellation von Pia Fankhauser vom 5. Juni 2008: Projekt "Migrant-Friendly Hospitals" - auch in Baselland? Schriftliche Antwort vom 16. September 2008	erledigt	07/05/2009
2008/256	Interpellation von Dominik Schneider vom 16. Oktober 2008: Übergangslösungen für steuerliches Bausparen im Baselbiet	beantwortet	07/05/2009
2008/214	Interpellation von Peter Brodbeck vom 11. September 2008: Drohender Vollzugsnotstand bei der Umsetzung des neuen Gesundheitsgesetzes. Schriftliche Antwort vom 31. März 2009	erledigt	07/05/2009
2008/315	Interpellation von Georges Thüring vom 27. November 2008: Wie behandelt unser Kanton Raser? Schriftliche Antwort vom 27. Januar 2009	erledigt	07/05/2009

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2008/296	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 30. Oktober 2008: Steuerabzug für das Bausparen	beantwortet	07/05/2009
2007/213	Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 6. September 2007: Umweltverschmutzung bei Überschwemmungen. Schriftliche Antwort vom 27. Januar 2009	erledigt	07/05/2009
2009/125	Interpellation von Christian Steiner vom 7. Mai 2009: Baselbieter Hochwasserschutz-Projekte zur Prüfung beim Bund?	beantwortet	07/05/2009
2009/011	Interpellation der SVP-Fraktion vom 15. Januar 2009: Unlautere Behördenpropaganda des Baselbieter Regierungsrates. Schriftliche Antwort vom 17. März 2009	erledigt	07/05/2009
2008/239	Interpellation von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 25. September 2008: Grossinvestitionen der EBM - inwieweit sind davon die Strombezüger in der Nordwestschweiz betroffen. Schriftliche Antwort vom 27. Januar 2009	erledigt	14/05/2009
2008/261	Interpellation von Philipp Schoch vom 16. Oktober 2008: Unzufriedenes Personal in den kantonalen Spitälern? Schriftliche Antwort vom 9. Dezember 2008	erledigt	28/05/2009
2008/294	Interpellation der CVP/EVP-Fraktion vom 30. Oktober 2008: Strompreise - welche Erhöhungen für die Familien? Schriftliche Antwort vom 6. Januar 2009	erledigt	28/05/2009
2008/345	Interpellation von Marc Joset vom 11. Dezember 2008: Drohgebärden gegen den Verfassungsauftrag. Schriftliche Antwort vom 27. Januar 2009	erledigt	28/05/2009
2009/049	Interpellation von Sarah Martin vom 19. Februar 2009: ÖV in der Region Gelterkinden. Schriftliche Antwort vom 24. März 2009	erledigt	28/05/2009
2008/306	Interpellation von Nelly Dambach vom 13. November 2008: Darf Kantonalbank-Tochter für Atomstrom werben? Schriftliche Antwort vom 20. Januar 2009	erledigt	11/06/2009
2008/219	Interpellation von Isaac Reber vom 11. September 2008: Ist die Anwendung bekanntermassen rechtswidriger Praxen ein Kavaliersdelikt?. Schriftliche Antwort vom 4. November 2008	erledigt	25/06/2009
2008/215	Interpellation von Paul Wenger vom 11. September 2008: Sekretariatsdienstleistungen des Kantons für Baselbieter National- und Ständeräte	beantwortet	25/06/2009
2008/217	Interpellation von Petra Schmidt vom 11. September 2008: Handhabung und Rechtsverbindlichkeit des Bauinventar BL (BIB). Schriftliche Antwort vom 4. November 2008	erledigt	10/09/2009
2009/222	Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 10. September 2009: Finanzielle Auswirkungen von Verzögerungen bei der H2-Auftragvergabe	beantwortet	10/09/2009
2009/221	Interpellation von Felix Keller vom 10. September 2009: Zwischenfall beim Euro Airport vom 15. August 2009	beantwortet	10/09/2009
2008/259	Interpellation von Rita Bachmann vom 16. Oktober 2008: Ultra-Brag-Silo im Auhafen. Schriftliche Antwort vom 11. November 2008	erledigt	10/09/2009

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2008/238	Interpellation von Thomas de Courten vom 25. September 2008: Gleichbehandlung der Baselbieter KMU-Wirtschaft im Rahmen partnerschaftlicher Geschäfte und Staatsverträge mit Basel-Stadt. Schriftliche Antwort vom 13. Januar 2009	erledigt	10/09/2009
2008/218	Interpellation von Jacqueline Simonet vom 11. September 2008: Forschungsförderung BL. Schriftliche Antwort vom 18. August 2009	erledigt	24/09/2009
2009/141	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 14. Mai 2009: Sparen an der Volksschule um die Universität und die Fachhochschule Nordwestschweiz zu finanzieren?	beantwortet	24/09/2009
2009/097	Interpellation der SVP-Fraktion vom 26. März 2009: Defizitbremse: Wann droht die erste zwingende Steuererhöhung?. Schriftliche Antwort vom 24. September 2009	erledigt	15/10/2009
2008/139	Interpellation von Jacqueline Simonet vom 22. Mai 2008: Umsetzung der 5. IV Revision im Kanton Baselland. Schriftliche Antwort vom 2. Juni 2009	erledigt	15/10/2009
2008/339	Interpellation der FDP-Fraktion vom 10. Dezember 2008: Vakante Stellen in der kantonalen Verwaltung. Schriftliche Antwort vom 25. August 2009	erledigt	15/10/2009
2009/173	Interpellation der SVP-Fraktion vom 11. Juni 2009: Staatliche Pensionskassenregelung für höhere Kader in Baselland. Schriftliche Antwort vom 25. August 2009	erledigt	15/10/2009
2009/048	Interpellation von Elisabeth Schneider vom 19. Februar 2009: Deckungsgrad der Basellandschaftlichen Pensionskasse und Folgen für den Kanton Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 24. September 2009	erledigt	15/10/2009
2009/004	Interpellation von Hanspeter Ryser vom 15. Januar 2009: Eckwerte Euro 2008	beantwortet	29/10/2009
2008/320	Interpellation von Daniele Ceccarelli vom 27. November 2008: Besteuerung von Kapitalauszahlungen aus der 2. Säule. Schriftliche Antwort vom 17. März 2009	erledigt	29/10/2009
2009/192	Interpellation von Agathe Schuler vom 25. Juni 2009: "Nachtflugsperrre auf dem EAP"	beantwortet	29/10/2009
2008/347	Interpellation von Rolf Richterich vom 11. Dezember 2008: H18 Muggenberg: Beschleunigte Realisierung dank weitgehend offener Linienführung. Schriftliche Antwort vom 3. Februar 2009	erledigt	29/10/2009
2008/141	Interpellation der Grünen-Fraktion vom 22. Mai 2008: 9. Stadion	beantwortet	29/10/2009
2009/295	Interpellation von Christine Mangold vom 29. Oktober 2009: Verschiebung Einführung Sprachenkonzept - welche Strategie steht dahinter?	beantwortet	29/10/2009
2008/321	Interpellation von Daniele Ceccarelli vom 27. November 2008: Basellandschaftliche Grundstücksgewinnsteuer. Schriftliche Antwort vom 17. März 2009	erledigt	29/10/2009

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2008/322	Interpellation von Daniele Ceccarelli vom 27. November 2008: Basellandschaftliche Handänderungssteuer. Schriftliche Antwort vom 17. März 2009	erledigt	29/10/2009
2008/346	Interpellation von Ruedi Brassel vom 11. Dezember 2008: Radiokonzession. Schriftliche Antwort vom 10. März 2009	erledigt	29/10/2009
2008/292	Interpellation von Christine Mangold vom 30. Oktober 2008: FHNW - Untergymnasium im Kanton Aargau	beantwortet	12/11/2009
2008/213	Interpellation von Martin Rüegg vom 11. September 2008: Keine Schule für Asyl-Kinder: Auch im Kanton BL? Schriftliche Antwort vom 18. November 2008	erledigt	12/11/2009
2009/321	Interpellation von Georges Thüring vom 12. November 2009: Erhöhung des Beitrages an die Kaserne Basel	beantwortet	12/11/2009
2009/067	Interpellation der SP-Fraktion vom 12. März 2009: Wie geht die Baselbieter Regierung mit der Ausstandspflicht um? Schriftliche Antwort vom 12. Mai 2009	erledigt	26/11/2009

1.2 Schriftliche Anfragen

G-Nr.	Geschäftstitel	Antwort
2009/050	Schriftliche Anfrage von Peter Brodbeck vom 19. Februar 2009: Überstürztes Inkrafttreten des neuen Gesundheitsgesetz und eingetretener Vollzugsnotstand	31/03/2009
2009/193	Schriftliche Anfrage von Marc Joset vom 25. Juni 2009: Auswirkungen von beschleunigten Steuererleichterungen?	22/09/2009

1.3 Unbeantwortete Schriftliche Anfragen

Keine

1.4 Mündliche Anfragen (Fragestunde)

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2009/021	Bericht der Landeskanzlei vom 27. Januar 2009: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 29. Januar 2009	alle Fragen (5) beantwortet	29/01/2009
2009/077	Bericht der Landeskanzlei vom 24. März 2009: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 26. März 2009	alle Fragen (4) beantwortet	26/03/2009

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2009/132	Bericht der Landeskanzlei vom 12. Mai 2009: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 14. Mai 2009	alle Fragen (1) beantwortet	14/05/2009
2009/162	Bericht der Landeskanzlei vom 9. Juni 2009: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 11. Juni 2009	alle Fragen (1) beantwortet	11/06/2009
2009/256	Bericht der Landeskanzlei vom 22. September 2009: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 24. September 2009	alle Fragen (1) beantwortet	24/09/2009
2009/292	Bericht der Landeskanzlei vom 27. Oktober 2009: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 27. Oktober 2009	alle Fragen (7) beantwortet	29/10/2009
2009/334	Bericht der Landeskanzlei vom 24. November 2009: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 26. November 2009	alle Fragen (1) beantwortet	26/11/2009

2 Aufträge des Landrates

2.1 Im Jahre 2009 abgeschriebene Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2002/032	Postulat von Christoph Rudin vom 7. Februar 2002: Revision des Gesetzes über den Ombudsman	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	29/01/2009 23/01/2003	2008/129
2005/255	Postulat von Annemarie Marbet vom 22. September 2005: Sekundarschulkreis Sissach	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	19/02/2009 18/05/2006	2008/313
2005/320	Motion der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Senkung der Staatsquote	abgeschrieben; überwiesen	19/02/2009 11/05/2006	2008/194
2006/013	Postulat der SP-Fraktion vom 12. Januar 2006: Regionales Konzept Gefängnisplanung	abgeschrieben; überwiesen	12/03/2009 18/05/2006	2009/014
2003/038	Postulat von Max Ribi vom 6. Februar 2003: Kantonaler Spezialrichtplan öffentlicher Verkehr	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	26/03/2009 30/10/2003	2007/169

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
1998/193	Postulat von Ruedi Moser vom 15. Oktober 1998: Vermeidung Mobilfunk-Antennenwald	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	26/03/2009 04/03/1999	2007/169
2008/105	Postulat von Birgitta Rebsamen vom 24. April 2008: Wert- und Ethikunterricht für Kinder	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	23/04/2009 30/10/2008	2009/020
2007/305	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Dezember 2007: Lohneinstufung des Ombudsmans	überwiesen und abgeschrieben	23/04/2009	
2004/274	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. Oktober 2004: Raser weg von der Strasse!	abgeschrieben; überwiesen	07/05/2009 24/02/2005	2009/017
2002/304	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Erbschafts- und Schenkungssteuer bei der Unternehmensnachfolge	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	07/05/2009 30/10/2003	2008/272
2008/289	Postulat von Jacqueline Simonet vom 30. Oktober 2008: Möglichkeit einer Zwischentaxation bei Stipendien und Prämienverbilligungen	überwiesen und abgeschrieben	07/05/2009	
2004/239	Motion der SVP-Fraktion vom 23. September 2004: Genehmigung der Stufenlehrpläne und der Stundentafeln der einzelnen Schularten durch den Landrat	abgeschrieben; überwiesen (verkürzte Behandlungsfrist)	07/05/2009 03/02/2005	2008/351
2004/244	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. September 2004: Bildungspolitik gehört in den Landrat!	abgeschrieben; überwiesen	07/05/2009 25/11/2004	2008/351
2006/209	Postulat von Simone Abt vom 7. September 2006: Einreichung einer Standesinitiative betreffend Unterzeichnung und Ratifizierung der Menschenhandelskonvention des Europarates	abgeschrieben; überwiesen	07/05/2009 22/03/2007	2009/015
2004/243	Postulat der SVP-Fraktion vom 23. September 2004: Bildungspolitik gehört in den Landrat!	abgeschrieben; überwiesen	07/05/2009 25/11/2004	2008/351
2004/302	Postulat von Urs Hammel vom 25. November 2004: Verkehrsrowdys härter bestrafen	abgeschrieben; überwiesen	07/05/2009 24/02/2005	2009/016
2004/241	Motion der FDP-Fraktion vom 23. September 2004: Genehmigung der Stufenlehrpläne und der Stundentafeln der einzelnen Schularten durch den Landrat	abgeschrieben; überwiesen (verkürzte Behandlungsfrist)	07/05/2009 03/02/2005	2008/351

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2006/139	Postulat von Daniela Schneeberger vom 18. Mai 2006: Überprüfung des Erbschafts- und Schenkungssteuer-Tarifs und Besserstellung von Konkubinatspartnern	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	07/05/2009 01/02/2007	2008/272
2006/266	Postulat von Ivo Corvini vom 2. November 2006: Überprüfung des Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer vom 7. Januar 1980 (SGS 334)	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	07/05/2009 01/02/2007	2008/272
2001/251	Postulat von Remo Franz vom 25. Oktober 2001: Entlastung der Aescher Hauptstrasse	abgeschrieben; überwiesen	14/05/2009 10/01/2002	2008/310
2005/258	Postulat der Fraktion der Grünen vom 22. September 2005: Erschliessung Kantonsspital Bruderholz mit dem öffentlichen Verkehr	abgeschrieben; überwiesen	28/05/2009 06/04/2006	2009/056
2006/121	Postulat von Marc Joset vom 27. April 2006: Verbesserung der Busverbindung auf das Bruderholz und zum Bruderholzspital	abgeschrieben; überwiesen	28/05/2009 01/02/2007	2009/056
2003/319	Postulat von Esther Maag vom 11. Dezember 2003: Effizienzsteigerung des Öffentlichen Verkehrs im Leimental	abgeschrieben; überwiesen	28/05/2009 22/04/2004	2009/056
2008/284	Postulat von Stephan Grossenbacher vom 30. Oktober 2008: Biogas-Verstromung in der Landwirtschaft	als Postulat überwiesen und abgeschrieben	28/05/2009	
2008/168	Motion von Rolf Richterich vom 19. Juni 2008: Bonus-/ Malussystem im öffentlichen Verkehr	abgeschrieben; überwiesen	28/05/2009 13/11/2008	2009/056
2008/167	Motion von Klaus Kirchmayr vom 19. Juni 2008: Neue Buslinie Ettingen Bahnhof - Aesch Bahnhof	abgeschrieben; überwiesen	28/05/2009 13/11/2008	2009/056
2008/290	Postulat von Kaspar Birkhäuser vom 30. Oktober 2008: Bessere Vernetzung der Forschung für erneuerbare Energien in der Region	überwiesen und abgeschrieben	28/05/2009	
2007/059	Motion von Madeleine Göschke vom 22. März 2007: Mittagstisch für Sekundarschulen	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	11/06/2009 06/09/2007	2009/041
2005/099	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 7. April 2005: Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit	abgeschrieben; überwiesen	11/06/2009 18/05/2006	2009/041
2003/081	Postulat von Isaac Reber vom 27. März 2003: Urwaldfreundlicher Kanton	abgeschrieben; überwiesen	11/06/2009 30/10/2003	2009/041

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2005/221	Postulat der FDP-Fraktion vom 8. September 2005: Zürich will Spitzenmedizin in Basel und Bern auslöschen	abgeschrieben; Mot als Postulat (modifiziert) überwiesen	11/06/2009 08/09/2005	2009/041
2006/154	Postulat von Simone Abt vom 8. Juni 2006: EURO 08 ohne Zwangsprostitution	abgeschrieben; überwiesen	11/06/2009 30/11/2006	2009/041
1999/169	Postulat der FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Optimierung der Transportinfrastruktur am Oberrhein und Hochrhein	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	11/06/2009 23/03/2000	2009/041
2006/156	Postulat von Siro Imber vom 8. Juni 2006: Weniger Verkehrsanordnungen, mehr Sicherheit und Verantwortung	abgeschrieben; überwiesen	11/06/2009 30/11/2006	2009/031
2007/235	Postulat von Jürg Wiedemann vom 20. September 2007: Vergrösserung der zulässigen Bandbreite der Über- und Unterstunden von Lehrkräften	abgeschrieben; überwiesen	11/06/2009 08/05/2008	2009/071
2000/098	Postulat von Pascal Wyss vom 4. Mai 2000: Sicherung, Schutz und Nutzungskonzept für die Römervilla Munzach in Liestal	abgeschrieben; überwiesen	11/06/2009 30/11/2000	2009/041
2007/234	Postulat von Jürg Wiedemann vom 20. September 2007: Massnahmen bei Disziplinarverstössen auf der Sekundarstufe	abgeschrieben; überwiesen	11/06/2009 08/05/2008	2009/070
2001/168	Postulat der FDP-Fraktion vom 21. Juni 2001: Bedarfsabklärung betreffend öffentlichen Tagesschulen	abgeschrieben; überwiesen	11/06/2009 10/01/2002	2009/041
2006/046	Postulat von Eva Chappuis vom 16. Februar 2006: Schulbesuch am Tagesaufenthaltsort	abgeschrieben; überwiesen	11/06/2009 18/05/2006	2009/041
2006/245	Postulat von Hanspeter Wullschleger vom 19. Oktober 2006: Änderung des Hanfgesetzes: Bewilligungs- statt Meldepflicht für den Hanfanbau	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	11/06/2009 15/02/2007	2009/041
2004/049	Postulat der SP-Fraktion vom 19. Februar 2004: Ergänzung des Dekrets zum Finanzhaushaltsgesetz zur Festlegung von Spezialfinanzierungen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	25/06/2009 09/09/2004	2009/081
2006/208	Postulat der SP-Fraktion vom 7. September 2006: Solidarität zwischen den Gemeinden bei den Sozialkosten	abgeschrieben; überwiesen	25/06/2009 01/02/2007	2009/078

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2005/141	Postulat der SP-Fraktion vom 26. Mai 2005: Sonderfinanzierung von Investitionen, die durch Gebühren refinanziert werden	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	25/06/2009 23/02/2006	2009/081
2005/055	Parlamentarische Initiative der SVP-Fraktion vom 24. Februar 2005: Verwendung ausserordentlicher Erträge	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert) an Fiko	25/06/2009 27/10/2005	2009/081
2002/309	Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Abschaffung / Milderung der Kapitalsteuer bei juristischen Personen	abgeschrieben; überwiesen	25/06/2009 30/10/2003	2009/033
2008/062	Motion der FDP-Fraktion vom 13. März 2008: Anpassungen der kantonalen Steuergesetzgebung an die Unternehmenssteuerreform II	abgeschrieben; überwiesen	25/06/2009 22/05/2008	2009/033
2007/038	Postulat von Karl Willimann vom 15. Februar 2007: Feinkalibrierung am Bussengenerator dient nicht der Sicherheit...	abgeschrieben; überwiesen	10/09/2009 20/09/2007	2009/101
2008/124	Postulat von Philipp Schoch vom 8. Mai 2008: Metrobasel	abgeschrieben; überwiesen	24/09/2009 11/12/2008	2009/073
2007/160	Postulat von Regula Meschberger vom 21. Juni 2007: Schaffung der Stelle eines / einer Delegierten für die Integration von Menschen mit Behinderung und / oder Leistungsbeeinträchtigung in die Arbeitswelt	abgeschrieben; überwiesen	24/09/2009 24/01/2008	2009/146
2006/050	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Aufhebung der Alterslimite für Inhaberinnen und Inhaber eines Nebenamtes	abgeschrieben; überwiesen	24/09/2009 02/11/2006	2009/080
2007/163	Postulat von Christoph Rudin vom 21. Juni 2007: Augusta Raurica als Unesco-Kulturerbe	abgeschrieben; überwiesen	24/09/2009 21/02/2008	2009/082
2007/161	Postulat von Christoph Rudin vom 21. Juni 2007: Subventionserhöhung für das Theater Roxy Birsfelden	abgeschrieben; überwiesen	24/09/2009 24/01/2008	2009/165
2006/077	Postulat von Daniel Wenk vom 23. März 2006: Unterhalt der Wälder entlang von Kantonsstrassen	abgeschrieben; überwiesen	15/10/2009 14/12/2006	2009/144
2003/148	Postulat von Franz Hilber vom 19. Juni 2003: Dritte Sporthalle am Gymnasium Liestal	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	15/10/2009 22/04/2004	2009/100
2001/161	Postulat von Heinz Aebi vom 7. Juni 2001: Ausbau der SBB-Linie Basel - Laufen- Delémont	abgeschrieben; überwiesen	15/10/2009 29/11/2001	2008/349

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2009/009	Postulat von Elisabeth Schneider vom 15. Januar 2009: Behandlung der brieflichen Stimmabgabe	überwiesen und abgeschrieben	15/10/2009	
2007/009	Postulat von Rolf Richterich vom 18. Januar 2007: Mehr Zug und Bus im Laufental!	abgeschrieben; überwiesen	15/10/2009 03/05/2007	2008/349
2008/066	Postulat von Paul Rohrbach vom 13. März 2008: Förderung der Zusammenarbeit unter den Gemeinden	abgeschrieben; überwiesen	15/10/2009 22/05/2008	2009/079
2007/286	Postulat von Martin Rüegg vom 15. November 2007: S9 nach Basel	abgeschrieben; überwiesen	15/10/2009 24/04/2008	2008/349
2004/091	Postulat von Andreas Helfenstein vom 1. April 2004: Mehr Zug für das Baselbiet, Angebotsausbau der S-Bahn Basel	abgeschrieben; überwiesen	15/10/2009 14/10/2004	2008/349
2005/280	Postulat der SVP-Fraktion vom 27. Oktober 2005: Drittes Geleise im Ergolzthal	abgeschrieben; überwiesen	15/10/2009 16/11/2006	2008/349
2007/297	Postulat von Elisabeth Schneider vom 29. November 2007: Förderung von Gemeindezusammenschlüssen	abgeschrieben; überwiesen	15/10/2009 22/05/2008	2009/079
2006/064	Postulat von Andreas Helfenstein vom 23. Februar 2006: Weichen in die Zukunft richten: Entwicklungspotential der Regio-S-Bahn nutzen!	abgeschrieben; überwiesen	15/10/2009 06/04/2006	2008/349
2005/235	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Viertelstunden - Takt Gelterkinden - Aesch	abgeschrieben; überwiesen	15/10/2009 06/04/2006	2008/349
2006/116	Postulat von Georges Thüning vom 27. April 2006: Euro 08-Tickets für Baselbieter Bevölkerung	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	29/10/2009 02/11/2006	2009/002
2008/201	Motion von Hanspeter Ryser vom 11. September 2008: Aufräumaktion EURO 08	abgeschrieben	29/10/2009	2009/002
2006/025	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 26. Januar 2006: Gesamtkosten Euro 08	abgeschrieben; überwiesen	29/10/2009 23/03/2006	2009/002
2004/300	Postulat von Esther Maag vom 25. November 2004: EURO 2008: Sicherheit durch Prävention und Fan-Betreuung	abgeschrieben; überwiesen	29/10/2009 10/03/2005	2009/002
2007/076	Parlamentarische Initiative der SP-Fraktion vom 22. März 2007: Förderabgabe auf dem Strombezug	abgeschrieben; überwiesen an UEK	12/11/2009 01/11/2007	
2009/296	Motion von Eva Chappuis vom 29. Oktober 2009: Umsetzung des Sprachenkonzepts	überwiesen und abgeschrieben	12/11/2009	

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2007/201	Postulat von Marc Joset vom 6. September 2007: Tempo - 30	abgeschrieben; überwiesen	26/11/2009 08/05/2008	2009/201
2005/319	Postulat von Regula Meschberger vom 14. Dezember 2005: Asbestsanierungen öffentlicher Gebäude	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen (modifiziert)	26/11/2009 06/04/2006	2009/179
2006/199	Motion der Petitionskommission vom 7. September 2006: Änderung des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen	abgeschrieben; überwiesen	26/11/2009 19/10/2006	2009/123
2005/269	Postulat von Hannes Schweizer vom 20. Oktober 2005: Lehrlingsausbildung als Eignungs- oder Zuschlagkriterium bei öffentlichen Beschaffungen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	26/11/2009 19/10/2006	2009/123
2006/152	Postulat von Urs Hintermann vom 8. Juni 2006: Kein nächtlicher Alkoholverkauf mehr	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/12/2009 16/11/2006	2008/165
2006/117	Postulat von Hansruedi Wirz vom 27. April 2006: Die Kantone erheben für die Abgabe der Kleinhandelsbewilligung (Handel mit gebrannten Wasser) eine Gebühr, deren Höhe sich nach Art und Bedeutung des Geschäftsbetriebes bemisst (Alkoholgesetz Art.41a / SR 680)	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/12/2009 02/11/2006	2008/165
2006/170	Postulat von Martin Rüegg vom 22. Juni 2006: Für eine präventive Preisgestaltung alkoholischer Getränke	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/12/2009 16/11/2006	2008/165
2006/169	Postulat von Martin Rüegg vom 22. Juni 2006: Kein Alkoholverkauf mehr an Tankstellen und Kiosken	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/12/2009 16/11/2006	2008/165
2004/115	Motion von Regula Meschberger vom 6. Mai 2004: Ausscheidung von Zonen für die Errichtung von Versorgungsanlagen (Mobilfunkanlagen, UMTS-Anlagen)	abgeschrieben; überwiesen	10/12/2009 28/10/2004	2009/160
2007/007	Motion von Agathe Schuler vom 18. Januar 2007: Ergänzung des Raumplanungs- und Baugesetzes (RBG) betreffend Mobilfunkantennenanlagen	abgeschrieben; überwiesen	10/12/2009 03/05/2007	2009/160

Erläuterungen

überwiesen und abgeschrieben = In der gleichen Sitzung überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

abgeschrieben; überwiesen = Am angegebenen Datum abgeschrieben, Überweisung zu einem früheren Zeitpunkt.

2.2 Erfüllte Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
1983/229	Postulat der CVP-Fraktion vom 5. Dezember 1983: Weiterführung der BLT-Linie 70 Reigoldswil - Basel (Aeschenplatz) zum Bahnhof SBB Basel	2009/385
1999/074	Motion von Eric Nussbaumer vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die Familienergänzende Kinderbetreuung II	2009/313
2000/145	Postulat von Heinz Aebi vom 22. Juni 2000: Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion	2009/312
2000/274	Postulat vom 29. Dezember 2000: Petition zu Gunsten der Buslinie 70	2009/385
2001/129	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Einführung eines Öko-Effizienz-Profiles in der kantonalen Verwaltung	2009/213
2002/101	Postulat von Esther Maag vom 18. April 2002: Einführung eines Umweltmanagementsystems in der kantonalen Verwaltung zur Erreichung der CO2-Zielvorgaben	2009/213
2005/061	Postulat von Urs Hintermann vom 24. Februar 2005: Verfahrensbeschleunigung bei Baurekursen	2009/386
2005/231	Postulat von Rita Bachmann vom 8. September 2005: Zur Haltestellen - Verlegung für die Buslinien 70 und 80 am Aeschenplatz	2009/385
2005/279	Postulat der Umweltschutz- und Energiekommission vom 27. Oktober 2005: Energie sparen - Energie gewinnen	2009/206
2006/009	Postulat von Ursula Jäggi vom 12. Januar 2006: §§ 48 ff (H. Rechte und Pflichten Privater) des Polizeigesetzes seien dahingehend zu ändern, dass die Tätigkeit privater Sicherheitsorganisationen geregelt wird	2008/035
2006/029	Postulat von Jürg Wiedemann vom 26. Januar 2006: Reduktion der Stundenausfälle an der Sekundarstufe 1	2009/290
2006/100	Postulat von Christoph Rudin vom 6. April 2006: Gemeinsames Kulturkonzept für Basel-Stadt und Basel-Landschaft	2009/030
2006/122	Postulat von Marc Joset vom 27. April 2006: Realisierung eines Nachtbusnetzes	2009/389
2006/200	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 7. September 2006: Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft zur Abschaffung der Besteuerung des Eigenmietwertes für Wohneigentum	2009/349
2006/270	Postulat der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Mandatsvertrag (Steuerung der Beteiligungen)	2009/159
2006/315	Postulat von Hannes Schweizer vom 13. Dezember 2006: Holzasche zurück in den natürlichen Kreislauf	2009/195
2006/316	Postulat von Daniel Wenk vom 13. Dezember 2006: Förderung des Rohstoffs Holz	2009/180
2006/320	Postulat von Patrick Schäfli vom 14. Dezember 2006: Mehr Mitbestimmung des Landrats bei öffentlich-rechtlichen Anstalten im Kanton Basel-Landschaft	2009/159
2007/010	Postulat von Jacqueline Simonet vom 18. Januar 2007: Für besseres Fremdsprachenlernen durch Austauschpädagogik	2009/312

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
2007/037	Postulat von Christoph Rudin vom 15. Februar 2007: Verlegung der Bushaltestelle für die Linie 70/80 am Aeschenplatz	2009/385
2007/061	Motion von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: 2000-Watt-Gesellschaft im Gebäudebereich	2009/333
2007/062	Motion von Karl Willmann vom 22. März 2007: Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Baugesetz verankern	2009/208
2007/067	Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Erarbeitung einer kantonalen Energieeffizienz-Strategie	2009/333
2007/070	Postulat von Agathe Schuler vom 22. März 2007: Gebäude-Energieausweis	2009/387
2007/085	Postulat von Madeleine Göschke vom 19. April 2007: Offenlegung sämtlicher Analysendaten der Hardwasser AG	2009/336
2007/116	Postulat von Jürg Wiedemann vom 10. Mai 2007: Vorbehandlung des Trinkwassers	2009/316
2007/271	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 1. November 2007: Standesinitiative gegen EU-Schlachttiertransporte auf Schweizer Strassen	2009/250
2007/272	Postulat von Jürg Wiedemann vom 1. November 2007: Einsatz von Fachlehrkräften an der Primarschule in den Fremdsprachen Französisch und Englisch	2009/312
2007/273	Postulat von Marianne Hollinger vom 1. November 2007: Weg vom steuerbaren Einkommen als Grundlage für Subventionen	2009/287
2007/291	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 15. November 2007: Verhandlungsmandate für interkantonale Vereinbarungen	2009/288
2007/309	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 12. Dezember 2007: Energie-Standards für Gewerbebauten	2009/207
2008/038	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 21. Februar 2008: Weiterführung der Pendler- und Ausflugslinie der BLT, Linie 70 vom Aeschenplatz zum Bahnhof Basel SBB	2009/385
2008/039	Verfahrenspostulat der CVP/EVP-Fraktion vom 21. Februar 2008: Einleitung einer Parlamentsreform	2009/039
2008/133	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 22. Mai 2008: Standesinitiative betreffend gesamtschweizerische Regelung der Suizidbeihilfe	2009/104
2008/135	Motion von Klaus Kirchmayr vom 22. Mai 2008: Delegation der Kompetenz zur Sperrung von Internet-Seiten	2009/289
2008/137	Postulat der Grünen-Fraktion vom 22. Mai 2008: Atomstromfreier Kanton Basel-Landschaft	2009/382
2008/170	Postulat von Christoph Frommherz vom 19. Juni 2008: Berücksichtigung der IAO - Kernübereinkommen im kantonalen Beschaffungswesen	2009/311
2008/203	Postulat von Pia Fankhauser vom 11. September 2008: Pro Kopf-Beitrag für Spitexdienste	2009/310
2008/232	Motion der Petitionskommission vom 25. September 2008: Rasche Verlängerung der Buslinien 70 und 80 zum Bahnhof Basel SBB	2009/385
2008/234	Postulat von Jürg Wiedemann vom 25. September 2008: Konzept und Ausbildung der Fremdsprachen (Französisch und Englisch) an der Primarschule	2009/312

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
2008/281	Postulat von Madeleine Göschke vom 30. Oktober 2008: Bestgerätestrategie des Kantons	2009/359

Erläuterungen

Erfüllte, aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse

2.3 Mehr als ein Jahr alte Postulate seit der Überweisung

Über die Postulate, die nicht innert eines Jahres seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/049	Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien	19/10/2000
2000/187	Postulat von Alfred Zimmermann vom 21. September 2000: Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags	30/11/2000
2000/246	Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton	11/01/2001
2002/127	Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen	05/09/2002
2003/080	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 27. März 2003: Vorlage eines neuen Finanzierungskonzeptes zwecks - mindestens teilweiser - Beseitigung der vorhandenen Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse	19/06/2003
2003/039	Postulat der Grünen-Fraktion vom 6. Februar 2003: Nachtflugsperr in Zürich verlangt Nachtflugsperr in Basel	04/09/2003
2003/112	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Neue Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg	13/11/2003
2003/312	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Änderung des Verkehrsabgabegesetzes RRB 863 (06)	27/05/2004
2005/058	Postulat von Martin Rüegg vom 24. Februar 2005: Standesinitiative betreffend Oberaufsicht des Bundes über die Erdbebenvorsorge	17/11/2005
2005/127	Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Mai 2005: Befristete Verkehrssteuerbefreiung für Elektro-, Erdgas- und Biogasfahrzeuge	27/04/2006
2006/016	Postulat von Marc Joset vom 12. Januar 2006: Personalbefragung	11/05/2006
2005/317	Postulat der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Strukturell bedingte Unterdeckung der Pensionskasse beseitigen!	11/05/2006
2005/257	Postulat der SVP-Fraktion vom 22. September 2005: Steuerliches Anreizsystem zum Energiesparen und zum Einsatz erneuerbarer und alternativer Energien	11/05/2006

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/114	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. April 2005: Einführung einer generellen Strassenkasse resp. eines Strassenfonds	08/06/2006
2006/097	Postulat der FDP-Fraktion vom 6. April 2006: Verbesserung und Vereinheitlichung des Personalmanagements beim Kanton	01/02/2007
2006/226	Postulat der FDP-Fraktion vom 21. September 2006: Steuern könnten einfacher sein!	15/02/2007
2007/069	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 22. März 2007: "Verkehrssteuer mit ökologischer Ausrichtung"	18/10/2007
2006/099	Postulat von Jacqueline Simonet vom 6. April 2006: Revision des Steuergesetzes: Abzug von ZEITSPENDEN analog zu "freiwilligen Zuwendungen"	21/02/2008
2007/134	Postulat von Ivo Corvini vom 7. Juni 2007: Steuerabzugsmöglichkeit bei privaten Abwasseranlagen	13/03/2008
2007/193	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 6. September 2007: Höherer Kinderabzug bei Selbstbetreuung der eigenen Kinder	13/03/2008
2007/159	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. Juni 2007: Klarere gesetzliche Vorgaben und Standards für die Zuweisung von Rückstellungen (Fondsbildung) in der Staatsrechnung	13/03/2008
2007/158	Postulat von Heinz Aebi vom 21. Juni 2007: Mehr direkte Demokratie in den Gemeinden!	13/03/2008
2007/165	Postulat von Jürg Wiedemann vom 21. Juni 2007: Steuerrabatt bei Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts	13/03/2008
2007/284	Postulat der SP-Fraktion vom 15. November 2007: Abgangsregelung für hauptamtliche RichterInnen	22/05/2008
2007/314	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. Dezember 2007: Einheitliche und gezielte Finanzführung	22/05/2008
2007/205	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 6. September 2007: Erstellung eines Demographieberichts	22/05/2008
2008/314	Postulat der FDP-Fraktion vom 27. November 2008: Anpassung von Vergütungs- und Verzugszins bei der Staatssteuer	27/11/2008
2008/221	Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Zentrumsabgeltung an Basel-Stadt: Überprüfung der finanziellen Grundlagen	11/12/2008
2008/205	Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Für einen zeitgemässen Kündigungsschutz in der Verwaltung	11/12/2008

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/036	Postulat von Roland Bächtold vom 8. Februar 2001: Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen	26/04/2001
2003/279	Postulat von Eric Nussbaumer vom 13. November 2003: Perspektivenbericht Kantonsspital Laufen	01/04/2004

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/273	Postulat von Martin Rüegg vom 28. Oktober 2004: Schutz der Nichtrauchernden	13/01/2005
2005/113	Postulat der SVP-Fraktion vom 21. April 2005: Effilex: Aufhebung des Regierungsratsbeschlusses betreffend Ruhegehalt der Hebammen	06/04/2006
2005/224	Postulat von Karl Willmann vom 8. September 2005: Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Wald	08/06/2006
2006/027	Postulat von Paul Schär vom 26. Januar 2006: Sicherheit für Pharma - Probanden und Pharma - Forschung dank trinationalen Probanden - Register	02/11/2006
2006/026	Postulat von Christoph Rudin vom 26. Januar 2006: Trinationaler Masterplan Rheinhafen	18/01/2007
2007/064	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2007: Bericht zur Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft	18/10/2007
2007/203	Postulat der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Mehr Handlungsspielraum für die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Landschaft	05/06/2008
2007/287	Postulat von Pia Fankhauser vom 15. November 2007: Zentrale Vermittlung von Ferienbetten/Notbetten für Betagte	16/10/2008
2008/037	Postulat von Paul Wenger vom 21. Februar 2008: Überarbeitung und Revision des Basellandschaftlichen "Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage" vom 26. September 1968, insbesondere die Anpassung von § 6 an die heutigen gesellschaftlichen Bedürfnisse und Anliegen, dies im Sinne der geltenden gesetzlichen Regelung im Kanton Basel-Stadt	16/10/2008
2008/070	Postulat von Pia Fankhauser vom 13. März 2008: Behandlungskette im Gesundheitsbereich als Standard	16/10/2008
2008/122	Postulat von Regula Meschberger vom 8. Mai 2008: Gesamtarbeitsverträge in subventionierten Institutionen und Betrieben mit Leistungsvereinbarungen	11/12/2008
2008/136	Postulat von Daniel Münger vom 22. Mai 2008: Förderung genossenschaftlicher Wohnungsbau	11/12/2008

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1989/024	Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB	03/05/1993
1994/016	Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.	10/02/1994
1997/189	Postulat von Max Ritter vom 25. September 1997: Bahn Sissach - Läfelfingen - Olten	25/09/1997
1998/093	Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam	26/11/1998
1999/255	Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal	24/02/2000

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/037	Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Februar 2000: Umfahrung Allschwil / Verkehrsentslastung Leimental	06/04/2000
2000/080	Postulat von Max Ritter vom 6. April 2000: Änderung des Gesetzes über den Denkmal- und Heimatschutz	21/09/2000
2001/114	Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe	31/05/2001
2003/194	Postulat von Ivo Corvini vom 4. September 2003: Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB (als Zusatzlinie)	22/01/2004
2005/063	Postulat von Anton Fritschi vom 24. Februar 2005: Gemeinsames Amt für Umwelt und Energie BL und BS	12/05/2005
2005/064	Postulat von Remo Franz vom 24. Februar 2005: Für eine Fusion der Umweltämter beider Basel	12/05/2005
2004/317	Postulat von Georges Thüring vom 8. Dezember 2004: Zusammenlegung der kantonalen Laboratorien	12/05/2005
2003/134	Postulat der Justiz- und Sicherheitsdirektion vom 5. Juni 2003: Raumkonzept für die Justiz/Projekt für ein Gerichtsgebäude	08/09/2005
2005/101	Postulat von Jürg Degen vom 7. April 2005: Tarifverbund TriRegio	26/01/2006
2005/045	Postulat der SVP-Fraktion vom 3. Februar 2005: Aufhebung der Konzession zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Liestal nach Waldenburg eventuell Langenbruck	26/01/2006
2006/051	Postulat von Simone Abt vom 16. Februar 2006: Massnahmen gegen den Feinstaub	06/04/2006
2005/226	Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. September 2005: Massnahmen gegen erhöhte Feinpartikel-Belastung	06/04/2006
2006/115	Postulat der FDP-Fraktion vom 27. April 2006: Kein Verzicht auf den Wisenbergtunnel	27/04/2006
2006/011	Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Januar 2006: Sanierung der Chemiemülldeponien in Muttenz	30/11/2006
2006/173	Postulat von Ivo Corvini vom 22. Juni 2006: Verbesserung der Abläufe bei der Feuerungskontrolle und weitergehende Liberalisierung	14/12/2006
2006/098	Postulat von Kaspar Birkhäuser vom 6. April 2006: Minergie-Standard für Salina Raurica	14/12/2006
2006/174	Postulat von Esther Maag vom 22. Juni 2006: Verkehrsentslastung im Ergolzthal	14/12/2006
2007/090	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Unterstützung von Massnahmen im Gebäudebereich	01/11/2007
2007/060	Postulat der SP-Fraktion vom 22. März 2007: Gebäudepass - Die Energieetikette fürs Haus	01/11/2007
2007/102	Postulat von Siro Imber vom 3. Mai 2007: Wärmeerzeugung: Eigenständiges Baselbiet	01/11/2007
2007/145	Postulat von Christoph Frommherz vom 14. Juni 2007: Beteiligung von Schulen am Erfolg von Energiesparmassnahmen	01/11/2007
2007/065	Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Gaspreis für Wärme-Kraft-Koppelung	01/11/2007

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/088	Postulat von Martin Rüegg vom 19. April 2007: Bruderholzspital mit Minergie-P-Standard	29/11/2007
2006/317	Postulat von Eugen Tanner vom 13. Dezember 2006: Klare Verantwortlichkeiten bei Bauvorhaben	10/01/2008
2007/049	Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. März 2007: Behindertentransport in den öffentlichen Verkehr (ÖV) integrieren	24/01/2008
2007/115	Postulat von Hanni Huggel vom 10. Mai 2007: Mit dem ÖV ins römische Theater in Augusta raurica	24/04/2008
2007/253	Postulat von Marc Joset vom 18. Oktober 2007: Anbindung des Leimentals an den Bahnhof Basel SBB	24/04/2008
2007/249	Postulat von Eric Nussbaumer vom 18. Oktober 2007: Öffentlicher Nahverkehr im unteren Kantonsteil bis 2030	24/04/2008
2007/166	Postulat von Isaac Reber vom 21. Juni 2007: Weiterentwicklung Tarifverbund Nordwestschweiz zu einem Verkehrsverbund	24/04/2008
2007/157	Postulat von Andreas Helfenstein vom 21. Juni 2007: Deponie Margelacker Gesicherte und vollständige Entscheidungsgrundlagen abwarten!	24/04/2008
2007/233	Postulat von Siro Imber vom 20. September 2007: Bessere Umsteigeeverbindung an der Tramhaltestelle Brausebad für Allschwil und Schönenbuch	24/04/2008
2007/290	Postulat von Marianne Hollinger vom 15. November 2007: TNW Tarifverbund Nordwestschweiz - mindestens Olten gehört dazu!	24/04/2008
2007/252	Postulat der Grüne-Fraktion vom 18. Oktober 2007: Verwertung von Grünabfällen	22/05/2008
2007/254	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 18. Oktober 2007: Veloverbindungen Reinach - Arlesheim / Dornach	22/05/2008
2008/154	Postulat von Marc Joset vom 5. Juni 2008: Vermeidung von Konkurrenz der Gewerbebetriebe durch Stromversorger	25/09/2008
2008/169	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 19. Juni 2008: Photovoltaik für alle neuen Kantonsgebäude	25/09/2008
2007/204	Postulat von Jürg Wiedemann vom 6. September 2007: Partikelfilter für landwirtschaftliche Fahrzeuge	16/10/2008
2008/172	Postulat von Urs Hess vom 19. Juni 2008: Minergie ohne Nutzungsverlust	16/10/2008
2008/158	Postulat von Christine Gorrengourt vom 5. Juni 2008: Mit einer wirkungsvollen Energieberatung und Baudämmung zur 2000 Watt-Gesellschaft	16/10/2008
2008/027	Postulat von Robert Ziegler vom 24. Januar 2008: Südumfahrung "light"	13/11/2008
2008/028	Postulat von Siro Imber vom 24. Januar 2008: S-Bahn-Haltestelle Basel Morgartenring / Allschwil	13/11/2008
2008/166	Postulat von Mirjam Würth vom 19. Juni 2008: Kleine Gewässer ans Licht	13/11/2008

Sicherheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/025	Postulat von Peter Zwick vom 25. Januar 2001: Einsetzung eines Tierschutzanwaltes	22/02/2001
2001/163	Postulat von Remo Franz vom 7. Juni 2001: Einführung des Öffentlichkeitsprinzips	10/01/2002
2003/019	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz in Zentren und öffentlichen Räumen unseres Kantons	27/11/2003
2003/122	Postulat von Robert Ziegler vom 22. Mai 2003: Verkehrsmässige Erschliessung des Sportzentrums St. Jakob	15/01/2004
2004/004	Postulat von Patrick Schäfli vom 15. Januar 2004: Parking-Situation im St. Jakob	06/05/2004
2004/102	Postulat von Andreas Helfenstein vom 22. April 2004: Ohne Parkplatzsorgen zum St. Jakob-Park	13/01/2005
2004/119	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 6. Mai 2004: Parkplatzbewirtschaftung beim St. Jakob-Park	13/01/2005
2004/301	Postulat von Esther Maag vom 25. November 2004: Umfassendes Verkehrskonzept St. Jakob	12/05/2005
2005/232	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel und der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) in beiden Basel	16/02/2006
2005/234	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Verkehrsleitzentrale	11/05/2006
2006/017	Postulat von Madeleine Göschke vom 12. Januar 2006: Zusammenschluss der Anlaufstellen von Sanität und Feuerwehr zu einer einzigen Einsatzzentrale und deren gemeinsamer Betrieb mit Basel-Stadt	18/05/2006
2006/049	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Bildet eine Sicherheitsdirektion	18/05/2006
2006/151	Postulat von Daniela Gaugler vom 8. Juni 2006: Temporeduktion und Fussgängerstreifen Neuhof	08/06/2006
2007/027	Postulat der BSK vom 1. Februar 2007: Mitwirkung des Parlaments bei Staatsverträgen	07/06/2007
2007/192	Postulat von Georges Thüning vom 6. September 2007: Schaffung eines kantonalen Krisen- und Katastrophenfonds	06/09/2007
2007/083	Postulat von Regula Meschberger vom 19. April 2007: Änderung des Bürgerrechtsgesetzes: Zulassung von Einbürgerungskommissionen	24/04/2008
2007/308	Postulat von Regula Meschberger vom 12. Dezember 2007: Armeewaffen freiwillig an einem sicheren Ort deponieren	08/05/2008
2006/171	Postulat von Patrick Schäfli vom 22. Juni 2006: Motorfahrzeugprüfungen: Vereinbarung BL/BS muss verbessert werden!	25/09/2008
2008/012	Postulat von Elisabeth Schneider vom 10. Januar 2008: Verrechnung gemeindepolizeilicher Tätigkeiten durch die Kantonspolizei	30/10/2008
2008/253	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 16. Oktober 2008: Milde Urteile geben zu denken !	27/11/2008
2008/156	Postulat von Robert Ziegler vom 5. Juni 2008: Das Kriterium des Strafregistereintrages bei Einbürgerungen ist zu überprüfen und differenziert zu handhaben!	27/11/2008

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2008/155	Postulat von Daniel Münger vom 5. Juni 2008: Auslegeordnung - familienfreundliche Wirtschaftsregion Nordwestschweiz	27/11/2008
2008/123	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2008: Schutz vor Cyberbullying	27/11/2008
2008/210	Postulat der CVP/EVP- Fraktion vom 11. September 2008: Zivilcourage	27/11/2008

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/283	Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen	08/05/2003
2004/245	Postulat von Christian Steiner vom 23. September 2004: Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt am Kindergarten und an der Primarschule (VO BBZ vom 4. Mai 04)	25/11/2004
2005/146	Postulat von Florence Brenzikofer vom 26. Mai 2005: Neues Beurteilungssystem an den Baselbieter Primarschulen	23/03/2006
2005/144	Postulat von Dieter Völlmin vom 26. Mai 2005: Wiedereinführung des Semesterzeugnis an den Primarschulen	23/03/2006
2005/271	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 20. Oktober 2005: Nicht nur Akademiker für unser Baselbiet	27/04/2006
2005/182	Postulat von Christoph Rudin vom 23. Juni 2005: Kulturgesetz	18/05/2006
2006/153	Postulat von Ruedi Brassel vom 8. Juni 2006: Aufbau eines Kompetenzzentrums für die Begleitforschung zu den Life Sciences	19/10/2006
2006/101	Postulat von Christian Steiner vom 6. April 2006: Eltern bilden statt Kinder therapieren	02/11/2006
2006/289	Postulat von Karl Willimann vom 16. November 2006: 175 Jahre Basel-Landschaft - Zeichen setzen !	18/01/2007
2006/251	Postulat von Madeleine Göschke vom 19. Oktober 2006: Auswertung der Agendaführung von Lernkräften	15/02/2007
2006/250	Postulat von Marianne Hollinger vom 19. Oktober 2006: 5-Tage-Woche für alle Schülerinnen und Schüler	15/02/2007
2006/227	Postulat von Eva Gutzwiller vom 21. September 2006: Gewaltprofile an den Schulen Erfassung mittels Internet	15/02/2007
2006/155	Postulat von Simone Abt vom 8. Juni 2006: Psychomotoriktherapie für alle Kinder, die sie brauchen	22/03/2007
2007/068	Postulat von Georges Thüning vom 22. März 2007: Förderung des regionalen Theaterschaffens	06/09/2007
2007/093	Postulat von Bea Fünfschilling vom 19. April 2007: Orientierungsarbeiten an der Sekundarschule	06/09/2007

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/162	Postulat der SP-Fraktion vom 21. Juni 2007: Bericht über die Rahmenbedingungen einer breiteren Abstützung des Theaters Basel, bis hin zur gemeinsamen Trägerschaft	21/02/2008
2007/232	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 20. September 2007: Volle Ausschöpfung und Erweiterung der Kriterien für die Gewährung von Finanzhilfen zur Erstellung und den Betrieb von Sportanlagen	08/05/2008
2007/315	Postulat von Martin Rüegg vom 13. Dezember 2007: Campus Sport für die Region	08/05/2008
2007/231	Postulat von Karl Willmann vom 20. September 2007: Gezielte Förderung des Jugendsports !	08/05/2008
2007/164	Postulat von Christoph Rudin vom 21. Juni 2007: Kulturelles Erbe aus Arbeit, Gewerbe und Industrie	08/05/2008
2007/202	Postulat der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Überprüfung Standorte Universität Basel	08/05/2008
2007/200	Postulat von Elsbeth Schmied vom 6. September 2007: Neuregelung der Schulferien - längere Herbstferien!	08/05/2008
2008/108	Postulat von Urs Berger vom 24. April 2008: Gewaltfreie Jugend - Gewaltfreie Schule	30/10/2008
2008/068	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. März 2008: Entlastung der Schulen von unnötiger Bürokratie	30/10/2008
2008/092	Postulat von Thomas Bühler vom 10. April 2008: Klassengrössen an der Volksschule	30/10/2008
2008/109	Postulat von Jacqueline Simonet vom 24. April 2008: Zugang zu Behindertenorganisationen für Nicht-IV-Berechtigte	30/10/2008

Büro Landrat

Keine

Landeskanzlei

Keine

Kantonsgericht

Keine

2.4 Mehr als zwei Jahre alte Motionen seit der Überweisung

Über die Motionen, die nicht innert zwei Jahren seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/007	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Januar 2006: "Pauschale Budgetanträge"	11/05/2006

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/086	Motion der FDP-Fraktion vom 21. März 2002: Ausbau der Hafenbahn	14/11/2002
2004/270	Motion von Elisabeth Augstburger vom 28. Oktober 2004: Frische Luft für mehr Genuss	13/01/2005
2006/265	Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Umsetzung der kantonalen Koordinationspflichten im Bereich Betreuung und Pflege im Alter	19/04/2007

Bau- und Umweltschuttdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/192	Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen	04/03/1999
2005/302	Motion der SVP-Fraktion vom 17. November 2005: Kantonales Bauverhinderungs-Einspracherecht in Wohnzonen für Verbände abschaffen!	06/04/2006
2007/226	Motion der Umwelt- und Energiekommission vom 20. September 2007: Minergie / Minergie-P darf keinen Nachteil bei der Baunutzung ergeben	01/11/2007
2007/198	Motion von Philipp Schoch vom 6. September 2007: Förderung von Windenergie im Kanton Basel-Landschaft	01/11/2007
2007/063	Motion von Paul Jordi vom 22. März 2007: Solarenergie im Baugesetz fördern statt verhindern	01/11/2007
2006/246	Motion von Isaac Reber vom 19. Oktober 2006: Solaranlagen aufs Dach - auch in Kernzonen!	01/11/2007
2007/194	Motion von Elisabeth Schneider vom 6. September 2007: Rasche lokale Verkehrslösungen statt Planungsgleichen	15/11/2007

Sicherheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/160	Motion der Spezialkommission Parlament und Verwaltung vom 9. Juni 2005: Änderung des Landratsgesetzes	01/12/2005
2006/311	Motion von Martin Rüegg vom 13. Dezember 2006: Umgang mit Interpellationen	19/04/2007
2007/025	Motion von Hannes Schweizer vom 1. Februar 2007: Bearbeitungsgebühren statt Steuern für die Bewilligung von Tombola und Lottospielen und Aufhebung der Abrechnungspflicht	07/06/2007
2007/111	Motion vom Büro Landrat vom 10. Mai 2007: Überarbeitung der Vereinbarung über die Behördenzusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt	18/10/2007

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/112	Motion der FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für ein Konzept zur beruflichen Fort- und Weiterbildung (Erwachsenenbildung) im neuen Bildungsgesetz	17/12/1998
2003/090	Motion der GPK vom 10. April 2003: Revision des Gesetzes über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen	18/09/2003
2003/188	Motion von Paul Schär vom 4. September 2003: Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden!	13/11/2003
2005/126	Motion von Jacqueline Simonet vom 12. Mai 2005: Ergänzung des Bildungsgesetzes betreffend Aufnahmeverfahren einer Speziellen Förderung	23/03/2006
2006/225	Motion von Martin Rüegg vom 21. September 2006: Sport als Promotionsfach	15/02/2007

Büro Landrat

Keine

Landeskanzlei

Keine

Kantonsgericht

Keine

2.5 Im Jahre 2009 überwiesene, noch nicht erfüllte Postulate und Verfahrenspostulate

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2008/330	Postulat der SVP-Fraktion vom 10. Dezember 2008: Massnahmenpaket und Verzichtsplanung zur Bewältigung der Finanzkrise	26/03/2009
2008/288	Postulat der FDP-Fraktion vom 30. Oktober 2008: Aenderung des Budgetprozesses	07/05/2009
2008/317	Postulat von Esther Maag vom 27. November 2008: Asylsuchende untätig bis zum Asylentscheid?	07/05/2009
2009/045	Postulat von Hanspeter Frey vom 19. Februar 2009: Euroairport	07/05/2009
2008/208	Postulat von Pia Fankhauser vom 11. September 2008: Förderung von Alterswohngenossenschaften	07/05/2009
2008/291	Postulat von Simon Trinkler vom 30. Oktober 2008: CO2-Kompensation als Teil der Motorfahrzeugsteuer	28/05/2009
2009/087	Postulat der SVP-Fraktion vom 26. März 2009: Defizitbremse: Budget 2010-12 ohne zwingende Steuererhöhung!	15/10/2009
2009/114	Postulat von Siro Imber vom 23. April 2009: Berichte von Institutionen	15/10/2009
2009/091	Postulat von Karl Willimann vom 26. März 2009: Sanierung der basellandschaftlichen Pensionskasse	15/10/2009

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2008/212	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 11. September 2008: Verstärkte Förderung von innovativen Unternehmen	26/03/2009
2008/235	Postulat von Pia Fankhauser vom 25. September 2008: Palliativmedizin in ein Konzept einbetten - Sterben in Würde ermöglichen	07/05/2009
2008/344	Postulat von Isaac Reber vom 11. Dezember 2008: Gesundheitsraum Nordwestschweiz	07/05/2009
2009/339	Postulat der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 26. November 2009: Universitäre Akutgeriatrie	26/11/2009

Bau- und Umweltschuttdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2008/206	Postulat von Thomas de Courten vom 11. September 2008: Bioabfälle effizient verwerten	14/05/2009

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2008/278	Postulat von Esther Maag vom 30. Oktober 2008: Ersatz von Elektro-Widerstandsheizungen	14/05/2009
2009/026	Postulat von Philipp Schoch vom 29. Januar 2009: 100'000 Kilowattstunden Photovoltaik für die Baselbieter Schulen - jetzt	28/05/2009
2008/283	Postulat von Christoph Frommherz vom 30. Oktober 2008: Strom in der Verwaltung zu 100% aus erneuerbaren Energien	28/05/2009
2008/280	Postulat von Philipp Schoch vom 30. Oktober 2008: Wärmekraftkopplungsanlagen bei neuen Grossheizungen	28/05/2009
2004/153	Postulat von Andreas Helfenstein vom 24. Juni 2004: Mit der Bahn zum St. Jakob-Park Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr 2005 - 2009	28/05/2009
2008/304	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 13. November 2008: Direkte Busverbindung zwischen Bruderholzspital und Bahnhof Basel SBB und Tramanschluss für das Bruderholzspital	28/05/2009
2008/211	Postulat von Urs Berger vom 11. September 2008: Öffentliche Beschaffung - Gleichbehandlung von Total- und Generalunternehmen bei den Angebotseingaben zu Aufträgen der öffentlichen Hand (Kanton)	25/06/2009
2008/207	Postulat von Hanni Huggel vom 11. September 2008: Parkraumbewirtschaftung in der Region - eine Lösung für Handwerksbetriebe	25/06/2009
2008/254	Postulat von Dieter Schenk vom 16. Oktober 2008: Delegation des kleinen Baubewilligungsverfahrens an eine Verwaltungsstelle	10/09/2009
2008/318	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 27. November 2008: Tramübergänge und -Barrieren auf den Kantonsstrassen des Leimentals müssen beseitigt werden	10/09/2009
2008/237	Postulat der Grünen-Fraktion vom 25. September 2008: Keine Teerung der Todesfalle Grabenring / Baslerstrasse in Allschwil	10/09/2009
2008/331	Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Dezember 2008: Rückbau Wasgenring / Luzernerring Basel-Stadt	29/10/2009

Sicherheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2008/121	Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Mai 2008: Ergänzung der Strafprozessordnung, Zwingende Meldepflicht in Fällen von Kinderpornografie und Pädophilie	12/03/2009
2008/255	Postulat von Esther Maag vom 16. Oktober 2008: Schappo - für beide Basel!	12/03/2009
2008/236	Postulat von Karl Willmann vom 25. September 2008: Motorfahrzeugprüfungen: Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und privaten Anbietern ist verbesserungsbedürftig!	07/05/2009
2008/303	Postulat von Ruedi Brassel vom 13. November 2008: Freiwillig Waffen entsorgen!	07/05/2009

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2009/024	Postulat von Christine Mangold vom 29. Januar 2009: Bericht "Entlastungsstunden Schulleitungen, Ressourcen Schulleitungssekretariate" der Perinova GmbH vom Juni 2007	29/01/2009
2008/286	Postulat von Martin Rüegg vom 30. Oktober 2008: KASAK III?	12/11/2009
2008/276	Postulat von Marianne Hollinger vom 30. Oktober 2008: Wo bleibt das kantonale Sportanlagen-Konzept 3 (KASAK 3)?	12/11/2009
2009/187	Postulat von Georges Thüring vom 25. Juni 2009: Einfrierung der Uni-Beiträge und Bekämpfung der Nachwuchsprobleme in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen und Studien	24/09/2009
2008/252	Postulat von Beatrice Fuchs vom 16. Oktober 2008: Förderung des Behindertensports durch den Kanton Basel-Landschaft	12/11/2009
2008/251	Postulat der SP-Fraktion vom 16. Oktober 2008: Änderung der Verordnung für die Musikschule	24/09/2009
2008/209	Postulat von Urs Berger vom 11. September 2008: Massnahmen für den Beginn der Berufslehre nach neun Schuljahren	24/09/2009
2008/333	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2008: Förderung der Früherziehung und zur Unterstützung der frühen Sprachförderung	24/09/2009

Büro Landrat

Keine

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2008/305	Postulat von Esther Maag vom 13. November 2008: Versand Wahlhilfen	15/10/2009

Kantonsgericht

Keine

2.6 In den Jahren 2008 bis 2009 überwiesene, noch nicht erfüllte Motionen

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/270	Motion der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Senkung der Vermögenssteuer ist vordringlich	13/03/2008
2007/196	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 6. September 2007: Einreichung einer Standesinitiative zur Änderung von Art. 7 des BG über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden	13/03/2008
2007/313	Motion von Dominik Straumann vom 13. Dezember 2007: Änderung von § 98 Gemeindegesetz, Rechnungsprüfungskommission	22/05/2008
2008/091	Motion von Madeleine Göschke vom 10. April 2008: Nachtflugsperrre auf dem EAP	22/05/2008
2008/204	Motion der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Die guten Steuerzahler behalten - Die Steuersätze für hohe Einkommen senken	11/12/2008
2007/195	Motion von Elisabeth Schneider vom 6. September 2007: Änderung des Sachversicherungsgesetzes betreffend präventiven objektbezogenen Massnahmen gegen Hochwasserschäden	07/05/2009
2008/134	Motion von Madeleine Göschke vom 22. Mai 2008: Südlandungen auf dem EAP: Anpassung der Knotenregelung an andere Flughäfen	07/05/2009
2009/006	Motion von Petra Schmidt vom 15. Januar 2009: Befristeter Steuerrabatt bei Gemeindesteuern	15/10/2009
2009/085	Motion von Isaac Reber vom 26. März 2009: Der Kanton als Vorbild - Einstieg Jugendlicher ins Erwerbsleben fördern	15/10/2009
2009/363	Motion der FDP-Fraktion vom 9. Dezember 2009: Überarbeitung des Regierungsprogramms 2008 - 2011	10/12/2009

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

Keine

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/248	Motion von Hannes Schweizer vom 18. Oktober 2007: Windkraftanlagen auch in Schutzgebieten!	22/05/2008
2008/132	Motion der FDP-Fraktion vom 22. Mai 2008: Zusätzliche Massnahmen zur Förderung elektrischer Energie aus erneuerbaren Quellen, insbesondere der Photovoltaik	25/09/2008
2008/106	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 24. April 2008: Masterplan Verkehr für den Kanton Basel-Landschaft	13/11/2008

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2008/233	Motion von Myrta Stohler vom 25. September 2008: Baubewilligungsgebühren für Sonnenkollektoren	14/05/2009
2009/126	Motion der Petitionskommission vom 7. Mai 2009: Direkte Busverbindung vom Bruderholzspital zum Bahnhof SBB	28/05/2009

Sicherheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/306	Motion von Kaspar Birkhäuser vom 12. Dezember 2007: Armeewaffen ins Zeughaus	08/05/2008
2007/197	Motion von Christian Steiner vom 6. September 2007: Interkantonale Zusammenarbeit im Hochwasserschutz	07/05/2009

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/227	Motion der FDP-Fraktion vom 20. September 2007: Standesinitiative zur Einsitznahme als Mitglied des Universitätskantons Basel-Landschaft in die Schweizerische Universitätskonferenz	30/10/2008
2009/109	Motion von Regula Meschberger vom 23. April 2009: Musikalische Talentförderung	12/11/2009

Büro Landrat

Keine

Landeskanzlei

Keine

Kantonsgericht

Keine

Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung am 31. Dezember 2009)

Vorgeprüfte Initiativen

Aufgeführt nach dem Vorprüfungsdatum (absteigend)

Titel	Gesetzesinitiative für eine unverzügliche und nachhaltige Lösung des Altlastenproblems bei den Muttener Deponien
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	29. Oktober 2009 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Titel	Rasche lokale Verkehrslösungen statt ruinöse Transitachse durchs Leimental
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Januar 2008 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Titel	Bussengelder für Steuerrabatt
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	5. April 2007 (mit Kontaktadresse)
Wortlaut der Initiative	19. April 2007
Titel	Einführung von Schuluniformen
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	24. August 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Titel	Berufsbildungsinitiative: kein Schulschluss ohne Anschluss
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	27. April 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Zustande gekommene Initiativen
Aufgeführt nach dem Einreichungsdatum (absteigend)

Titel	Einfachere Steuern im Baselbiet
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	13. September 2007 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Zustande gekommen (Publikation)	27. August 2009
Anzahl gültige Unterschriften	4'348
Geschäft des Landrats	2009-335 (Rechtsgültigkeit)

Titel	Für eine Umfahrungsstrasse Allschwil
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	19. Februar 2009 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Zustande gekommen (Publikation)	22. Mai 2009
Anzahl gültige Unterschriften	2'278
Geschäft des Landrats	2009-205 ; Rechtsgültigkeit beschlossen am 15. Oktober 2009

Titel	Verantwortliche Basler Chemie- und Pharmafirmen müssen Trinkwasseruntersuchung und -aufbereitung bezahlen
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Januar 2008 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	27. Februar 2008
Zustande gekommen (Publikation)	3. April 2008
Anzahl gültige Unterschriften	3'721

Geschäft des Landrats Nr.	2009-019; am 14. Mai 2009 vom Landrat abgelehnt
---------------------------	--

Titel	Totalsanierung der Chemiemülldeponien in MuttENZ
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Januar 2008 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	27. Februar 2008
Zustande gekommen (Publikation)	3. April 2008
Anzahl gültige Unterschriften	3'856
Geschäft des Landrats Nr.	2008-188; am 14. Mai 2009 vom Landrat für gültig erklärt

Titel	Weg vom Öl - hin zu erneuerbaren Energien! (Energieinitiative)
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	14. Dezember 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	6. Februar 2007
Zustande gekommen (Publikation)	18. Oktober 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'906
Geschäft des Landrats Nr.	- 2008-244; am 12. März 2009 vom Landrat an den Regierungsrat zurückgewiesen
	- 2009-333

Titel	Kantonsbeiträge für den Unterhalt der Gemeindestrassen in der 10 km-Zone für 40-Tonnen-Lastwagen
Typ	Nichtformulierte Gemeindeinitiative
Eingereicht am	23. Juni 1999
Zustande gekommen	1. Juli 1999 (Worttext der Initiative)

(Publikation)	
Eingereicht von den Gemeinden:	Aesch, Allschwil, Birsfelden, Giebenach, Münchenstein, Muttenz, Pratteln (Federführung) und Reinach.
Geschäft des Landrats Nr.	2007-266 (Antrag auf Ablehnung der Initiative; kein Gegenvorschlag)

Titel	Änderung von § 137 des Schulgesetzes
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative (Gemeindeinitiative)
Eingereicht am	9. Januar 1992
Zustande gekommen (Publikation)	23. Januar 1992
Geschäft des Landrats Nr.	2002-113 (vom Landrat am 5. Juni 2003 an Regierungsrat zurückgewiesen)

Erledigte Initiativen

Aufgeführt nach dem Datum der Abstimmung / des Rückzugs (absteigend)

Titel	Schutz vor Passivrauchen
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	1. März 2007 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	16. August 2007
Zustande gekommen (Publikation)	13. Dezember 2007
Anzahl gültige Unterschriften	5'949
Geschäft des Landrats Nr.	2007-318 (Rechtsgültigkeit)
Geschäft des Landrats Nr.	2008-179 (Antrag auf Ablehnung der Initiative, Annahme des Gegenvorschlags)
Abstimmung am	17. Mai 2009 ; Initiative angenommen

Titel	Ja, Bildungsvielfalt für alle
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. Oktober 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	6. Dezember 2006
Zustande gekommen (Publikation)	11. Januar 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'985
Geschäft des Landrats Nr.	2007-106 (Rechtsgültigkeit)
	2008-100 (Empfehlung auf Ablehnung; Gegenvorschlag)
Abstimmung am	30. November 2008 (Initiative abgelehnt: 65'207 Nein, 17'107 Ja; Gegenvorschlag angenommen: 45'478 Ja, 34'456 Nein)

Titel	Für einen leistungsstarken öffentlichen Verkehr (ÖV-Initiative)
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	18. Mai 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	24. Januar 2007
Zustande gekommen (Publikation)	1. März 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'612
Geschäft des Landrats Nr.	2007-122 (Rechtsgültigkeit)
	2007-277 (Empfehlung zur Ablehnung der Initiative)
Abstimmung am	28. September 2008 (Initiative abgelehnt; 35'459 Nein, 25'355 Ja)

Titel	Keine Schulgebühren
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative

Publikation der Vorprüfung	1. April 2004 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	18. November 2004
Zustande gekommen (Publikation)	30. Dezember 2004
Anzahl gültige Unterschriften	1'665
Geschäft des Landrats Nr.	2005-019 (Rechtsgültigkeit am 21.4.2005 beschlossen)
	2006-257 (Gesuch um Verlängerung der Behandlungsfrist; bewilligt am 18. Januar 2007)
Zurückgezogen am	25. September 2008 (Verfügung über Rückzug)

Titel	Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung von Mann und Frau
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. Mai 2005 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	15. Januar 2007
Zustande gekommen (Publikation)	15. Februar 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'529
Geschäft des Landrats Nr.	2005-204 (Rechtsgültigkeit)
	2007-188 (Empfehlung auf Ablehnung der Initiative)
Abstimmung am	1. Juni 2008 (Initiative abgelehnt mit 48'089 Nein zu 28'454 Stimmen)

Titel	Keine Autobahn im Leimental
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	29. April 2004 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	15. Oktober 2004

Zustande gekommen (Publikation)	2. Dezember 2004
Anzahl gültige Unterschriften	5'227
Geschäft des Landrats Nr.	2007-022 (Antrag auf Ablehnung der Initiative)
Zurückgezogen am	15. November 2007 (Verfügung über Rückzug)

Titel	Wohnkosten-Entlastungs-Initiative
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	27. Dezember 2002 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht	27. Januar 2003
Zustande gekommen (Publikation)	6. März 2003
Anzahl gültige Unterschriften	10'189
Geschäft des Landrats Nr.	2003-135 (Rechtsgültigkeit am 18.9.2003 beschlossen) 2004-180 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 23.9.2004 beschlossen) 2005-304 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 12.01.2006 beschlossen)
Zurückgezogen am	12. Juli 2007 (Verfügung über Rückzug)

Titel	Wiedereinführung des Kinderabzuges vom Einkommens-Steuerbetrag (Familiengerechte Kinderabzugs-Initiative)
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	11. September 2003 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	16. März 2004
Zustande gekommen (Publikation)	6. Mai 2004
Anzahl gültige Unterschriften	1'735

Geschäft des Landrats Nr.	2004-171 (Rechtsgültigkeit am 25.11.2004 beschlossen) 2005-275 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 1.12.2005 beschlossen)
Zurückgezogen am	11. Januar 2007

Noch nicht erfüllte nichtformulierte Initiativen
Aufgeführt nach dem Datum des Auftrages an die Regierung

Titel	Für einen behinderten- und betagtengerechten öffentlichen Nah- und Regionalverkehr
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	4. Januar 1996 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht	27. Juni 1996
Zustande gekommen (Publikation)	15. August 1996
Anzahl gültige Unterschriften	3'491
Landratsvorlage	1998-106
Vom Landrat behandelt am	26. November 1998 (Folge gegeben)
RRB Nr. 1639	10. November 2009 (Stellungnahme zur Umsetzung der Forderungen)